



KANTON
NIDWALDEN



Regierungsrat Rechenschaftsbericht 2013

Bericht des Regierungsrates
über die Schwerpunkte
der Geschäftsführung

Tätigkeiten der Direktionen

Tabellen



April 2014



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

Stans, 1. April 2014

Rechenschaftsbericht 2013

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Landräte

Unter Hinweis auf Art. 61 Ziff. 12 der Kantonsverfassung beantragen wir Ihnen, den Rechenschaftsbericht 2013 des Regierungsrates zu genehmigen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Frau Landammann

Landschreiber

Yvonne von Deschwanden



Hugo Murer

1	Bericht des Regierungsrates über die Schwerpunkte der Geschäftsführung	2	Tätigkeiten der Direktionen	
		2.1	Finanzdirektion	36
1.1	Vorbemerkungen	10	2.1.1 Einleitung	36
1.2	Aktuelle Rahmenbedingungen	10	2.1.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	37
1.2.1	Politik	10	2.1.3 Tätigkeiten der Ämter	39
1.2.2	Interkantonale Zusammenarbeit	11	2.1.4 Vernehmlassungen an den Bund	42
1.3	Schlüssel zur Natur	13	2.2 Baudirektion	44
1.3.1	Raumordnung	13	2.2.1 Einleitung	44
1.3.2	Umwelt	16	2.2.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	45
1.3.3	Energie	16	2.2.3 Tätigkeiten der Ämter	48
1.3.4	Öffentlicher Verkehr	16	2.2.4 Vernehmlassungen an den Bund	57
1.3.5	Infrastruktur	18	2.3 Justiz- und Sicherheitsdirektion	58
1.4	Schlüssel zur Arbeit	19	2.3.1 Einleitung	58
1.4.1	Finanzen	19	2.3.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	59
1.4.2	Wirtschaft	20	2.3.3 Tätigkeiten der Ämter	60
1.4.3	Landwirtschaft	20	2.3.4 Vernehmlassungen an den Bund	77
1.4.4	Arbeitsmarkt	20	2.4 Bildungsdirektion	80
1.5	Schlüssel zum zu Hause	21	2.4.1 Einleitung	80
1.5.1	Bildung	21	2.4.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	81
1.5.2	Gesundheit und Wohlfahrt	22	2.4.3 Tätigkeiten der Ämter	82
1.5.3	Sicherheit	22	2.4.4 Vernehmlassungen an den Bund	91
1.6	Schlüssel zur Kultur	23	2.5 Landwirtschafts- und Umweltdirektion	92
1.6.1	Kultur	23	2.5.1 Einleitung	92
1.6.2	Gesellschaft	23	2.5.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	93
1.7	Vertretung im eidgenössischen Parlament	23	2.5.3 Tätigkeiten der Ämter	97
1.8	Landrat	25	2.5.4 Vernehmlassungen an den Bund	108
1.8.1	Zusammensetzung	25	2.6 Gesundheits- und Sozialdirektion	110
1.8.2	Vorlagen an den Landrat	26	2.6.1 Einleitung	110
1.8.3	Berichte über Aufträge aus Beschlüssen des Landrates zu parlamentarischen Vorstössen	28	2.6.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	111
1.9	Volksrechte	30	2.6.3 Tätigkeiten der Ämter	112
1.9.1	Initiativen	30	2.6.4 Vernehmlassungen an den Bund	122
1.9.2	Petitionen	30	2.7 Volkswirtschaftsdirektion	123
1.10	Tätigkeitsbericht Finanzkontrolle	31	2.7.1 Einleitung	123
1.10.1	Allgemeines	31	2.7.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	124
1.10.2	Prüfung der Staatsrechnung 2012	31	2.7.3 Tätigkeiten der Ämter	125
1.10.3	Prüfungen im Auftrag des Bundes	32	2.7.4 Vernehmlassungen an den Bund	135
1.10.4	Zusammenarbeit mit Kommissionen	32	2.8 Staatskanzlei	136
1.10.5	Revisionsstellenmandate	32	2.8.1 Einleitung	136
1.10.6	Spezialprüfungen und Stellungnahmen	33	2.8.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung	137
1.10.7	Projekte	33	2.8.3 Tätigkeiten der Ämter	138
			2.8.4 Vernehmlassungen an den Bund	143

3 Tabellenteil

3.1	Finanzdirektion	146
3.1.1	Finanzverwaltung	146
3.1.2	Steueramt	154
3.1.3	Personalamt	173
3.2	Baudirektion	176
3.2.1	Direktionssekretariat	176
3.2.2	Tiefbauamt	178
3.2.3	Hochbauamt	181
3.2.4	Amt für Raumentwicklung	181
3.3	Justiz- und Sicherheitsdirektion	188
3.3.1	Amt für Justiz	188
3.3.2	Grundbuchamt	204
3.3.3	Kantonspolizei	207
3.3.4	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	215
3.3.5	Feuerwehrrinspektorat	219
3.4	Bildungsdirektion	220
3.4.1	Direktionssekretariat	220
3.4.2	Amt für Volksschulen und Sport	222
3.4.3	Amt für Berufsbildung und Mittelschule	226
3.4.4	Amt für Kultur	228
3.5	Landwirtschafts- und Umweltdirektion	231
3.5.1	Amt für Landwirtschaft	231
3.5.2	Amt für Wald und Energie	238
3.5.3	Amt für Umwelt	243
3.6	Gesundheits- und Sozialdirektion	247
3.6.1	Direktionssekretariat: Controlling	247
3.6.2	Sozialamt	250
3.7	Volkswirtschaftsdirektion	255
3.7.1	Arbeitsamt	255
3.7.2	Betreibungs- und Konkursamt	255
3.7.3	Handelsregisteramt	256
3.7.4	Wirtschaftsförderung	257
3.8	Staatskanzlei	260
3.8.1	Kanzleisekretariat Staatskanzlei	260
3.8.2	Parlamentsdienst	261



1 Bericht des Regierungsrates über die Schwerpunkte der Geschäftsführung

1.1 Vorbemerkungen

Der Rechenschaftsbericht des Regierungsrates, der gemäss Art. 61 Ziff. 12 der Kantonsverfassung jährlich dem Landrat zur Genehmigung zu unterbreiten ist, stellt eine rückblickende Auflistung der Tätigkeiten der kantonalen Verwaltung über den Zeitraum von einem Jahr dar. Er ist für die Legislative ein Instrument, um eine ihrer zentralen Aufgaben, die Aufsichtsfunktion, wahrnehmen zu können. Gemäss Art. 2 Abs. 3 des Regierungsratsgesetzes (NG 152.1) informiert der Regierungsrat den Landrat mit dem Rechenschaftsbericht über den Stand der Realisierung des Legislaturprogramms.

Hinweise auf die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen sowie zur interkantonalen Zusammenarbeit bilden den Einstieg in den ersten Teil des Rechenschaftsberichtes. Gemäss der Vision und dem Leitbild vom Juni 2003 «Das Schlüsselerlebnis» informiert der Regierungsrat nachfolgend über die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit des abgelaufenen Jahres. Dabei wird auch über den Stand der Realisierung des Legislaturprogramms 2012–2015 sowie über die Umsetzung der Jahresziele der Direktionen und der Staatskanzlei berichtet. Der Regierungsrat richtet sich dabei an die Schlüsselerlebnisse gemäss der vorerwähnten Vision und den Leitbildern «Schlüssel zur Natur», «Schlüssel zur Arbeit», «Schlüssel zum zu Hause» und «Schlüssel zur Kultur». Die parlamentarischen Vorstösse werden ebenfalls unter diesem Kapitel abgebildet.

Im zweiten Teil wird über die Tätigkeit der Direktionen und der Staatskanzlei informiert. Eingeleitet wird die Berichterstattung jeweils mit einem Funktionsbeschrieb und einer Übersicht der Personalsituation. Es folgen tabellarisch die Darstellung der Jahresziele der Direktionen und der Stand der Umsetzung. Anschliessend werden die Tätigkeiten der Ämter aufgezeigt. Der Fokus ist dabei auf die Jahresziele und die Kernanliegen gerichtet. Mit einem Hinweis auf die Vernehmlassungen an den Bund wird die Berichterstattung abgeschlossen.

Im dritten Teil enthält der Rechenschaftsbericht die tabellarische und grafische Darstellung der wichtigsten statistischen Kennwerte.

1.2 Aktuelle Rahmenbedingungen

1.2.1 Politik

Gemäss den Wirtschaftsprognosen wurde für das Jahr 2013 ein moderates Wachstum des Brutto-Inland-Produktes erwartet.

Die Stabilisierung des Arbeitsmarktes seit dem Jahr 2010 hat sich auch im Berichtsjahr im Kanton Nidwalden nochmals bestätigt. Gemäss den Angaben des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO betrug im Jahresdurchschnitt die Anzahl der registrierten Arbeitslosen im Kanton Nidwalden 235 Personen (Vorjahr 210 Personen); dies entspricht einer Arbeitslosenquote von wiederum 1 %. Diese Stabilität ist im Kanton Nidwalden deutlich besser als im gesamtschweizerischen Durchschnitt mit einer Arbeitslosenquote von 3.2 % (Vorjahr 2.9 %).

Es ist damit zu rechnen, dass der Arbeitsmarkt den Konsum im laufenden Jahr stützen wird. Nachdem die Arbeitslosenquote im Berichtsjahr gesamtschweizerisch zusammen mit dem Kanton Obwalden (0.9 %) die tiefste war, dürfte ein weiterer Rückgang kaum realistisch sein. Die Attraktivität des Kantons Nidwalden als Wohn- und Arbeitskanton soll weiterhin gefördert werden. Mit dem weiterhin eminent wichtigen Projekt der langfristigen Sicherung der zivilen Nutzung des Flugplatzes Buochs sollen wichtige bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue, zukunftsgerichtete Entwicklungen ermöglicht werden.

Seit anfangs 2012 konnte die Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern in Bezug auf die Schaffung einer gemeinsamen Spitalregion in einer ersten Phase erfolgreich gestartet werden: Das Kantonsspital Nidwalden und das Kantonsspital Luzern werden zentral geführt, was verschiedene Optimierungen und auch finanzielle Entlastungen ermöglicht hat.

1.2.2 Interkantonale Zusammenarbeit

Die interkantonale Zusammenarbeit ist vielfältig. Sie erfolgt in unterschiedlichen Bereichen und in variablen Geometrien, wobei die Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen im Vordergrund steht. Wichtige Rahmenbedingungen stellen dabei das wirtschaftliche und finanzpolitische Umfeld dar, namentlich die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Steuerwettbewerb unter den Kantonen.

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz wurde 2013 von Landammann Beat Villiger, ZG, präsiert.

1.2.2.1 Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

Zusammenarbeitsprojekte und Webseite

2013 wurden wiederum rund 45 Zusammenarbeitsprojekte bearbeitet, dies hauptsächlich unter der Führung der acht ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen. Neben Projekten behandelten die Direktorenkonferenzen insbesondere Tagesgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch. Die Webseite der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), www.zrk.ch, ist Arbeitsinstrument für Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte, aber auch Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger der Zentralschweiz. Der Einstieg erfolgt über folgende Portale: Organisation, Grundlagen, Projekte, Plenarversammlung, Trägerschaften, Kantone und Mitteilungen. Die Webseite enthält zudem ein Extranet.

Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Unter dem Vorort des Kantons Zug und unter der Leitung von Landammann Beat Villiger tagten die Zentralschweizer Kantonsregierungen und die assoziierten Regierungen von Zürich und Aargau am 13. Juni 2013 in Morgarten und am 22. November 2013 im Zuger Kantonsspital in Baar. Kurt Zibung löste im Berichtsjahr Kaspar Michel als Vertreter der Schwyzer Regierung im ZRK-Ausschuss ab. Die Zentralschweizer Kantone und die Stadt Luzern hat-

ten sich gemeinsam für die Durchführung der Jugendwinterolympiade 2020 beworben. Im August 2013 entschied der Exekutivrat von Swiss Olympic, mit der Kandidatur aus Lausanne in die internationale Bewerbung zu steigen. Dieser Entscheid wurde mit grossem Bedauern zur Kenntnis genommen.

Am 13. November 2013 fand das fünfte Treffen einer Zentralschweizer Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern statt. Zu den nachfolgenden vier Themen erarbeiteten die sechs Kantonsregierungen gemeinsam ihre Anliegen und stellten Forderungen: Unternehmenssteuerreform III, Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), Bypass Luzern und Verkehrshaus der Schweiz (VHS).

Zentralschweizer Direktorenkonferenzen

Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Unter der Federführung der Zentralschweizer Bildungsdirektoren wurde das Konkordat der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz per 31. Juli 2013 aufgelöst. Es konnte ein nahtloser Übergang zu den Pädagogischen Hochschulen Luzern, Schwyz und Zug sichergestellt werden. Schlussbericht und Schlussbilanz sollten im Frühjahr 2014 vorliegen. Weiter beschloss die BKZ, mit einheitlichen kantonalen Förderrichtlinien und einer Erhöhung der kantonalen Mittel die Filmförderung in der Zentralschweiz ab dem Jahr 2014 zu stärken. Die BKZ stand 2013 unter dem Vorsitz von Regierungsrat Stephan Schleiss, ZG.

Die für die Kultur verantwortlichen Regierungsmitglieder der Vereinbarungskantone des interkantonalen Kulturlastenausgleichs nahmen 2013 die Zahlen für die Abrechnungsperiode 2013–2015 zur Kenntnis. Sie bestärkten ihren Beschluss, die in den Zusatzprotokollen vorgesehenen Neuverhandlungen über die Reduktionen anfangs 2014 in Angriff zu nehmen. Die Stossrichtung lautet: Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reduktionen.

Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz (ZBDK)

Die Umsetzung der RPG-Revision und die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative standen im Zentrum der Arbeiten der Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz. Die Konferenz wird seit 2010 von Regierungsrat Paul Federer, OW, geleitet.

Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Die ZFDK steuerte die Zusammenarbeit in den Bereichen Verwaltungsweiterbildung und Informatik. Weiter koordinierte die ZFDK Anfragen für kantonale Beiträge sowie Fragen zur Aufwand- bzw. Pauschalbesteuerung. Schliesslich verfasste die ZFDK ein Positionspapier zur Unternehmenssteuerreform III. Seit 2007 steht die Konferenz unter dem Vorsitz von Regierungsrat Hans Wallimann, OW.

Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Die ZGSDK koordinierte im Berichtsjahr im Bereich Gesundheit und Soziales, behandelte Fragen der Spitalzusammenarbeit sowie der Ausbildung im Gesundheitswesen. Die ZGSDK legte 2013 den Schlussbericht des Zusammenarbeitsprojektes «Heim- und Betreuungswesen Zentralschweiz» vor. Im Zentrum stand weiter die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Die ZGSDK setzte sich dafür ein, dass das revidierte Sorgerecht nicht frühzeitig in Kraft gesetzt wird. Schliesslich wurde 2013 die Platzierung von Jugendlichen in stationären Erziehungseinrichtungen untersucht. 2010 wurde die Leitung der ZGSDK aufgeteilt. Im Berichtsjahr stand Regierungsrat Urs Hürlimann, ZG, dem Bereich Gesundheit und Regierungsrätin Manuela Weichelt, ZG, dem Bereich Soziales vor.

Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV)

Haupttraktandum der ZKöV waren die zukünftigen grösseren Bahnprojekte der Schweiz. Die sechs Zentralschweizer Kantone setzten sich wiederholt gemeinsam für den Zimmerberg-Basistunnel II, den Tiefbahnhof Luzern und den neuen Axentunnel ein. Hierzu bildete die ZKöV eine Allianz mit den öV-Regionen Zürich und Ostschweiz. Die

ZKöV orientierte an verschiedenen Anlässen über die eidgenössische Abstimmungsvorlage «Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI)», die am 9. Februar 2014 zur Abstimmung gelangte. Die ZKöV steht seit 2012 unter der Leitung von Regierungsrat Niklaus Bleiker, OW.

Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK)

Die seit 2012 unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Esther Gasser Pfulg, OW, stehende ZPDK koordinierte im Berichtsjahr die Vernehmlassung zum neuen Stationierungskonzept der Armee. Im Rahmen der Polizeizusammenarbeit beschlossen die Kantone Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug den Betritt zur Vereinbarung über den Notrufüberlauf. In diesen vier Kantonen wird ab Mai 2014 ein Pilot gestartet. Weitere Vorbereitungsarbeiten erfolgten hinsichtlich Sicherstellung der Redundanz der Einsatzleitzentralen und im Bereich der Begleitung von Ausnahmetransporten. Schliesslich koordinierte die ZPDK in Fragen des WEF-Einsatzes, der Gewalt bei Sportveranstaltungen oder der 1. August-Feier auf dem Rütli.

Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz (ZUDK)

Die ZUDK unter der Leitung von Regierungsrat Heinz Tännler, ZG, engagierte sich im Berichtsjahr im internationalen Projekt iMONITRAFI, das den alpenquerenden Verkehr zum Thema hat. Weiter nahm sich die ZUDK den Luftmessungen und den Umweltstandards auf Baustellen an.

Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Die Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektoren nahmen anfangs Januar 2013 in Berlin an der «Internationalen Grünen Woche» teil. Weiter erarbeitete die ZVDK konkrete Handlungsempfehlungen für eine koordinierte Zentralschweizer Innovationsförderung. In diesem Zusammenhang wird auch eine Mitwirkung beim Projekt «Nationaler Innovationspark» geprüft. Die ZVDK definierte zudem ihre Beteiligung am Projekt «200 Jahre Gastfreundschaft Zentralschweiz». Ein weiterer Schwer-

punkt der ZVDK lag in der Steuerung der Interreg-Projekte mit Zentralschweizer Beteiligung. Im Berichtsjahr wechselte das Präsidium der ZVDK vom Schwyzer Regierungsrat Kurt Zibung zum Urner Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind.

1.3 Schlüssel zur Natur

1.3.1 Raumordnung

1.3.1.1 Agglomerationsprogramm Nidwalden

Im Rahmen des Prüfprozesses hat der Bund das Ende 2011 eingereichte Agglomerationsprogramm Nidwalden (AP NW) der zweiten Generation eingehend geprüft und im Mai 2013 auf Fachebene mittels eines Prüfberichtsentsurfs über die ersten Ergebnisse informiert. Diese wurden von der Kerngruppe des AP NW geprüft, beurteilt und an einem Fachgespräch mit dem Bund argumentativ erläutert. Die Vernehmlassung zum Entwurf des entsprechenden Bundesbeschlusses über die Freigabe der Mittel für das Programm Agglomerationsverkehr fand von Juli bis Oktober 2013 statt. Gemäss dem Vernehmlassungsbericht beantragt der Bundesrat dem eidgenössischen Parlament, das AP NW aufgrund seiner Programmwirkung (Kosten/Nutzen-Verhältnis) mit einem Beitragssatz von 40 % zu unterstützen. Demnach sollen ausgewählte A-Massnahmen, deren Umsetzung zwischen 2015 und 2018 vorgesehen ist, mit rund CHF 3.37 Mio. mitfinanziert werden. Für B-Massnahmen (Umsetzung 2019–2022) sind CHF 7.7 Mio. vorgesehen. Aufgrund der beschränkten Mittel des Infrastrukturfonds hat der Bund mehrmals betont, dass eine starke Priorisierung notwendig ist und nur die dringendsten, baureifsten und wichtigsten Projekte unterstützt werden können. Vor diesem Hintergrund wurden einige Massnahmen des AP NW umpriorisiert. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesbeschlusses arbeitete der Kanton Nidwalden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine entsprechende Stellungnahme zuhanden des Bundes aus, welche darauf hinwirkte, die Umpriorisierung beziehungsweise Umklassierung einzelner Massnahmen rückgängig zu machen.

Voraussichtlich im Frühling 2014 wird der Bundesrat dem Bundesparlament in seiner Botschaft beantragen, wie die für die Agglomerationen vorgesehenen Mittel aus dem Infrastrukturfonds definitiv verteilt werden sollen. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die definitiven Prüfberichte des Bundes vorliegen.

Im Berichtsjahr wurden seitens der zuständigen kommunalen und kantonalen Behörden die Planungen und Vorbereitungen für die Umsetzung der Massnahmen ab 2015 vorangetrieben (Erarbeitung Vorprojekte, Sicherstellung Finanzierung etc.). Als Träger des AP NW begleitete der Kanton die koordinierte Umsetzung des Agglomerationsprogramms. Dabei wurden der Stand der Planung und die Realisierung der Massnahmen des AP NW regelmässig ermittelt.

1.3.1.2 Geologisches Tiefenlager Wellenberg

Da die Nagra die im Wesentlichen aus den 1980er- und 1990er-Jahren stammenden geowissenschaftlichen Untersuchungen bereits als sehr umfassend erachtet, sieht sie zum Wellenberg nur noch in geringem Umfang zusätzliche Abklärungen vor. Dazu gehört insbesondere die Neuinterpretation der geologischen Profile aus dem Jahr 1996, welche anfangs 2013 vorlag. Obwohl sich die Datenbasis dazu seit 1996 kaum geändert hat, zeigten die neuen Profile bedeutende Unterschiede, welche bezeichnend sind für die grossen Ungewissheiten beim Aufbau und der Entwicklung des Untergrundes im Wellenberg. Die Gesteinsschichten im Wellenberg sind durch die Bildung der Alpen stark ineinander verfault und gegeneinander verschoben. Dadurch kann der Aufbau des Wellenberges nur sehr schwer und mit verbleibenden Ungewissheiten untersucht werden. Zudem ist die Alpenfaltung nicht abgeschlossen. Die Spannungen im Gebirge können immer noch zu Bewegungen in der Erdkruste führen. Ein Anzeichen dafür ist die erhöhte Erdbebenaktivität im Bereich der zentralschweizerischen Voralpen. Zur vertieften Untersuchung der Erdbeben wurde Prof. Dr. Gerhard Jentzsch, ehemaliger Professor für Geophysik der Universität Jena und Experte für Erdbebengefährdung bei Atomanlagen, beauftragt, die neuen geologischen Profile der Nagra zu prüfen und seine Erkenntnisse unter ande-

rem in Bezug auf den Aufbau und die möglichen Bewegungen des Untergrundes sowie die verbleibenden Ungewissheiten in einem Gutachten darzulegen. Das Gutachten wurde im Sommer fertig gestellt und anschliessend den betroffenen Bundesstellen und der Nagra zur Stellungnahme unterbreitet. Nach der Bereinigung der offenen Fragen wurde das Gutachten im März 2014 veröffentlicht.

Im Rahmen der regionalen Partizipation prüfte und beurteilte die Fachgruppe Oberflächenanlagen (FG OFA) der Plattform Wellenberg (Organ der regionalen Partizipation) das von der Nagra für den Wellenberg vorgeschlagene Standortareal für eine Oberflächenanlage im Gebiet Hinter Ey in Wolfenschiessen und arbeitete eine entsprechende Stellungnahme dazu aus. Die FG OFA sieht insbesondere Klärungsbedarf im Zusammenhang mit der Verkehrserschliessung, den Materialtransporten und deren Auswirkungen auf den Verkehr sowie der Materialbewirtschaftung in der Bauphase. Als Kernaussage hielt der Bericht fest, dass der Standortvorschlag politisch und gesellschaftlich nicht akzeptiert und in mehreren kantonalen Abstimmungen verworfen worden war, dass jedoch eine Oberflächenanlage im Gebiet Ey aus sachlicher und technischer Sicht die hohen Anforderungen allenfalls erfüllen kann, was im weiteren Sachplanverfahren bestätigt werden muss. Gestützt auf die Stellungnahme der Fachgruppe und eine aus den Mitberichten kantonomer Ämter konsolidierten Stellungnahme der Baudirektion bezeichnete die Nagra im September in einer sogenannten Planungsstudie als Zwischenschritt in Etappe 2 für jedes mögliche Standortgebiet ein am besten geeignetes Standortareal für eine Oberflächenanlage. Voraussichtlich im Herbst 2014 wird die Nagra mindestens zwei Standorte pro Abfallkategorie für das weitere Verfahren vorschlagen.

Die Auswirkungen eines allfälligen geologischen Tiefenlagers auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt werden in Etappe 2 des Sachplanverfahrens anhand einer sozio-ökonomisch-ökologischen Wirkungsstudie (SÖW) regionsübergreifend untersucht. Zum Teil werden die themenspezifischen Fragen in der SÖW des Bundes oder einer noch zu erarbeitenden Gesellschaftsstudie der Kan-

tone bearbeitet. Für regionsspezifische Fragen, die in den erwähnten Studien nicht behandelt werden, erarbeitete die damit beauftragte Fachgruppe SÖW der Plattform Wellenberg Zusatzfragen. Die Fachgruppe unterstrich die volkswirtschaftlich herausragende Bedeutung des Tourismus in der Region Wolfenschiessen/Engelberg und forderte deshalb aktualisierte und detaillierte Untersuchungen über die Auswirkungen eines Tiefenlagers auf den Verkehr, den Tourismus und die Landwirtschaft im Engeltertal sowie auf die Tourismusregion Vierwaldstattersee. In diesem Sinne erteilte die Plattform Wellenberg den Auftrag an externe Fachleute, fünf standortspezifische Zusatzfragen abzuklären.

Ende August 2012 hatte der Nidwaldner Landrat eine Standesinitiative zur Änderung des Kernenergiegesetzes verabschiedet, wonach einem Standortkanton oder einer Standortregion in der Schweiz nicht gegen ihren Willen ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle aufgezwungen werden kann. Im Ständerat befand eine Mehrheit, die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sei eine nationale Aufgabe und entscheidend für die Standortwahl eines Tiefenlagers für radioaktive Abfälle sei die Sicherheit. Über einen Standort könne deshalb nicht in einer regionalen, sondern nur in einer nationalen Abstimmung entschieden werden. Im Nationalrat fand die Standesinitiative jedoch eine Mehrheit. Am 16. September 2013 wurde ein Vetorecht der Standortkantone und -regionen deutlich befürwortet. Im Rahmen der Differenzbereinigung lehnte der Ständerat am 3. Dezember 2013 die Standesinitiative dann jedoch zum zweiten Mal ab, womit sie definitiv vom Tisch war.

Ende September 2013 wurde in alle Nidwaldner Haushaltungen die Broschüre «Brennpunkt Wellenberg» versandt, die über die bisher geleistete Arbeit in der Region sowie den Stand und den weiteren Fahrplan des Sachplanverfahrens informierte.

1.3.1.3 Flugplatz Nidwalden

Im November 2012 hat der Landrat den Regierungsrat ermächtigt, dem direkten Verkauf der frei werdenden Flächen auf dem Militärflugplatz Buochs durch den Bund an die Korporationen Buochs, Ennetbürgen und Stans zuzu-

stimmen. Anfangs 2013 nahmen die Vertragsparteien (Korporationen, armasuisse) die Verhandlungen betreffend Kauf der Flächen auf. Der Regierungsrat, der nicht an den Verhandlungen teilnahm, nutzte diese Zeit und führte im Februar 2013 einen runden Tisch mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft durch, um deren Haltung in Bezug auf konkrete Fragen rund um den zukünftigen Flugplatz Nidwalden abzuholen.

Nach intensiven Verhandlungen rund um die frei werdenden Flächen auf dem Flugplatz Nidwalden unterzeichneten die Vertragsparteien – die armasuisse Immobilien sowie die Korporationen Buochs, Ennetbürgen und Stans – die Kaufverträge am 20. Dezember 2013. Auch der Regierungsrat unterschrieb die Kaufverträge als zustimmende Partei. Die entsprechenden Flächen gingen somit innert Jahresfrist an die Korporationen über, womit die Grundeigentumsfrage geklärt und der Auftrag des Landrats erfüllt ist. Nun müssen die Korporationen, der Kanton und weitere betroffene Anspruchsgruppen gemeinsam die noch offenen Punkte bereinigen und binnen fünf Jahren einvernehmliche Lösungen zur Sicherstellung des langfristigen Flugbetriebs finden. Ansonsten hat sich armasuisse ein Rückkaufsrecht vorbehalten.

Im November 2013 stellte das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS den Entwurf des neuen Stationierungskonzepts der Armee vor. Im Rahmen der finanz- und sicherheitspolitischen Vorgaben und der damit verbundenen Weiterentwicklung der Armee sieht dieses vor, dass der Militärflugplatz Buochs mittelfristig (nach 2017) als Sleeping Base aufgegeben wird. Die Kantone können sich bis Ende Januar 2014 zum Entwurf äussern, bevor das Konzept bereinigt und die definitive Fassung vom Bundesrat behandelt wird.

1.3.1.4 Richtplanung

Die Teilrevision des kantonalen Richtplans ist dem Bund Mitte 2012 eingereicht worden. Mit Schreiben vom 30. September 2013 stellte das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) den Vorprüfungsbericht zur Teilrevision 2012 dem Kanton zu. Der Bund formulierte in seinem Vorprüfungsbericht rund 60 Hinweise und Anträge. Viele dieser

Anregungen konnten mit einfachen, textlichen Anpassungen korrigiert werden.

Als Reaktion auf den Vorprüfungsbericht wurde der Richtplan verwaltungsintern angepasst und bereinigt. Der Regierungsrat nahm an seiner Sitzung vom 15. Oktober 2013 den Entwurf der Teilrevision in zustimmender Weise zur Kenntnis und gab ihn zur öffentlichen Anhörung und Mitwirkung frei. Die Unterlagen zur Teilrevision wurden in der Zeit vom 23. Oktober bis zum 23. Dezember 2013 öffentlich aufgelegt. Die Anliegen der Behörden und der Bevölkerung werden in einem Mitwirkungsbericht kommentiert und bei Bedarf in den Revisionsentwurf eingearbeitet. Der Termin für die Beschlussfassung des Landrates ist für Mai 2014 vorgesehen.

1.3.1.5 Planungs- und Baugesetz

Im Berichtsjahr konnte das totalrevidierte Planungs- und Baugesetz dem Landrat zugeleitet werden.

Im Januar 2013 erfolgten die Rückmeldungen aus der internen Vernehmlassung, welche einige Überarbeitungen erforderlich machten. Im Februar und März fanden zwei runde Tische statt, an denen hauptsächlich die zukünftigen Nutzungsziffern und deren Umsetzung in den Gemeinden behandelt wurden. Gleichzeitig wurde der angepasste Gesetzestext im Gesetzgebungsteam und in der Redaktionskommission besprochen, bevor er am 7. Mai vom Regierungsrat zu Händen der externen Vernehmlassung bis Ende August verabschiedet wurde. Die Auswertung der über 40 Stellungnahmen gestaltete sich sehr aufwendig. Dennoch konnte der Vernehmlassungsbericht im Oktober an einem weiteren runden Tisch besprochen und die Haltung der Mitglieder zu den Anträgen in Erfahrung gebracht werden. Der Regierungsrat beriet die Änderungsanträge an seiner Klausur im November und verabschiedete schliesslich am 26. November 2013 die Vorlage zu Händen des Landrats. Im Dezember fanden noch zwei Sitzungen der Kommission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt zum neuen PBG statt, so dass dieses nach weiteren Kommissionssitzungen im Januar 2014 voraussichtlich im April 2014 im Landrat behandelt werden kann.

1.3.2 Umwelt

1.3.2.1 Naturgefahren

Im April setzte sich im Gebiet Bodenberg in Beckenried über Monate hinweg eine alte Grossrutschung in Bewegung. Über 20 ha bewegten sich mit zeitweise mehr als 20 cm pro Tag in Richtung Lielibach. Die alten Bachverbauungen wurden zerstört, das bestehende Netz von Entwässerungsgräben im Rutschgebiet stark beschädigt und über 1'700 m³ Holz mussten vorsorglich aus dem Bachtobel entfernt werden. Sechs Wohn- bzw. Ferienhäuser erlitten Schäden, die Erschliessungsstrasse nach Tristelen-Gummi sowie Strom- und Wasserleitungen mussten verlegt werden. Durch den labilen Hang erhöhte sich die Gefahr einer Überflutung durch den Lielibach.

Am 31. Mai und 1. Juni liess ein intensiver Dauerregen während über 24 Stunden die Engelbergeraa bedrohlich anschwellen, sodass der kantonale Führungsstab angeboten wurde. Die Niederschläge verursachten in neun der elf Nidwaldner Gemeinden einzelne Erdrutsche und Überflutungen kleinerer Bäche. In Beckenried musste das Delta des Lielibaches notfallmässig über Nacht ausgebagert werden, da der Bach mehrere Tausend Kubikmeter Gesteine antransportierte. Eine Evakuierung der gefährdeten Seequartiere wurde vorbereitet. Ein kleiner Felssturz hat die Kehrsitenstrasse in Stansstad verschüttet. Die Strasse musste rund zwei Tage gesperrt werden, da weitere Nachstürze befürchtet wurden. Insgesamt blieben die Schäden dieses vom Bund als regionales und damit beitragsberechtigt bezeichnetes Ereignisses in Nidwalden relativ gering. Im Rahmen des integralen Naturgefahrenmanagements konnten weitere Elemente zur Prävention realisiert werden. So wurden die Gefahrenkarten «Sturz» in Stansstad und die Gefahrenkarten «Lawinen», «Rutschungen» und «Sturz» in Stans erstmals revidiert. In Beckenried konnte die Notfallplanung «Rutschungen» als eine der letzten abgeschlossen werden. So verfügen die Gemeinden nun über standardisierte und einheitliche Grundlagen für die Einsatzorganisationen zur Bewältigung von Naturereignissen.

1.3.2.2 Wald

Im Rahmen des integralen Naturgefahrenmanagements kommt dem Wald eine spezielle Aufgabe zu. Mit der Schutzwaldpflege wird eine flächendeckende Prävention erreicht: Niederschläge werden gedämpft, Rutschungen weitgehend vermindert, Steinschläge aufgehalten, Lawinen gebremst. Schutzwaldpflege ist eine Daueraufgabe und wurde auch dieses Jahr in allen Gemeinden intensiv weitergeführt.

1.3.3 Energie

Die Energiestrategie 2050 des Bundes wurde den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. Die Energiestrategie wird in den Grundsätzen vom Kanton Nidwalden mitgetragen. Die Umsetzung wird strukturelle Konsequenzen haben. Deshalb ist auf die Steuerung über marktwirtschaftlich-orientierte Instrumente hinzuwirken. Die erste Etappe der Energiestrategie 2050 basiert in erster Linie auf der Stärkung bestehender Massnahmen und leitet nur ansatzweise eine neue Energiepolitik ein. Verschiedene politische Entscheide (zweiter Marktöffnungsschritt im Strommarkt, bilaterales Stromabkommen, diverse Volksinitiativen) werden bis 2020 die Energiepolitik massgeblich prägen. Der Kanton Nidwalden fordert, dass bereits in der ersten Etappe klarere Schritte in Richtung einer strategieorientierten Energiepolitik gemacht werden. Die wachsende Bedeutung der dezentralen Energieträger verlangt auch in Zukunft eine föderalistische Energiepolitik.

1.3.4 Öffentlicher Verkehr

1.3.4.1 Doppelspurausbau der Zentralbahn in Hergiswil

Die Planungsarbeiten für ein Vorprojekt zum doppelspurigen Eisenbahntunnel in Hergiswil wurden planmässig fortgesetzt. Im Juli 2013 lagen die Vorprojekte für einen «Tunnel lang» und einen «Tunnel kurz» vollständig vor und wurden vom Steuerungsgremium zu Handen der

Baudirektion verabschiedet. Neben der technischen ist auch die finanzielle Machbarkeit eines Doppelspurausbau wichtig. Die Baudirektion tätigte dazu verschiedene Abklärungen und führte Gespräche. Dabei wurden das Bundesamt für Verkehr (BAV) und die übrigen Partner (Kantone Luzern und Obwalden) begrüsst. Es zeigte sich, dass eine Gesamtschau aller möglichen Planungsvarianten für einen Doppelspurausbau notwendig ist. Nur so kann über eine finanzielle Beteiligung von Bund und Partnerkantonen sowie über ein mögliches Umsetzungsprogramm diskutiert werden. Aufgrund dieser Ausgangslage wurde von der zb Zentralbahn AG ein Vorprojekt der «à Niveau-Variante» erarbeitet. Diese Variante zwischen der Haltestelle Matt und dem Bahnhof Hergiswil orientiert sich am bestehenden Trasse der zb, welches auf Doppelspur ausgebaut würde. Im Sommer 2013 lagen dann alle drei Varianten vor (à Niveau-Variante, doppelspuriger Tunnel lang von Hergiswil Schlüssel bis Hergiswil Bahnhof, doppelspuriger Tunnel kurz mit modifiziertem Auflageprojekt). In der Folge wurden die drei Varianten von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Baudirektor, dem Gemeindepräsidenten von Hergiswil, dem Geschäftsführer der zb und einem Vertreter des BAV, mit der bewährten Methode NIBA (Nachhaltigkeitsindikatoren für Bahninfrastrukturen) und externer Unterstützung bewertet. Die Arbeiten zur Variantenevaluation konnten im Oktober 2013 abgeschlossen werden. Es liegt nun ein Expertenbericht zu den Ergebnissen der Evaluation vor. Um dem Landrat eine Bestvariante inklusive Finanzierung und möglichem Umsetzungsprogramm vorschlagen zu können, ist eine politische Einschätzung der Evaluationsergebnisse notwendig. Der Regierungsrat hat dazu am 18. Dezember bei den Partnern für einen Doppelspurausbau eine Vernehmlassung bis Ende März 2014 gestartet. Vorgesehen ist, dass der Antrag im zweiten Halbjahr 2014 im Landrat behandelt wird.

1.3.4.2 Ausschreibungsstrategie für die Linien des öffentlichen Verkehrs

Die hauptsächlichsten Leistungen des öffentlichen Verkehrs wurden bisher in Nidwalden jeweils von den gleichen Anbietern (Postauto Zentralschweiz und Zentral-

bahn) erbracht. Diese Leistungen wurden aus verschiedenen Gründen nicht ausgeschrieben. So sind schweizweit aufgrund der Komplexität des Betriebes noch nie Bahnleistungen ausgeschrieben worden. Mit der Umsetzung der Bahnreform verlangt der Bund künftig von den Kantonen eine Ausschreibungsplanung für Leistungen des öffentlichen Verkehrs. Vor diesem Hintergrund wurde gemeinsam mit den Kantonen Obwalden und Uri eine Ausschreibungsstrategie mit externer Unterstützung erstellt. Dabei wurde eine Benchmarkanalyse der Kosten aller Postautolinien in den drei Kantonen erstellt. Gestützt darauf entstand dann für jeden Kanton eine entsprechende Ausschreibungsstrategie. Es zeigte sich, dass im Vergleich zu den anderen zwei Kantonen in Nidwalden Handlungsbedarf hinsichtlich der Kosten für die Postautolinien besteht. Als nächstes werden Gespräche mit dem Anbieter der Postautolinien aufgenommen, um die Ausschreibungsstrategie umzusetzen und das erkannte Kostenoptimierungspotential auszuschöpfen.

1.3.4.3 Bahnübergangssanierungen der Zentralbahn

Die Zentralbahn hat vom Bund den Auftrag, alle Bahnübergänge auf der Strecke Hergiswil bis Engelberg bis Ende 2014 zu sichern oder aufzuheben. Nachdem Mitte 2012 die Gründung einer modernen Melioration in Wolfenschiessen scheiterte, wurden die alternativen Planungsarbeiten für die Bahnübergangssanierungen intensiviert. Es zeigte sich, dass die Sanierungslösungen in Wolfenschiessen aufwendig sind. Grund dafür sind die parallele Lage des Bahntrassees und der Kantonsstrasse sowie die schwierigen Bewirtschaftungsverhältnisse. So sind neben aufwendigen Ein- und Ausfahrten aufs Landwirtschaftsland auch Ersatzerschliessungen notwendig. Als weiteres Problem kam dazu, dass die Nutzung des Gewässerraums für Ersatzerschliessungen lange unklar war, wodurch viele Planungsvarianten notwendig wurden. Gestützt auf die Planungsarbeiten ergab sich, dass der Rahmenkredit für die Sanierung der Bahnübergänge aus dem Jahre 2009 für die anfallenden Kosten kaum ausreichen dürfte. Ende Jahr wurden die Vorarbeiten für einen Nachtragskredit des Landrats aufgenommen. Zu diesem

Zeitpunkt waren von den 65 Bahnübergängen auf Nidwaldner Boden deren 32 saniert. Davon wurden 12 aufgehoben und 20 gesichert. Bei den restlichen 33 Bahnübergängen war bis auf einen, für den noch weitere Abklärungen nötig waren, das Plangenehmigungsverfahren im Gange. Das Ziel, dass alle Bahnübergänge bis Ende 2014 saniert sind, kann voraussichtlich erreicht werden (vorbehalten grössere Beschwerdeverfahren).

1.3.5 Infrastruktur

1.3.5.1 KH2/KV7 Dallenwil, Knoten Bahnhof

Nachdem der Landrat im August 2012 dem Projekt zugestimmt hatte, konnten die Einspracheverhandlungen im Frühjahr 2013 mit einer gütlichen Einigung abgeschlossen werden. Der Regierungsrat fällte darauf am 26. März 2013 den Baubeschluss. Der Landerwerb wurde unverzüglich vollzogen und die Submission der Baumeisterarbeiten durchgeführt. Im Mai 2013 konnten die Arbeiten vergeben werden. Die Bauarbeiten liefen wie geplant vom 3. Juni bis Ende November 2013. Nach einigen Umstellungen in der Verkehrsführung während der Bauarbeiten konnte der Kreisel am 5. November 2013 definitiv in Betrieb genommen werden. Pendent sind noch die Fertigstellungsarbeiten wie der Deckbelagseinbau und die Gestaltung des Innenkreisels sowie die Begrünung.

1.3.5.2 KH2 Wolfenschiessen, Knoten Oberau / Humligenstrasse mit Bahnübergangsanie rung

Das Projekt «Knoten Oberau / Humligenstrasse mit Bahnübergangsanie rung», welches unter der Federführung der Gemeinde Wolfenschiessen und der Zentralbahn projektiert worden war, wurde am 29. Mai 2013 vom Landrat genehmigt. Der Regierungsrat fasste den Baubeschluss am 17. Dezember 2013. Mit der Ausführung wurde das Tiefbauamt als Bauherrenvertreter der Gemeinde und der Zentralbahn beauftragt. Die Submission erfolgte unter Vorbehalt der Projektgenehmigung bereits im Herbst 2013 und die Baumeisterarbeiten konnten noch im Dezember 2013 vergeben werden. Geplant ist, dass ab April 2014 die Bauarbeiten starten können.

1.3.5.3 KV7 Dallenwil, Wiesenbergstrasse

Mit dem Landratsbeschluss vom 19. Dezember 2012 über die zukünftige Erschliessung des Gebiets Wiesenberg/Wirzweli wurde der Grundsatzentscheid über den Ausbaustandard der Wiesenbergstrasse getroffen. Aufgrund des Erschliessungskonzepts wurde die Erarbeitung des generellen Instandsetzungsprojektes Wiesenbergstrasse fortgeführt und bis im Juli 2013 fertiggestellt. Die Notwendigkeit der Instandsetzung zeigte sich am 23. Dezember 2012, als erneut ein Teil der Wiesenbergstrasse abrutschte und bis im Juni 2013 für CHF 1.45 Mio. als Sofortmassnahme wiederhergestellt wurde. Am 18. Dezember 2013 nahm der Landrat das generelle Projekt zustimmend zur Kenntnis und genehmigte den Projektierungskredit (CHF 650'000) für die erste von fünf Ausbau- und Erhaltungsetappen.

1.3.5.4 Hochwasserschutz Engelberger Aa Vorgezogene Massnahmen (Etappe 5C)

Aufgrund der örtlichen und der terminlichen Abhängigkeiten wurden die Massnahmen beim Bahnhof Wolfenschiessen (Los 552) und bei der Brücke Oberau (Los 551) als vorgezogene Massnahmen der Projektgenehmigung zugeführt. Die eingegangenen Einsprachen konnten im Rahmen der Einspracheverhandlungen geklärt werden. Mit Beschluss vom 18. Dezember 2013 hat der Landrat die vorgezogenen Massnahmen genehmigt. Geplant ist, im Februar 2014 mit den Bauarbeiten zu beginnen und diese im Frühjahr 2015 abzuschliessen.

Etappen 5 und 6 – Dallenwil bis Mettlen

Die Planungen für den Abschnitt Dallenwil bis Mettlen wurden weitergeführt. Neben der fortlaufenden Projektierung stehen insbesondere der Einbezug der Betroffenen und Interessierten und die Koordination mit benachbarten bzw. überlagerten Vorhaben im Zentrum. Die hydraulischen und geschiebetechnischen Berechnungen konnten abgeschlossen werden und stehen für die weitere Projektierung zur Verfügung. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit bei der Umsetzung der Bahnübergangssanierungen musste eine gewässernahe rückwärtige Er-

satzerschliessung aufgegeben werden. Wenn der Entscheid bezüglich Nutzung des Gewässerraums definitiv feststeht, muss die Lage der Ersatzerschliessungen allenfalls nochmals aufgegriffen werden.

1.4 Schlüssel zur Arbeit

1.4.1 Finanzen

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1.179 Mio. ab. Das Budget 2013 rechnete unter Einbezug der bewilligten Nachtragskredite mit einem Aufwandüberschuss von CHF 3.027 Mio. Franken.

Der betriebliche Aufwand von CHF 336 Mio. blieb um rund 6.2 Mio. über dem Budget. Der betriebliche Ertrag konnte gegenüber dem Budget um 6.3 Mio. erhöht werden. Dem Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit von CHF – 21.3 Mio. steht ein Finanzergebnis von CHF 15.4 Mio. gegenüber. Das operative Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Budget 2013 inklusive Nachtragskredite um CHF 1.032 Mio. und weist einen Verlust von CHF 5.9 Mio. aus.

Die Investitionsrechnung weist bei Bruttoinvestitionen von rund CHF 26.8 Mio. eine Nettoinvestition von CHF 18.5 Mio. aus. Im Budget 2013 inklusive Nachtragskredite waren Investitionen von CHF 24.9 Mio. vorgesehen.

Der Finanzierungsfehlbetrag beträgt in der Rechnung CHF 10.3 Mio. Im Budget 2013 inklusive Nachtragskredite wurde mit einem Finanzierungsfehlbetrag von CHF 25.9 Mio. gerechnet. Die Verbesserung ist vor allem auf den stark verbesserten Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit von CHF 8.3 Mio. sowie die Abnahme der Nettoinvestitionen von CHF 6.4 Mio. zurückzuführen.

Die Nettoschuld I erhöhte sich um CHF 17.8 Mio. auf neu CHF 46.2 Mio. Die Nettoschuld II wird nach wie vor als Nettovermögen ausgewiesen. Dieses reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 16.7 Mio. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 5 %.

Das Eigenkapital vermindert sich um CHF 16.7 Mio. auf CHF 100.9 Mio., wovon CHF 37.1 Mio. für Vorfinanzierungen zweckgebunden sind.

Der Gesamtertrag ohne interne Verrechnungen nimmt gegenüber dem Budget um CHF 7.1 Mio. oder 2.1 % zu. Gegenüber dem Budget nehmen die direkten Steuern um CHF 3.8 Mio. Franken zu. Der Transferertrag erhöht sich um CHF 5.1 Mio., wovon allein der Ertrag der direkten Bundessteuer um 3.2 Mio. höher ausfiel.

Der Gesamtaufwand ohne interne Verrechnungen nimmt gegenüber dem Budget um CHF 5.2 Mio. oder 1.6 % zu. Der Personalaufwand verbessert sich um CHF 1.5 Mio. und der Sachaufwand um CHF 1.7 Mio. Der Transferaufwand nahm hingegen deutlich um CHF 9.1 Mio. Die starke Zunahme ist insbesondere auf die ausserkantonalen Hospitalisationen, die Krankenkassenprämienzuschüsse sowie die Ertragsanteile der Gemeinden zurückzuführen. Als Folge der geringeren Nettoinvestitionen reduzieren sich die Abschreibungen gegenüber dem Budget um rund CHF 2.5 Mio.

Die Investitionsrechnung weist Nettoinvestitionen von CHF 18.5 Mio. aus. Gegenüber dem Budget inklusive Nachtragskredite resultiert eine Abnahme von CHF 6.4 Mio. Vor allem im Bereich Wasserbau konnten Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden und führten zu tieferen Nettoinvestitionen von CHF 2.8 Mio. Beim vorsorglichen Landerwerb im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten im Engelbergertal sind keine Ausgaben entstanden. Die Minderausgaben betragen CHF 1 Mio. Für die Sanierung von Bahnübergängen musste das Budget um CHF 1.1 Mio. nicht ausgeschöpft werden. Der vorgesehene Beitrag für die Erweiterung der Stiftung Weidli von CHF 2.5 Mio. wurde nicht beansprucht. Die Realisierung erfolgt erst in den Jahren 2014 und 2015. Für Darlehen an Nidwaldner Heime aufgrund einer erhöhten Bettenbelegung musste netto CHF 1.3 Mio. mehr ausbezahlt werden.

Für Leistungen des Kantons an die Gemeinden für die bereits beschlossenen Steuergesetzrevisionen erfolgte zu Lasten des zweckgebundenen Eigenkapitals eine Entnahme von insgesamt CHF 2.148 Mio.

Der Kanton Nidwalden weist aktuell eine gesunde Bilanz aus. Damit dies auch weiterhin der Fall sein wird, muss das Augenmerk auf den ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad sowie die stetige Zunahme der Nettoschuld gelegt werden. Mit verschiedenen Massnahmen soll ver-

sucht werden, das Haushaltgleichgewicht zu erhalten und den Finanzierungsfehlbetrag zu verbessern.

Das Budget 2014 rechnet dank weiteren Entnahmen aus Vorfinanzierungen mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1.9 Mio. Die Nettoschuld I wird weiter zunehmen. Die Herausforderung für den Kanton stellt sich vor allem in den Folgejahren, da der Wegfall der Vorfinanzierungen zu verkraften ist, die Beiträge in den NFA höher ausfallen werden und die Ausschüttung der Nationalbank unsicher ist. In verschiedenen Bereichen, insbesondere im Bildungs- und Sozialwesen, im Gesundheitswesen sowie beim öffentlichen Verkehr, ist weiter mit stark wachsenden Ausgaben zu rechnen.

1.4.2 Wirtschaft

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 1% (2012: 0.9%) blieb im Vergleich zum schweizerischen Schnitt von 3.2% (2012: 2.9%) sehr tief. Nidwalden zählt zu den Kantonen mit der tiefsten Arbeitslosigkeit. Somit bestätigt sich, dass es der Nidwaldner Wirtschaft nach wie vor gut geht. Die Jahreststeuerung stieg gegenüber dem Vorjahr auf neu -0.2% (2012: -0,7%) Auch die Leerwohnungsziffer veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur minim auf rund 1.37%.

1.4.3 Landwirtschaft

Das kühle und feuchte Wetter bis Ende Juni verzögerte die Heuernten und die Alpauftriebe um gut zwei Wochen. Vom sonnenärmsten Frühling seit 30 Jahren war die Rede. Die Kehrtwende folgte im Juli mit überdurchschnittlichen warmen und trockenen Temperaturen. Das sonnige Wetter setzte sich im August und September fort, was sich auf den Futterbau und die Alpwirtschaft positiv auswirkte. Dank besseren Preisen in der Milchwirtschaft und der Schweinehaltung konnte die tierische Produktion ihre Wertschöpfung gegenüber dem Vorjahr steigern. Das Einkommen dürfte sich nach Schätzungen des Bauernverbandes gegenüber dem Vorjahr leicht verbessern.

Mit Beschluss vom 25. Juni 2013 hat der Regierungsrat zu den Ausführungsbestimmungen der Agrarpolitik 2014–2017 Stellung genommen. Am 23. Oktober 2013 verabschiedete der Bundesrat die Verordnungen zur Agrarpolitik 2014–2017, deren Kernelement das weiterentwickelte Direktzahlungssystem ist. Die Direktzahlungen sind für die Nidwaldner Landwirtschaft von grosser Bedeutung. Die Auswirkungen auf die einzelnen Betriebe in Nidwalden sind sehr unterschiedlich. Entsprechend gross ist der Informationsbedarf der Bäuerinnen und Bauern, welcher mit mehreren Informationsanlässen abgedeckt wurde.

1.4.4 Arbeitsmarkt

Der Kanton Nidwalden konnte sich auch im Jahr 2013 sowohl für Unternehmen als auch für qualifizierte Arbeitskräfte als steuerlich sehr attraktiver Standort behaupten. Diese Feststellung unterstreichen die Zahlen aus der Wirtschaft. Dass die Kunden mit den Leistungen der Nidwaldner Unternehmen zufrieden sind, zeigt die Auslastung des Produktionsapparates. Nach wie vor am besten ausgelastet sind Betriebe mit 11 bis 20 Mitarbeitenden. Die gute und sehr gute Auslastung beträgt hier rund 95%. Aber auch die kleinen und mittleren Unternehmen sowie Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden weisen eine Auslastung von über 80% aus. Im gleichen Stile wird es gemäss Prognosen weitergehen. Denn die Nidwaldner Wirtschaft kann sich nicht über mangelnde Aufträge beklagen. 56% der befragten Unternehmen gaben an, über einen guten Auftragsbestand zu verfügen, während 10% diese Kennzahl als ungenügend bezeichneten. Dies könnte sich jedoch positiv verändern. Denn die Auftragseingänge entwickeln sich erfreulich. 25% (Vorperiode 22%) gaben an, bei den Aufträgen zuzulegen, während 55% von einem gleichbleibenden Auftragseingang sprechen. Branchenspezifisch ist es der Dienstleistungssektor, der leicht zulegen konnte, während im Baugewerbe sowie im Handel und Gewerbe kaum Änderungen stattfanden.

Nidwalden gehört zu jenen Kantonen mit der tiefsten Arbeitslosenquote. Ende Dezember 2013 betrug sie 1.2 %. Die Arbeitslosenquote der Schweiz betrug im Dezember 3.5 %.

Dass es der Nidwaldner Wirtschaft schon seit recht langer Zeit gut geht, kommt nicht von ungefähr. Nidwalden ist ein Kanton, dem seine Wirtschaft und seine Betriebe am Herzen liegen. Die Finanz- und Steuerpolitik sowie eine intakte Landschaft machen unseren Kanton zu einem Wirtschafts- und Wohnstandort mit Perspektiven. Die für eine florierende Wirtschaft so wichtigen Rahmenbedingungen werden laufend überprüft, angepasst und optimiert. Zahlen und Fakten bestätigen diese Aussage.

Der Erfolg unserer Wirtschaft basiert auch auf dem Umstand, dass die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner offen, wirtschaftsfreundlich und gut ausgebildet sind. Die Dichte an qualifizierten Arbeitskräften ist hoch. Bestens ausgebildet und international geschult, bevorzugen Nidwaldnerinnen und Nidwaldner Arbeitsplätze in der Region, wo sie aufgewachsen sind. Zudem zeichnet sie eine hohe Arbeitsmoral aus. Dies sind auch in Zukunft Perspektiven für Unternehmen, die ihr Geschäftsmodell auf die Faktoren Zuverlässigkeit, Qualität, Pünktlichkeit und Sicherheit abstützen.

1.5 Schlüssel zum zu Hause

1.5.1 Bildung

1.5.1.1 Schuleingangsstufe

Anfang 2013 wurden dem Regierungsrat die Ergebnisse zur Vernehmlassung über die Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Führung der Grundstufe vorgelegt. Den Gemeinden sollte es frei gestellt werden, diese Organisationsform als Alternative zum Kindergarten anzubieten. Aufgrund des Resultats wünschte der Regierungsrat, dass in Nidwalden künftig nur ein Modell am Schuleingang geführt wird. Er lud im Rahmen einer Nachbefragung die Gemeinden ein, sich zwischen Kindergarten und Basisstufe zu entscheiden. Das Geschäft erfuhr im Frühling des Berichtsjahres durch eine Motion von Landrätin Monika Lüthi-Wyss eine Wendung: Sie forderte, dass es den Gemeinden frei gestellt werde, ob sie den Kindergarten beibehalten, die Grund- oder die Basisstufe einführen. Das Begehren wurde Ende November 2013 vom Landrat gutgeheissen.

1.5.1.2 Leistungsauftrag FHZ 13–15

Der Regierungsrat genehmigte im Sommer des Berichtsjahres, zusammen mit den Regierungen der andern Trägerskantone, den Leistungsauftrag 2013 bis 2016 für die Hochschule Luzern – Fachhochschule Zentralschweiz (HSLU). Der Auftrag sieht für Nidwalden jährliche Finanzierungsbeiträge von rund CHF 3 Mio. vor. Der Grundauftrag besteht darin, dass die Fachhochschule mit starken Disziplinen und interdisziplinären Schwerpunkten ein optimales Umfeld für exzellente praxisorientierte Lehre und Forschung schafft.

Der Regierungsrat unterbreitete den Leistungsauftrag nach der Genehmigung im Herbst dem Landrat zur Kenntnisnahme.

1.5.1.3 Beitritt zur ilz

Nach der Gründung der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz und der damit verbundenen Entwicklung des Lehrplans 21 wurden die Statuten der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) 2012 revidiert. Damit war

für den Regierungsrat im Berichtsjahr der Zeitpunkt gekommen, der ilz als zwanzigster der einundzwanzig Deutschschweizer Kantone beizutreten. Der Beitritt ermöglicht es dem Kanton Nidwalden, sich an der Entwicklung von Lehrmitteln zu beteiligen und ein breites Netz von verschiedensten pädagogischen Gremien zu nutzen. Darüber hinaus kann Nidwalden den Lehrmitteleinsatz mit den umliegenden Kantonen koordinieren und sich auf verlässliche Empfehlungen abstützen.

1.5.2 Gesundheit und Wohlfahrt

Der Prozess der ersten Runde der Audits im Rahmen der Pflegeaufsicht konnte mit Curaviva Nidwalden erfolgreich abgeschlossen werden. Das Thema Palliative Care soll auch in Nidwalden inskünftig eine entsprechende Gewichtung erfahren. Dazu fand eine erste Kickoff-Veranstaltung statt. Es ist vorgesehen, die Thematik Palliative Care im Kanton Nidwalden im Gesundheitsgesetz zu verankern.

Im Berichtsjahr wurde intensiv an der Revision des Sozialhilfegesetzes gearbeitet. Ein Brennpunkt bei der Diskussion über die Sozialhilfe ist die Höhe der jeweiligen Unterstützungsbudgets. Wie viel Geld sollen Personen, welche Sozialhilfe beziehen, zur Verfügung haben? In absoluten Armutskonzepten wird Armut als Unterschreitung eines festgelegten Existenzminimums definiert. Ursprünglich wurde dabei von einem physischen Existenzminimum ausgegangen, das nur die überlebensnotwendige Versorgung umfasst. In modernen Wohlfahrtsstaaten wie der Schweiz ist die Orientierung an einem physischen Existenzminimum jedoch nicht mehr angebracht. Es wird von einer Armutsschwelle ausgegangen, welche nicht nur das reine Überleben, sondern auch eine minimale Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht. Als arm gelten demnach Personen, die nicht über die Mittel verfügen, um die für ein gesellschaftlich integriertes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen zu erwerben. Eine so definierte Armutsquote eignet sich als sozialpolitische Zielgrösse, da sich die finanzielle Unterstützung

armer Personen oder Haushalte direkt in einer messbaren Reduktion der Armut niederschlägt. Bei der Revision der Sozialhilfegesetzgebung ist vorgesehen, bei Einzelfällen, welche sich nicht an die «Spielregeln» der Sozialhilfe halten, die Zahlungen auf die überlebensnotwendige Versorgung zu reduzieren und unter bestimmten Voraussetzungen die Leistungen sogar ganz einzustellen. Personen, die sich um eine berufliche oder soziale Integration bemühen, soll jedoch das in der Schweiz übliche Existenzminimum weiterhin gewährt werden.

1.5.3 Sicherheit

Die Sicherheitslage im Kanton Nidwalden kann auch im Berichtsjahr als gut bezeichnet werden. Die Kantonspolizei Nidwalden hat zwar gemessen an der Bevölkerungszahl schweizweit das kleinste Corps. Besonders in ausserordentlichen Lagen führt dies dazu, dass die Polizei an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stösst. Im Allgemeinen schafft es die Polizei jedoch mit einem gezielten Einsatz der Mittel und einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Präventions- und Repressionsmassnahmen zu einem hohen Sicherheitsstandard für die Bevölkerung beizutragen. Im Berichtsjahr konnten die Vorarbeiten am neuen Polizeigesetz abgeschlossen werden. Diese Grundlage der polizeilichen Arbeit kann nun im 2014 dem Landrat zur Beratung vorgelegt werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit trug auch der Zivilschutz bei, der im Berichtsjahr in zwei Einsätzen nach Hangrutschungen zum Einsatz kam. Nach den Notfallplanungen im Bereich Naturereignisse konnten im Berichtsjahr die Planungen im C-Bereich abgeschlossen werden. Damit hat die Notfallorganisation bzw. der kantonale Führungsstab im Ereignisfall eine Grundlage, um rasch die richtigen Entscheide zu fällen.

1.6 Schlüssel zur Kultur

1.6.1 Kultur

1.6.1.1 Denkmalpflege

Nach der Vernehmlassung überarbeitete der Regierungsrat das neue Denkmalschutzgesetz mit dem Ziel, es vor dem Sommer 2014 im Parlament verabschieden zu können. Ebenfalls im Bereich Denkmalpflege wurde eine Programmvereinbarung zwischen Bund und Kanton erarbeitet, die im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege Ziele und deren Finanzierung festhält. Auf dem Bürgenstock wurde fünf Kleinbauten aus den 50er-Jahren unter Schutz gestellt. Damit soll sichergestellt werden, dass der einmalige Charakter der Hotelanlage erhalten wird.

1.6.1.2 Kantonsbibliothek

Mit einem kleinen Nachtragskredit ermöglichte es der Regierungsrat der Kantonsbibliothek, dem Verbund Digitale Bibliothek Zentralschweiz beizutreten. Dieser Verbund öffnet den Benutzerinnen und Benutzern der Kantonsbibliothek den Zugang zu einer gemeinsamen digitalen Bibliothek mit E-Books, die direkt auf Tablets oder E-Reader geladen werden können.

1.6.1.3 Kulturförderung

Im Bereich der Kulturförderung unternahm der Regierungsrat eine Bereinigung der Förderung aus Lotteriefondsgeldern. Neu ist für alle Gesuche mit kulturellen Belangen die Kulturkommission zuständig. Werden Gesuche bei der Finanzdirektion eingereicht, werden sie intern automatisch an die Kulturkommission weitergeleitet.

1.6.2 Gesellschaft

In der wegweisenden Publikation «Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz» aus dem Jahre 2012 des «Interdepartementalen Ausschusses Nachhaltige Entwicklung» des Bundes äussern sich die Autoren wie folgt zu den Perspektiven und Herausforderungen für die Bevölkerung und Gesellschaft der Schweiz: Die demographische Her-

ausforderung liegt in der Schweiz sowohl im Wachstum als auch in der Alterung der Bevölkerung. Kommen gegenwärtig auf 100 Erwerbstätige 33 Pensionierte, werden es im Jahr 2050 ungefähr 61 sein. Die Reformen des Sozialversicherungssystems werden die Beziehungen zwischen den Generationen belasten. Die Alterung und das Wachstum der Gesellschaft prägen weitere Bereiche wie den Arbeitsmarkt, die Mobilität und das Siedlungswesen. Aufgrund der schweizerischen Migrationspolitik ist anzunehmen, dass auch künftig hauptsächlich Menschen aus dem EU-Raum einwandern. Auch die Einwanderung aus nicht-europäischen Ländern wird voraussichtlich bestehen bleiben und die Integrationspolitik behält somit eine grosse Bedeutung. Aufgrund des steigenden Wettbewerbsdrucks ist es für Personen mit geringer Ausbildung oder anderen Benachteiligungen immer schwieriger, mit den Anforderungen im Arbeitsleben mitzuhalten. Die Integration von lernschwachen Jugendlichen wird immer wichtiger. Besonders betroffen von der Armut sind Langzeitarbeitslose, Personen mit tiefem Erwerbseinkommen (Working Pools), Einelternfamilien und kinderreiche Haushalte.

1.7 Vertretung im eidgenössischen Parlament

Die Kontakte des Nidwaldner Regierungsrates mit den beiden eidgenössischen Parlamentariern wurden auch 2013 intensiv gepflegt und vertieft. Neben der laufenden, stets aktuellen Orientierung über die Vernehmlassungen des Kantons gegenüber den eidgenössischen Instanzen hat sich der Regierungsrat an zwei Sitzungen mit Ständerat Paul Niederberger, Oberdorf (CVP), und Nationalrat Peter Keller, Hergiswil (SVP), zur Besprechung von aktuellen, nationalen Themen getroffen.



1.8 Landrat**1.8.1 Zusammensetzung****Landratsbüro 2013/2014****Präsident**

Maurus Adam, FDP, Hergiswil

1. Vizepräsident

Walter Odermatt, SVP, Stans

2. Vizepräsident

Conrad Wagner, GN, Stans

Vertreterin der SVP-Fraktion

Michèle Blöchliger, SVP, Hergiswil

Vertreterin der CVP-Fraktion

Monika Lüthi-Wyss, CVP, Ennetbürgen

Vertreter der FDP-Fraktion

Ruedi Waser, FDP, Stansstad

Vertreter der Grüne- / SP-Fraktion

Leo Amstutz, GN, Beckenried

Landratssekretär

Armin Eberli, Stans

Landrat 2013/2014

Partei	Mandate
SVP	19
CVP	18
FDP	17
Grüne Nidwalden	5
SP	1
Total	60

1.8.2 Vorlagen an den Landrat

Finanzdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Teilrevision des Gesetzes über die Steuern des Kantons und der Gemeinden (Steuergesetz, StG)	26. Juni 2013; Genehmigung in bereinigter Fassung
Staatsrechnung 2012 und Rechnungen der Verwaltungen unter kantonaler Aufsicht	26. Juni 2013; Genehmigung
Gesetz über die kantonale Pensionskasse (Pensionskassengesetz, PKG)	25. September 2013; Genehmigung in bereinigter Fassung
Teilrevision des Gesetzes über das öffentlichrechtliche Arbeitsverhältnis (Personalgesetz, PersG)	23. Oktober 2013; Genehmigung
Budget und Finanzpläne des Kantons: 7.1 Budget 2014; Genehmigung 7.2 Finanzplan und Investitionsplan für die Jahre 2015 und 2016; Genehmigung 7.3 Investitionsplan für die Jahre 2017 und 2018; Kenntnisnahme	27. November 2013; Genehmigung Rückweisung an Regierungsrat Rückweisung an Regierungsrat
Landratsbeschluss über eine Standesinitiative zur Steuerung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA)	18. Dezember 2013; Genehmigung

Baudirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Landratsbeschluss über den Ausbau der Kantonsstrasse KH2, Gemeinde Wolfenschiessen. Sanierung Knoten Oberau/Humligen	29. Mai 2013; Genehmigung
Landratsbeschluss über den Objektkredit für die Abgeltung des Regionalen Personenverkehrs (RPV) für das Jahr 2014	26. Juni 2013; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Bewilligung eines Objektkredites für Neuanlage und Ausbau der Kantonsstrassen	27. November 2013; Genehmigung
Landratsbeschluss über vorgezogene Massnahmen betreffend Hochwasserschutz Engelberger Aa, Etappe 5C	18. Dezember 2013; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Instandsetzung der Wiesenbergstrasse KV7, Abschnitt Lourdesgrotte bis Abzweiger Wirzweli, Gemeinde Dallenwil	18. Dezember 2013; Genehmigung

Justiz- und Sicherheitsdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Verordnung über die Beurkundungsgebühren. Teilrevision. Antrag an den Landrat	26. Juni 2013; Genehmigung
Gesetz zur Änderung der Vollziehungsverordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung betreffend die Fischerei (Kantonale Fischereiverordnung, kFV)	23. Oktober 2013; Genehmigung

Bildungsdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Leistungsauftrag 2013–2015 der Konkordatskantone an die Hochschule Luzern - FH Zentralschweiz (HSLU) im Rahmen der Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung	25. September 2013; Kenntnisnahme

Landwirtschafts- und Umweltdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Gesetz über das Kantonale Elektrizitätswerk Nidwalden (Elektrizitätswerkgesetz, EWNG)	27. März 2013; Genehmigung
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (kantonales Stromversorgungsgesetz, kStromVG);	27. März 2013; Genehmigung

Gesundheits- und Sozialdirektion

Vorlage	Behandlung im Landrat
Landratsbeschluss über die Festsetzung des kantonalen Anteils an die Abgeltung der Akut- und Übergangspflege	27. März 2013; Genehmigung
Landratsbeschluss über die Genehmigung der Leistungsvereinbarung betreffend Führung einer Spezialabteilung für Menschen mit einer Demenzerkrankung zwischen dem Kanton Nidwalden und der Stiftung Alters- und Pflegeheim Nidwalden (Wohnheim Nägeligasse)	29. Mai 2013; Genehmigung
Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Krankenversicherungsgesetz, KKVg)	4. September 2013; Genehmigung in bereinigter Fassung
Landratsbeschluss betreffend die Inkraftsetzung der Änderung des Krankenversicherungsgesetzes vom 24. Oktober 2012	4. September 2013; Genehmigung

1.8.3 Berichte über Aufträge aus Beschlüssen des Landrates zu parlamentarischen Vorstössen (Motionen und Postulate)

1.8.3.1 Im Jahr 2013 erfüllte Motionen und Postulate

Der Regierungsrat hat im Jahr 2013 folgende vom Landrat gutgeheissene Motionen und Postulate erfüllt:

1. Motion der Finanzkommission betreffend die Festlegung der Lohnsumme gemäss dem Personalgesetz

Die Motion vom 9. Januar 2012 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 126 vom 28. Februar 2012 beantwortet. Der Landrat hat am 25. April 2012 die Motion gutgeheissen. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 90 vom 19. Februar 2013 die Teilrevision des Personalgesetzes in die Vernehmlassung gegeben und am 9. Juli 2013 die Teilrevision mit Beschluss Nr. 487 vom 9. Juli 2013 zuhanden des Landrates verabschiedet. Der Landrat hat am 23. Oktober 2013 die Teilrevision des Personalgesetzes beschlossen.

2. Motion Martin Zimmermann, Ennetbürgen, und Mitunterzeichnende zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Steuerung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA)

Die Motion vom 14. November 2012 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 203 vom 26. März 2013 beantwortet. Der Landrat hat am 29. Mai 2013 die Motion in der Fassung gemäss dem Antrag des Regierungsrates gutgeheissen. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 781 vom 12. November 2013 dem Landrat die ausgearbeitete Standesinitiative zur Überweisung an die Bundesversammlung unterbreitet. Der Landrat hat am 18. Dezember 2013 die Standesinitiative verabschiedet.

3. Motion Susann Trüssel, Oberdorf, und Mitunterzeichnende für die Revision des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz)

Das totalrevidierte neue Planungs- und Baugesetz wurde vom Regierungsrat am 26. November 2013 zu Handen des Landrates verabschiedet. Die Motion ist daher erfüllt.

1.8.3.2 Parlamentarische Vorstösse der Jahre 2011–2013

Gemäss § 112 Abs. 3 des Landratsreglements erstattet der Regierungsrat dem Landrat in einem besonderen Abschnitt des Rechenschaftsberichtes jährlich Bericht über die im Berichtsjahr noch nicht abgeschriebenen Motionen und Postulate:

1. Postulat Christine Wagner, Wolfenschiessen, und Mitunterzeichnende betreffend Einführung einer schwarzen Liste von säumigen Krankenkassenprämienzahlern

Das Postulat wurde am 18. März 2011 als Motion eingereicht und vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 675 vom 13. September 2011 beantwortet. Der Landrat hat am 23. November 2011 die Motion in Form eines Postulats gutgeheissen. Der Kanton Nidwalden zählte für das Jahr 2013 bis Mitte Dezember 191 Verlustscheine mit ausstehenden Prämien und Kostenbeteiligungen in der Höhe von rund CHF 200'000. Endgültige Zahlen liegen erst Ende März 2014 mit den Meldungen der Versicherten über Verlustscheine vor. Mit der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes betreffend Direktzahlungen der Individuellen Prämienverbilligung an die Krankenversicherer kann davon ausgegangen werden, dass sich die Anzahl der Verlustscheine und damit einhergehend auch der Betrag an ausstehenden Prämien und Kostenbeteiligungen reduzieren wird. Aufgrund der beschriebenen Ausgangslage soll die Entwicklung 2014 abgewartet und danach das weitere Vorgehen entschieden werden.

2. Motion Philippe Banz, Hergiswil, und Mitunterzeichnende betreffend eine Teilrevision des Sozialhilfegesetzes und der Sozialhilfeverordnung

Die Motion vom 9. Februar 2012 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 501 vom 3. Juli 2012 beantwortet. Der Landrat hat am 26. September 2012 die Motion gutgeheissen. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 822 vom 26. November 2013 eine Totalrevision des Sozialhilfegesetzes zur Vernehmlassung verabschiedet.

3. Motion Joseph Niederberger, Oberdorf, und Mitunterzeichnende betreffend die Änderung des Spielgesetzes

Die Motion vom 23. Mai 2012 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 766 vom 23. Oktober 2012 beantwortet. Der Landrat hat am 30. Januar 2013 die Motion gutgeheissen. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 609 vom 10. September 2013 eine Teilrevision des Lotterieggesetzes einschliesslich einer Änderung des Spielgesetzes zur Vernehmlassung bis am 12. Dezember 2013 verabschiedet. Es ist vorgesehen, die Vorlage zu Beginn des Jahres 2014 zuhanden des Landrates zu verabschieden.

4. Motion Karl Tschopp, Stans, und Mitunterzeichnende betreffend Änderung der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft und deren Anstellungsinstanz sowie Änderung der Anzahl Laienrichter beim Kantonsgericht

Die Motion vom 27. August 2012 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 118 vom 26. Februar 2013 beantwortet. Der Landrat hat am 26. Juni 2013 die Motion gutgeheissen.

5. Postulat Christian Landolt, Beckenried, und Armin Odermatt, Oberdorf, sowie Mitunterzeichnende betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch

Das Postulat vom 19. Dezember 2012 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 379 vom 4. Juni 2013 beantwortet. Der Landrat hat am 25. September 2013 das Postulat gutgeheissen.

6. Motion Monika Lüthi-Wyss, Ennetbürgen, betreffend die Einführung der Grund- oder Basisstufe in der Volksschule

Die Motion vom 6. März 2013 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 584 vom 3. September 2013 beantwortet. Der Landrat hat am 27. November 2013 die Motion gutgeheissen.

7. Postulat Toni Niederberger, Oberdorf, und Josef Barmettler, Buochs, sowie Mitunterzeichnende betreffend die Linienführung des Rad-/Gehweges der Gemeinden Stans und Oberdorf, Abschnitt Sportplatz – St. Heinrich

Das Postulat wurde am 23. Mai 2013 eingereicht und vom

Regierungsrat mit Beschluss Nr. 488 vom 9. Juli 2013 zur Ablehnung empfohlen. An der Landratssitzung vom 23. Oktober 2013 wurde das Postulat mit der Ergänzung der Kommission BUL gutgeheissen, wonach der Regierungsrat anzuhalten sei, die Variante Winkelriedhaus zu planen.

Die Baudirektion ist daran, die nach dem Brand der Winkelriedscheune geänderten Rahmenbedingungen zu klären und ein Bauprojekt auszuarbeiten.

1.8.3.3 Parlamentarische Vorstösse vor dem Jahr 2011

Gemäss § 114 Abs. 2 des Landratsreglements stellt der Regierungsrat für Motionen und Postulate, die vor mehr als drei Jahren gutgeheissen wurden, aber noch nicht erfüllt sind, in einem besonderen Abschnitt des Rechenschaftsberichtes den begründeten Antrag auf Abschreibung oder Aufrechterhaltung:

1. Motion Walter Odermatt, Stans, und Erich Amstutz, Stans, sowie Mitunterzeichnende betreffend Zusammenführung der operativen Jugendarbeit der Gemeinden beim Kanton

Die Motion vom 20. Oktober 2010 wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 154 vom 22. Februar 2011 beantwortet. Der Landrat hat am 20. April 2011 die Motion gutgeheissen. Die Gesundheits- und Sozialdirektion wurde beauftragt, mit den Gemeinden den Bedarf sowie mögliche Modelle und Finanzierungsformen der beim Kanton zusammengeführten Jugendarbeit abzuklären. Dem Landrat sind anschliessend ein Konzept und die entsprechende Leistungsauftragserweiterung zum Entscheid vorzulegen. Die Umfrage bei den Gemeinden hat ergeben, dass nur zwei Gemeinden einen Bedarf für eine Zusammenführung der operativen Jugendarbeit erkennen. Bei der Gutheissung der Motion durch den Landrat wurde festgehalten, dass die Umsetzung dieses Vorhabens erst dann sinnvoll ist, wenn sich mindestens sechs Gemeinden an einem solchen Modell anschliessen. Da seitens der Gemeinden der Bedarf für eine Zusammenführung der Jugendarbeit nicht ausgewiesen ist, beantragt der Regierungsrat diese Motion abzuschreiben.

1.9 Volksrechte

1.9.1 Initiativen

Zeitpunkt / Art / Wer	Inhalt (Kurzform)	Zeitpunkt / Antrag RR	Zeitpunkt / Behandlung im LR	Zeitpunkt / Volksabstimmung
26. April 2013: Volksinitiative des Initiativkomitees «Schluss mit Kirchensteuern für Unternehmen»	Änderung der Verfassung betreffend die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen	Nr. 687 vom 15. Oktober 2013; Ablehnung	27. November 2013: Ablehnung	22. Dezember 2013: Rückzug
25. April 2013: Volksinitiative «Für bezahlbares Wohnen in Nidwalden»	Allgemeine Anregung zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus	Nr. 889 vom 17. Dezember 2013; Ablehnung	19. Februar 2014	September 2014

1.9.2 Petitionen

Zeitpunkt / Art / Wer	Inhalt (Kurzform)	Stellungnahme RR / Zeitpunkt
30. August 2013: Petition der JUSO, Jungen CVP und Jungen SVP mit dem Titel «JA zum Erhalt des Nachtsterns».	Forderung auf Beibehaltung des Nachtsternangebots; Wiedererwägung des Landratsbeschlusses	RRB 690 vom 15. Oktober 2013; Hinweis auf Budgetdebatte; Landratsbeschluss zum Budget vom 27. November 2013: Angebot wird gestrichen
10. April 2013: Petition des Komitees Pro-Wiesenbergstrasse zum Ausbau der Wiesenbergstrasse.	Die Petition fordert, dass die Wiesenbergstrasse auch während der Bauphasen wann immer möglich geöffnet bleiben muss, um die Erschliessung des Gebiets Wiesenberg und Wirzweli zu gewährleisten	RRB 316 vom 14. Mai 2013

1.10 Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle

1.10.1 Allgemeines

Die kantonale Finanzkontrolle ist die oberste Fachinstanz der Finanzaufsicht des Kantons. Sie dient einerseits dem Landrat zur Ausübung seiner Oberaufsicht über die Kantonsverwaltung und über die Verwaltung der Rechtspflege. Andererseits ist die Finanzkontrolle für den Regierungsrat ein Instrument für seine Aufsicht über die Kantonsverwaltung. Diesen Auftrag erfüllt die Finanzkontrolle durch Prüfungen des kantonalen Finanzhaushaltes sowie der Organisation und der Prozesse in den Amtsstellen gemäss den gesetzlichen Grundlagen und den anerkannten Revisionsgrundsätzen.

Im Finanzkontrollgesetz vom 21. Oktober 2009 (kFKG) ist die fachliche Unabhängigkeit und die Selbständigkeit der Finanzkontrolle in Art. 1 Abs. 2 festgeschrieben. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit einzig Verfassung und Gesetz verpflichtet. Sie qualifiziert als zugelassene Revisionsexpertin nach dem Revisionsaufsichtsgesetz und ist bei der Revisionsaufsichtsbehörde als zugelassenes Revisionsunternehmen registriert.

Nach Art. 16 kFKG erstattet die Finanzkontrolle dem Landrat und dem Regierungsrat jährlich einen Tätigkeitsbericht. Unter Berücksichtigung der Grössenverhältnisse wird dieser Bericht im Rechenschaftsbericht des Regierungsrates integriert.

1.10.2 Prüfung der Staatsrechnung 2012

Gemäss dem Finanzkontrollgesetz ist die Finanzkontrolle für die Prüfung der Staatsrechnungen zuständig. Im Bericht vom 23. April 2013 zur Jahresrechnung 2012 bestätigte die Finanzkontrolle, dass die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

In ihrem umfassenden Bericht zur Prüfung der Jahresrechnung beschrieb die Finanzkontrolle die Durchführung der Abschlussprüfung und ihre Prüfungstätigkeiten. Zudem erklärte sie ihre Feststellungen aus den Prüfungstätigkeiten und beschrieb die Auswirkungen der festgestellten

Prüfdifferenzen auf die Jahresrechnung. Ausserdem gab der Bericht Auskunft zum Status der Feststellungen aus dem Vorjahr.

1.10.2.1 Prüfung weiterer Verwaltungsrechnungen und spezieller Abrechnungen

Neben der Staatsrechnung prüfte die Finanzkontrolle verschiedene weitere Verwaltungsrechnungen und spezielle Abrechnungen. Diese Rechnungen werden teilweise dezentral, unabhängig von der Finanzverwaltung, in den entsprechenden Verwaltungseinheiten geführt oder haben wesentlichen Einfluss auf die Staatsrechnung.

Jährlich wiederkehrend prüft die Finanzkontrolle die Jahresrechnungen der kantonalen Mittelschule und der Gerichtskasse. Die entsprechenden Prüfstate wurden am 26. bzw. am 30. April 2013 ausgestellt.

Eine weitere jährlich wiederkehrende Prüfung bildet die Revision der Steuerabrechnung und der Jahressollabrechnung der Kantons- und Gemeindesteuern. Bei diesen Prüfungen werden im Wesentlichen die Geldflüsse und die gesetzeskonforme Aufteilung der Einkommens- und Vermögenssteuern sowie der Ertrags- und Kapitalsteuern an den Kanton und die teilhabenden Körperschaften untersucht. Den entsprechenden Prüfbericht gab die Finanzkontrolle am 12. Februar 2013 ab. Er dient als Nachweis gegenüber den Gemeinden einerseits und für die korrekte Erfassung in der Staatsrechnung andererseits.

Jeweils im Sommer prüft die Finanzkontrolle den kantonalen Finanzausgleich. Mit ihrem Prüfbericht vom 27. August 2013 konnte die Finanzkontrolle bestätigen, dass diese Abrechnung für das Jahr 2013 den gesetzlichen Grundlagen entspricht.

Zudem wurden während der zweiten Jahreshälfte laufend Prüfungen im Bereich Personalkosten (Salärzahlungen, Salärmutationen, Spesenbezüge usw.) durchgeführt. Diese Revisionsarbeiten erstreckten sich über alle Amtsstellen. Die Prüfungsarbeiten im Personalbereich dienen letztlich ebenfalls der Prüfung der Staatsrechnung.

1.10.2.2 Amtsstellenrevisionen

Für die Revisionen der Amtsstellen sieht die Finanzkontrolle mittelfristig vor, dass jede Amtsstelle innerhalb von

vier Jahren zumindest einmal schwerpunktmässig geprüft wird. Bei einer Stellenrevision werden die Organisation und die Prozesse des Amtes und dessen Dienststellen beurteilt und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überprüft.

Die Prüfplanung 2013 sah vor, bei fünf Stellen vertiefte Revisionen durchzuführen. Im Jahre 2013 konnte – im Rahmen der personellen Möglichkeiten – eine Stellenrevision zu Ende geführt werden. Per Ende 2013 waren – aus diversen Gründen – etwa sieben Stellenrevisionen noch in Bearbeitung. Mit der initiierten Verschiebung der Prioritäten sollte es möglich sein, das mittelfristige Ziel zu erreichen, nämlich dass alle Stellen in einem Vier-Jahres-Rhythmus geprüft werden können.

1.10.2.3 Abrechnungen von Verpflichtungskrediten

Seit dem Erlass der Weisung Nr. 21/2010 vom 2. März 2010 der Finanzdirektion müssen alle Abrechnungen von Verpflichtungskrediten der Finanzkontrolle zur Prüfung vorgelegt werden. Somit prüfte die Finanzkontrolle 2013 sechs Abrechnungen von Verpflichtungskrediten – hauptsächlich Bauabrechnungen. Bei Kreditabrechnungen werden die Ausführung der beschlossenen Projekte, die Krediteinhaltung und die Einhaltung der Submissionsvorschriften geprüft. Bei diesen Prüfungen konnte die Finanzkontrolle im Wesentlichen feststellen, dass die Projekte nach den gesetzlichen Vorgaben abgewickelt wurden, abgesehen von einigen unwesentlichen Ausnahmen.

1.10.2.4 Prüfung des Internen Kontrollsystems (IKS)

Gem. Art. 71 Abs. 2 KFHG ist die Leitung der Verwaltungseinheiten verantwortlich für die Einführung, den Einsatz und die Überwachung eines Internen Kontrollsystems in ihrem Zuständigkeitsbereich. Die erforderlichen Vorschriften des Regierungsrates für die Umsetzung wurden noch nicht erlassen. Aus diesem Grund konnte die Finanzkontrolle bei der Berichterstattung zur Staatsrechnung 2012 noch keine Aussage zum Internen Kontrollsystem abgeben. Im Rahmen der durchgeführten Stellenrevisionen, Projektprüfungen und übrigen Prüfungstätigkeiten bilden jedoch die vorhandenen Kontrolltätigkeiten sowie das Kontrollbewusstsein der Dienststellen zentrale Elemente und werden entsprechend dem risikoorientierten Prüfansatz berücksichtigt.

1.10.3 Prüfungen im Auftrag des Bundes

In diversen Bereichen prüfte die Finanzkontrolle im Auftrag des Bundes die Abrechnungen für die Auslösung der Bundesbeiträge. Insbesondere zu erwähnen sind hier die Prüfungen im Nationalstrassenbau. Für die Netzzulassung führte die kantonale Finanzkontrolle risikobasierte Schwerpunktprüfungen mit Berichterstattung an das Bundesamt für Strassen (ASTRA) durch.

1.10.4 Zusammenarbeit mit Kommissionen

Die Finanzkontrolle unterstützte die Aufsichtskommission und die Finanzkommission in ihren Aufgaben durch Hinweise in den Prüfberichten sowie durch die Teilnahme und Auskunftserteilung an den Kommissionssitzungen. Prüfberichte im Zusammenhang mit der Staatsrechnung im weiteren Sinn erläuterte die Finanzkontrolle in beiden Kommissionen.

1.10.5 Revisionsstellenmandate

Als Revisionsstelle prüfte die Finanzkontrolle die Jahresrechnungen mehrerer selbständiger Anstalten und von Stiftungen und Vereinen. Beim Informatikleistungszentrum Ob- und Nidwalden (ILZ) und beim Verkehrssicherheitszentrum Ob- und Nidwalden (VSZ) wurden die Prüfungen zusammen mit der Finanzkontrolle des Kantons Obwalden durchgeführt. Für das Laboratorium der Urkantone (LdU) wurde die Jahresrechnung gemeinsam mit den Finanzkontrollen der Kantone Obwalden und Uri geprüft.

Zu diesen Mandaten wurden separate Prüfberichte abgegeben. Sie konnten ausnahmslos ohne Einschränkungen,

aber mit verschiedenen Empfehlungen für Verbesserungen, verfasst werden.

Die Prüfungen der grösseren öffentlich-rechtlichen selbstständigen Anstalten des Kantons – der Nidwaldner Kantonalbank, des Elektrizitätswerks Nidwalden, der Nidwaldner Sachversicherungsanstalt, des Kantonsspitals und der Kantonalen Ausgleichskasse – werden durch externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt. Für die Kommunikation zwischen ihnen und der Aufsichtskommission dient die Finanzkontrolle als Schnittstelle. Zudem kann die Finanzkontrolle gemäss Art. 7 Abs. 3 kFKG zusätzlich zu den externen Revisionsstellen die Finanzaufsicht ausüben.

1.10.6 Spezialprüfungen und Stellungnahmen

Auf Anfrage der Finanzdirektion und der Kommissionen führte die Finanzkontrolle – ausserhalb der oben beschriebenen Prüftätigkeiten – verschiedene Spezialprüfungen durch und gab diverse Stellungnahmen und Empfehlungen ab.

1.10.7 Projekte

Die aktuellen und zukünftigen regulatorischen Veränderungen in der externen und internen Revision haben auch auf die Finanzkontrolle Auswirkungen (gesetzliche Grundlagen, Qualitätssicherung, Organisation, Aus- und Weiterbildung). Die im Berichtsjahr bearbeiteten Projekte sind Bestandteile dieser Veränderungen. U.a. wurde von der Revisionsaufsichtsbehörde des Bundes vorgegeben, dass die Struktur und die Arbeitsweise der Finanzkontrolle ab dem Jahr 2013 regelmässig von anderen zugelassenen Revisionsunternehmen überprüft werden. Aus diesem Grund schlossen sich die Finanzkontrollen der Kantone Zug, Schwyz, Uri, Obwalden und Nidwalden sowie das Finanzinspektorat der Stadt Luzern informell zu einem Qualitätszirkel zusammen mit dem Ziel, künftig innerhalb dieses Zirkels jeweils Qualitätskontrollen durchzuführen. Am 30. September 2013 führten die Vorsteher der Finanzkontrollen der Kantone Obwalden und Uri die Qualitätskontrolle in Nidwalden durch – vorerst in Bezug auf die Organisation. Zudem prüften sie vereinbarungsgemäss die Erfolgsrechnung 2012 der Finanzkontrolle. Die entsprechenden Prüfberichte liegen vor. Gestützt auf die Vereinbarung vom 6. Dezember 2013 über die Durchführung von Qualitätskontrollen und Prüfung der Jahresrechnungen zwischen den genannten Finanzkontrollen wirkte der Vorsteher der Finanzkontrolle Nidwalden an den beschriebenen Prüfungsarbeiten in Zug und der Stadt Luzern mit.



2 Tätigkeiten der Direktionen

2.1 Finanzdirektion

2.1.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Finanzdirektion erfüllt die Aufgaben auf dem Gebiet des Finanzhaushaltes, der Steuern, des Personals und der Informatik. Die Finanzverwaltung, das Steueramt und das Personalamt sind der Direktionen direkt unterstellt, die Finanzkontrolle administrativ.

Im Weiteren sind der Finanzdirektion die Nidwaldner Kantonalbank (NKB), die Pensionskasse Nidwalden, das Informatik-Leistungszentrum Obwalden/Nidwalden (ILZ), die Zentralbahn (zb), die Schifffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees (SGV), die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaussicht (ZBSA) sowie Swisslos zugewiesen.

Jahr in Zahlen

- Operatives Ergebnis der Erfolgsrechnung von CHF –5.927 Mio.
- Ausserordentliches Ergebnis der Erfolgsrechnung von CHF 4.748 Mio.
- Gesamtergebnis von CHF –1.179 Mio.
- Nettoinvestition von CHF 18.552 Mio.
- Selbstfinanzierungsgrad von 5 %
- Total 27'087 Steuerpflichtige für Kantons- und Gemeindesteuer
- Steuerertrag der natürlichen und juristischen Personen total CHF 246 Mio.
- Einmalige Steuern total CHF 22 Mio.
- Steuerertrag der direkten Bundessteuer total CHF 136 Mio.
- Fluktuationsrate beim Personal 8.9 % (2012: 10.2 %)
- 79 Mitarbeitende feierten ein Arbeitsjubiläum, davon einer das 45-jährige und acht das 25-jährige
- Mitarbeitende beim Kanton: 331 Frauen und 373 Männer; Frauenanteil 47 %

Personalbestand

Finanzdirektion (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Direktionssekretariat FD	0.5	–	0.5	–
Finanzverwaltung	9.5	–	9.1	–
Steueramt	27.3	–	27.5	–
Personalamt	2.1	–	3.3	–
Finanzkontrolle	2.3	–	2.3	–

2.1.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/a	Legislaturziel Verschiedene Bereiche für die gemeinsame Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen werden geprüft	
	Jahresziel Kontinuität der Verwaltungsweiterbildung sicherstellen	Ziel erreicht Das Personalamt Nidwalden arbeitet aktiv in der Steuergruppe mit.
2/d	Legislaturziel E-Government in Teilbereichen eingeführt	
	Jahresziel Records Management-System (RMS = elektronische Schriftgutverwaltung)	Ziel teilweise erreicht Eine flächendeckende Einführung wird erst Ende 2014 möglich sein, da die Pilotbetriebe noch Mängel aufweisen (Instabilitäten im Betriebssystem Windows XP).
	Jahresziel CH-Meldewesen Steuern einführen	Ziel erreicht Die kantonale Plattform konnte mit der erfolgreichen Einführung des elektronischen Meldeverfahrens (elektronischer Datenaustausch mit den schweizerischen AHV-Ausgleichskassen) planungsgemäss erweitert werden.
2/o	Legislaturziel Umsetzung der Steuerstrategie 2011	
	Jahresziel Firmen- und Personen-Neuanmeldungen, insbesondere im Zusammenhang mit Lizenzen sowie Forschung und Entwicklung	Ziel erreicht Das Steueramt hat an diversen durch die Wirtschaftsförderung und weiteren Organisationen durchgeführten Steuerkunden-Anlässe aktiv teilgenommen und hielt diverse Vorträge bei Steuerberatern und Fachveranstaltungen. Das Interesse an der NW-Lizenzbox ist u.a. auch im Zusammenhang mit der im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III geplanten Einführung einer Lizenzbox nochmals angestiegen. Möglicherweise hat hier der Kanton Nidwalden erneut eine innovative Steuerpolitik gefördert, welche nun wiederholt zu einer gesamtschweizerischen Lösung führen könnte. Per 31.12.2013 wurden 54 Lizenzverwertungsgesellschaften in Nidwalden registriert. Die Anzahl der juristischen Personen hat im 2013 um rund 200 Gesellschaften zugenommen.
2/p	Legislaturziel Dienstleistungsorientierte und effiziente Steuerveranlagungen	
	Jahresziel Weitere Publikationen im Rahmen der NW-Steuerpraxis	Ziel erreicht Im Rahmen der Publikation der Nidwaldner Steuerpraxis wurden erneut neue Richtlinien veröffentlicht und bestehende ergänzt.
	Jahresziel Einführung Zifferndialog für Veranlagungen für juristische Personen	Ziel erreicht Die neue Veranlagungssoftware (Zifferndialog JP) konnte erfolgreich eingeführt werden. Das Projekt konnte Mitte 2013 abgeschlossen werden.
2/q	Legislaturziel Einführung neues Rechnungsmodell (HRM2) in den Gemeinden, sowie die Einführung der neuen Software New System Public (NSP, Buchhaltungssoftware)	
	Jahresziel Abschluss 2012 nach HRM2	Ziel erreicht Der Abschluss 2012 erfolgte zeitgerecht. Der Anhang zur Rechnung gibt auf viele Fragen entsprechende Antworten.
	Jahresziel Jahresabschluss Kanton mit der neuen Software NSP, inklusive Anlagebuchhaltung	Ziel erreicht Die neue Software NSP hat sich bewährt. Der Abschluss konnte problemlos erstellt werden. Die Anlagebuchhaltung ist eingeführt.
	Jahresziel Amtsstellen erstellen ihre Rechnungen im NSP oder mit einer Branchenlösung	Ziel erreicht Die Rechnungsstellung erfolgt mit Ausnahme von einigen Amtsstellen im NSP. Verschiedene Amtsstellen verfügen über eine Branchenlösung. Die Schnittstellen zur Hauptbuchhaltung sind vorhanden. Insgesamt werden immer weniger Handrechnungen erstellt. Mengenmässig machen diese Rechnungen nur einen bescheidenen Anteil am Gesamtvolumen aus.

Nr.	Ziel	Bericht
2/r	Legislaturziel Förderung des Personals durch gezielte Weiterbildung und leistungsorientierte Lohnpolitik	
	Jahresziel Weitere Konsolidierung des neuen Leistungsbeurteilungssystems	Ziel erreicht Die Leistungs- und Zielerreichung wurde im Berichtsjahr online abgewickelt.
	Jahresziel Sicherstellen der Lohnvergleiche in der Zentralschweiz	Ziel erreicht Die Lohnvergleiche wurden durchgeführt.
2/s	Legislaturziel Finanzplanung laufend aktivieren und Aussagekraft verbessern	
	Jahresziel Finanzplanung im NSP erstellen	Ziel erreicht Die Planung erfolgte im NSP zusammen mit dem Budget 2014.
	Jahresziel Bericht für Budget und Finanzplanung	Ziel erreicht Der Regierungsrat verabschiedete am 17. September 2013 den Bericht zuhanden des Landrates.
	Legislaturziel Wirkungs- und Prozessprüfungen	
	Jahresziel Prozessprüfungen durch Finanzkontrolle durchführen	Ziel erreicht Bei allen Stellenrevisionen, an denen die Finanzkontrolle im Berichtsjahr arbeitete, wurden Prozessprüfungen durchgeführt.
	Jahresziel Amtsstellenrevisionen mit vierjähriger Prüffrequenz	Ziel nicht erreicht Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Mit der initiierten Verschiebung der Prioritäten sollte es möglich sein, das Ziel zu erreichen, nämlich dass alle Stellen in einem Vier-Jahres-Rhythmus geprüft werden können.
	Jahresziel Internes Kontrollsystem (IKS) inklusive Risikobeurteilung in Prozessen	Ziel erreicht Im Prüfbericht der Finanzkontrolle zur Schwerpunktprüfung 2013 wurde zum IKS entsprechend Stellung genommen.
2/t	Legislaturziel Teilrevision Steuergesetz 2014, zwingende Anpassung an Bundesrecht	
	Jahresziel Antrag an den Landrat	Ziel erreicht Der Landrat stimmte der Vorlage am 26. Juni 2013 zu.
2/u	Legislaturziel Revision Pensionskassengesetz 2014, zwingende Umsetzung gemäss Bundesrecht	
	Jahresziel Antrag an den Landrat	Ziel erreicht Der Landrat stimmte der Vorlage am 25. September 2013 zu.
2/v	Legislaturziel Teilevision Personalgesetz 2014, Umsetzung Massnahmenplan	
	Jahresziel Antrag an den Landrat	Ziel erreicht Der Landrat stimmte der Vorlage am 23. Oktober 2013 zu.

2.1.3 Tätigkeiten der Ämter

2.1.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat bereitet als Stabsstelle die Geschäfte des Regierungsrates vor, unterstützt die Direktionsleitung in organisatorischen Belangen und ist für die Koordination innerhalb der Direktion sowie mit anderen Direktionen und der Staatskanzlei verantwortlich. Nebst der Erarbeitung von zahlreichen Stellungnahmen und Vernehmlassungen betreut das Direktionssekretariat den Lotteriefonds «allgemeine Mittel».

2.1.3.2 Finanzverwaltung

Allgemeines

Die Finanzverwaltung wurde im Berichtsjahr von den Direktionen, Kommissionen und Arbeitsgruppen intensiv beansprucht. Die Totalrevision des Pensionskassengesetzes konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Der Vollzug im Zusammenhang mit der Zahlung des Deckungsfehlbetrages wurde der Finanzverwaltung übertragen. Die Teilrevision der Gesetzgebung über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden konnte zu Handen des Regierungsrates abgeschlossen werden. Der Regierungsrat hat im September 2013 die Vernehmlassung hierzu eröffnet. Die Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe bearbeitet. Die Vorlage wurde vom Regierungsrat im Dezember 2013 in die Vernehmlassung gegeben. Zur Erhaltung des Haushaltsgleichgewichtes erarbeitete die Finanzverwaltung weitere Grundlagen, so dass der Regierungsrat und der Landrat im 2014 weitere Entscheide fällen können.

Zusammen mit dem Budget 2014 wurde der Finanzplan mit der Software NSP erstellt. Die Direktionen und Ämtern übermittelten ihre Eingaben, versehen mit entsprechenden Kommentaren, elektronisch. Das Ganze hat sich bewährt und erlaubt den Behörden und den Verwaltungsstellen die Budgetprozesse aktiv mitzuverfolgen. Die Jahresrechnung 2013 wurde zum dritten Mal nach HRM2 abgeschlossen. Die verschiedenen Anhänge zeigen

die Entwicklungen deutlich auf und erlauben den Interessierten einen vertieften Einblick. Sie tragen zur besseren Verständlichkeit bei. Die Gemeinden wurden bei der Einführung von HRM2 und der Software NSP wiederum aktiv unterstützt.

Für die eigentliche Tätigkeit der Finanzverwaltung wird auf die vorliegende Staatsrechnung und den dazugehörigen Bericht für das Jahr 2013 verwiesen.

Finanzausgleich

Der Nationale Finanzausgleich (NFA) beschäftigte im Berichtsjahr den Finanzverwalter als Vertreter des Kantons in der Arbeitsgruppe Geberkantone häufig. Die Arbeitsgruppe erarbeitete die Positionen der Konferenz der Geberkantone. Die zuständigen Regierungsräte haben an der Konferenz vom 31. August 2013 ein Positionspapier mit insgesamt sieben Positionen verabschiedet. Die vom Landrat im Dezember 2013 verabschiedete Standesinitiative betreffend Steuerung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) übernahm mit Ausnahme der Position 7 (Lastenausgleich Hochschulkantone) sämtliche Positionen der Konferenz der Geberkantone. Ergänzt wurde die Initiative jedoch mit der Forderung, die Lizenzbox-Be-steuerung im Steuerharmonisierungsgesetz zu regeln. Der innerkantonale Finanzausgleich beruht auf drei verschiedenen Ausgleichsinstrumenten.

Neben dem Finanzkraftausgleich erfolgen ein Normausgleich für die Schulgemeinden sowie ein Belastungsausgleich für Wildbachverbauungen und Naturkatastrophen. Für den innerkantonalen Finanzausgleich standen folgende Mittel zur Verfügung:

0,15 Einheiten des Steuerertrages 2012	7'775'211.00
Beitrag der steuerstarken Gemeinden	11'466'942.00
Total	CHF 19'242'153.00

Für die Berechnung des Finanzkraftfaktors und der übrigen Faktoren wurden die Zahlen des Jahres 2012 herangezogen.

2.1.3.3 Kantonales Steueramt

Dem kantonalen Steueramt sind die elf Gemeindesteuereämter fachlich unterstellt. Die laufenden Gesetzesanpassungen wie auch eine einheitliche Veranlagungspraxis erfordern intensive Betreuung und Schulung der für die Veranlagungen zuständigen Steuerfachleute.

Wieder einmal steht die Schweiz an einem Wendepunkt bei der Unternehmensbesteuerung. Seit einigen Jahren steht die Schweiz international unter zunehmendem Druck. Spezifische Besteuerungsarten (Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften) des schweizerischen Unternehmenssteuerrechts geben Anlass zu Kritik. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III will man nun für diese von der EU kritisierten Steuerregimes neue Lösungen finden. In die Ausarbeitung praktikabler Lösungsvorschläge werden u.a. auch die Kantone mit eingebunden, wodurch auch die kantonalen Steuerverwaltungen gefordert sind.

Der nationale und internationale Steuerwettbewerb verlangt weiterhin umfassende, zeitlich aufwändige Besprechungen mit bestehender und ansiedlungsinteressierter Kundschaft im Steuerrecht. Diese erwartet für fachliche Auskünfte und Sachverhaltsabklärungen immer kurzfristigere Verfügbarkeiten, was zusätzliche personelle Ressourcen bindet. Die Abklärungen der zahlreichen Steueranfragen im Zusammenhang mit der schweizweit einmaligen Lizenzbox, sind zeitaufwändig und sehr anspruchsvoll.

Indem per 31.12.2013 sämtliche beim kantonalen Steueramt relevanten Prozesse ermittelt, erfasst und die internen Qualitätskontrollen umgesetzt wurden, konnte das Projekt «Einführung Prozessmanagement/IKS» abgeschlossen werden. Erste IKS-Prüfungen durch die kantonale Finanzkontrolle waren erfolgreich.

Über den Stand der Steuerveranlagungen und deren Steuererträge gibt der Tabellenteil Auskunft.

2.1.3.4 Personalamt

Allgemeines

Das Personalamt erfüllt Querschnittsaufgaben für alle Direktionen. Es erarbeitet zuhanden der zuständigen Instanzen fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören umfassende Dienstleistungen, insbesondere Personalrekrutierung, Beratung und Betreuung sowie bedürfnisorientierte Bildungsmassnahmen. Im Weiteren erarbeitet das Personalamt sämtliche rechtlichen und sachlichen Grundlagen für die Personalführung (Personalpolitik, Funktionsbewertungen, Lohnfestlegung, Personallisten und -statistiken) und sorgt für deren Umsetzung.

Anpassungen in der Personalgesetzgebung

Der Landrat hat an seiner Sitzung vom 23. Oktober 2013 einer Teilrevision des Personalgesetzes zugestimmt:

- Die Kompetenz für die Festlegung der Lohnanpassungen der Gemeindelehrpersonen liegt neu wieder beim Landrat.
- Stellen, die intern besetzt werden können sowie Kleinstpensen, sind nicht mehr zwingend auszuschreiben.
- Bei unterjährigen Arbeitsverhältnissen kann im Vorfeld einer Kündigung auf eine Bewährungsfrist verzichtet werden.
- Die Modalitäten für Abgangsentschädigungen wurden neu geregelt.

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 5. November 2013 Änderungen in der Arbeitszeit-, Personal- und der Weiterbildungsverordnung beschlossen:

- Die Regelung der Vorholzeit über Weihnachten/Neujahr wurde neu gestaltet.
- Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen zum Haushaltgleichgewicht wurde die Spesenregelung beim Besuch von Weiterbildungskursen angepasst.

Lohnvergleiche

Lohnvergleiche sind ein wichtiges Instrument zur Eichung des Lohnsystems und der Löhne einzelner Funktionäre. So dienen aussagekräftige Lohnvergleiche als Grundlage für die Lagebeurteilung bezüglich der jährlichen Lohnrunden. Der Lohnniveauvergleich 2013 (Zahlenbasis 2012) mit den Zentralschweizer Kantonen zeigt, dass der Kanton Nidwalden durchschnittlich etwas aufholen konnte. Das Lohnniveau beim Kanton Nidwalden betrug 99,4 Punkte (Vorjahr: 97,8 Punkte). Vergleicht man die Löhne mit der Privatwirtschaft, verschlechterte sich die Position des Kantons Nidwalden gegenüber dem Vorjahr um 0.5 %. Diese Entwicklung gilt es im Auge zu behalten.

Statistische Angaben

– Austritte 2013	69 Mitarbeitende
– Eintritte 2013	64 Mitarbeitende

Die Austrittsgründe im Einzelnen sind:

– Temporäranstellungen	35 Mitarbeitende
– Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit/Tod	2 Mitarbeitende
– Kündigung durch Mitarbeitende	18 Mitarbeitende
– Pensionierungen	14 Mitarbeitende

Der Kanton Nidwalden bildet zurzeit 21 Lernende und mehrere Praktikanten aus:

– Kauffrau/Kaufmann	16 Lernende
– Praktikanten im kaufmännischen Bereich	6 Praktikanten
– Fachmann/-frau Betriebsunterhalt	4 Lernende
– Bauzeichner/in	1 Lernende

Der Personalbestand Ende Jahr hat sich wie folgt präsentiert:

– 704 Mitarbeitende (ohne Lernende)
– umgerechnet in Vollpensen
521 Stellen

Weitere Informationen zum Personal sind im Tabellenteil tabellarisch oder grafisch aufbereitet.

2.1.4 Vernehmlassungen an den Bund

Finanzdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Freizügigkeitsgesetz und Gesetz über die berufliche Vorsorge. Verminderte Garantie bei der Wahl gewisser Anlagestrategien durch den Versicherten und Massnahmen zur Sicherung von Vorsorgeguthaben bei Vernachlässigung der Unterhaltspflicht	Nr. 8 vom 15. Januar 2013	Zustimmung
Bundesgesetz über die Aufhebung der Eidgenössischen Erlasskommission für die direkte Bundessteuer (Steuererlassgesetz)	Nr. 84 vom 19. Februar 2013	Zustimmung
Vernehmlassung zum FATCA-Abkommen und zum Entwurf des geplanten Bundesgesetzes betreffend die Umsetzung des FATCA-Abkommens	Nr. 154 vom 12. März 2013	Verzicht auf eigene Stellungnahme; Zustimmung zur Stellungnahme der FDK
Bundesgesetz über die Steuerbefreiung von juristischen Personen mit ideellen Zwecken	Nr. 462 vom 2. Juli 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Änderungsvorschlag. Beantwortung Fragebogen
Änderung des Bundesgesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz, StAHiG)	Nr. 647 vom 17. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung zur Stellungnahme der FDK; weitere Anmerkungen
Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit (Unternehmenssteuerreform III)	Nr. 532 vom 20. August 2013	Unterstützt den Zwischenbericht der EFD. Ablehnung gegenüber Grundsätzen des jetzigen Ressourcenausgleichs
Bundesgesetz über eine Vereinheitlichung des Steuerstrafrechts	Nr. 662 vom 24. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung zur Vereinheitlichung, insbesondere zu Vorschlägen der FDK. Änderungsvorschläge
Parlamentarische Initiative. Stärkung der Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen	Nr. 663 vom 24. September 2013	Zustimmung
Änderung des Tabaksteuergesetzes	Nr. 787 vom 12. November 2013	Zustimmung; Beantwortung Fragebogen



2.2 Baudirektion

2.2.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Baudirektion ist für die Bereitstellung der kantonalen Infrastrukturen und des öffentlichen Verkehrs sowie die Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten besorgt. Der Bau, Unterhalt und Betrieb der Kantonsstrassen mit den dazugehörigen Kunstbauten sowie der kantonalen Radwege, die Netzvollendung der Nationalstrassen, der Lärmschutz entlang der Kantonsstrassen sowie der Wasserbau des Kantons und die Oberaufsicht über den Wasserbau der Gemeinden und der Privaten fallen in die Verantwortung des Tiefbauamtes. Das Hochbauamt mit der angegliederten Liegenschaftsverwaltung sorgt für die Bereitstellung und den Unterhalt der Gebäude, welche die Verwaltung und die kantonalen Institutionen zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Dem Amt für Raumentwicklung obliegt die Aufgabe, die haushälterische Nutzung des Bodens und die geordnete Besiedlung des Kantons sicherzustellen. Zudem beschäftigt es sich mit dem Schutz und der Nutzung von Natur- und Landschaftsschutzobjekten und ist zuständig für Fragen im Zusammenhang mit der amtlichen Vermessung des Kantons. Die Fachstelle öffentlicher Verkehr und Projektentwicklung ist für die bedürfnisgerechte Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Kanton zuständig. Weiter unterstützt sie das Direktionssekretariat bei direktionsspezifischen Projekten und der Koordination grösserer Vorhaben mit allen beteiligten Akteuren.

Jahr in Zahlen

- 1'047'540 produktive km wurden insgesamt auf den Postautolinien im Kanton gefahren
- 32 von 65 Bahnübergängen auf Nidwaldner Boden waren Ende Jahr saniert
- 77 Punkte (Maximum 100) betrug das Ergebnis der Kundenzufriedenheits-Erhebung von Bahn und Bus in Nidwalden. Im Vergleich dazu liegen der Kanton Luzern bei 74 Punkten und der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) bei ebenfalls 77 Punkten
- 4 Stellen im Tiefbauamt wurden neu besetzt
- 28'000 m Belagserneuerungen wurden auf dem Kantonsstrassennetz ausgeführt
- 102'398 km wurden mit 14 Fahrzeugen des Strasseninspektorats auf Kantonsstrassen zurückgelegt
- 2'062 Stunden waren Arbeitsmaschinen des Strasseninspektorats im Einsatz
- 100 % der Baugesuche wurden digital eingereicht
- 542 Baugesuche wurden abschliessend behandelt
- 2'648 Bewilligungen/Stellungnahmen wurden von den Fachstellen zu den Baugesuchen abgegeben

Personalbestand

Baudirektion (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Direktionssekretariat	4.9	–	4.9	–
Tiefbauamt	24.6	2	26.1	–
Hochbauamt	9.5	–	9.4	–
Amt für Raumentwicklung	4.5	–	4.9	–

2.2.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/b	Legislaturziel Revision Baugesetz abgeschlossen	
	Jahresziel Neues Baugesetz im Landrat behandelt	Ziel erreicht Das neue Planungs- und Baugesetz (PBG) wurde in der Kommission BUL an zwei Sitzungen vorgestellt und mit der Beratung begonnen.
1/c	Legislaturziel Die Strategien des Agglomerationsprogramms werden konkretisiert	
	Jahresziel Richtplanrevision liegt im Entwurf vor	Ziel erreicht Die Strategien des Agglomerationsprogramms sind in den Richtplan eingeflossen.
	Jahresziel Freiraum-, Grün- und Erholungskonzept als Koordinationsaufgabe im Richtplan abgebildet	Ziel erreicht Das Konzept ist in die neue Richtplan-Koordinationsaufgabe S1-8 (bisher S1-7) eingeflossen. Inhaltlich und als Querverweis ist diese Aufgabe bei verschiedenen weiteren Koordinationsaufgaben aufgeführt (S1-4, L3-9, V4-2 etc.).
	Jahresziel Umsetzungsmethodik [zu Freiraum-, Grün- und Erholungskonzept] liegt vor	Ziel erreicht Das Konzept wurde Ende 2012 den Gemeinden als Arbeitsinstrument zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung auf kantonaler Ebene erfolgt dadurch, dass Planungs- und Bauprojekte der Gemeinden anhand des Konzepts geprüft und begutachtet werden.
1/d	Legislaturziel Agglomerationsprogrammpolitik wird weitergeführt	
	Jahresziel Beckenried und Dallenwil sind zur Erarbeitung eines Siedungsleitbildes motiviert	Ziel teilweise erreicht Das Siedungsleitbild der Gemeinde Beckenried wurde am 19. November 2013 genehmigt. Die Gemeinde Dallenwil hat kein SLB in Arbeit.
	Jahresziel Inhalte des Agglomerationsprogramms werden [in SLB] abgebildet	Ziel erreicht Die Gemeinden berücksichtigen in ihren neuen bzw. revidierten Siedungsleitbildern die Aussagen aus dem Agglomerationsprogramm. Die Siedungsleitbilder der Gemeinden Beckenried, Emmetten und Hergiswil wurden genehmigt.
	Jahresziel Entscheidung über weiteres Vorgehen betr. Agglomerationsprogramm getroffen	Ziel nicht erreicht Der Entscheid betreffend die Erarbeitung eines Agglomerationsprogramms Nidwalden der 3. Generation ist noch offen. Dieser wird erst durch den neu zusammengesetzten Regierungsrat im Sommer 2014 gefällt.
1/e	Legislaturziel Verdichtungspotenziale der Bauzonen im Kanton sind bekannt	
	Jahresziel Kommentare zu «Siedlung+» von allen Gemeinden vorliegend	Ziel erreicht Per Ende 2013 haben alle Gemeinden eine Rückmeldung zum Projekt abgegeben. Die Rückmeldungen der Gemeinden zeigen, dass die erhobenen Daten zum überwiegenden Teil als korrekt erachtet werden. Dort wo Differenzen in der Beurteilung bestehen, werden diese laufend besprochen und im Rahmen der Datenaktualisierung korrigiert. Das Projekt kann im Februar 2014 abgeschlossen werden.
	Jahresziel Umsetzungsmethodik [zu «Siedlung+»] liegt vor	Ziel erreicht Es handelt sich um eigenständige Grundlagendaten, die für kommende Agglomerationsprogramme, Siedungsleitbilder, Richtplan- und insbesondere Nutzungsplananpassungen zugezogen werden können. Sie werden fortan regelmässig aktualisiert und in die Erarbeitung bzw. in die Überprüfung raumplanerischer Massnahmen einfließen.
	Jahresziel Hochhauszone im Baugesetz vom Landrat verabschiedet	Ziel nicht mehr relevant Im neuen Planungs- und Baugesetz wurde auf die Schaffung einer Hochhauszone verzichtet. Mit dem Hüllenmodell bestehen bessere Möglichkeiten, um Hochhäuser zu planen. Eine Negativplanung wurde erstellt und wird im Februar 2014 bei den Gemeinden in die Vernehmlassung gegeben.
1/f	Legislaturziel Neu gebaute und sanierte kantonale Hochbauten erfüllen mindestens den Minergiestandard	
	Jahresziel Konzept und Prioritätenliste liegen vor	Ziel erreicht Die Energiestandards (Konzept) wurden durch den Regierungsrat am 28. Januar 2014 genehmigt. Ein Entwurf der Prioritätenliste für die Umsetzung liegt vor.

Nr.	Ziel	Bericht
1/h	Legislaturziel Integrales Risikomanagement ist in allen Teilaspekten definiert	
	Jahresziel Risikokataster Hochwasserschutz ist erstellt für Stansstad und Stans	Ziel erreicht Risikokataster Hochwasserschutz für Stansstad und Stans wurden erstellt.
	Jahresziel Überlastkorridore sind in Richtplan abgebildet	Ziel nicht erreicht Die Ausscheidung der Überlastkorridore resp. Abflusskorridore wurde aufgrund fehlender Personalressourcen zurückgestellt.
1/o	Legislaturziel Grundsatzentscheid zur Öffnung und Aufwertung des Aadelts (grosse Deltaöffnung)	
	Jahresziel Projekt liegt im Entwurf vor und Diskussion mit Grundeigentümern ist im Gange	Ziel nicht erreicht Das Projekt wurde im Herbst 2012 sistiert, bis das Konzept Flugplatz Nidwalden vorliegt und die Umsetzung des ökologischen Ausgleichs geklärt ist.
2/c	Legislaturziel Baubewilligungsverfahren sind optimiert bezüglich Dauer und Umfang	
	Jahresziel Updates betr. GemDat Rubin gemacht und Weiterentwicklungsentscheid getroffen	Ziel erreicht Die Software GemDat Rubin ist seit Mitte 2012 operativ aufgeschaltet. Seit Ende 2012 werden alle Dokumente elektronisch an die Baudirektion übermittelt. Die Phase 1 (Einführung) wurde per Ende 2013 abgeschlossen. Die nachfolgende Phase für die notwendigen Anpassungen der Priorität 2 (Umsetzung 2014) wurde Ende 2013 gestartet.
	Jahresziel Regelung zu Konzentrationsmodell im Rahmen Baugesetz ist erarbeitet	Ziel erreicht Im neuen Planungs- und Baugesetz (PBG) sind die gesetzlichen Grundlagen für das Konzentrationsmodell enthalten.
2/e	Legislaturziel Grundsätze der öV-Mobilität sind definiert	
	Jahresziel Umsetzung der öV-Strategie ist definiert	Ziel erreicht Nachdem der Regierungsrat der öV-Strategie zugestimmt hatte, wurde deren Umsetzung an die Hand genommen. Neben der Erarbeitung von Vorschlägen für Schwellenwerte zur Wirtschaftlichkeit und Nachfrage wurde auch die Revision des Verkehrsgesetzes (ÖVG) in Angriff genommen.
	Jahresziel Kundenzufriedenheit ist vom RR zur Kenntnis genommen und Massnahmen abgeleitet	Ziel erreicht Die Ergebnisse der Kundenzufriedenheitsumfrage sind dem Regierungsrat am 10. September 2013 zur Kenntnis gebracht worden. Sie wurden zudem mit den Transportunternehmen besprochen und Massnahmen definiert.
	Jahresziel Angebotskonzept Bus und Bahn als Grundlage für Fahrplan 2014 verabschiedet	Ziel erreicht Nach der Verabschiedung des Angebotskonzepts Bahn und Bus (Mengengerüst) durch den Regierungsrat im Dezember 2012 wurde dieses im Fahrplan 2014 (Start Dezember 2013) umgesetzt.
	Jahresziel Fahrplan 2014 verabschiedet und Bestellung erfolgt	Ziel erreicht Mit dem Landratsbeschluss zum Objektkredit für die Abgeltungen des öV-Angebots 2014 im Juni 2013 war die Grundlage geschaffen, um den Fahrplan 2014 bestellen zu können.
	Jahresziel Haltestellenpolitik Engelbergertal vom Regierungsrat verabschiedet	Ziel erreicht Mit dem Beschluss über das Mengengerüst zum Fahrplan 2014 durch den Regierungsrat vom Dezember 2012 wurde auch die Haltestellenpolitik verabschiedet. Die Haltestelle Dörfli in Wolfenschiessen wird definitiv geschlossen und die Haltestelle Niederrickenbach vorläufig beibehalten. Bis 2018 muss ein konkreter Vorschlag zur künftigen Erschliessung der Talstation der LDN vorliegen. Verantwortlich dafür ist die LDN.
	Jahresziel Weiteres Vorgehen auf dem Gemeindegebiet Hergiswil betreffend integrale Doppelspur ist geklärt	Ziel erreicht Nach Gesprächen mit allen involvierten Partnern (BAV, Kt. Luzern, Kt. Obwalden, Gde. Hergiswil) beim Doppelspurausbau der zb in Hergiswil wurde das Vorgehen definiert und vom Regierungsrat verabschiedet. Nach einer Evaluation der möglichen Varianten für die Doppelspur wurden die Ergebnisse den Partnern zur Stellungnahme unterbreitet.

Nr.	Ziel	Bericht
2 / f	Legislaturziel Verkehrstechnische Massnahmen des Agglomerationsprogramms sind umgesetzt	
	Jahresziel Entscheid zu Netzergänzung Stans West durch Landrat liegt vor	Ziel nicht erreicht Aufgrund von Verzögerungen bei der Richtplanvorprüfung durch den Bund konnte der Entscheid noch nicht erwirkt werden. Der Richtplananpassung lag bis Dezember 2013 öffentlich auf und wird voraussichtlich im Mai 2014 im Landrat beraten.
2 / g	Legislaturziel Flugbetrieb auf dem Flugplatz Buochs ist sichergestellt, Eigentümerfrage ist geklärt, Genehmigungsverfahren sind eingeleitet	
	Jahresziel Grundsätzliche Standortbestimmung: Perspektiven, Machbarkeit und zukünftige Mitwirkung des Kantons im Zusammenhang mit dem Flugplatz klären	Ziel erreicht Der Standpunkt konnte u.a. im Rahmen eines runden Tisches grundsätzlich geklärt werden. Eine Auswertung der Umfrage bei Organisationen und der Wirtschaft wurde vorgenommen, die Ergebnisse nahm der Regierungsrat am 21. Mai 2013 zur Kenntnis. Die Ausgangslage für die Konzeptdiskussion von Seiten des Kantons ist nun klar. Die teilweise kontroversen Vorstellungen sind in den bevorstehenden Konzeptdiskussionen zu konsolidieren.
	Jahresziel Nutzungskonzept ist in der Nutzungsplanung umgesetzt	Ziel teilweise erreicht Das Nutzungsprofil des zukünftigen Arbeitsgebiets Faden liegt im Entwurf vor. Die Erarbeitung des Konzepts Flugplatz Nidwalden ist für 2014 vorgesehen, danach erst kann das Nutzungskonzept für das Arbeitsgebiet Faden finalisiert werden und in die Nutzungsplanung einfließen.
2 / k	Legislaturziel Schrittweise Umsetzung Park+Ride-Konzept	
	Jahresziel Weiteres Vorgehen bez. Umsetzung Park+Ride-Konzept ist mit Gemeinden geklärt	Ziel teilweise erreicht Es wurde der Entwurf eines Park+Ride- und Bike+Ride-Konzepts basierend auf dem Massnahmenblatt des Agglomerationsprogramms und den Ergebnissen der Erhebung der Veloparkplätze im Kanton unter Miteinbezug der Gemeinden erarbeitet. Nach der Verabschiedung des Konzepts durch den Regierungsrat wird die Umsetzung mit den Gemeinden diskutiert.
2 / l	Legislaturziel Sicherstellen zivile Mitbenutzung des Militärflugplatzes	
	Jahresziel Gesuche Betriebsbewilligung und Sicherheit sind in Erarbeitung	Ziel nicht erreicht Die Gesuche Betriebsbewilligung und Sicherheit können erst erarbeitet werden, wenn das Konzept Flugplatz Nidwalden vorliegt. Die Konzeptdiskussion wurde im Januar 2014 gestartet, nachdem die Grundeigentumsfrage im Dezember 2013 geklärt werden konnte.

2.2.3 Tätigkeiten der Ämter

2.2.3.1 Direktionssekretariat / Fachstelle öV und Projektentwicklung

Direktionssekretariat/Projektentwicklung

Stabsarbeit

Das Direktionssekretariat koordinierte zahlreiche Direktionsgeschäfte und sorgte für die reibungslose und zeitgerechte Erledigung von Anfragen, Umfragen, Stellungnahmen und Beschlüssen. Unter anderem wurden 9 Vernehmlassungen zu Gesetzgebungen und 22 interne Mitberichte verfasst sowie 8 parlamentarische Vorstösse beantwortet. Im Weiteren hat das Direktionssekretariat über 50 Regierungsratsbeschlüsse verfasst oder redigiert und Korrespondenz, Texte und Präsentationen für den Baudirektor oder die Amtsvorsteher erstellt. Schliesslich wurden juristische Auskünfte an Mitarbeitende und externe Fragesteller erteilt.

Projektleitung

Das grösste Projekt im Berichtsjahr war sicherlich die Erarbeitung des neuen Planungs- und Baugesetzes, bei welchem neben der redaktionellen Mitarbeit auch die Durchführung der internen und externen Vernehmlassungen mit entsprechenden Berichten sowie die Organisation und Durchführung von drei runden Tischen erforderlich war.

Ein weiteres zeitintensives Projekt war erneut der Sachplan geologische Tiefenlager. Als kantonaler Projektleiter ist der Direktionssekretär Mitglied der «Fachkoordination Standortkantone», welche im Berichtsjahr sechsmal zum Informationsaustausch, zur Vorbereitung der AdK-Sitzungen, zur Besprechung und Bereinigung von Studien und Berichten sowie zur Diskussion von Verfahrensfragen tagte. Die Leitungsgruppe der «Plattform Wellenberg», in welcher er ebenfalls Mitglied ist, traf sich zu 5 Sitzungen und 2 Koordinationssitzungen mit den Fachgruppen, und bei der Fachgruppe sozioökologische-ökonomische Wirkungsstudie, deren Vorsitz der Direktionssekretär innehat, standen 1 Sitzung und 2 Koordinationstreffen an.

Daneben wurden auch die Projektleitungen bei der Revision des Wasserrechtsgesetzes und einer kleinen Teilrevision des Strassengesetzes wahrgenommen sowie die Projekte Agglomerationsprogramm, Flugplatz, Haushaltgleichgewicht, Nomenklatur und Mehrwertabschöpfung betreut.

Öffentlicher Verkehr

Künftige Erschliessung des Gebiets Wirzweli/Wiesenberg

An seiner Sitzung vom 19. Dezember 2012 hatte der Landrat einen Grundsatzentscheid über die künftige Erschliessung des Gebiets Wirzweli/Wiesenberg gefällt. Darin wurden die Luftseilbahnen Dallenwil-Wirzweli (LDW) und Dallenwil-Wiesenberg (SGDW) als Linien des öffentlichen Verkehrs bezeichnet. Damit erhält auch die Wiesenbergbahn für die Jahre 2014 und 2015 Betriebsbeiträge. Die Bahnunternehmungen haben nun aufzuzeigen, wie mit geeigneten Massnahmen die Wirtschaftlichkeit substanziell verbessert werden kann. Dies mit dem Ziel, künftig die Abgeltungen von Bund und Kanton für beide Unternehmen zu reduzieren. Aufgrund der schwierigen Verhältnisse zwischen den Bahnen, aber auch der Bahnen und der Gemeinde Dallenwil wurde eine externe Unterstützung zur Erarbeitung von Massnahmen initiiert. Mit Unterstützung zweier Mediatoren konnte die Grundlage für eine gemeinsame Zukunft bei der Bahnen erarbeitet werden. Als nächstes sollen nun konkrete Massnahmen für eine vermehrte Zusammenarbeit diskutiert und umgesetzt werden. Die Parteien haben halbjährlich über den Stand zu informieren; erstmals nahm der Regierungsrat im Dezember 2013 einen Zwischenbericht zur Kenntnis.

Fahrplan 2014

Nachdem verschiedene Infrastrukturen der Zentralbahn (Tunnel Engelberg, Tieflegung in Luzern, Beschleunigungsmassnahmen) in Betrieb genommen wurden, sollte mit dem Fahrplan 2014 ein neues Fahrplankonzept umgesetzt werden. Dies führte zu intensiven Planungen bei

Bahn und Bus. Durch die Verschiebung der Fahrlagen der Züge mussten auch die Busumläufe entsprechend angepasst werden. Das Zugsangebot konnte mit dem Fahrplan 2014 weiter verbessert werden. So werden die Züge zwischen Stans und Luzern beschleunigt und weitere S-Bahnen in der Hauptverkehrszeit eingeführt. Weiter wird Wolfenschiessen neu im Halbstundentakt bedient. Die Erschliessung des Eichli in Stans und diverse weitere Verbesserungen im Busangebot werden umgesetzt. Die Haltestelle Hergiswil Matt kann nur noch in den Hauptverkehrszeiten mit der Bahn (S55) bedient werden. In der übrigen Zeit wird der Dorfteil Matt mit einem Bahnersatzbus bedient. Die entsprechenden Planungen konnten im Herbst abgeschlossen werden. Im Dezember 2013 konnte der Fahrplan 2014 erfolgreich in Betrieb genommen werden.

Konzept zur Erschliessung des Bürgenstock mit dem öffentlichen Verkehr

Auf dem Bürgenstock wird voraussichtlich im Jahr 2017 das neue Bürgenstock-Ressort eröffnet. Die Erschliessung für Gäste und Angestellte erfolgt neben dem Individualverkehr auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die bisherige Grunderschliessung mit der Buslinie ab Stansstad soll nach den Vorstellungen der Ressortbetreiber durch eine Verbindung von Luzern mit dem Schiff und der Kehrsitenbahn zum Bürgenstock ergänzt werden. Es liegen somit diverse Vorschläge zur Erweiterung und Vernetzung der Erschliessung des Bürgenstocks vor. Gestützt auf diese Ausgangslage wurde mit externer Unterstützung ein Konzept zur öV-Erschliessung des Bürgenstock erstellt. Diese Verkehrsplanung liegt vor und ist nun durch die Kosten und deren Finanzierung zu ergänzen. Liegen diese Entscheidungsgrundlagen vor, wird der Regierungsrat darüber beraten und entscheiden, ob die vorgeschlagene Erschliessungsvariante ins öV-Angebot aufgenommen wird.

2.2.3.2 Tiefbauamt

Nationalstrassen

Kirchenwaldtunnel

Die Bauarbeiten am Kirchenwaldtunnel sind abgeschlossen. Vereinzelte Ergänzungen wurden im Berichtsjahr noch umgesetzt. Der Abschluss des Monitorings wurde fortgeführt. Die Dokumentationen der Planung und Bauausführung der einzelnen Objekte wurden dem ASTRA übergeben. Der Abschluss der Archivierungsarbeiten und der Kreditabschluss erfolgen im 1. Quartal 2014.

EP Hergiswil

Das Erhaltungsprojekt Hergiswil mit der verkehrstechnischen Massnahme sowie dem verbesserten Lärmschutz wurde unter Regie der Filiale Zofingen des ASTRA gestartet. Es wurden verschiedene Lärmschutzmassnahmen geprüft, die weiter vertieft werden. Die Variantenvorschläge werden im 1. Quartal 2014 erwartet.

EP Lopper Nord

Das Massnahmenprojekt für die Instandsetzung Nationalstrasse (Ausfahrt Hergiswil) und das Instandsetzungsprojekt für die Kantonsstrasse wurden von ASTRA und Kanton gemeinsam im Juni 2013 gestartet.

EP Acheregg – Beckenried

Für die Realisierung des Erhaltungsprojekts Acheregg – Beckenried hat die Filiale Zofingen die ersten Arbeiten vorgenommen. Die Bauarbeiten der Strassenabwasserbehandlungsanlage (SABA) Seerosenweg wurden im Sommer 2013 abgeschlossen. Zwischen Mai und Juni 2013 konnte die Filiale Zofingen die Belagssanierungen vom Kirchenwaldtunnel bis zur Lärmschutzgalerie Stansstad fertigstellen. Nach erfolgten Genehmigungen des UVEK konnten die Submissionen der Hauptarbeiten noch vor Jahresende durchgeführt und die Arbeiten vergeben werden. Der Baubeginn erfolgt im Januar 2014.

EP Beckenried – Seedorf

Das Erhaltungsprojekt Seelisbergtunnel wurde vom AST-RA sistiert. Stattdessen werden einzelne Instandsetzungen realisiert, um das Bauwerk für die nächsten 25 Jahre betriebstauglich zu erhalten. Die Instandsetzung des Anschlusses Beckenried erfolgte im Juni 2013.

Lopper Süd

Die Instandstellungsarbeiten am Trasse der Lopperstrasse (Süd) sind mit den Anpassungsarbeiten abgeschlossen worden. Derzeit wird der Steinschlagschutz noch fertiggestellt.

A2/A8 Instandstellung Achereggbrücke

Die Zustandserfassungen für die im Rahmen der Netzvolendung instand zu stellende Achereggbrücke (Kantonsstrasse und Bahnlinie) sind in Arbeit. Das Massnahmenkonzept (Vorprojekt) wurde im September 2013 von der Baudirektion und Ende 2013 vom ASTRA genehmigt. Die Erarbeitung des Massnahmenprojekts (Bauprojekt) der Instandstellung wurde im Oktober 2013 gestartet.

Verkehrsplanung**Agglomerationsprogramm**

Das Agglomerationsprogramm wurde vom Bund positiv beurteilt (vgl. 1.3.1.1). Es galt deshalb, die strassenrelevanten A-Projekte zusammen mit den beteiligten Gemeinden und allfälligen weiteren Partnern voranzutreiben.

Bahnübergangsanierungen

Bis Ende 2014 muss die Zentralbahn alle Bahnübergänge sanieren. Das Tiefbauamt brachte die Kompetenzen auf Seiten Kantonsstrassen ein mit dem Ziel, die Verkehrssicherheit an den entsprechenden Knotenpunkten (u.a. Bettermann, Vorder Ey, Allmend, Parketterie, Oberau) zu verbessern. Beim Bahnübergang Oberau, Wolfenschiesse, hat der Kanton die Rolle als Bauherrenvertreter übernommen.

Verkehrserhebungen

Im Frühjahr 2013 hat das Tiefbauamt im Raum Hergiswil/Lopper Verkehrszählungen durchgeführt. Diese ergänzen die erste kantonsweite Verkehrszählung von 2010 um den damals durch Sperrungen belegten Bereich um den Lopper. Das Verkehrsmodell wird mit den ergänzten Zahlen neu berechnet.

Kantonsstrassen**KH1 Hergiswil, Radweg Bootshafen**

Im Bereich des Bootshafens Hergiswil wurden Optimierungen des Rad- und Fusswegs im Hinblick auf den Hafenneubau untersucht. Die Situation im Bereich der ARA ist für den Radfahrer unübersichtlich, die getrennte Führung wird von den Benutzern schlecht wahrgenommen. In einem Vorprojekt wurden Varianten ausgearbeitet. In Koordination mit dem geplanten Bootshafenausbau wird ein Bauprojekt ausgearbeitet.

KV6 Stansstad, Kehrsitenstrasse

Das Massnahmenkonzept beinhaltet die Module Verkehr, Instandsetzung, Steinschlag- und Amphibienschutz. Die einzelnen Massnahmenkonzepte liegen im Entwurf vor und wurden im Jahr 2013 mit den Fachämtern, der Gemeinde Stansstad und den Anwohnern von Kehrsiten im Rahmen der partizipativen Planung aufeinander abgestimmt. Die Konzepte werden 2014 im partizipativen Prozess fertig gestellt.

KH3 Emmetten, Ausbau Buotigen

Die Gemeinde Emmetten baute den Gehweg entlang der Kantonsstrasse im Bereich der Verzweigung Schöneckstrasse bis zum Ende der neuen Überbauung Schöneck. Die Fortsetzung des Gehweges bis zum St. Annaweg über den Spisbach erfordert einen Neubau des baufälligen Durchlasses. Zudem wird der Bereich soweit ausgeweitet, dass sich Lastwagen und Postauto sicher kreuzen können. Dazu wurde das Bauprojekt ausgearbeitet und das Mitberichtsverfahren abgeschlossen. Der Regierungsrat hat am 17. Dezember 2013 das Projekt zu Handen des Land-

rats verabschiedet. Im Frühjahr 2014 wird das Projekt im Landrat behandelt. Der Baubeginn ist für Sommer 2014 geplant.

KH1 Oberdorf, Rad- / Gehweg Stans – Dallenwil, Abschnitt Schmiedgasse – Staldifeld

Aufgrund des Postulates der Landräte Toni Niederberger und Josef Barmettler vom 23. Mai 2013 beschloss der Landrat im Oktober, in diesem Abschnitt eine neue Variante der Linienführung zu prüfen. Diese Arbeiten wurden im November 2013 gestartet.

KH3 Buochs, Kreisel Mühlematt

Der Landerwerb und die Abrechnung konnten im Sommer 2013 abgeschlossen werden. Der Deckbelag wird 2015 im Rahmen des Unterhalts eingebracht.

KH2 Oberdorf, Radweg Knoten Büren

Das umfangreiche Variantenstudium für die Führung des Radweges Büren – Stans konnte Ende Jahr abgeschlossen werden. Durch die Abwägung der unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Gemeinden Oberdorf und Dallenwil, Zentralbahn sowie Langsamverkehr und motorisierter Individualverkehr) konnten schliesslich vier Varianten zur Beratung im Projektausschuss herauskristallisiert werden. Im 1. Quartal 2014 soll eine Bestvariante definiert werden, welche im Herbst vom Landrat verabschiedet werden soll.

KV6 Stansstad, Mühlebach Ersatz Brücke

Die Projektierung des Ersatzbaus der Brücke Mühlebach konnte dank der Stellenbesetzung Ende 2013 gestartet werden.

Lärmsanierungen

Die Lärmsanierungsprojekte für die KV5 Obbürgenstrasse und die KV7 Wiesenbergstrasse wurden fertiggestellt. 95 % der Kantonsstrassen sind bereits lärmsaniert.

Baulicher Unterhalt Trasse

Auf dem Kantonsstrassennetz wurden an 8 Erhaltungslosen u.a. in Wolfenschiessen, Ennetmoos, Beckenried,

Ennetbürgen und Stansstad rund 28'000 m² Belagserneuerungen ausgeführt.

Baulicher Unterhalt Steinschlagschutz

An der KV5, Bürgenstockstrasse, Dorfausfahrt wurden über eine Länge von 90 m zwei Schutzanlagen mit einer mittleren Energieklasse erstellt.

Baulicher Unterhalt Kunstbauten

In Beckenried wurde an der KH3 beim Ghirmhüttli die talwärts rutschende Stützmauer mit Mikropfählen und der Bachdurchlass Mocklisbach saniert. Bei der Wendepalte 2 wurde die bergseitig abgerutschte Böschung mit Vernagelung und Netzen gesichert. Beim Unwetter im Mai/Juni wurde an der Oberrickenbachstrasse die Böschung am Fusse der Stützmauer beim Burgholz weggespült. Die Stützmauer wurde als Sofortmassnahme saniert.

Betrieblicher Unterhalt Kanton (Strasseninspektorat)

Das Strasseninspektorat (SIT) erbrachte Leistungen des betrieblichen Unterhalts für die Kantonstrassen, das Aawasser, den See sowie Dienstleistungen für andere Verwaltungen. Gemäss den Vereinbarungen mit den Nationalstrassenbetreibern wurden in den Anschlussbauwerken der A2 die Unterhaltsarbeiten erledigt. Die Mitarbeiter des SIT können seit Februar 2013 das neu erstellte Betriebshandbuch zur Unterstützung ihrer täglichen Arbeit beziehen.

Der Winter im Frühjahr 2013 war überdurchschnittlich intensiv. Es mussten viele Einsätze zur Schneeräumung geleistet werden und es wurde auch viel Salz für die Glatteisbekämpfung verbraucht.

Nach den starken Regenfällen am Wochenende vom 1./2. Juni gab es kleinere Erdbeben in Emmetten am Dürrensee und in Oberrickenbach im Gebiet Burgholz. Beim Dürrensee an der KH3 wurde durch die grossen Erdmassen der Durchlass verstopft und in der Folge die Kantonsstrasse überschwemmt. Die lokale Notumfahrung wurde kurzzeitig aktiviert.

Risikomanagement (Wasserbau und Naturgefahren)

Allgemein

Strategische Planung

Schwerpunkte der strategischen Planung gemäss Gewässerschutzgesetz – für die Umsetzung der Gewässerrevitalisierung, des Gewässerraumes, der Sanierung von Schwall und Sunk, der Fischdurchgängigkeit und der Geschiebedurchgängigkeit – waren im Jahr 2013 neben der weiteren Grundlagenerhebung die Erarbeitung der zugehörigen Zwischenberichte zuhanden des Bundesamtes für Umwelt (BAFU).

Programmvereinbarung mit dem Bund

Die permanente, dynamische Eingliederung der laufenden Projekte in das vierjährige Raster der Programmvereinbarungen, unter Berücksichtigung der zeitlichen, finanziellen und verfahrenstechnischen Rahmenbedingungen, stellt eine fortwährende Herausforderung dar. Bei den Gefahrenkarten, die unter Federführung des Kantons erarbeitet werden, konnten 100 % der im Berichtsjahr vorgesehenen Leistungen erbracht werden. Beim Grundangebot (kleinere Projekte der Gemeinden und Instandsetzung Engelberger Aa) wurden, abhängig von den Arbeiten der Gemeinden, nur rund die Hälfte der für das Jahr vorgesehenen Mittel verwendet. Bei den Revitalisierungen ist in der restlichen Zeit der Programmphase noch ein grosser Effort nötig, da die von den Gemeinden vorgesehenen Projekte nicht wie gewünscht vorankommen.

Ereignisse

Im Frühjahr wurde in Beckenried der bekannte Rutsch am Bodenberg aktiviert. Diese Prozesse zerstörten auch die Sperren am Lielibach. Ein Sanierungsprojekt als vorgezogene Massnahme zum generellen Projekt wurde gestartet.

Wiederum waren verschiedene Niederschlagsereignisse zu verzeichnen. Das Ereignis vom 31. Mai/1. Juni wurde von den Bundesstellen als überregionales Ereignis eingestuft. Entsprechend wurden resultierende Instandstel-

lungen in und an den Gewässern durch den Bund subventioniert und folglich in den betroffenen Gemeinden durch den Kanton finanziell unterstützt.

See, Delta

Aufgrund der Ereignisse traten im Seedelta erhöhte Geschiebeeinträge auf. Damit die in der Folge auftretenden Deltaverlandungen keine Gefährdungen provozierten, mussten neben den alljährlichen Materialentnahmen zusätzliche Eingriffe als Sofortmassnahmen umgesetzt werden. Auch die Interventionen bezüglich der Schwemmholtbewirtschaftung fielen entsprechend umfangreicher aus. Bei der Garnhänki konnte das Pflege- und Unterhaltskonzept fertiggestellt werden.

Engelberger Aa

Im Rahmen des Unterhalts wurden an der Engelberger Aa alljährliche Pflegemassnahmen an den Bepflanzungen durchgeführt. Im Abschnitt Dallenwil waren Instandsetzungen an der Dammkrone erforderlich. Im Gebiet Geren wurde das beim Ereignis beschädigte Ufer instand gestellt.

Wildbäche

Beim Projekt Buoholzbach wurde der partizipative Prozess von Grund auf neu aufgerollt. An den vielen Veranstaltungen wurde versucht, Zusammenhänge und Wissen zu vermitteln, um eine sachliche Diskussion zur Variantenauswahl führen zu können. Die 4 grundsätzlichen Varianten wurden durch 13 weitere Variantenvorschläge ergänzt. Aus dem Prozess resultierten 2 Varianten, welche in der weiteren Planung weiter untersucht werden sollen.

In Beckenried am Träschlibach und in Hergiswil am Steinibach wurde die Realisierung der genehmigten Projekte in Angriff genommen. Mit der Instandstellung, Erneuerung und konzeptionellen Ergänzung bestehender Bauwerke wird hierbei die Gefährdung im Siedlungsgebiet reduziert. Für die Talebene von Stans, Stansstad, Dallenwil und Oberdorf und die zugehörigen Hangbäche wurden die konzeptionellen Arbeiten für eine integrale Massnahmenplanung angegangen.

In Buochs stehen die genehmigten Massnahmen der 2. Bauetappe am Rübibach vor dem Abschluss. Die Gemeinde Emmetten setzt sich im Zuge der Dorfraumgestaltung mit dem künftigen Erscheinungsbild des Dorfbaches auseinander. Die Projektierungen am Mehlbach/Rübibach in Ennetmoos sowie das Hochwasserschutzkonzept Ennetbürgen wurden gemäss Zeitplan weitergeführt.

Gefahrenkarten und Notfallplanungen

Die Gefahrenkarte Buholzbach wurde fertiggestellt. In Hergiswil wurde die Gesamtrevision der Gefahrenkarte Wildbäche weitergeführt. Einen grossen Effort brauchte die Bereinigung der Verfahrensabläufe für die Erstellung und die Verwaltung der Gefahrengrundlagen. Mit dem vorliegenden Modell wird gewährleistet, dass alle Zugriff auf die relevanten Informationen haben und dass deren Inhalt korrekt und aktuell ist.

Unter Berücksichtigung der Projektierungen konnten 2013 die Notfallplanungen für verschiedene Prozesse weitergeführt oder abgeschlossen werden. Die Notfallplanungen wurden neben der Ereignisbewältigung Anfang Juni auch an Interventionsübungen in den Gemeinden Beckenried, Stans und Stansstad vertieft. Die Ausbildung der lokalen Fachberater Naturgefahren wurde weitergeführt.

2.2.3.3 Hochbauamt

Bau

Ausbau Mittelschule

Am 3. Mai konnte der Ausbau für die naturwissenschaftlichen Fächer an die Bildungsdirektion übergeben werden. Die neuen Werk- und Instrumentalunterrichtszimmer wurden sofort benutzt. Auch die Klassen- und Gruppenzimmer wurden umgehend von den Lehrern und Schülern in Beschlag genommen. Schliesslich konnten die eigenen Schulküchen ihren Betrieb aufnehmen. Der im Minergiestandard ausgeführte Ausbau erfüllt die Erwartungen voll und ganz. Im Jahr 2014 werden noch

die letzten nötigen Anpassungsarbeiten ausgeführt. Der Kredit kann voraussichtlich eingehalten werden.

Fischzuchtanlage

Die gesamten Wasseraufbereitungen der Fischzuchtanlage waren seit 1985 ohne grössere Störungen in Betrieb. Um einen weiteren störungsfreien Betrieb gewährleisten zu können, wurden im Sommer alle Anlageteile überholt und instand gestellt. Filtereinsätze und Steuerung mussten komplett ersetzt werden. Sämtliche Arbeiten konnten fristgerecht ausgeführt werden. Die Kosten liegen unter dem bewilligten Kredit.

Säulenlift Kreuzstrasse 6

Der über 40-jährige Säulenlift, welcher für das Reinigen sämtlicher kantonseigener Fahrzeuge verwendet wird, hatte das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht. Für die Hydraulik waren keine Ersatzteile mehr vorhanden. Er wies auch grosse Korrosionsschäden auf. Aus wirtschaftlichen Überlegungen drängte sich ein Totalersatz auf. Der Einbau konnte vor dem Beginn des Winterdienstes abgeschlossen werden. Die neue Anlage erfüllt ihren Zweck zur vollsten Zufriedenheit ihrer Nutzer. Die Kosten konnten unter dem bewilligten Kredit gehalten werden.

Mürgstrasse 12, Fenstersanierung

Die Fenster an der Mürgstrasse 12 hatten das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. In Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege konnten die Fenster im Aussehen in ihrer ursprünglichen Art, energietechnisch aber auf dem neuesten Stand, ersetzt werden. Dieser Ersatz fand im Rahmen der normalen Unterhaltsarbeiten statt.

Stansstadterstrasse 59

Die Planung und Ausführung der Zusammenführung der Landwirtschafts- und Umweltdirektion (LUD) im Mietobjekt Stansstadterstrasse 59 wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Es wurden diverse Mieterausbauten ausgeführt. Die gesamte LUD befindet sich ab Januar 2014 erstmals unter einem Dach.

Masterplan Areal Milchbrunnen

Im Zuge eines möglichen Erweiterungsbaues der Stiftung Weidli auf dem Areal Milchbrunnen wurde durch die Baudirektion in Zusammenarbeit mit der Gesundheits- und Sozialdirektion (GSD) ein Masterplan erstellt. Dieser zeigt auf, welche Nutzungen auf dem Areal Milchbrunnen möglich wären. Der Regierungsrat hat den Masterplan am 24. September verabschiedet und die GSD mit der weiteren Bearbeitung beauftragt. Der Masterplan dient der Stiftung Weidli als Grundlage für die Erweiterung ihres Baurechtes mit der Gemeinde Stans, welche am 27. November von der Gemeindeversammlung genehmigt wurde.

Liegenschaftsverwaltung

Im Rahmen der Überprüfung von Vorschlägen aus dem Projekt Haushaltgleichgewicht wurden 19 Gebäude auf ihr Energiesparpotential untersucht. Als Ergebnis resultierten Vorschläge für Energiestandards für kantonale Immobilien. Dem Regierungsrat werden anfangs 2014 Vorschläge für einheitliche Energiestandards bei Sanierungen und Neubauten unterbreitet.

An diversen Gebäuden wurden kleinere Instandstellungsarbeiten vorgenommen. Die Planung des Zusammenzugs der GSD an der Engelbergstrasse 34 wurde vorangetrieben und wird bis Mai 2014 umgesetzt.

Am 18. September brannte der Stall neben dem Winkelriedhaus komplett nieder. Der Kanton war in diesem Gebäude mit einer Werkstatt und Lagerräumen eingemietet. Das Handwerkszeug und das Material zur Präsentation von Ausstellungen fielen den Flammen zum Opfer. Die Winkelriedstiftung hat entschieden, den Stall nicht wieder aufzubauen.

2.2.3.4 Amt für Raumentwicklung**Richtplanung****Kantonaler Richtplan**

Siehe Kapitel 1.3.1.4

Kommunale Richtpläne

Die Erarbeitungsphase der Siedlungsleitbilder ist noch nicht abgeschlossen. Die Siedlungsleitbilder der Gemeinden Beckenried, Emmetten und Hergiswil wurden genehmigt. Somit verfügen mit Ausnahme von Dallenwil und Wolfenschiessen alle Gemeinden über ein rechtskräftiges Siedlungsleitbild.

Siedlung+

Im Rahmen des Projekts Siedlung+ wurden innerhalb der bestehenden Bauzonen eine Vielzahl von Daten erhoben, die Rückschlüsse auf die bestehende bauliche Dichte und auf das Potenzial für eine Verdichtung nach innen aufzeigen. Die Ersterhebung konnte per Ende 2013 mit Rückmeldungen aller Gemeinden formell abgeschlossen werden. Die Grundlagendaten werden bei verschiedensten raumplanerischen Massnahmen beigezogen, beispielsweise für Auswertungen zu einzelnen Quartieren, besonders aber für die Erarbeitung und Überprüfung von Nutzungsplanungsrevisionen und Siedlungsleitbildern.

Nutzungsplanung**Kommunale Nutzungsplanung**

Die Revision der Nutzungsplanung Stansstad und die Teilrevision der Nutzungsplanungen von Beckenried, Buochs, Dallenwil, Ennetbürgen, Emmetten, Ennetmoos, Oberdorf, Stans und Wolfenschiessen wurden vorgeprüft. Nutzungsplananpassungen konnten für die Gemeinden Oberdorf und Stans genehmigt werden. Die Nutzungsplanungen von Stans, Stansstad und Wolfenschiessen befinden sich zur Zeit im Genehmigungsprozess.

Bebauungs- und Gestaltungspläne

Die Gestaltungsplanänderungen Mühlematt Buochs, Aumühlestrasse Ennetbürgen, Ried Emmetten sowie die Gestaltungsplanneuerarbeiten Sonnenberg Hergiswil und Hansmatt Süd Stans wurden durch die Baudirektion genehmigt. Für die Gemeinden Beckenried, Ennetbürgen, Hergiswil, Stansstad, Stans und Wolfenschiessen wurden insgesamt 9 Prüfungsverfahren für Gestaltungsplanungen durchgeführt. Dazu gehörte auch die Prüfung der umfangreichen Gestaltungsplanänderung des neuen Bürgenstock Resorts.

Bauten und Anlagen ausserhalb Bauzone

Die Anzahl Anfragen und Gesuche zu Bauten und Anlagen ausserhalb von Bauzonen bewegen sich im Vergleich zu den letzten Jahren auf praktisch gleichem Niveau. Wie schon in den vergangenen Jahren liegt der Anteil an zonenwidrigen, nichtlandwirtschaftlichen Vorhaben leicht über jenem von zonenkonformen, für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung nötigen baulichen Massnahmen. Dies ergibt sich teilweise daraus, dass seit dem 1. November 2012 auch Landwirtschaftsbetriebe von Bestimmungen profitieren, die unter den Ausnahmebestimmungen aufgeführt sind, also eigentlich an zonenwidrige Bauvorhaben adressiert sind. Diese erlauben, dass insbesondere Wohnbauten, die bereits jene Flächen umfassen, die in Nidwalden in der Regel bei landwirtschaftlichen Gewerben zugestanden werden, erweitert werden können. Von diesen Möglichkeiten wurde bereits in einigen Fällen Gebrauch gemacht. Erfreulich ist zudem, dass beim überwiegenden Teil der Baugesuche im Vorfeld das Gespräch mit den Amtsstellen gesucht wird, sodass der Anteil an Abweisungen mit 2 Fällen sehr tief liegt.

Baukoordination**Kantonale Baukoordination**

Anhand der Auswertung Ende 2013 zeigte sich, dass bei den 542 abgeschlossenen Gesuchen und den Nutzungs- bzw. Sondernutzungsplanungen von den verschiedenen Fachstellen 2'648 Bewilligungen/Stellungnahmen abge-

geben wurden. Der kantonsinterne Vernehmlassungsprozess zu Baugesuchen konnte markant verbessert werden, indem lediglich noch 17 % der zu prüfenden Gesuche später als nach vier Wochen an die Gemeinden zurücküberwiesen wurden.

GemDat RUBIN

Seit dem Start des neuen GemDat RUBIN am 2. Juli 2012 läuft das Programm weitgehend stabil und es stellt eine grosse Hilfe beim Behandeln von Baugesuchen dar. Die Eingabeform der Baugesuchsunterlagen hat sich in nur vier Monaten bei allen Nidwaldner Gemeinden ohne nennenswerte Probleme komplett von der Papierform zur digitalen Form gewandelt. Seit Anfang 2013 ist kein einziges Baugesuch mehr in Papierform eingereicht worden. Seit dem Herbst 2013 werden zudem die Nutzungsverfahren in digitaler Form im GemDat bearbeitet, wobei dies mit einem behelfsmässigen Geschäftsablauf geschieht, da der dafür nötige Geschäftsablauf in definitiver Form erst Mitte 2014 im Programm implementiert werden wird.

Im Jahr 2013 wurden 4 Releases und 9 Revisionen des Programms eingeleitet. Das ordentliche und das vereinfachte Verfahren wurden abgenommen und das Verfahren «Bewilligung gemäss Reklameverordnung» wurde implementiert. Die Abbildung des kantonalen Gesamtentscheids bzw. der kantonalen Gesamtstellungnahme wird anfangs 2014 zusammen mit dem ILZ in Angriff genommen, womit dann alle Verfahren der Priorität 1 zur Verfügung stehen. In Priorität 2 werden diverse Planungsverfahren (Nutzungsplanung, Gestaltungsplanung) sowie das Vorentscheidungsverfahren erarbeitet.

Natur- und Landschaftsschutz**Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz**

Im Rahmen des Vollzuges des Artenschutzes, des Biotopschutzes (z.B. Moore und Trockenstandorte) und des Landschaftsschutzes (z.B. kantonale Landschaftsschutzgebiete, BLN-Gebiete etc.) hat die Fachstelle im Jahr 2013 zu 215 Projekten und Anfragen Stellung genommen oder

Mitberichte erstellt.

Die Bearbeitung der GIS-Bereinigung der Naturschutzflächen wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Weitere Informationstafeln wurden bei verschiedenen Schutzgebieten an Stellen mit grösserem Publikumsverkehr aufgestellt. Ein grösseres Projekt zur Lebensraumverbesserung zu Gunsten des Gelbringfalters und zur Zurückdrängung der Verwaldung der Mooregebiete wurde im Schutzgebiet Rieter, Oberrickenbach, in Angriff genommen.

Die diesjährigen Stichprobenkontrollen im Gebiet Kernalp-Wirzweli und den östlich gelegenen Talhängen zum Engelbergertal ergaben, dass an einigen steilen Grenzertragslagen die Bewirtschaftung trotz der Naturschutzverträge stetig zurückgegangen war. In der Folge wurden die Auszahlungsflächen bzw. die Auszahlungen reduziert und die Verträge der tatsächlichen Nutzung angepasst. Insgesamt wurden im Berichtsjahr aus verschiedenen Gründen 14 Verträge formell neu abgeschlossen.

Kommission für Natur- und Landschaftsschutz

Die Kommission für Natur- und Landschaftsschutz nahm als beratende Kommission in unterschiedlichsten Planungs-, Bewilligungs- und Unterschutzstellungsverfahren Stellung zu 58 Geschäften zu Handen der zuständigen Entscheidungsbehörden. Die Kommission hat im Berichtsjahr 14 Sitzungen abgehalten.

Vermessung

Amtliche Vermessung

Für Elemente der amtlichen Vermessung, bei denen kein Meldewesen organisiert werden kann, wird die Nachführung in einem periodischen Verfahren durchgeführt. Dies betrifft vor allem Objekte auf den Informationsebenen «Bodenbedeckung» und «Einzelobjekte», die nun in drei Etappen über das ganze Kantonsgebiet aktualisiert werden. Die erste Etappe umfasste die Gemeinden Ennetmoos, Hergiswil, Oberdorf, Stans und Stansstad; die Arbeiten wurden 2013 abgeschlossen. Die Arbeiten der zweiten Etappe für die Gemeinden Ennetbürgen, Buochs, Beckenried, Emmetten und Dallenwil verlaufen plange-

mäss und werden 2014 abgeschlossen. Die dritte und letzte Etappe wurde 2013 gestartet (Gemeinde Wolfenschiessen) und sollte plangemäss 2015 abgeschlossen werden.

Nach der geltenden Regelung des schweizerischen Grundbuchrechts muss jedes Grundstück schweizweit eindeutig identifiziert werden können. Gestützt auf die Grundbuchverordnung führte der Bund zu diesem Zweck die eindeutige Eidgenössische Grundstücksidentifikation (E-GRID) ein. In guter Zusammenarbeit haben das Grundbuchamt und der Nachführungsgeometer den E-GRID im ganzen Kanton Nidwalden bis Ende 2013 erfolgreich eingeführt.

Nomenklatur

Die Nomenklaturkommission behandelte an vier Sitzungen drei Wiedererwägungsgesuche zu Änderungen der Schreibweise bzw. der Namen von Fluren. Daneben nahm sie das Verfahren zur Festlegung der Flurnamen wieder auf und prüfte in der Pilotgemeinde Beckenried die Flurnamen; dies als Grundlage für die Harmonisierung der verschiedenen amtlichen Register.

Die Baudirektion schrieb die noch hängigen Einsprachen gegen Entscheide der früheren Nomenklaturkommission, die noch auf der alten gesetzlichen Grundlage gefällt wurden, in einem summarischen Verfahren ab. Überdies wurden die Prozesse für die Festlegung bzw. Änderung der geografischen Namen und deren Schreibweise überarbeitet.

2.2.4 Vernehmlassungen an den Bund

Baudirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Sachplan Verkehr. Teil Infrastruktur Schiene. Anpassungen und Ergänzungen 2012 an Konzeptteil und Objektblättern	Nr. 120 vom 26. Februar 2013	Zustimmung zum Bereich Konzept; zwei Anträge auf Streichung bezüglich Objektblatt 7.4 «Raum Pilatus (Nord)»
Änderung des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB). Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium	Nr. 158 vom 12. März 2013	Zustimmung
Verordnungsänderungen im Rahmen der Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz und zu deren Finanzierung	Nr. 464 vom 2. Juli 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Änderungsantrag zur Nationalstrassen- verordnung
Bundesbeschluss über das zweite Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel	Nr. 494 vom 9. Juli 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Änderungsantrag betr. Zuteilung der Engpässe ins Modul 2
Totalrevision des Gütertransportgesetzes; Gesamtkonzeption zur Förderung des Schienengüterverkehrs in der Fläche	Nr. 535 vom 20. August 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Nidwalden nicht direkt betroffen, Ab- kehrung zur Verpflichtung der Kantone zur Mitfinanzierung
Konferenz der Kantonsregierungen KdK. Tripartite Strategie zur schweizerischen Agglomerationspolitik. Politische Würdigung durch die Konferenz der Kantonsregierungen zuhanden der TAK	Nr. 536 vom 20. August 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Beantwortung Fragenkatalog
Bundesgesetz sowie Verordnung über Zweitwohnungen	Nr. 713 vom 15. Oktober 2013	Grundsätzliche Zustimmung zum Gesetzesentwurf
Agglomerationsprogramm Nidwalden 2. Generation. Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2015 für das Programm Agglomerationsverkehr	Nr. 726 vom 22. Oktober 2013	Stellungnahmen und Anträge anhand Vernehmlassung von Gemeinden und Direktionen
Teilrevision der Raumplanungsverordnung (inkl. Ergänzung des Leitfadens für die kantonale Richtplanung und technische Richtlinien Bauzonen)	Nr. 834 vom 26. November 2013	Grundsätzliche Zustimmung zu Etappe 1, jedoch mit konkreten Änderungs- anträgen

2.3 Justiz- und Sicherheitsdirektion

2.3.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Justiz- und Sicherheitsdirektion versieht Aufgaben der Justizverwaltung, des Zivilstandwesens, der Migration und des Strafvollzuges, umfasst das Grundbuchamt samt Notariatsaufgaben und die Kantonspolizei sowie das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz sorgen für die Aufrechterhaltung eines möglichst optimalen Sicherheitsstandards im Kanton Nidwalden.

Die Justiz- und Sicherheitsdirektion nimmt auch integral die Aufgaben der Aussenbeziehungen wahr.

Im Weiteren sind der Justiz- und Sicherheitsdirektion das Verkehrssicherheitszentrum, die Nidwaldner Sachversicherung sowie die Schlichtungsbehörde administrativ zugewiesen.

Jahr in Zahlen

- Auf dem Amtsnotariat wurden 599 Beurkundungen vorgenommen. Beim Grundbuchamt wurden total 1'740 Rechtsgeschäfte angemeldet
- Beim Zivilstandsamt wurden 535 Geburten gemeldet
- Im Rahmen der militärischen Friedensförderung leisteten 285 Angehörige der Armee ihre Einsätze im Ausland
- 795 Straftaten wurden aufgeklärt

Personalbestand

Justiz- und Sicherheitsdirektion (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Direktionssekretariat	0.5	–	0.5	–
Schlichtungsbehörde	0.6	–	0.6	–
Amt für Justiz	21.8	–	21	–
Grundbuchamt	5.3	–	4.9	–
Kantonspolizei	54.7	4	57.9	–
Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	28.3	–	28.2	–

2.3.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/a	Legislaturziel Verschiedene Bereiche für die gemeinsame Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen werden geprüft	
	Jahresziel Gemeinsame Einsatzleitzentrale (GELZ) / Teilprojekt Service; Redundanz: – Redundanz-Partner bekannt – Feinkonzept fertiggestellt – Finanzierung (Budget 2014) sichergestellt	Ziel erreicht Der Redundanz-Partner ist Obwalden. Das Feinkonzept liegt vor und die Finanzierung wurde im Rahmen des Budgets 2014 vom Landrat genehmigt.
1/h	Legislaturziel Integrales Risikomanagement ist in allen Teilaspekten definiert	
	Jahresziel Betrieb und Unterhalt inkl. Neubau Ausbildungs- und Einsatzinfrastruktur SWISSINT sichergestellt	Ziel weitgehend erreicht Die Inbetriebnahme der Neubauten und der erforderliche Personaleinsatz konnten zeitgerecht sichergestellt werden. Die Betriebsunterlagen sind vorhanden.
	Jahresziel Schulung der Führungs- und Einsatzorgane	Die Schulung der GFS hat im Rahmen der U EMERGENZIA begonnen, der KFS wird laufend informiert.
1/i	Legislaturziel Notfallplanungen gravitative Naturgefahren im Kanton sind erstellt	
	Jahresziel Fehlende Szenarien gemäss Risikokataster/Zeitplan erstellt	Ziel weitgehend erreicht Die Notfallplanungen konnten im Bereich Naturereignisse noch nicht vollständig abgeschlossen werden. Die noch fehlenden Planungen sind erkannt und die notwendigen Arbeitsgruppen gebildet.
1/y	Legislaturziel Gefahregrundlagen werden aktuell gehalten	
	Jahresziel Technische und gesellschaftliche Risiken bezüglich Notfallplanung bezüglich aktuellem Bedrohungsbild verifiziert	Ziel weitgehend erreicht Das Referenzszenario im Bereich C wurde erstellt, das Referenzszenario im Bereich A in Angriff genommen. Grenzüberschreitende Kontakte werden in spezifischen Arbeitsgruppen gepflegt.
1/z	Legislaturziel Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten	
	Jahresziel Aktuelle Risiken und Gefahren bezüglich Eintretenswahrscheinlichkeit und Auswirkungen laufend überprüfen	Ziel erreicht Die gefährlichsten Szenarien und deren Schutzziele werden laufend überprüft. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit der verschiedenen Partner hat sich im Einsatz vom 31.05./01.06.13 erwiesen.
3/k	Legislaturziel Die Justizreform des Bundes ist umgesetzt. Die Gerichte sind umfassend neu organisiert und der Rechtsweg ist garantiert	
	Jahresziel Die Gesetzgebungsprojekte EG OR, EV zum Gleichstellungsgesetz und Verwaltungsrechts-Pflegeverordnung sind abgeschlossen	Ziel teilweise erreicht Die Zeitpläne für die entsprechenden Gesetzgebungsprojekte sind festgelegt.
3/l	Legislaturziel Ausländer- und Asylgesetzgebung umsetzen	
	Jahresziel Nach verschiedenen Stellenwechseln kennen die Mitarbeitenden die gesetzlichen Grundlagen und wenden sie selbstständig und effizient an.	Ziel erreicht Die Mitarbeitenden der Migration können die sich schnell wandelnden rechtlichen Vorgaben der Ausländer- und Asylgesetzgebung teilweise selbstständig, teilweise (noch) unter Anweisung der Leitung Migration zweckmässig und nutzbringend ein- und umsetzen.

Nr.	Ziel	Bericht
3/m	Legislaturziel Erhalt und Ausbau des Waffenplatzes Wil bei Stans als Kompetenzzentrum für friedenserhaltende Missionen	
	Jahresziel Betrieb und Unterhalt des Waffenplatzes Wil bei Stans zu Gunsten der Nutzer sichergestellt	Ziel erreicht Der Betrieb und Unterhalt der neu erstellten Ausbildungs- und Einsatzinfrastruktur ist in die Waffenplatz-Organisation integriert. Die Planung für den Neubau «Ersatz und Erweiterung Retablierungsstelle» ist am Laufen.
	Jahresziel Support der baulichen Entwicklung Bereich der rechtlichen Grundlagen durch das Grundbuchamt/Notariat	Ziel erreicht Die ZGB-Revision im Bereich des Immobiliarsachenrechts ist vollständig implementiert. Die Projekte für elektronische Grundbuchabfragen, den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Grundbuchamt und elektronische öffentliche Beurkundungen sind auf Kurs.
3/n	Legislaturziel Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Bevölkerung bei Katastrophen und bei besonderen Ereignissen	
	Jahresziel Führung und Einsatz für besondere und ausserordentliche Lagen im Rahmen der kantonalen Notorganisationen sichergestellt	Ziel erreicht Die Umstellung auf das neue Alarmierungssystem MoKoS ist vollzogen. Die Führung der Notorganisation aus dem Stand war jederzeit sichergestellt.
3/o	Legislaturziel Förderung der Sicherheit sowie des Sicherheitsgefühls der Nidwaldner Bevölkerung	
	Jahresziel Nidwaldner Bevölkerung kennt die wichtigsten Strukturen und Notfallmassnahmen	Ziel erreicht Die Nidwaldner Bevölkerung wurde laufend über die Tätigkeit anlässlich des Ereignisses vom 31.05./01.06 orientiert. Sie konnte sich vor Ort ein Bild über den Stand der Präventions- und Interventionsmassnahmen machen.
	Jahresziel Bei allfälligen Ernstfallereignissen erkennt die Bevölkerung, dass die getroffenen Notfallmassnahmen zeitgerecht getroffen wurden	
	Jahresziel Umsetzung der aus der Bevölkerungsumfrage 2012 abgeleiteten polizeilichen Massnahmen	Ziel erreicht Die sicherheitspolizeiliche Präsenz wurde auf die A2-nahen Dörfer ausgeweitet. Die Kontrollen im Strassenverkehr wurden intensiviert. Die Fahndungsaktionen wurden anlass- und ereignisbezogen umgesetzt.

2.3.3 Tätigkeiten der Ämter

2.3.3.1 Direktionssekretariat / Kommissionen

Das Direktionssekretariat unterstützt als allgemeine Stabstelle die Direktionsleitung in organisatorischen Belangen. Sie koordiniert die Direktionsgeschäfte und überwacht deren termingerechte Erledigung. Zudem bereitet das Direktionssekretariat die Regierungsrats- und Landratsgeschäfte vor und erstellt interne und externe Vernehmlassungen. In diesem Rahmen wurden im Berichtsjahr zahlreiche Stellungnahmen, Vernehmlassungen und Mitberichte verfasst und parlamentarische Vorstösse beantwortet (vgl. Statistik).

Im Weiteren verfasste das Direktionssekretariat verschiedene Korrespondenz für den Justiz- und Sicherheitsdirektor und hält die Ergebnisse der von ihm geleiteten Sitzungen protokollarisch fest. Daneben stand das Direktionssekretariat den Ämtern beratend zur Verfügung und unterstützte sie beim Erlass von Verfügungen sowie beim Verfassen von Regierungsratsbeschlüssen.

Aufsicht Vormundschaftswesen

Mit dem Inkrafttreten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 wurden die Aufgaben der bisher zuständigen kommunalen Vormundschaftsbehörden ab 2013 vollumfänglich von der neu zuständigen kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde übernommen. Die Aufsicht über die Kindes- und Erwach-

senenschutzbehörde nimmt nun die Gesundheits- und Sozialdirektion wahr.

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Justiz- und Sicherheitsdirektion hat insgesamt vier Bewilligungen für den Erwerb einer Ferienwohnung erteilt. Damit wurde das Kontingent nicht ausgeschöpft. Aus dem Jahr 2013 können 18 Kontingentseinheiten auf das 2014 übertragen werden. Hinzu kommen 20 Einheiten für das Jahr 2014.

Anwalts- und Beurkundungskommission

Die laufenden Geschäfte konnten anlässlich von 10 Sitzungen erledigt werden. Es wurden 7 Anwaltsexamen abgenommen. Der kantonale Befähigungsausweis als Rechtsanwalt konnte 3 Kandidaten verliehen werden. Praktikantenbewilligungen wurden 3 erteilt.

Es wurden 2 Personen neu ins kantonale Anwaltsregister gemäss Art. 5 BGFA eingetragen; 3 Personen wurden aus dem Register gelöscht. In die kantonale, öffentliche Liste gemäss Art. 28 BGFA (EU oder EFTA Anwaltsliste) wurde wiederum niemand neu eingetragen.

Auf eine Meldung nach Art. 15 Abs. 1 BGFA wurde nicht eingetreten.

2.3.3.2 Amt für Justiz

Dem Amt für Justiz unterstehen die vier Abteilungen Migration, Gefängnis, Zivilstandsamt und Jagd/Fischerei. Als Fachdienste sind dem Amt eingeordnet: Bürgerrechtsdienst, Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst, Namensänderungen, Straf- und Massnahmenvollzug von Erwachsenen und Jugendlichen, Passbüro, Hundekontrolle/Hundesteuern, Hilfe an Opfer von Straftaten sowie das Sekretariat der Jagd und Fischerei. Aufgrund der Vielfältigkeit der Aufgaben werden diverse Fachgebiete in Personalunion abgedeckt.

Migration

Die Abteilung Migration vollzieht das Ausländerrecht des Bundes und ist zuständig, wenn ausländische Personen hier leben oder arbeiten möchten (Einreise/Aufenthalt) oder als Asylsuchende dem Kanton Nidwalden zugewiesen werden (Asyl). Im Berichtsjahr war die Migration Nidwalden stark gefordert. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung nahm von 5'074 auf 5'344 Personen zu, was einer Zunahme von etwas mehr als 5 % entspricht. 7 Personen, die im Besitz einer ausländerrechtlichen Aufenthaltsbewilligung waren, wurde der weitere Aufenthalt verweigert, sie wurden aus der Schweiz weggewiesen. 4 Personen wurde der Zuzug in die Schweiz zur hier lebenden Familie verweigert. Im Weiteren wurden 5 Kriminaltouristen nach Aushändigung der Strafbefehle ausgeschafft.

Die Anzahl der dem Kanton Nidwalden zugeteilten Asylsuchenden ist von 117 auf 121 gestiegen. Sehr viel Zeit musste die Migration Nidwalden in die Ausschaffungen von abgewiesenen Asylbewerbern investieren. Die Anzahl Ausschaffungen, welche gestützt auf das Asylgesetz durchgeführt wurden, erhöhte sich um 43 % von 23 auf 33 Personen. Die meisten Ausschaffungen erfolgten auf dem Luftweg. 5 Personen wurden in Begleitung einer polizeilichen Sondereinheit rückgeführt. Die Durchführung von begleiteten Ausschaffungen ist durch die interdisziplinäre Konstellation sehr zeitintensiv und komplex. Die Erfassung von Papierdossiers im elektronischen Archivierungssystem macht weiter Fortschritte.

Passwesen

Nachdem per 1. März 2010 der neue biometrische Pass (Pass 10) ohne Probleme eingeführt werden konnte, verlief das Passwesen auch im Berichtsjahr reibungslos. Für die Ausstellung von Pässen und Identitätskarten werden die Passfotos vor Ort erstellt, was eine effiziente Datenerfassung ermöglicht und nur einen kurzen Zeitaufwand für die Kunden erfordert.

Zahlen hierzu sind aus der Tabelle im Anhang zu entnehmen.

Jagd

Die Abteilung Jagd ist für die Erhaltung gesunder, den Lebensräumen angepassten Wildbestände verantwortlich. Ihr obliegt die Planung, die Organisation und Durchführung sowie die Kontrolle der Jagd.

Jagdperiode 2013/2014

Die Abschusszahlen der Wildtiere durch die Jägerschaft konnten im Vergleich zu den Vorjahren gehalten werden. Der Abgang des Rotwildes konnte mit einem guten Geschlechterverhältnis etwas erhöht werden. Die bei der Rehjagd im Jahr 2010 neu eingeführte Regelung zum Schutz der Rehgeiss wurde etwas abgeschwächt, bewährt sich aber auf einem tieferen Niveau nach wie vor.

Steinbockkolonien Pilatus und Brisen

Die bei der Konkordatssitzung der Kantone Nidwalden, Obwalden, Uri und Luzern beschlossenen Abschusszahlen für eine Regulationsjagd der Steinwildkolonie Pilatus und Brisen, wurden vom Bund bewilligt. Die Jagd wurde erfolgreich durch die ausgelosten Jäger durchgeführt.

Wildschaden

Das Ziel, die Wildschäden im Wald in einem erträglichen Rahmen zu halten, wurde erreicht. Es sind keine weiteren Massnahmen zur Verhütung von Schäden notwendig. Die Wildschadensituation in den unteren und mittleren Lagen ist unproblematisch, in den höheren Lagen tolerierbar. Die Erkenntnisse aus dem Wildschadenbericht wurde in den Jagdbetriebsvorschriften (Abschuss Schalenwild) berücksichtigt.

Wildruhegebiete

Die 13 gesetzlich festgelegten Wildruhegebiete wurden im Kanton Nidwalden umgesetzt und sind seit dem 7. Juli 2009 in Kraft. Sämtliche Gebiete sind nun mit den schweizweit einheitlichen Tafeln im Gelände signalisiert. Die Gebiete werden von der Bevölkerung gut akzeptiert.

Eidgenössisches Jagdbanngebiet Huetstock

Die Regierungen von Nidwalden und Obwalden haben dem Bundesrat Anfang Juli 2013 beantragt, 10.24 km aus

dem eidgenössischen Jagdbanngebiet Huetstock zu entlassen und als gleichwertigen Ersatz in das 10.29 km grosse Gebiet Bannalp NW, Schwarzwald NW und Walenstöcke NW/OW zu verlegen. Das Ersatzgebiet, welches die geforderte wildtierbiologische Qualität aufweist, grenzt unmittelbar an das eidgenössische Jagdbanngebiet Hahnen an und gliedert sich ideal ins Netz der eidgenössischen Jagdbanngebiete ein. An seiner Sitzung vom 20. November 2013 hat der Bundesrat dem Antrag der beiden Kantone zugestimmt.

Die Massnahmen aus dem Benutzerlenkungskonzept werden in Absprache mit den Titlisbahnen weiterhin angewandt. Dies sind z.B. die Wildruhegebiete bei der Wäng, Burghubel und dem Ober Gänti.

Fischerei

Die Abteilung Fischerei ist verantwortlich für die Erhaltung gesunder, den Lebensräumen angepasste Fischbestände. Ihr obliegt die Planung und Organisation sowie die Kontrolle der Fischerei. Insbesondere werden Fischereipatente durch das Amt erteilt. Der vom Bund geforderte Sachkundenachweis über die Fischerei (SaNa), den jede Person, die ein Fischer-Patent von mehr als einem Monat erwerben will, besitzen muss, hat breite Akzeptanz gefunden.

Sanierung der kantonalen Fischbrutanlage

Die Sanierung der kantonalen Fischbrutanlage konnte dank der guten Planung sowie der effizienten und termingerechten Arbeiten der verschiedenen einheimischen Handwerker sehr gut abgeschlossen werden. Das Kostendach konnte eingehalten werden. Die Anlage ist nun wieder auf dem neusten Stand der Technik und sollte in den nächsten Jahren nur noch tiefe Unterhaltskosten verursachen.

Engelberger Aa

Das im Frühjahr 2009 fertiggestellte Umgehungsgewässer am Ambauenwehr kann nach verschiedenen Versuchsreihen als funktionstüchtig bezeichnet werden. So ist ein weiteres Hindernis für die Fische beim Aufstieg vom Vierwaldstättersee in den Oberlauf der Engelberger-

aa beseitigt. Zur Förderung dieser Wanderung der Seeforellen werden nun einmal pro Jahr Seeforellenbrütlinge und Vorsommerlinge aus der kantonalen Fischbrutanlage im Oberlauf der Engelbergeraa eingesetzt. Für die Zukunft ist wichtig, dass die Restwassermengen sowie der Sunk und Schwall geregelt werden. Seit dem 1. Januar 2013 wird beim Wehr Obermatt Restwasser abgegeben. Die aktuelle Restwassermenge reicht noch nicht für eine komplette Durchgängigkeit. Im aktuellen Winterhalbjahr liegt die Strecke zwischen Schleissenbrügg und Gerli wieder trocken. Zur Überprüfung der Wirksamkeit der Restwassermengen wird ein Monitoring durchgeführt.

Scheidgraben

Der im Jahr 2006 renaturierte Scheidgraben wird wieder sehr gut von den Fischen angenommen und besiedelt. Es konnten auch im Berichtsjahr wieder mehrere Laichgruben von See- und Bachforellen festgestellt werden. Bei einer Abfischkontrolle konnten mehrere Seeforellen von über fünfzig cm Länge festgestellt werden. Bei einer Abfischung im April gelang es, das seltene Bachneunauge bei der Fortpflanzung zu filmen.

Lochrütibach

Der Löchrütibach wurde im Jahr 2011 neu gestaltet. Die Neugestaltung des Lochrütibaches bietet neben der verbesserten Hochwassersicherheit auch eine deutliche Verbesserung der ökologischen Gewässerfunktionen. Das angestrebte Ziel war ein möglichst gutes Laichgewässer für die Seeforelle zu schaffen. Das Monitoring der Wiederbesiedlung durch Fische und Kleinlebewesen (ohne künstliche Besatzmassnahmen) wird vom Wasserforschungsinstitut EAWAG in Kastanienbaum durchgeführt. Die ersten Resultate des Monitorings zeigen auf, dass der Bach von See- und Bachforellen wieder besiedelt wird.

Laichertrag

Der Laichertrag von Grossfelchen ist gegenüber den letzten Jahren gut ausgefallen. Erfreulich ist, dass auch in diesem Jahr «Urbalchen» wie sie von den alten Berufsfischern immer beschrieben werden, gefangen wurden. Laut Aussagen der Berufsfischer ist die Kalterbrütung

von Grossfelchenlaich am Fangerfolg spürbar und macht auch in Zukunft sicher Sinn. Der Bruterfolg bei Bach- und Seeforellen liegt im üblichen Rahmen.

Hundekontrolle

Dem Amt für Justiz obliegen das Führen des Hundeverzeichnisses in Zusammenarbeit mit der externen Datenbank ANIS und die Veranlagung der Hundesteuer. Im Berichtsjahr wurde in Zusammenarbeit mit der Gesundheits- und Sozialdirektion die breit angelegte Informationskampagne, mit welcher die Hundebesitzer auf die Folgen von durch Kot verunreinigten Wiesen und Feldern hingewiesen wurden, erfolgreich abgeschlossen. Ausserdem wurde aufgrund der neuen Tierschutzverordnung erstmals eine umfangreiche Kontrolle der Sachkundennachweise über die Kenntnisse betreffend die Haltung und den Umgang mit Hunden vorgenommen.

Straf- und Massnahmenvollzug

Diese Abteilung stellt den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben gemäss Straf- und Militärstrafgesetzbuch, kantonalem Strafvollzugsgesetz sowie den Richtlinien des Strafvollzugskonkordates Nordwest- und Innerschweiz sicher. Dabei werden Urteile der Nidwaldner Justizbehörden und rechtshilfeweise auch solche aus anderen Kantonen vollzogen.

Im Jahre 2013 wurden 1'927 Vollzugsfälle (Vorjahr 2'613) in die Geschäftskontrolle aufgenommen. Diese Abnahme ergab sich aus den rückläufigen Vollzugsfällen der Ersatzfreiheitsstrafen, welche aus den im Juni 2007 (Fahrtrichtung Süden) und Dezember 2008 (Fahrtrichtung Norden) in Betrieb genommenen fixen Radarinstallationen im Kirchenwaldtunnel zurückzuführen sind. Die daraus resultierenden, nicht bezahlten Bussen werden in Ersatzfreiheitsstrafen umgewandelt und dem Straf- und Massnahmenvollzug zum Vollzug übergeben.

Untersuchungs- und Strafgefängnis

Die Belegungen des Untersuchungs- und Strafgefängnisses Stans (USG) stiegen erneut um über 7 % an. In den Monaten März (über 117 %) und August (mit 116 %) war

das USG Stans komplett überbelegt und als Reserveplätze für allfällige Eintritte standen nur noch die Arrestzellen zur Verfügung. Im Regime der Ausschaffungshaft mit 7 Plätzen befanden sich zeitweise 11 Insassen. Ähnliche Zustände gab es auch im Regime der Untersuchungshaft. Gezwungenermassen musste man die Belegungen im Regime des Vollzuges zurückfahren. Da aber die Regime strikt getrennt geführt werden müssen, bewirkte dies platzmässig wenig. Der Gefängnisbetrieb mit den personellen Ressourcen ist für 24 Insassen ausgerichtet, teilweise waren jedoch bis zu 31 Personen, darunter mehrere Frauen und Jugendliche, inhaftiert. Insgesamt wurden Insassen aus 45 Nationen betreut. Aufgrund der Wartezeiten von über einem Jahr für Versetzungen in grössere, geeignete Institutionen, bleiben die Insassen teils auch über Jahre im USG Stans untergebracht. Bei der Akquisition von Insassenarbeit konnte das Ziel nicht erreicht werden und die Insassen im Vollzug, welche eigentlich zur Arbeit verpflichtet sind, konnten meist nur zwei Stunden pro Tag beschäftigt werden.

Die Kantone Nidwalden und Uri, als Betreiberkantone des Untersuchungs- und Strafgefängnisses Stans, hatten seit der Inbetriebnahme des Gefängnisses noch nie so viele Einweisungen wie im vergangenen Jahr. Die Folge dieser Entwicklung wird künftig sein, dass weniger Plätze an ausserkantonale Einweiser vermietet werden können.

Gefängnis-Betriebskommission

Am 12. Juni 2013 fand im Untersuchungs- und Strafgefängnis Stans die 31. Betriebs-Kommissionssitzung statt. Der Jahresbericht und die Rechnung wurden genehmigt. Weitere Themen waren die starken Schwankungen der Belegungen, die grosse Zunahme der Einweisungen der Betreiberkantone Nidwalden und Uri, sowie die längere Dauer der Untersuchungshaft und gewisse personelle Änderungen. Thematisiert wurde auch die Asylunterkunft Realp, welche aber schlussendlich keine grossen Auswirkungen auf die Einweisungen hatte.

Gefängnisseelsorge

Da der bisherige Gefängnisseelsorger Michael Dietliker wegen Wohnsitzwechsel gekündigt hat, wurde per 1. November 2013 Michael Josef, Mitarbeiter vom röm. kath. Pfarramt Beckenried, als Gefängnisseelsorger eingestellt. Pfarrer Michael Dietliker bzw. Pfarrer Michael Josef haben im Berichtsjahr 129.5 (Vorjahr 141) Stunden Seelsorge im Gefängnis geleistet.

Zivilstandsamt

Die Zivilstandsbeamtinnen und -beamten führen die zivilstandsamtlichen Register (Papierregister wie auch das seit Ende 2003 eingeführte informatisierte Standesregister INFOSTAR). Sie sind für sämtliche Beurkundungen von Personen unmittelbar betreffende Zivilstandstatsachen verantwortlich (Geburt, Ehe, eingetragene Partnerschaft, Tod, Kindesanerkennung, Namensklärung etc.) und erstellen die damit verbundenen Mitteilungen und Auszüge. Auch werden ausländische Zivilstandseignisse von Kantonsbürgerinnen und -bürgern sowie den Personenstand betreffende Gerichts- und Verwaltungsentscheide in Infostar erfasst und beurkundet. Details hierzu sind aus der Statistik im Anhang zu entnehmen.

Die Rückerfassung von Personen aus den Nidwaldner Familienregistern in INFOSTAR konnte 2013 abgeschlossen werden. Nun stehen die aufwändigen und vom Eidgenössischen Amt für Zivilstandswesen (EAZW) vorgeschriebenen Abschlusskontrollen an. Diese Kontrollen werden zusätzlich zu den Tagesgeschäften analog den Rückerfassungen wiederum einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die zivilstandsamtliche Tätigkeit war im 2013 auch geprägt durch das Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Bestimmungen zum Namens- und Bürgerrecht sowie die Bestimmungen zur Beurkundung des Hinterlegungsortes eines Vorsorgeauftrages. Die neuen Bestimmungen konnten soweit komplikationslos umgesetzt werden.

Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst

Die Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst sorgt für den fachlich zuverlässigen Vollzug des Zivilstandswesens im Kanton. Sie beaufsichtigt, unterstützt und berät das kantonale Zivilstandsamt. Sie wirkt mit bei der Registerfüh-

rung, bei administrativen Bereinigungsverfahren im informatisierten Standesregister (INFOSTAR) und in Papierregistern, sowie bei Vorbereitungsverfahren von Eheschliessungen. Die Aufsichtsbehörde erlässt Verfügungen über die Anerkennung und die Eintragung im Ausland eingetretener Zivilstandstatsachen sowie ausländischer Entscheidungen, die den Personenstand von Personen mit Bezug zu Nidwalden betreffen. Die Aufsichtsbehörde sorgt für die Aus- und Weiterbildung der im Zivilstandswesen tätigen Personen. Sie ist gegenüber dem Eidgenössischen Amt für Zivilstandswesen (EAZW; Oberaufsichtsbehörde) rechenschaftspflichtig.

In der zivilstandsamtlichen Tätigkeit werden unter anderem Namensänderungsgesuche zu Handen des Regierungsrates geprüft und bearbeitet. Im Jahre 2013 wurden 254 Fälle (Vorjahr 230) in die Geschäftskontrolle aufgenommen. Details sind aus den Tabellen im Anhang zu entnehmen.

Per 1. Januar 2013 traten die gesetzlichen Bestimmungen zum neuen Namens- und Bürgerrecht sowie die Bestimmungen zur Beurkundung des Hinterlegungsortes eines Vorsorgeauftrages in Kraft. Die zentralschweizerischen Zivilstandsbeamtinnen und -beamten sind Ende November 2012 durch die Aufsichtsbehörden der Region Zentralschweiz geschult worden. In der Umsetzung im Berichtsjahr sind soweit keine Probleme aufgetreten. Weiter traten neue Gesetzesbestimmungen betreffend Zwangsehen per 1. Juli 2013 in Kraft.

Am 15. Mai 2013 führte die Aufsichtsbehörde beim Zivilstandsamt Nidwalden die jährliche Inspektion zu den Geschäftsfällen des Jahres 2012 durch. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Beurkundungen der verschiedenartigen Geschäftsfälle in INFOSTAR gelegt. Die Stichproben ergaben tadellos geführte Register und Belegsablagen sowie eine korrekte INFOSTAR-Handhabung. Das Zivilstandsamt Nidwalden ist sehr gut organisiert und leistet einwandfreie und kompetente Arbeit. Weisungen der EAZW und der kantonalen Aufsichtsbehörde werden eingehalten.

Die zur Region Zentralschweiz vereinigten Aufsichtsbehörden von Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern, Zug und Zürich treffen sich zweimal jährlich zu fachspezi-

fischen Tagungen und zur Planung gemeinsamer Ausbildungs- und Arbeitsstrategien. Ebenfalls werden die Traktanden der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vor- und nachbehandelt.

Im Zusammenhang mit dem neuen Namensrecht werden bei Namensänderungen neu «achtenswerte Gründe» (früher «wichtige Gründe») gefordert. Die im vergangenen Jahr erworbenen Erfahrungen mit dieser neuen Bestimmung wurden anlässlich eines zweitägigen Erfahrungseminars ausgetauscht. Dieses gesamtschweizerische Seminar wurde in Brunnen unter der Organisation und Leitung der Aufsichtsbehörden Zentralschweiz durchgeführt.

Bürgerrechtsdienst

Der Bürgerrechtsdienst befasst sich mit dem Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts. Er bearbeitet unter anderem die Einbürgerungsgesuche und koordiniert dabei den Verfahrensablauf zwischen den gesuchstellenden Personen, den Gemeinden sowie dem Bund und dem Kanton. Bearbeitet und koordiniert werden auch Gesuche von Schweizerinnen und Schweizern, welche sich in einer Nidwaldner Gemeinde einbürgern oder auf ein Nidwaldner Gemeindebürgerrecht verzichten wollen.

Im Berichtsjahr wurden 130 Geschäftsfälle im Zusammenhang mit dem Bürgerrecht in die Geschäftskontrolle aufgenommen (Vorjahr 128). Details zu den verschiedenen Einbürgerungsarten von ausländischen wie auch schweizerischen Staatsangehörigen sowie den Gesuchseingängen können den statistischen Angaben entnommen werden.

Hilfe an Opfern von Straftaten

Die Opferhilfe gewährleistet die (juristische) Beratung und Vermittlung von Hilfe an Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden sind (Opfer). Anspruch auf Opferhilfeleistungen haben auch die Angehörigen des Opfers. Die Opferhilfe kann Leistungen im Rahmen der Soforthilfe, der längerfristigen Hilfe sowie Entschädigungen und/oder Genugtuung ausrichten. Die Sachbearbeitung obliegt der Amtsleitung.

Im Berichtsjahr wurden für die Soforthilfe und längerfristige Hilfe sowie für Abgeltungen für Beratungsleistungen anderer Kantone CHF 42'646.55 aufgewendet. Entschädigungen und Genugtuungen wurden keine ausbezahlt. Der finanzielle Gesamtaufwand hat sich somit gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Reduktion lässt sich mit der geringeren Nachfrage nach kostenintensiven Hilfeleistungen, insbesondere für Notunterkünfte, bei Vorfällen von häuslicher Gewalt erklären.

2.3.3.3 Grundbuchamt

Rechtsgeschäfte

Im Jahr 2013 wurden beim Grundbuchamt total 1'740 (1'979) Rechtsgeschäfte angemeldet. Über die Art und Anzahl der Rechtsgeschäfte, über Handänderungen und Grundpfandrechte geben die Tabellen Auskunft.

Öffentliche Beurkundungen

Auf dem Amtsnotariat wurden 599 (636) Beurkundungen vorgenommen. Die Ausfertigung von Parzellierungsbegehren, partiellen Teilungsverträgen, Reglementen und Statuten, welche einen Teil der Notariatstätigkeit beansprucht, ist in dieser Statistik nicht enthalten.

Rückblick / Ausblick

Grundbuchamt / Notariat

Im Jahr 2013 sind beim Grundbuchamt/Notariat insgesamt weniger Geschäfte als im langjährigen Durchschnitt eingegangen. Demzufolge wurden auch auf der Ertragsseite die Vorjahreszahlen nicht erreicht. Allerdings war die Arbeitslast auch im letzten Jahr gegen das Jahresende gross.

Im Grundbuch-Bereich ist ebenfalls eine vermehrte Vernetzung mit den Mitteln des elektronischen Geschäftsverkehrs zu beobachten. An verschiedenen Tagungen und Veranstaltungen im Jahr 2013 wurden die diesbezüglichen Informationen abgeholt. Im Jahr 2014 werden verschiedene Projekte an die Hand genommen. Zu er-

wähnen sind etwa die Einführung von Terravis für die elektronischen Grundbuchabfragen, die Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs mit dem Grundbuchamt und die kantonale Umsetzung der Verordnung über die elektronischen öffentlichen Beurkundungen des Bundes.

Grundbuchbereinigung

Das Grundbuchbereinigungsamt konnte im Jahr 2013 in der Gemeinde Dallenwil das Plangebiet 7 abschliessen. Es gibt lediglich noch vereinzelt an das Plangebiet 6 angrenzende Grundstücke, die erst mit der Bereinigung dieses Gebiets abgeschlossen werden können. Mit den Eigentümern des Plangebietes 6 konnten bereits mehr als ein Drittel der Verhandlungen geführt werden.

Wie bereits in den letzten Jahren übernahm die Bereinigungsbeamtin gelegentlich bei Ferienabwesenheit des Grundbuchverwalters bzw. Sachbearbeiters I zusätzliche Aufgaben des Grundbuchamtes zur Bearbeitung und Erledigung.

Für das Jahr 2014 hat sich das Grundbuchbereinigungsamt zum Ziel gesetzt, die in der Gemeinde Dallenwil liegenden Grundstücke definitiv abzuschliessen, für welche die Verhandlungen geführt werden konnten und für das restliche Plangebiet so viele Verhandlungen wie möglich zu führen.

Grundbuchbereinigungskommission

Die Geschäftstätigkeit der Grundbuchbereinigungskommission (GBBK) war im Berichtsjahr nicht durch Besonderheiten geprägt. Weiterhin sind Fälle in den drei Gemeinden Emmetten, Oberdorf und Dallenwil vor der GBBK hängig. Einzig in der Gemeinde Dallenwil wurde der Neueingang eines Verfahrens verzeichnet. Die GBBK führte im Geschäftsjahr in den Gemeinden Dallenwil und Emmetten je eine Einigungsverhandlung durch.

Im Einzelnen ergibt sich für die genannten Gemeinden Folgendes:

Gemeinde Emmetten: Nach Jahren des Versuchs, die noch ausstehenden strittigen öffentlichen Fusswegrechte vergleichsweise zu bereinigen, setzte die GBBK der Gemeinde Emmetten im Nachgang zu einer Einigungsverhand-

lung vom 10. Oktober 2013 eine letzte Frist bis spätestens am 15. Januar 2014, eine Einigung zu finden. Die Verlängerung rechtfertigt sich aufgrund des Auslandsbezugs und der damit verbundenen Schwierigkeiten.

Gemeinde Oberdorf: Es sind auch in diesem Berichtsjahr ausschliesslich Verfahren im Zusammenhang mit Bau- und/oder Fahrwegrechten bei Bahnübergängen betreffend die Parzelle Nr. 60 der Zentralbahn zb hängig. Diese sind bis spätestens Ende 2014 zu sanieren oder aufzuheben. Die Bereinigung der Rechte und Pflichten wird erst nach Abschluss dieser Arbeiten in Angriff genommen, da zuvor eine Beurteilung der strittigen Rechte keinen Sinn macht.

Gemeinde Dallenwil: Das Bereinigungsamt war auch im Berichtsjahr erfolgreich und konnte die meisten Verfahren erstinstanzlich abschliessen. In der Gemeinde Dallenwil wurde der Neueingang eines Verfahrens verzeichnet. Ein Verfahren konnte vergleichsweise abgeschlossen werden, so dass die Anzahl Pendenzen bei einem Verfahren konstant blieb.

In der Gemeinde Emmetten waren von ursprünglich 94 Verfahren per 1. Januar 2013 noch zwei Verfahren hängig. Diese sind auch per 31. Dezember 2013 noch hängig. Diese werden im Jahre 2014 – sei es vergleichsweise oder durch Entscheid der GBBK – abgeschlossen.

In der Gemeinde Oberdorf waren von ursprünglich 49 Verfahren am 1. Januar 2013 12 Verfahren hängig. Es wurde aufgrund der oben genannten Umstände (Bahnübergänge zb) im Berichtsjahr kein Verfahren abgeschlossen. Somit sind per 31. Dezember 2013 nach wie vor 12 Verfahren hängig. Voraussichtlich wird auch im Jahre 2014 keines dieser Verfahren abgeschlossen werden können.

2.3.3.4 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die Sicherheit im Kanton zuständig. Zur Aufgabenerfüllung gliedert sie sich in zwei Frontabteilungen, die Dienstabteilung Verkehrs- und Sicherheitspolizei und die Dienstabteilung Kriminalpolizei. Der Dienstabteilung Verkehrs- und Sicherheitspolizei sind die sechs Frontgruppen unterstellt, die während 7 Tagen 24 Stunden für die Bevölkerung im Einsatz stehen, sowie die Dienststelle Logistik/Radar, die Dienststelle Schwerkverkehr und die Verkehrsinstruktion. Die Dienstabteilung Kriminalpolizei besteht aus zwei Gruppen Fahndung/Ermittlung, der Dienststelle Kriminaltechnik und der Dienststelle Kriminalprävention. Die Dienstabteilung Kommando Dienste unterstützt das Kommando sowie die beiden Frontabteilungen im Personal- und Materialwesen. Weiter ist ihr die Einsatzzentrale unterstellt. Die Sondergruppen Intervention, Alpine Einsatzgruppe und Seepolizei setzen sich aus Mitarbeitenden der Dienstabteilungen zusammen. Nebst dem Tagesgeschäft hatte die Kantonspolizei die Sicherheit bei folgenden Grossereignissen sicherzustellen:

- Tour de Suisse, Etappenziel und -start Buochs.
- Swiss Olympic Gigathlon, Etappenort Ennetbürgen
- SMART-Treff auf dem Flugplatz Buochs
- Cupspiel SC Buochs – FC Aarau

Sämtliche Anlässe verliefen ohne nennenswerte Zwischenfälle. Weiter standen Polizistinnen und Polizisten beim interkantonalen Polizeieinsatz zugunsten des WEF in Davos im Einsatz. Die Kantonspolizei war rund um die Uhr für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Einsatz.

Dienstabteilung Verkehrs- und Sicherheitspolizei

Verkehrsunfallstatistik

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen. Die Zahl der Verletzten nahm gegenüber 2012 leicht zu. Leider verunglückten im Jahre 2013 eine Fussgängerin, ein PW-Lenker und ein Motorradlenker bei schweren Verkehrsunfällen tödlich. In der Gemeinde Wolfenschiessen ereigneten sich am wenigsten und in der Gemeinde Stans die meisten Verkehrsunfälle.

Bei den Unfallverursachern nahm der Anteil der ange-trunkenen Lenkerinnen und Lenker ab.

Nach Monaten ereigneten sich im Dezember die wenigsten und im August die meisten Unfälle.

Auf der Autobahn nahm die Anzahl der Verkehrsunfälle wieder zu.

Kontrolltätigkeiten

Die Einsätze für verkehrs- und sicherheitspolizeiliche Kontrollen wurden in kleinen Teams innerhalb der Frontgruppen während des Tages und in der Nacht ausgeführt.

Schwerpunktkontrollen

Im Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Intensivierung der Kontrollen wurde der Schwerverkehr auf der A2 täglich kontrolliert und die vereinbarte Leistungserfüllung mit rund 8'200 Stunden (Soll: 8'500 h, Abweichungstoleranz 10 %) erfüllt.

Geschwindigkeitskontrollen

Im Kirchenwaldtunnel Süd und Nord sind zwei festinstallierte Anlagen in Betrieb. Mit der mobilen Anlage wurden innerorts, ausserorts und auch auf der A2 weitere Kontrollen durchgeführt. Im Jahre 2013 wurden insgesamt 3'155'183 Fahrzeuge kontrolliert.

Verkehrsinstruktion

Die Verkehrsinstrukto-ren besuchten alle Klassen und er-teilten vom Kindergarten bis zur 5. Klasse in mehreren Lektionen Unterricht. Auch in der Heilpädagogischen

Werkstätte wurde Unterricht erteilt. Die 3.-Klässler konnten im Verkehrsgarten, auf dem Areal des Flugplatzes, praktische Fahrübungen mit dem Velo unter Aufsicht der Polizei absolvieren. Höhepunkt und Abschluss der Verkehrsausbildung war erneut die kantonale Radfahrerprüfung der 5.-Klässler.

In den Gemeinden Buochs, Ennetbürgen, Ennetmoos und Wolfenschiessen bildeten die Verkehrsinstrukto-ren Schülerpatrouilleure aus.

An 4 Mittwochnachmittagen wurden Schüler, welche eine Verkehrsübertretung begangen hatten, zur Nacherziehung aufgeboten. Sie wurden bezüglich des verkehrsgerechten Fahrens instruiert und ihnen wurden die Gefahren bei falschem Verhalten aufgezeigt.

Verkehrsaktionen / Prävention

In die verschiedenen Verkehrssicherheitskampagnen wie «Sichtbarkeit», «Fit für die Strasse?», «Keine Ablenkung», «Velohelm», «E-Bikes», «Schulanfang», «Tag des Lichts» waren alle Einsatzgruppen der Verkehrspolizei eingebunden.

Anlässlich von Internationalen TISPOL-Aktions-Kontrollen wurden der Schwerverkehr inklusive Reisecars, die Gurtentragpflicht und der Zustand von Lenkerinnen und Lenkern regelmässig kontrolliert.

Im September und Dezember führte die Kantonspolizei zusammen mit «Road Cross» weitere Raserpräventions-Kampagnen an der Kantonalen Berufsschule und der Kantonalen Mittelschule durch. Die Verkehrsinstrukto-ren/in engagierten sich weiter am Verkehrssicherheitstag zusammen mit dem TCS und anderen Partnern, dem Anlass «75 Jahre bfu» jeweils im Länderpark und an verschiedenen Elternabenden der Kindergärten.

Strassen- und Signalisationstechnik;

Hilfeleistung an Dritte

Die Leitung der Dienstabteilung Verkehrs- und Sicherheitspolizei nahm zu etlichen Verkehrs-/Signalisations- und Bauprojekten Stellung. Die Arbeiten für Begutachtungen, Stellungnahmen und Begehungen vor Ort nahmen gegenüber dem Vorjahr wieder zu.

Seepolizei

Die Einsätze der Seepolizei und die Anzahl der ordentlichen Kontrollen haben im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Auf dem Alpenersee wurden gemäss Vereinbarung mit dem Kanton Obwalden 13 Kontrollen durchgeführt.

Kriminalpolizei**Straftaten allgemein (StGB, AuG, BetmG und Bundesnebenengesetzgebung)**

Mit total 1'570 Straftaten musste gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 2 % verzeichnet werden. Bei den Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz reduzierten sich die Straftaten erneut (-8 %). Des Weiteren wurde 35-mal gegen das Ausländergesetz verstossen. Die übrigen Straftaten fallen mit 65 bei so genannten Bundesnebenengesetzen an. Für die 795 aufgeklärten Straftaten zeichneten sich 317 Männer und 51 Frauen verantwortlich, wovon von diesen 368 tatverdächtigen Personen 104 über einen Ausländerstatus verfügen. 68 Personen waren zum Zeitpunkt der Straftat noch minderjährig.

Nach wie vor tragen die Kriminalpräventionskampagne (bei den ORS-Klassen) und die seit Jahren praktizierte Null-Toleranz-Philosophie zu den erfreulichen Zahlen bei.

Straftaten StGB

Wiederum musste im Bereich der StGB-Straftaten, im Vergleich zum Vorjahr, eine leichte Zunahme von 1'200 auf 1'259 Straftaten verzeichnet werden. 504 Straftaten konnten dabei aufgeklärt werden, was einer Aufklärungsquote von 40 % und einer deutlichen Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 11 % entspricht.

Die Delikte gegen Leib und Leben nahmen von 71 auf 53 Widerhandlungen ab (unter anderem 11 Körperverletzungen/31 Tötlichkeiten).

Erfreulicherweise musste erneut kein Tötungsdelikt verzeichnet werden.

Trotz einer Abnahme von 10 % auf 878 Straftaten machten die Vermögensdelikte wiederum den grössten Teil

der StGB-Delikte aus. Die Aufklärungsquote von 31.1 % liegt um erfreuliche 12.6 % höher als im Vorjahr. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass mehrere Serien aufgeklärt werden konnten. Die Kategorie Diebstahl mit 356 Verzeigungen, Fahrzeugdiebstähle mit 117, Sachbeschädigungen mit 111 und Betrugsdelikte mit 104 wiesen die höchsten Werte auf.

Bei den Einbruchdiebstählen musste mit 135 Straftaten (+32 %) eine Zunahme gegenüber den Vorjahreswerten registriert werden. 217 Straftaten (+26 %) (exklusive Hausfriedensbruch bei Einbruch- und Einschleichdiebstählen) wurden bei den Freiheitsdelikten verzeichnet. Diese sind vor allem auf Drohungen (36), Nötigung (16) und Hausfriedensbruch (13) zurückzuführen.

Wegen Straftaten unter dem Titel «Sexuelle Integrität» musste in 9 Fällen rapportiert werden, was eine erfreuliche Reduktion von 47 % gegenüber dem Vorjahr ergibt. Im Bereich «Häusliche Gewalt» wurden 63 Straftaten verübt, was einer Zunahme von 31 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Kriminalprävention

Die Kriminalprävention wurde in der gleichen Intensität weitergeführt. So wurden sämtlich Oberstufenschulklassen mit den Themen «Stopp der Gewalt gegen Personen und Sachen» (1. ORS), «Internetkriminalität» (2. ORS) und «Suchtmittel» (3. ORS) bedient. Die Resonanz auf das Präventionsprojekt fiel bei den Schülerinnen und Schülern, wie auch den Lehrpersonen äusserst positiv aus und dürfte mit ein Grund sein, weshalb die Zahlen der Straftaten im Bereich der Jugendkriminalität so tief ausfallen.

Betriebskommission POLYCOM

Das Sicherheitsfunksystem POLYCOM ist in Nidwalden seit Juni 2006 in Betrieb. Inzwischen wird POLYCOM fast in der ganzen Schweiz eingesetzt. Für eine verbesserte Funktionalität sind sämtliche Teilnetzbetreiber im Auftrag des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) gehalten, die Systeminfrastruktur auf einen neuen Softwarestand zu migrieren. Diese Migration unseres Regionalnetzes auf die Version V35.08 wurde im August 2013 durchgeführt.

Die Betriebskommission tagte im Berichtsjahr zwei Mal, wobei die ordentlichen Geschäfte behandelt wurden.

2.3.3.5 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz ist in vier Bereiche aufgeteilt. Die Abteilung Militär ist für die Logistik und den Betrieb des Waffenplatzes, des Zeughauses sowie des Zentrums Bevölkerungsschutz zuständig. Zudem stellt sie die Militärverwaltung des Kantons (Kreiskommando, Wehrpflichtersatz) sicher. Die Kantonale Notorganisation übernimmt die Führung bei Einsätzen und Instandstellung während und nach Katastrophen und Grossereignissen. Zudem obliegt ihr auch die Führung und Schulung des Kantonalen Führungsstabes sowie die aktive Unterstützung der kommunalen Führungsstäbe. Die Abteilung Zivilschutz ist für die Schulung und Führung der Kantonalen Zivilschutzorganisation verantwortlich. Der Bauliche Zivilschutz stellt die Schutz- und Planungsmassnahmen bei den Schutzanlagen und Schutzräumen sicher.

Abteilung Militär

SWISSINT

Im Berichtsjahr leisteten rund 285 Angehörige der Armee (AdA), im Rahmen des Armeeauftrags Friedensförderung, ihre Einsätze im Ausland. Das grösste Kontingent (rund 220 AdA) befindet sich nach wie vor im Kosovo, wo der Dienst im Rahmen der Kosovo Force (KFOR) geleistet wird. Rund 25 UN-Militärbeobachter sind in Afrika, Nahost und Asien in 5 verschiedenen Missionen im Einsatz, 20 AdA sind zu Gunsten der EUFOR in Bosnien-Herzegowina tätig. Rund 20 AdA arbeiten als Einzelpersonen in verschiedenen Funktionen und Ländern, so in der Korea-Mission NNSC (5), für die UNO im Bereich Humanitäre Minenräumung (9), im Bereich SSR (Security Sector Reform) (2) oder für das Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (3). Insgesamt wurden im Rah-

men der militärischen Friedensförderung über 100'000 Dienstage erbracht. Schwerpunkt der Friedensoperationen bildet weiterhin das Schweizer Kontingent SWISSCOY im Kosovo. Über die Verlängerung des SWISSCOY-Einsatzes wird wiederum im Parlament abgestimmt.

Kreiskommando

Orientierungstage / Rekrutierung

An den obligatorischen Orientierungstagen wurden 211 angehende Stellungspflichtige des Jahrgangs 1995 über die rechtlichen Grundlagen sowie die Aufgaben und Einsätze in der Armee, im Zivilschutz und im Zivildienst informiert. Im Berichtsjahr wurden 237 junge Nidwaldner Männer rekrutiert, davon waren 186 militärdiensttauglich, 22 schutzdiensttauglich, 26 schutzdienstuntauglich und 3 haben die Personenschutzprüfung nicht bestanden. Die Militärdiensttauglichkeit gesamtschweizerisch liegt bei 61.91 %. Der Kanton Nidwalden liegt mit einer Tauglichkeitsrate von 74.54 % an vierter Stelle.

Der Zulauf zum Zivildienst ist leicht angestiegen. Im Berichtsjahr wurden 35 Nidwaldner zum Zivildienst zugelassen, 2 Gesuche sind noch hängig. Im Kanton Nidwalden stehen zurzeit 49 Einsatzbetriebe für Zivildienstleistende zur Verfügung.

WK-Pflicht

Die Schweiz ist zunehmend überbaut und wird urbaner. Darum werden die Verbände der Infanterie regelmässig im Häuser- und Ortskampf ausgebildet. Damit dieses Training in der kurzen Ausbildungszeit eines Wiederholungskurses effizient und effektiv gestaltet werden kann, hat die Armee in den letzten Jahren stark in die entsprechende Infrastruktur investiert.

Im August und September 2013 absolvierte das Geb Inf Bat 29 zum ersten Mal einen Wiederholungskurs im Gefechtsausbildungszentrum Ost (kurz GAZ) im Raum Walenstadt – Mels – St. Luzisteig. Einzig die Geb Inf Ustü Kp 29/4 war in San Bernardino stationiert, damit sie die Minenwerferausbildung auf dem Schiessplatz Hinterrhein absolvieren konnte.

Das Bataillon konnte auf einem sehr modernen Live-Simulationssystem trainieren, das weltweit einzigartig

ist. Durch die optimalen Voraussetzungen arbeiteten Kader und Truppe zielgerichtet und motiviert. Die WK-Ziele wurden zu 80 % erfüllt. Das Schwergewicht des Bataillonskommandanten lag auf der Verbandsausbildung. 5 Kompanieübungen und eine Bataillonsübung haben stattgefunden.

Dienstverschiebungen

2013 wurden vom Kreiskommando Nidwalden 1798 Einrückungspflichtige betreut. 367 Dienstverschiebungsgesuche wurden behandelt. Davon wurden 298 bewilligt, wovon 2 Personen ärztlich und 7 am Einrückungstag entlassen wurden. Zudem sind 4 nicht eingerückt, was eine disziplinarische Bestrafung zur Folge hatte. 69 Gesuche wurden abgelehnt.

Entlassung aus der Militärdienstpflicht

Zur Entlassung aus der Militärdienstpflicht sind 152 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, welche ihre Diensttage geleistet haben oder vom Jahrgang her aus der Militärdienstpflicht entlassen wurden, angetreten und in würdiger Form verabschiedet worden. 12 Sturmgewehre und 9 Pistolen wurden ins Eigentum übernommen (13.8%). Die Auflagen gemäss gültiger Gesetzgebung wurden erfüllt.

Militärstrafen

Infolge Schiessversäumnis im Vorjahr mussten insgesamt 76 AdA das rechtliche Gehör gewährt werden. Einer erfüllte die Auflagen und 9 wurden dispensiert (ärztlich, Auslandsaufenthalt etc.). 65 wurden gebüsst und bei einem Armeeangehörigen mussten die Akten infolge mehrfachen Schiessversäumnisses an das Obergericht geschickt werden. Es hat keine Umwandlung einer Schiessbusse in Arrest stattgefunden.

Die verhängten Disziplinarstrafen der Armeeangehörigen, welche während des jährlichen Ausbildungsdienstes der Armee straffällig wurden und durch den Wohnortkanton vollzogen werden mussten, haben im Berichtsjahr auf 9 (Vorjahr: 15) abgenommen.

Wehrpflichtersatz

Im Ersatzjahr 2012/Kalenderjahr 2013 wurden total 1075 Ersatzpflichtige veranlagt; davon waren 781 Dienstuntaugliche und 294 Dienstverschieber. Von den 1'075 eröffneten Veranlagungen mussten 183 Mahnungen ausgestellt werden. Insgesamt wurden 38 Betreibungen eingeleitet. Im Kalenderjahr 2013 haben 109 AdA und Zivildienstleistende die Gesamtdienstleistung erfüllt und somit auch Anspruch auf eine Rückerstattung der verschobenen Dienste.

Zeughaus und Waffenplatz

Logistik / Vorortlager SWISSINT

Die Kundenfrequenz (Kundenkontakte von AdA für Beratung, Anprobe, Abgabe, Rücknahme, Verkauf, Tausch usw.) von persönlichem Armeematerial ist etwas höher ausgefallen. Das Vorortlager (Übergabe/Rücknahme Korpsmaterial, Bestandesführung, Instandhaltung usw.) hatte neben den laufenden Tagesgeschäften zusätzlich 13 Stabskurse materiell bedient. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Nidwalden und der Armee (VBS) verlief problemlos.

Infrastruktur

Die Neubauarbeiten für das Kompetenzzentrum SWISSINT (Anpassung der Ausbildungs- und Einsatzinfrastruktur SWISSINT) inkl. Umgebungsarbeiten sind abgeschlossen. Die gesamten Infrastrukturen auf dem Waffenplatz Wil b/Stans sind sehr gut ausgelastet. Der Schiess- und Ausbildungsplatz Gnappiried wurde wiederum intensiv benutzt.

Kombinierte Schutzanlage Ob- und Nidwalden / AC-Labor

Die kombinierte Schutzanlage Ob- und Nidwalden wurde durch das Waffenplatzpersonal gewartet. Der Gesamtaufwand für Unterhalt, Energie und Betrieb belief sich auf CHF 82'812.15, der Anteil für den Kanton Nidwalden CHF 25'048.65.

Abteilung Zivilschutz

In diversen Dienstleistungen wurden die Zivilschutzformationen geschult und weiterentwickelt. Wiederholungskurse und spezielle Einsätze wie für den Sportanlass GIGATHLON von Swiss Olympic trugen dazu bei, dass primär die Kader der Organisation im Bereich der Führung gefordert und gefördert wurden. Die Infrastruktur im Zentrum Bevölkerungsschutz hat sich bei diversen Aus- und Weiterbildungskursen sehr bewährt. Sie erlaubt es, die Formationen der Zivilschutzorganisation unter realen Bedingungen zu schulen und bestmöglich auf allfällige Ernstfalleinsätze vorzubereiten.

Ausbildung

In den Grund-, Kader-, Weiterbildungs- sowie Wiederholungskursen wurden in kantonaler wie in interkantonaler Zusammenarbeit die Qualität und damit die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisation Nidwalden geschult. Insgesamt absolvierten im vergangenen Jahr 31 neue Angehörige des Zivilschutzes ihre Grundausbildung, zum ersten Mal auch als Material-, Anlagewart sowie Koch. 12 Zivilschutzangehörige absolvierten eine Kaderausbildung und übernahmen eine dementsprechende Funktion innerhalb der Milizorganisation. Die Angehörigen der Zivilschutzorganisation Nidwalden leisteten total 3'261 Dienstage.

Kurse

Die Zivilschutzkompanie Stanserhorn führte ihren Wiederholungskurs im normalen Rahmen zwischen dem 24. und dem 28. Juni im eigenen Kanton durch und erledigte dabei während 465 Manntagen vorwiegend Aufträge zu Gunsten der Nidwaldner Gemeinden. Die Zivilschutzkompanie Buochserhorn absolvierte ihren WK turnusgemäss ausserhalb unseres Kantons, nämlich im bündnerischen Calancatal. Die Stabskompanie des Zivilschutzbataillons absolvierte ihren Wiederholungskurs zu Gunsten von Swiss Olympic anlässlich des GIGATHLON im Raum Ennetbürgen. Die Pioniere der Pikettzüge erlernten während zwei Tagen den Umgang mit Lawinen und das Verhalten bei diesbezüglichen Ereignissen und Unfällen.

Rekrutierung

Im Berichtsjahr wurden 31 Nidwaldner anlässlich der zweitägigen militärischen Rekrutierung in Windisch für den Zivilschutz ausgehoben. Diese werden im 2014 die zweiwöchige Grundausbildung absolvieren.

Sonderdienstleistungen

Auch in diesem Jahr standen mehrere Betreuer des Zivilschutzes im einwöchigen Sommer- und Winterlager des Vereins Insieme Nidwalden im Einsatz.

Am sportlichen Grossanlass GIGATHLON 2013 von Swiss Olympic leisteten 224 Angehörige der Zivilschutzorganisation in neunzehn verschiedenen Detachementen während 2 bis 8 Tagen gesamthaft 605 Dienstage. Sie übernahmen dabei hauptsächlich Arbeiten im Bereich Auf- und Abbau der Infrastruktur.

Einsätze

Dallenwil-Wiesenbergstrasse: Vom 7. Januar bis 8. Februar standen in insgesamt 5 Detachementen total 17 Pioniere der ZSO NW für die Gemeinde Dallenwil im Einsatz. Der Auftrag beinhaltete einerseits die Überwachung des Rutschgebietes sowie die temporäre Verkehrsreglung auf der teilweise abgerutschten Strasse im Schadengebiet.

Beckenried-Bodenberg: Mit 51 Diensttagen zu Gunsten der Gemeinde Beckenried standen vom 21. Mai bis 14. Juni in total 4 Detachementen täglich eine Gruppe Pioniere im Einsatz. Dabei ging es darum, im Schadengebiet des Hangrutsches am Bodenbergs Schäden zu beheben und Strassenabschnitte sowie Entwässerungssysteme zu reparieren.

10 Jahre ZSO Nidwalden

Seit 2003 ist der Zivilschutz im Kanton Nidwalden auf Kantonsebene organisiert. Im Beisein von Vertretern des Kantons, der Gemeinden, der Partnerorganisationen sowie der Nachbarkantone und weiteren Gästen wurde am 7. September im Zentrum Bevölkerungsschutz das 10-jährige Bestehen der ZSO Nidwalden gefeiert. Als Geschenk erhielt jede Gemeinde eine Sitzbank aus Holz.

Notorganisation / Kantonaler Führungsstab

Notorganisation

Alarmierung der Bevölkerung

Am 6. Februar wurde das kantonale Sirennetz (40 stationäre und 18 mobile Sirenen) erfolgreich getestet.

Polyalert

Aufgrund des Marktrückzuges des INFRANET durch die Swisscom AG war die bisherige SMT-Anlage (Selektive Mobilisation per Telefon) der Kantone Ob- und Nidwalden nur noch bis Ende Jahr in Betrieb. Das Nachfolge-System POLYALERT konnte im Herbst parallel aufgeschaltet werden. Alle 40 Sirenenanlagen wurden an das neue System angepasst und können inskünftig über Funk ausgelöst werden. Die Kosten werden vom Bund übernommen. Die ersten Tests sind positiv verlaufen.

Sonderstab Naturgefahren

Nach langanhaltenden Niederschlägen standen zwischen Freitagabend (30. Mai) und Sonntagmorgen (1. Juni) neben beinahe sämtlichen Feuerwehren und diversen Gemeindeführungsstäben auch der Sonderstab Naturgefahren des Kantonalen Führungsstabes im Einsatz. Glücklicherweise ist der Kanton bis auf kleinere Überschwemmungen und Hangrutschungen verschont geblieben.

Zudem erfolgten weitere 22 Warnungen (Stufe 3 oder 4) der Nationalen Alarmzentrale durch die Einsatzzentrale der Kantonspolizei. In 17 Fällen wurde die Lage mittels eines Konferenzgespräches beurteilt.

Notfallplanungen

Bereits stehen über 20 Notfallplanungen im Bereich Naturereignisse als Grundlage für den Ernstfall sowie für Ausbildungszwecke für die kommunalen Führungsstäbe und den kantonalen Führungsstab zur Verfügung. Zudem konnte im Berichtsjahr die Notfallplanung im C-Bereich abgeschlossen werden. Weitere Notfallplanungen im Bereich zivilisationsbedingte Ereignisse (gemäss Risikokataster) sind in Arbeit.

Kantonaler Führungsstab

Ausbildung / Übungen

Der engere Führungsstab bearbeitete an 2 Rapporten die laufenden Projekte. Mit den Stabschefs der Gemeindeführungsstäbe wurden 2 Arbeitsrapporte durchgeführt um die anstehenden Aufgaben zu koordinieren.

Die Gemeindeführungsstäbe von Beckenried, Stans und Stansstad haben zusammen mit Teilen des Kantonalen Führungsstabes eine eintägige Stabsübung unter dem Namen «Emergenza» absolviert. Bei diesen Stabsübungen wurde basierend auf der jeweiligen kommunalen Notfallplanung ein Krisenereignis simuliert. Dieses galt es möglichst optimal zu bewältigen. Die gleiche Stabsübung wird in den kommenden zwei Jahren mit den anderen Gemeinden weitergeführt.

Koordinierter Sanitätsdienst

Die Mitglieder des Koordinierten Sanitätsdienstes wurden im Rahmen der Einsatzübung PRIMO vom 27. Juni weiter geschult. Am 26. Oktober wurden die Mitglieder über das neue Alarmsystem MoKoS alarmiert. Bei dieser Alarmübung ging es vor allem darum, die Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst Nidwalden zu überprüfen. Die Mitglieder der mobilen Sanitätshilfsstelle Nidwalden (Ärzte, Fachpersonal und Samariter) wurden zusätzlich weitergebildet.

Care-Organisation

Die Care-Organisation Nidwalden/Engelberg wurde zu 12 Ernstfalleinsätzen in den Gemeinden Engelberg (4), Wolfenschiessen (2), Dallenwil (2), Beckenried (1) und Stans (2) gerufen. Dabei wurden Betreuungsaufgaben nach natürlichen Todesfällen (3), tödlichen Verkehrsunfällen (3), aussergewöhnlichen Todesfällen/Suizid (4) und Unfällen mit Schwerverletzten (2) wahrgenommen. Die Mitglieder nahmen zudem an verschiedenen Weiterbildungen teil.

ABC-Schutzdienst

Schwerpunkte waren die regionale Zusammenarbeit in der Zentralschweiz, die Ausarbeitung des Referenz-Notfallplans Chemieunfall sowie die Ausbildung im ABC-Bereich.

Baulicher Zivilschutz

Im Rahmen des Projektes «Haushaltgleichgewicht» wurde entschieden, dass künftig auf die externe bauliche Unterstützung beim Zivilschutz zu verzichten sei. Damit wurde anstelle der externen Sachbearbeitung für den baulichen Zivilschutz im Kanton Nidwalden eine Vollzeitstelle beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz geschaffen. Diese neue Stelle ist nun seit dem 1. Juli besetzt.

Auskünfte

Begleitend zu den eingereichten Baugesuchen wurden 55 schriftliche Stellungnahmen sowie etliche telefonische und mündliche Auskünfte erteilt.

Schutzraumbauten

Für jeden Einwohner und jede Einwohnerin ist in zeitgerecht erreichbarer Nähe des Wohnortes ein Schutzplatz bereitzustellen. Diesem Grundsatz wird durch die rege Bautätigkeit Rechnung getragen. Die Schutzplatzpflicht wird einerseits durch das Erstellen eines Schutzraumes oder mit der Bezahlung einer Ersatzabgabe geregelt. Die so erhobenen Ersatzbeiträge dienen in erster Linie zur Finanzierung der öffentlichen Schutzräume in den Gemeinden und zur Erneuerung privater Schutzräume.

16 neue Schutzraumprojekte mit 600 Schutzplätzen wurden verfügt. Dabei konnten in einem gegenseitigen Einvernehmen mit den Bauherrschaften 129 Schutzplätze über die Schutzraumbaupflicht hinaus erstellt werden. Im Weiteren wurden 12 Objekte einer Vorprüfung unterzogen und 64 Bauvorhaben sind auf eine Befreiung bzw. auf eine Ersatzbeitragsleistung geprüft worden.

Periodische Schutzraumkontrolle (PSK)

Die periodische Kontrolle gibt einen Überblick über den Zustand der privaten und öffentlichen Schutzräume. Sie bildet die Grundlage der Schutzplatzsteuerung in den Gemeinden. Im ganzen Kanton wurde die Kontrolle per Ende Jahr abgeschlossen. Einzelne noch mit Mängeln behaftete Schutzräume müssen nochmals überprüft werden.

**Zuweisungsplanung ZUPLA und Schutzraumbau-
steuerung**

Gemäss Zivilschutzgesetzgebung ist der Schutzraumbau über eine Steuerungsplanung zu vollziehen. Als Grundlage dienen die periodische Schutzraumkontrolle und die Zuweisungsplanung, welche laufend bearbeitet werden.

Schutzanlagen in den Gemeinden

Die 14 Schutzanlagen wurden im Rahmen der Quartalswartungen unterhalten und geprüft. Die Anlagen sind in einem guten allgemeinen Zustand. Einige Sanierungs- und Ausbauprojekte sind in Planung und dienen der Werterhaltung. Die grösste Herausforderung bildet die Erneuerung der geschützten Sanitätsstelle «Grossmatt» in Hergiswil. Diese Arbeiten werden einen grösseren Zeitbedarf beanspruchen und voraussichtlich im Jahr 2015 fertig erstellt sein.

Erweiterungen Telematiksysteme

In den Zivilschutzanlagen von Dallenwil, Emmetten, Ennetbürgen, Ennetmoos und Wolfenschiessen wurde die Erweiterung der Telematiksysteme in Zusammenarbeit mit dem BABS fertig erstellt.

2.3.3.6 Feuerwehrinspektorat**Ereignisbewältigung**

In 435 Ernstfällen leisteten die 993 Angehörige der Nidwaldner Feuerwehren (AdF) gesamthaft 8'768 Einsatzstunden. Damit darf das vergangene Jahr für die Nidwaldner Feuerwehren als eher ruhig bezeichnet werden. Der Pikettdienst des Feuerwehrinspektorats unterstützte dabei die Einsatzkräfte bei der Einsatzbewältigung und leitete erste Massnahmen zur Schadenregulierung ein.

Alarmierung

Das neue Alarmierungssystem MoKoS (Modulares Kommunikations-System) hat sich sehr bewährt. In den letzten anderthalb Jahren konnten durchwegs positive Erfahrungen gemacht werden. Ab Eingang einer Ereignismeldung bis zur Alarmierung der zuständigen Feuer-

wehr konnte wertvolle Zeit gewonnen werden. Durch Einführung von Alarmstufen konnten auch die geforderten Einsatzzeiten eingehalten werden. Je nach Art und Grösse des Ereignisses werden Nachbarorganisationen und weitere Mittel der Stützpunktfeuerwehr zeitgleich alarmiert. Dieses offensive Vorgehen wirkt sich auf eine schnelle Ereignisbewältigung positiv aus.

Ausbildung

Die kantonale Aus- und Weiterbildung wurde wiederum in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Obwalden durchgeführt. An 17 kantonalen Kursen wurden 633 Feuerwehrangehörige aus- und weitergebildet. Wenn man die 600 kantonalen Ausbildungstage auf die rund 1'000 AdF umrechnet, resultiert eine durchschnittliche Kursdauer pro AdF von 0.61 Kurstagen. Für diese Ausbildung haben die Gemeinden gesamthaft CHF 182'550 in Form von Tagesentschädigungen aufgewendet.

Weitere Kosten wie Besoldung der Feuerwehrinstrukto- ren, Material und Verpflegung sowie die Benutzung von Übungsanlagen im Wert von CHF 229'857 gingen zulasten der Nidwaldner Sachversicherung.

Feuerwehrinstrukto- ren

Die 13 nebenamtlichen Feuerwehrinstrukto- ren haben sich an 200 Ausbildungstagen als Ausbildner zur Verfügung gestellt. Dies erfolgte wiederum ausserhalb ihrer beruflichen Tätigkeit und zulasten ihrer Freizeit. Die Feuerwehrinstrukto- ren sind Feuerwehroffiziere, die für ihre Ausbildungstätigkeit nach den Vorgaben der Feuerwehrkoordination Schweiz aus- und weitergebildet werden. Als höhere Kadermitglieder der Nidwaldner Feuerweh- ren sind sie Garant für eine praxis- und ernstfallbezogene Ausbildung. Dank diesem Hintergrund kann in der zur Verfügung stehenden Ausbildungszeit das Optimum erzielt werden.

Inspektionen

In den 11 Gemeindefeuerwehren sowie der Betriebsfeu- erwehr der Pilatus Flugzeugwerke AG wurden Inspektio- nen durchgeführt. Diese erfolgten in Form eines ange- meldeten oder unangemeldeten Übungsbesuchs oder

einer durch das Feuerwehrintspektorat angesetzten Alarm-Einsatzübung. Die Einsatzbereitschaft ist in allen Feuerwehren sichergestellt und der Ausbildungsstand kann als gut bis sehr gut bezeichnet werden.

Feuerwehrkonzept Nidwalden

Mit über 80 % Ja-Stimmen hat sich die Bevölkerung von Buochs und Ennetbürgen für eine gemeinsame Feuer- wehr ausgesprochen. Mit etwas weniger Ja-Stimmen wurde auch dem Antrag für ein gemeinsames Feuer- wehrgebäude an der Flurhofstrasse in Buochs zuge- stimmt. Für die weitere Umsetzung des Feuerwehrkon- zepts Nidwalden stimmt dieses Abstimmungsergebnis zuversichtlich. Diesem Entscheid ist eine jahrelange Pro- jektarbeit vorangegangen, die vom Feuerwehrintspekto- rat eng begleitet wurde.

An die Erstellungskosten des neuen Feuerwehrgebäudes von CHF 3.9 Mio. leistet die Nidwaldner Sachversicherung einen Subventionsbeitrag von CHF 1.17 Mio.

Auch die Bevölkerung von Ennetmoos hat sich für ein neues, zentraler gelegenes Feuerwehrgebäude ausge- sprochen. Durch einen Neubau im Gebiet Eimatt kann eine Verbesserung der Einsatzzeiten erzielt werden. Das Raumkonzept für das neue Feuerwehrgebäude wurde nach den Vorgaben des Feuerwehrintspektorats ausgear- beitet. An diese Entstehungskosten von rund CHF 2.172 Mio. leistet die NSV einen Subventionsbeitrag von CHF 456'208.

Seit Jahrzehnten besteht zwischen den Gemeinden Em- metten und Seelisberg für das auf Nidwaldner Boden liegende Siedlungsgebiet Steckenmatt eine Leistungsver- einbarung. Zusammen mit den Feuerwehrintspektoraten Uri und Nidwalden haben die politischen Vertreter bei- der Gemeinden diese Leistungsvereinbarung überarbei- tet und den heutigen Gegebenheiten angepasst. Neben einer gemeinsamen Ereignisbewältigung sollen auch grössere Anschaffungen inskünftig koordiniert und ge- meinsam getätigt werden.

Anpassungen der kommunalen Feuerschutzreglemente

Mit der Teilrevision der Feuerschutzgesetzgebung konn- te im Wesentlichen eine längere Dienstpflicht, die Erhö-

hung der Ersatzabgabe sowie eine zeitgemässe Besoldung für die AdF erzielt werden. In der Folge müssen auch die kommunalen Feuerschutzreglemente den neuen Gegebenheiten angepasst werden. In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Rechtsdienst hat das Feuerwehrinspektorat eine Vorlage ausgearbeitet und den Gemeinden als Grundlage zur Verfügung gestellt. Die Gemeinden Beckenried, Dallenwil, Oberdorf und Wolfenschiessen haben ihre Feuerschutzreglemente anlässlich ihrer Herbstversammlungen verabschiedet. Bei den restlichen Gemeinden ist dieser Schritt noch ausstehend.

Fahrzeuge, Material und Ausrüstung

Damit die Feuerwehr ihren Auftrag erfüllen kann, benötigt sie eine zweckmässige Ausrüstung, notwendiges Einsatzmaterial und entsprechende Fahrzeuge. An die im vergangenen Jahr getätigten Materialbeschaffungen richtete die NSV CHF 98'603 in Form von Subventionsbeiträgen aus. Die Gemeinden Ennetmoos und Stansstad konnten je ein neues Material- und Mannschaftsfahrzeug und die Gemeinde Hergiswil eine neue Motorspritze anschaffen. Auch an diese Anschaffungen richtete die NSV Subventionsbeiträge von CHF 61'415.

Löschwasserversorgungen

Die Löschwasserversorgung konnte insbesondere bei abgelegenen Objekten verbessert werden. Unter anderem wurde beim Restaurant Alpgeschwänd in Hergiswil sowie auf der Unter Alp in Wolfenschiessen ein grösseres Lösch-

wasservolumen geschaffen. Dazu leistete die NSV Subventionsbeiträge von CHF 39'445. In verschiedenen Gemeinden wurde das Hydrantennetz ausgebaut und zusätzliche Löschposten erstellt.

Einsatzpläne

Einsatzpläne sind wichtige Grundlagen, die massgeblich zu einer erfolgreichen Ereignisbewältigung beitragen. Die Einsatzpläne für die Feuerwehren werden seit einigen Jahren auf einer speziellen Software erstellt. Dank einer Serverlösung und georeferenzierten Plangrundlagen können wichtige Informationen erfasst und auch schnell aktualisiert werden. Bei der Erstellung und Überarbeitung der Einsatzpläne wurden die Feuerwehren durch das Feuerwehrinspektorat unterstützt.

Stützpunktfeuerwehr

Die Stützpunktfeuerwehr Stans unterstützt die Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren mit speziellen Gerätschaften und schweren Mitteln. Im Weiteren ist sie zuständig für die Bereiche der Nationalstrasse, auf dem Schienennetz der Zentralbahn sowie ausserhalb der Arbeitszeiten als Flugunfallpikett auf dem Flugplatz der Airport Buochs AG. Trägerin der Stützpunktfeuerwehr ist die NSV. Zusammen mit der Gemeinde Stans wurde eine neue Leistungsvereinbarung ausgearbeitet. Im vergangenen Herbst konnte der Stützpunktfeuerwehr eine neue Autodrehleiter im Wert von CHF 832'205 übergeben werden.

2.3.4 Vernehmlassungen an den Bund

Justiz- und Sicherheitsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Zweite allgemeine Überprüfung der Schweiz vor dem Menschenrechtsrat. Stellungnahme zuhanden der Konferenz der Kantonsregierungen	Nr. 31 vom 22. Januar 2013	Zustimmung
Konsultation der Konferenz der Kantonsregierungen zum Verhandlungsmandat zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien	Nr. 32 vom 22. Januar 2013	Verzicht auf Stellungnahme
Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes: Gemeinsame Vernehmlassung an die Konferenz der Kantonsregierungen	Nr. 61 vom 29. Januar 2013	Beantwortung
Genehmigung des Entwurfs der gemeinsamen Stellungnahme der Kantone	Nr. 142 vom 05. März 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Anmerkungen zum Anhörungsverfahren und den Vernehmlassungsfristen
Änderung des Bundesgesetzes über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregistergesetz, StReG)	Nr. 62 vom 29. Januar 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Verbesserung bezüglich der Identifikation
Verordnung über die Eidgenössische Fachkommission zur Beurteilung der Behandelbarkeit lebenslänglich verwahrter Straftäter	Nr. 63 vom 29. Januar 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Anmerkungen zu zwei Artikeln
Teilrevision des Bundesgesetzes über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsgesetz)	Nr. 141 vom 5. März 2013	Zustimmung
Konferenz der Kantonsregierungen KdK. Konsultation zur Verlängerung der Ventilklausel gegenüber der EU-8 sowie Anrufung der Ventilklausel gegenüber den EU-17 im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens	Nr. 162 vom 12. März 2013	Zustimmung zur Variante g)
Änderung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV)	Nr. 184 vom 20. März 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Beantwortung Fragebogen
Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Öffentliche Beurkundung)	Nr. 185 vom 20. März 2013	Ablehnung zu Punkten der Freizügigkeit der Urkunden sowie der elektronischen Unterschrift
Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	Nr. 210 vom 26. März 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Schaffung einer neuen Strafnorm wird jedoch abgelehnt. Skepsis gegenüber Registern und Datenbanken
Teilrevision des Zollgesetzes vom 18. März 2005	Nr. 211 vom 26. März 2013	Verzicht auf materielle Stellungnahme infolge geringe direkte Betroffenheit
Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel (Verordnung gegen Menschenhandel)	Nr. 289 vom 30. April 2013	Zustimmung
Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie Bundesbeschluss zur Genehmigung der Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Erlangung von Beweisen und Auskünften in Verwaltungssachen im Ausland	Nr. 365 vom 28. Mai 2013	Ablehnung
Teilrevision des Ausländergesetzes. Botschaft des Bundesrates	Nr. 380 vom 4. Juni 2013	Änderungsanträge; Beantwortung Fragebogen
Totalrevision der Verordnung des Bundesrates über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten	Nr. 381 vom 4. Juni 2013	Zustimmung; Anmerkungen zu einzelnen Bestimmungen
Erweiterte Sorgfaltspflichten zur Verhinderung der Annahme unversteuerten Gelder; Änderung des Geldwäschereigesetzes	Nr. 398 vom 11. Juni 2013	Ablehnung
Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière (GAFI)	Nr. 399 vom 11. Juni 2013	Ablehnung
Bundesgesetz über den zivilen Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG)	Nr. 435 vom 25. Juni 2013	Zustimmung
Vorentwurf zur Totalrevision des Ordnungsbussengesetzes (Umsetzung der Motion Frick 10.3747. Erweiterung des Ordnungsbussensystems zur Entlastung der Strafbehörden und der Bürgerinnen und Bürger)	Nr. 436 vom 25. Juni 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Anmerkungen zu einzelnen Bestimmungen
Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht-Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) und der Bundesverfassung (BV)	Nr. 437 vom 25. Juni 2013	Ablehnung

Justiz- und Sicherheitsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Teilrevision der eidgenössischen Jagdverordnung	Nr. 438 vom 25. Juni 2013	Zustimmung; Änderungsanträge zu einzelnen Bestimmungen
Projekt «Nationale Helpline Häusliche Gewalt (NHHG)»	Nr. 439 vom 25. Juni 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Verordnung über die Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE)	Nr. 440 vom 25. Juni 2013	Zustimmung
Revision der Binnenschiffverkehrsverordnung	Nr. 441 vom 25. Juni 2013	Zustimmung; Anmerkung zu Über- gangsbestimmungen
Umsetzung der im zweiten «Via Sicura»-Paket enthaltenen Massnahmen	Nr. 496 vom 9. Juli 2013	Beantwortung Fragebogen
OECD-Länderexamen Korruption Phase 3 der Schweiz, Follow-up der Empfehlungen zu äussern	Nr. 498 vom 9. Juli 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Parlamentarische Initiative Lombardi 11.446 s. Für ein Ausland- schweizergesetz	Nr. 545 vom 20. August 2013	Zustimmung
Vorentwurf zum Bundesgesetz über Verbesserungen beim Informations- austausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen	Nr. 575 vom 27. August 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Änderungsanträge
Revision des Korruptionsstrafrechts	Nr. 590 vom 3. September 2013	Zustimmung
Bundesgesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (SRVG)	Nr. 617 vom 10. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Verzicht auf ausführliche Stellungnahme, das die Schweiz nur wenig davon betroffen ist
Anpassung Ausweisrecht	Nr. 618 vom 10. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Änderung hat für NW keine wesentli- che Auswirkungen
Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (Umsetzung des Armeeberichts 2010)	Nr. 695 vom 15. Oktober 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Feststellungen zu den einzelnen Vor- lagepunkten
Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 10. und 11. Juni 2010 betreffend das Verbrechen der Aggression und Kriegsverbrechen	Nr. 696 vom 15. Oktober 2013	Zustimmung
Teilrevision der eidgenössischen Waffenverordnung	Nr. 697 vom 15. Oktober 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Ände- rungsvorschläge
Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien	Nr. 741 vom 29. Oktober 2013	Zustimmung
Übernahme und Umsetzung der Verordnungen (EU) Nr. 604/2013 (Dublin III-Verordnung) und (EU) Nr. 603/2013 (Eurodac-Verordnung) (Weiter- entwicklungen des Dublin/Eurodac-Besitzstands)	Nr. 762 vom 5. November 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Begrüssung zur Ausweitung der Dublin- Haft
Revision der Schiffbauverordnung und der Ausführungsbestimmungen	Nr. 763 vom 5. November 2013	Kenntnisnahme, Verzicht auf inhaltliche Stellungnahme
Verhandlungen über die Revision des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU	Nr. 811 vom 19. November 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Leitlinien des Verhandlungsmandats des Bundesrates zu den institutionel- len Fragen Schweiz-EU (zweite Lesung)	Nr. 829 vom 26. November 2013	Zustimmung
Europapolitik: Vorschläge der Arbeitsgruppe EuRefKa im Bereich innere Reformen	Nr. 849 vom 3. Dezember 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Militärstraßprozess. Ausdehnung der Rechte der Geschädigten	Nr. 867 vom 10. Dezember 2013	Grundsätzliche Zustimmung
Revision des Zivildienstgesetzes	Nr. 868 vom 10. Dezember 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Bedenken hinsichtlich des Einsatzes in der Schule
Revision der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (SDR) und der Signalisationsverordnung (SSV)	Nr. 909 vom 17. Dezember 2013	Zustimmung



2.4 Bildungsdirektion

2.4.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Zuständigkeit der Bildungsdirektion umfasst die Bereiche Erziehung, Bildung, Sport, Kulturpflege und Kulturförderung. Der Direktion sind damit das Amt für Berufsbildung und Mittelschule mit der kantonalen Mittelschule, der kantonalen Berufsfachschule, der Lehraufsicht und der Berufs- und Studienberatung, das Amt für Volksschulen und Sport mit dem Schulpsychologischen Dienst und dem Zentrum für Sonderpädagogik sowie das Amt für Kultur mit dem Nidwaldner Museum, der Kantonsbibliothek, der Denkmalpflege, der Kunst- und Kulturförderung und dem Kulturgüterschutz unterstellt. Für die Volksschule, welche in den 11 Schulgemeinden angesiedelt ist, übernimmt die Bildungsdirektion hauptsächlich Steuerungs-, Entwicklungs- und Koordinationsaufgaben.

Jahr in Zahlen

- 3'021 Schülerinnen und Schüler im Kindergarten und an der Primarschule
- 1'034 Schülerinnen und Schüler an der Orientierungsschule
- 489 Schülerinnen und Schüler an der Mittelschule
- 54 Lernende in einem Brückenangebot
- 770 Lernende in beruflicher Grundausbildung an der Berufsfachschule
- 1'152 Gesamtbestand an Lehrverhältnissen
- CHF 1'016'164 wurden für Stipendien ausbezahlt
- CHF 84'160 wurden an Darlehen ausbezahlt; CHF 109'669 wurden zurückerstattet
- CHF 254'325 flossen in die Kulturförderung
- 14'716 Besucherinnen und Besucher im Nidwaldner Museum

Personalbestand

Bildungsdirektion (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Direktionssekretariat	2.7	–	2.7	–
Amt für Volksschulen und Sport	31.7	–	31.9	–
Amt für Berufsbildung und Mittelschule	116.1	–	114.9	–
Amt für Kultur	9.9	–	9.5	–

2.4.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
3/a	Legislativziel Verstärkung der Steuerung im Bildungswesen, um das Qualitätsniveau der Bildung zu sichern und zu entwickeln	
	Jahresziel Das Qualitätskonzept für die Volksschulen wird überarbeitet	Ziel teilweise erreicht Das überarbeitete Q-Konzept wurde installiert und ab Schuljahr 2013/2014 umgesetzt. Die Initiierung der Koordinationsgruppe «Schulinterne Qualitätsevaluation» (KOG SIQE) wurde gemäss Fahrplan umgesetzt.
	Jahresziel MINT-Kompetenzen der Lehrpersonen an der Volksschule stärken	Ziel erreicht Die Bildungsdirektion setzt weiter auf die gemeinsame Weiterbildungsgenerierung im NORI-Verbund. Die Stärkung der MINT-Kompetenzen der Lehrpersonen wird im Weiterbildungsrahmen akzentuiert.
	Jahresziel Kaufm. Grundbildung an Bedürfnisse der Wirtschaft anpassen	Ziel teilweise erreicht Der Einführungszyklus des reformierten Berufes läuft noch bis zur Durchführung der ersten Qualifikationsverfahren Mitte 2015. Die Zwischenziele «Koordination Schulorganisation-üK-Organisation», «Umsetzung der Promotionsordnung» und Einführung der Lernmodule «Vertiefen und Vernetzen» wurden erreicht.
	Jahresziel 3-er Schulleitung an der Mittelschule installieren	Ziel erreicht Das Führungskonzept liegt vor, die 3-er Schulleitung ist installiert.
	Jahresziel Konsolidierung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements an der Mittelschule	Ziel erreicht Im Rahmen des Qualitätsmanagements wurden die Mitarbeitergespräche institutionalisiert. Sie werden nun systematisch geführt.
3/b	Legislativziel Mindestens 95 % der Jugendlichen erreichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II	
	Jahresziel Schaffung von EBA-Lehrstellen	Ziel erreicht Im Kalenderjahr 2013 wurden 6 von insgesamt 29 neuen Bildungsbewilligungen für berufliche Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest ausgestellt (ca. 20 %).
	Jahresziel Begleitung von Jugendlichen mit Mehrfachproblematik bei der beruflichen Integration	Ziel erreicht Das Case Management Berufsbildung wurde nach Auflösung der Zusammenarbeit mit den Kantonen Luzern und Obwalden in die Abteilung Berufs- und Studienberatung integriert. Aktuell werden 8 Fälle, davon 6 Neuzugänge, bearbeitet.
3/c	Legislativziel Berufsnachwuchs für die Nidwaldner Wirtschaft stärken	
	Jahresziel Image der Berufsbildung stärken	Ziel erreicht In Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband wurde unter dem Dachprojekt «DemoChange» das Projekt «Ausbildung im Gewerbe – Attraktive Lehrstellen» lanciert. Auf Basis eines Workshops wurde der Handlungsbedarf eruiert und daraus drei Teilprojekte abgeleitet, die im Jahr 2014 umgesetzt werden sollen.
3/d	Legislativziel Stärkung des Lehrberufs in der Gesellschaft	
	Jahresziel Situation der Klassenlehrpersonen verbessern	Ziel erreicht Die Arbeitsgruppe «Arbeitsplatz Schule» wurde im Jahr 2013 sistiert. Der Neustart ist auf Januar 2014 geplant.
3/e	Legislativziel Unterstützung der sprachregionalen Harmonisierungsbestrebungen im Rahmen des Verfassungsauftrags	
	Jahresziel Alle bedeutenden Schulpartner im Kanton auf die durchzuführende Vernehmlassung zum Lehrplan 21 informieren	Ziel erreicht Eine öffentliche Informationsveranstaltung hat im Herbst stattgefunden und die Vernehmlassung wurde unter Einbezug der wichtigen Schulpartner bis Ende des Berichtsjahres durchgeführt.

Nr.	Ziel	Bericht
4/a	Legislaturziel Erhaltung, Entwicklung und Präsentation der Kulturgüter	
	Jahresziel Die Sammlung des Nidwaldner Museums ist auf dem neusten Stand und in gutem Zustand	Ziel teilweise erreicht Das Ziel konnte aus Ressourcengründen nur teilweise erreicht werden. Aufgearbeitet wurde der Bereich bildende Kunst der Sammlung mit dem Ziel, im Juli 2014 im historischen Winkelriedhaus eine neue Dauerausstellung der Kunstsammlung des Nidwaldner Museums einzurichten.
	Jahresziel Optimierung des Bibliotheksmagazins	Ziel erreicht Die Arbeiten zur Optimierung des Bibliotheksmagazins wurden erfolgreich weitergetrieben.
4/b	Legislaturziel Angebot und Bereitstellung von Medien zuhanden der Kantonsbevölkerung verbessern	
	Jahresziel Kommunikation zwischen den Nidwaldner Bibliotheken fördern	Ziel erreicht Die Kommunikation zwischen den Nidwaldner Bibliotheken wurde mit regelmässigen Treffen institutionalisiert. Die Kantonsbibliothek und die Schul- und Gemeindebibliothek Stans einigten sich zusammen mit der Kantonsbibliothek Obwalden auf eine gemeinsame neue Software. Die weiteren Gemeindebibliotheken können sich diesem Verbund zu guten Bedingungen anschliessen.

2.4.3 Tätigkeiten der Ämter

2.4.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat ist die Stabsstelle der Bildungsdirektion. In dieser Eigenschaft ist es zuständig für die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, der interkantonalen Konferenzen, für die Planung und Koordination innerhalb der Verwaltung sowie die Information innerhalb der Direktionen und nach aussen. Im Weiteren bearbeitet das Direktionssekretariat die Bereiche interkantonale Schulvereinbarungen und Ausbildungsbeiträge.

Gesetzesrevisionen

Neben den Aufgaben im Rahmen des Grundauftrags leitete das Direktionssekretariat die Revisionsarbeiten am Denkmalschutzgesetz. Nähere Ausführungen werden im Kapitel Denkmalpflege gemacht.

Aufgrund personeller Veränderungen im Amt für Volksschulen und Sport übernahm das Direktionssekretariat laufende Arbeiten in den Bereichen Französisch an der Primarschule sowie der Reorganisation der Schuleingangsstufe.

Bildungskommission

Die Bildungskommission traf sich zu drei ordentlichen Sitzungen und behandelte die Haupttraktanden Aufstockung der Stundentafeln an der Volksschule und Lehrplan 21.

Überregionale Zusammenarbeit

D-EDK. Ende Juni des Berichtsjahres gab die Plenarversammlung der D-EDK den Entwurf des Lehrplans 21 in eine öffentliche Konsultation. Die Frist wurde auf Ende Dezember angesetzt. Im Weiteren befasste sich die D-EDK mit

- Empfehlungen zur Stundentafel im Hinblick auf den Lehrplan 21
- der Organisation der Interkantonalen Lehrmittelzentrale
- Grundsätzen in der Zusammenarbeit in Sachen externe Schulevaluation
- der künftigen Ausrichtung der eigenen Konferenz

EDK. Anlässlich ihrer Herbsttagung 2013 wählte die Plenarversammlung der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren Regierungsrat Christoph Eymann (BS) zu ihrem neuen Präsidenten. Er löste die Freiburger Staatsrätin Isabelle Chassot ab. Folgende wichtigen Geschäfte standen im Berichtsjahr auf der Traktandenliste der EDK:

- die Verabschiedung der interkantonalen Vereinbarung im Hochschulbereich
- ein Konzept zur Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen an den Volksschulen
- der Aufbau fachdidaktischer Zentren im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerbildung
- der Fremdsprachenunterricht an der obligatorischen Schule

Öffentlichkeitsarbeit

In den drei Ausgaben des Nidwaldner Schulblatts wurde jeweils eines der folgenden Schwerpunktthemen erörtert:

- Qualitätsentwicklung
- Lehrplan 21
- Adoleszenz

2.4.3.2 Amt für Volksschulen und Sport

Das Amt für Volksschulen und Sport (AVS) bearbeitet die pädagogischen, didaktischen und organisatorischen Belange der Volksschule. Es koordiniert, fördert und begleitet die Entwicklung der Volksschule und ist insbesondere zuständig für die externe Qualitätssicherung, die fachliche Aufsicht über den Schulbetrieb und die Überwachung der Einhaltung der kantonalen Vorgaben. Zum Verantwortungsbereich des Amts zählen ferner die Beratung und Unterstützung der Schulen und der Schulbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, die Sicherstellung eines Beratungsangebotes für die Lehrpersonen sowie die Planung und Organisation der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung.

Schulorganisation

Nach der Auswertung der Vernehmlassung zur Erweiterung der Modelle im Schuleingangsbereich, dem Entscheid des Regierungsrats zum weiteren Vorgehen und der landrätlichen Zustimmung zu einer Motion, welche die Ermöglichung einer Grund- oder einer Basisstufe neben dem Kindergarten verlangt, hat die Bildungsdirektion eine entsprechende Gesetzesvorlage erarbeitet. Damit soll auch der seit über zehn Jahren laufende Schulversuch «Modell Grundstufe» in eine gesetzlich festgelegte Form überführt werden können.

Die Zukunft der Werkschule gab Anlass zu verschiedenen Diskussionen, da die Zahlen der Schülerinnen und Schüler mit der Möglichkeit zur Integration in die kooperative und integrierte Orientierungsschule weiter rückläufig sind. Damit ist die mittelfristige Aufrechterhaltung der regionalen Werkschulen Buochs und Stans in Frage gestellt. Deren Weiterführung bis Sommer 2014 ist allerdings garantiert.

Im Auftrag der Bildungsdirektion hat das AVS zwei Projekte an den Orientierungsschulen lanciert. Das Projekt «Energie» ermöglichte es den Schulen auf vielfältige Art und Weise die verschiedenen Energiequellen kennen zu lernen. Referate und Exkursionen zu einem Kernkraftwerk, zu einem Wasserkraftwerk und zu einer Photovoltaikanlage boten exemplarischen Unterricht vor Ort.

Das AVS hat die laufenden Geschäfte in fünf Konferenzen mit den Schulleitungen besprochen. Themen der Schulleiterkonferenz waren die Organisation des Unterrichts in Teams. Die Koordinationsgruppen 4–8, Mittelstufe und Orientierungsschule haben unter dem Vorsitz von Mitarbeitenden des Amts je vier- bzw. fünfmal getagt.

Zusammenarbeit mit den Schulbehörden

Die Schulpräsidentenkonferenz hat viermal getagt und folgende Geschäfte behandelt:

- Studentafel
- Aussprache SPK mit dem Vorstand des Lehrervereins
- Arbeitsplatz Schule
- Sonderpädagogik auf der Orientierungsschule
- Lehrplan 21
- Qualitätsmanagement an den Volksschulen: Anpassung des Konzeptes
- Lehrpersonalverordnung: Wiedereinführung von Lohnstufen
- Positionspapiere Frühfranzösisch und Eingangsstufe
- Löhne: Lohnfestsetzung 2014

Schulaufsicht und Schulevaluation

Die kantonale Schulaufsicht hat aufgrund der Jahresberichte der Schulen mit allen Schulleitungen der Gemeindegemeinschaften ein Standortgespräch geführt.

Gemäss dem Konzept Qualitätsentwicklung (2005) werden die Volksschulen Nidwalden seit neun Jahren systematisch und im Rahmen eines 4-Jahreszyklus evaluiert. Im Sommer 2012 endete der zweite Zyklus. Eine kantonale Arbeitsgruppe, in welcher die Schulpräsidenten, der Lehrerinnen- und Lehrerverein sowie die Schulleitungen vertreten waren, passte im Verlauf des Schuljahres 2012/13 das Konzept an. Es sieht vor, dass die kantonale Fachstelle für externe Schulevaluation die Schulen künftig in ihrer Qualitätsarbeit vermehrt unterstützt und berät. Eine kantonale Koordinationsgruppe Schulinterne Qualitätsentwicklung dient der entsprechenden Umsetzung. Die eigentlichen externen Schulevaluationen vor Ort werden reduziert und an ihre Stelle treten kantonale Fokusevaluationen, welche thematisch ausgerichtet sind. Die interkantonale Zusammenarbeit mit Obwalden und Uri (NORI) wurde weiterhin konsequent gepflegt. Zusätzliche Zusammenarbeit erfolgte mit der ARGEV (Interkantonale Arbeitsgemeinschaft Externe Evaluation von Schulen). Sie bildet eine Plattform für den fachlichen, regionalen Austausch und Kompetenzaufbau.

Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung

In enger Zusammenarbeit mit den Fachstellen von Obwalden und Uri hat die Fachstelle für Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung das NORI-Weiterbildungsprogramm 2012/13 für die Lehrpersonen im NORI-Verbund herausgegeben. Von den ca. 300 Weiterbildungskursen hat die Abteilung LWB Nidwalden 54 Kurse entwickelt und angeboten. Etwa die Hälfte der Kurse wurde von den drei PH-Weiterbildungsstandorten Luzern, Schwyz und Zug übernommen. Die restlichen ca. 100 Kurse wurden von den LWB-Fachstellen Obwalden und Uri angeboten.

Rund 950 Kursanmeldungen erfolgten aus Nidwalden. Die NORI-Kurse decken nicht ganz die Hälfte der Weiterbildungsaktivitäten der Lehrpersonen ab. Die andere Hälfte betrifft schulinterne Weiterbildung, Nachqualifikationen (vor allem im Fremdsprachenbereich) sowie

Weiterbildungsaktivitäten bei andern Anbieterinnen und Anbietern.

Im Interesse eines gesicherten Weiterbildungsangebots für die Lehrpersonen ist die Bildungsdirektion – in Anbetracht der definierten Auflösung des PHZ-Konkordats per 31. Juli 2013 – mit den Pädagogischen Hochschulen Luzern, Schwyz und Zug je eine Kooperationsvereinbarung für die Planung und Durchführung der Lehrerweiterbildung eingegangen.

Zentrum für Sonderpädagogik (ZSP)

Am 21. September 2013 fand mit allen Mitarbeitenden eine Standortbestimmung statt. In den Bereichen der Heilpädagogische Früherziehung, der Logopädie, der Psychomotoriktherapie und der Heilpädagogischen Schule (inklusive Integrierte Sonderschulung) wurde je eine SOFT-Analyse durchgeführt. Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken in der Erfüllung der Aufgabe wurden beschrieben. Die daraus entstandene Fragen und/oder Fazite unterstützen das ZSP in der Umsetzung des Konzeptes für Sonderpädagogik und dienen als Grundlage für die Bearbeitung von Themen für die nächsten vier bis fünf Jahre.

Heilpädagogische Früherziehung (HFE)

Die HFE ist seit fünf Jahren dem Zentrum für Sonderpädagogik angegliedert. In dieser Zeit wurde vieles aufgebaut, erarbeitet, vernetzt und evaluiert. Die Anzahl der Anmeldungen ist in den ersten drei Jahren stetig angestiegen und hat sich nun bei 30 bis 40 pro Jahr eingependelt. Die Gesamtzahl der Kinder betrug im Berichtsjahr 77 Kinder. Im Schulblatt Nr. 3/2013 hat die HFE ihre Aufgaben beschrieben.

Die Schnittstelle Heilpädagogische Früherziehung/Eingangsstufe wurde an einer gemeinsamen Veranstaltung im März mit den Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen der Gemeinden geklärt.

Die Logopädie im Frühbereich wird durch die Heilpädagogische Früherziehung organisiert, koordiniert und im Zentrum für Sonderpädagogik durchgeführt. Damit kann die örtliche Nähe für die fachlichen Ressourcen der Logopädin sowie der Fachpersonen der Heilpädagogischen Früherziehung genutzt werden.

Sonderschulung – Heilpädagogische Schule

In der Basis- und Mittelstufe der Heilpädagogischen Schule (HPS) wurden im Berichtsjahr sehr heterogene Gruppen verzeichnet. Die Schülerinnen und Schüler benötigten einen grossen Betreuungsaufwand. Insbesondere solche mit Autismus-Spektrum-Störungen forderten die Lehr- und Begleitpersonen stark.

Durch eine gezielte Förderdiagnostik konnten die Lernressourcen der Schülerinnen und Schüler an der Orientierungsschule (ORS) unterstützt werden. In der ORS-Berufsfindung wurden Schülerinnen und Schüler neben dem Unterricht mit Schnuppern auf ihre Berufswahl vorbereitet. Durch eine gute Vernetzung mit Betrieben aus der nahen Umgebung konnten erste Berufseinblicke ermöglicht werden.

Integrative Sonderschulung

In enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen konnten auf das Schuljahr 2013/2014 hin – trotz ausgetrocknetem Stellenmarkt – für alle Schülerinnen und Schüler mit Integrativer Sonderschulung (IS) Schulische Heilpädagoginnen und -pädagogen (SHP) gefunden werden.

Mit den SHP der IS wurde das bestehende Handbuch evaluiert und die wichtigsten Abläufe und Zuständigkeiten sind aktualisiert worden.

An der Kantonalen Schulleiterkonferenz im Dezember wurden die Erfahrungen in der IS analysiert. Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, um Kriterien für die integrative und separative Sonderschulung festzulegen sowie das Thema Schnittstellen/Übertritte zu bearbeiten.

Therapeutische Dienste – Logopädie und Psychomotoriktherapie

Die vorhandenen Berichts- und Anmeldeformulare wurden in eine einheitliche Form gebracht. Überdies wurde die Aktualisierung der bestehenden Handbücher der Therapeutischen Dienste sowie der Logopädie und der Psychomotoriktherapie in Angriff genommen.

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Der SPD hat im Berichtsjahr weiterhin das Ziel verfolgt, die bisherige schulhausnahe und systemische Schulpsychologie auszubauen und zu etablieren. Die beliebten Schulaussprechstunden für Lehrpersonen und andere schulische Fachpersonen sowie die sogenannten Fachteams wurden flächendeckend weitergeführt. Der frühe und niederschwellige Einbezug des SPD ermöglicht es, zu einem frühen Zeitpunkt präventiv zu handeln oder zu triagieren. Mit derselben Absicht wurde in Zusammenarbeit mit den kantonalen Fachstellen Jugend, Familie, Suchtberatung sowie Gesundheitsförderung und Integration den Schulen unter der Führung des SPD eine schulinterne Weiterbildung zum Thema «Früherkennung und Frühintervention» angeboten, welche in 10 von 11 Gemeinden durchgeführt wurde. Die Evaluation ergab durchwegs sehr positive Rückmeldungen und zeigte einen grossen Nutzen für die Praxis der Lehrpersonen auf. Weiterhin war der SPD an den Einschulungs-Elternabenden im ganzen Kanton präsent und stellte dort sein Angebot vor.

Im Rahmen der Parcours-Ausstellung «Mein Körper gehört mir!» der Fachstelle Kinderschutz Schweiz übernahm der SPD an den Elternabenden und der Informationsveranstaltung für die involvierten Lehrpersonen die Fachinformation zum Thema sexuelle Ausbeutung.

Im Übrigen führte der SPD im Rahmen seines Auftrags schul- und testpsychologische Abklärungen einzelner Kinder durch. Häufigste Anmeldegründe waren allgemeine Lernschwierigkeiten, Schullaufbahnberatungen und Verhaltensauffälligkeiten.

Als Entscheidungsgrundlage bei Sonderschulabklärungen dient dem SPD das Standardisierte Abklärungsverfahren (SAV), das von der EDK erarbeitet wurde. Mit diesem Instrument werden die Funktionsfähigkeit und der individuelle Bedarf eines Kindes ermittelt und Umfang und Hauptförderort der verstärkten Massnahmen bestimmt. Im Rahmen einer Versuchsphase konnte der SPD für die Abklärung das elektronische Instrument des Kantons Zürich nutzen.

Sport

Obligatorischer und freiwilliger Schulsport

Zur Förderung des Schulsports wurden folgende Massnahmen umgesetzt: Sicherstellung eines bedürfnisorientierten Lehrerweiterbildungsangebots im Fach Sport mit insgesamt zehn Kursen, Durchführung der obligatorischen Sportprüfung im 8. Schuljahr, Organisation des kantonalen Polysportlagers in Tenero sowie Gewährleistung eines breiten Angebots an freiwilligen Schulsportanlässen mit mittlerweile sechs kantonalen Schulsporttagen für die ORS und vier Sportwettkämpfen für die Primarstufe. Die Angebote wurden sehr rege genutzt und die Teilnehmerzahl erhöhte auf 2'600 Schülerinnen und Schüler.

Projekt Purzelbaum

Seit August 2013 wird unter der Leitung der Abteilung Sport das Projekt Purzelbaum «für vielfältige und häufige Bewegung sowie ausgewogene Zwischenverpflegung im Kindergarten» umgesetzt. Die 19 Kindergarten- und Grundstufenlehrerinnen aus Nidwalden bilden sich über zwei Jahre in drei Weiterbildungen und acht Austauschtreffen zielgerichtet weiter.

Neues Sportförderungsgesetz des Bundes

Die Umsetzung des seit Oktober 2012 geltenden neuen Sportförderungsgesetzes verlief reibungslos. Alle Partner (J+S-Vereine, Schulen) wurden kompetent und zeitgerecht informiert und unterstützt.

Sportfonds

Innerhalb der Kostenstelle «Sportförderung» profitierten 51 talentierte Nidwaldner Athletinnen und Athleten von einer individuellen finanziellen Unterstützung im Gesamtbetrag von 65'500 Franken und der Verein Begabtenförderung Ski Alpin in Hergiswil erhielt für den Betrieb der Sportklasse einen Beitrag von 40'000 Franken.

Swiss Olympic Gigathlon 2013

Vom 9. bis 11. Juli machte der Swiss Olympic Gigathlon Halt in Nidwalden. Während dieser Tage war Ennetbürgen das Zentrum für die rund 5'000 Ausdauersportlerin-

nen und -sportler. Der Kanton Nidwalden sicherte für die Finanzierung des Swiss Olympic Gigathlons einen Maximalbetrag von 120'000 Franken aus den Lotterie- und den allgemeinen Staatsmitteln zu. Im Rahmen ihres Auftrags arbeiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung im lokalen Organisationskomitee und übernahmen die Leitung diverser Ressorts. Auch die Kantonspolizei und der Zivilschutz Nidwalden stellten ihre Leistungen unentgeltlich zur Verfügung. Der Anlass verlief – auch gemäss zahlreicher positiver Rückmeldungen von verschiedener Seite – äusserst erfolgreich.

2.4.3.3 Amt für Berufsbildung und Mittelschule

Das Amt für Berufsbildung und Mittelschule (ABM) ist zuständig für alle Fragen der beruflichen und der allgemeinen Grundbildung auf der Sekundarstufe II sowie der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung. Es vollzieht die Berufsbildungs- und die Mittelschulgesetzgebung und vertritt den Kanton in regionalen und nationalen Gremien. Ausserdem sorgt es für die Koordination der Erwachsenen- und Weiterbildung und die allgemeine Information über die Bildungsangebote sowie für die individuelle Beratung bei Vorbereitung, Wahl und Gestaltung der beruflichen Laufbahn.

Lehraufsicht

Im Berichtsjahr wurden 29 neue Bildungsbewilligungen erteilt, wovon 20 an neue Lehrbetriebe gingen. Während sich der Lehrstellenmarkt nachfrageseitig äusserst entspannt zeigte, konnten auf der Angebotsseite bis im Sommer 77 offen gemeldete Lehrstellen nicht besetzt werden. Betroffen vom Mangel an Lernenden waren in erster Linie Berufe im Bau-, im Bauneben- und im Gastgewerbe. Zunehmend bekunden aber auch Branchen, die bisher als attraktiv galten, Schwierigkeiten ihre Lehrstellen zu besetzen.

Abgeschlossen wurden auf Lehrbeginn 2013 insgesamt 397 neue Lehrverträge. Davon entfallen 30 Verträge (7.5%) auf zweijährige berufliche Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest. Damit konnte das Ange-

bot an Ausbildungsplätzen für eher praktisch begabte Jugendliche gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt werden.

Der Lehrstellenmarkt zeigt sich auch mit Blick in die Zukunft sehr entspannt. Auf Lehrbeginn 2014 werden von 483 Lehrbetrieben insgesamt 397 Lehrstellen in 126 verschiedenen Berufen angeboten. Dies entspricht einer geringen Zunahme um knapp 3% gegenüber dem Vorjahr. Allerdings waren per Stichtag 19. August 2013 bereits 54 Lehrstellen – vor allem in begehrten Lehrberufen wie Medizinische Praxisassistent/-in EFZ, Dentalassistent/-in EFZ oder Florist/-in EFZ – vergeben.

Zu den Qualifikationsverfahren 2013 zugelassen waren insgesamt 407 Kandidatinnen und Kandidaten in 88 verschiedenen Berufen. Die Prüfungen verliefen reibungslos und mit einer Durchschnittsnote von 4.83, einer Bestnote von 5.9 und 35 Ehrenmeldungen (Gesamtnote 5.4 und höher) wurden ausgezeichnete Ergebnisse erzielt. Lediglich 12 Kandidatinnen und Kandidaten (2.9%) reüssierten nicht. Anfang Juli konnten an 3 kantonalen Lehrabschlussfeiern 4 kantonale Anlehrausweise, 19 eidgenössische Berufsatteste und 372 eidgenössische Fähigkeitszeugnisse abgegeben werden. Zusätzlich wurden 16 Berufsmaturitätszeugnisse erteilt. Die Lehrabschlussfeiern waren erfreulicherweise wiederum sehr gut besucht.

Berufs- und Studienberatung

Die Ergebnisse der jährlichen Schulendumfrage zeigen ein erfreuliches Bild. Von 461 Jugendlichen, welche die obligatorische Schulzeit beendet haben, begannen 294 Schülerinnen und Schüler (64%) eine berufliche Grundbildung und 101 (22%) eine weiterführende Schule. Lediglich 66 Jugendliche (14%) entschieden sich für eine Zwischenlösung, was im langjährigen Vergleich erfreulich wenig sind.

Alle Jugendlichen der 2. Klassen der Orientierungsschulen (ORS) wurden klassenweise in das Dienstleistungsangebot des Berufsinformationszentrums (BIZ) eingeführt und über den bevorstehenden Berufswahlverlauf (Berufswahlfahrplan) orientiert. Im Rahmen der Berufswahlvorbereitung wurden die Eltern über die Rolle der Erziehungsberechtigten in der Zeit der Berufsfindung und

-entscheidung sowie über das Beratungs- und Informationsangebot orientiert. Dabei hatten sie Gelegenheit, sich im BIZ über die Vielfalt der Bildungs- und Berufsmöglichkeiten zu orientieren. Das Informationsangebot im BIZ und die individuelle Beratung wurden sowohl von Jugendlichen als auch von Erwachsenen rege genutzt, wobei der Anteil der Laufbahnberatungen für Erwachsene zugenommen hat.

Im Herbst führte die Berufs- und Studienberatung Nidwalden in Zusammenarbeit mit der Berufs- und Weiterbildungsberatung Obwalden Berufsinformationstage durch. Schülerinnen und Schüler der 2. Klassen der ORS und der Werkschule konnten 2 von 58 angebotenen Veranstaltungen besuchen und sich auf Wunsch von ihren Eltern begleiten lassen.

An der Zentralschweizer Bildungsmesse Zebi vom 7. bis 12. November 2013 haben flächendeckend alle 2. und 3. ORS-Klassen aus dem Kanton Nidwalden teilgenommen. Dabei konnten sie sich anschaulich über die Vielfalt der Bildungswege nach der obligatorischen Schule informieren.

Die Integration des Case-Management Berufsbildung in das Beratungsangebot der Berufs- und Studienberatung hat sich bewährt und die interinstitutionelle Zusammenarbeit funktioniert. Das Koordinations-, Coaching- und Begleitungsangebot kam mehrheitlich bei Jugendlichen zur Anwendung, die ihre Berufsausbildung angebrochen haben. Ursache ist dabei meistens eine akzentuierte Mehrfachproblematik (Lern- und Schulprobleme, psychische Auffälligkeiten, Suchtgefährdung, finanzielle Schwierigkeiten, Aggressionspotenzial, Erziehungs- und Familienproblematik, Integrationsschwierigkeiten usw.).

Berufsfachschule

Im Schuljahr 2013/14 unterrichten an der Berufsfachschule Nidwalden 57 Lehrpersonen mit einem durchschnittlichen Pensum von 62%. Ausgebildet werden in 51 Klassen 770 Lernende in den gewerblich-industriellen Berufen Automobil-Fachmann/-frau EFZ, Automobil-Mechatroniker/-in EFZ, Coiffeur/Coiffeuse EFZ, Elektroinstallateur/-in EFZ, Montage-Elektriker/-in EFZ, Konstrukteur/-in EFZ und Polymechaniker/-in EFZ sowie in den

Dienstleistungsberufen Detailhandelsassistent/-in EBA, Detailhandelsfachmann/-frau EFZ, Kaufmann/-frau EFZ mit und ohne lehrbegleitende Berufsmaturität. Ausserdem werden 54 Lernende in 4 Klassen des schulischen, kombinierten oder integrativen Brückenangebots unterrichtet.

Gegenüber dem Vorjahr blieb die Gesamtanzahl der Lernenden stabil. Die Schuljahresplanung wurde aber erheblich erschwert, weil bei den Neueintritten in einzelnen Berufsgruppen teilweise erhebliche Schwankungen zu verzeichnen waren. Während die Zahl der Lernenden im 1. Lehrjahr in den Autoberufen um rund 45 %, bei den Kaufleuten um rund 12 % zunahm und sich bei den Detailhandelsassistenten und -assistentinnen sogar verdoppelte, ging sie bei den Detailhandelsfachleuten um über 20 % zurück.

In der beruflichen Grundbildung absolvierten 262 von 271 Lernenden mit Erfolg das Qualifikationsverfahren 2013. In der gewerblich-industriellen Abteilung betrug die Erfolgsquote 95.6 %, bei den Kaufleuten 100 % und in den Detailhandelsberufen 99 %.

Von den 46 Jugendlichen, die im Sommer 2013 ein einjähriges Brückenangebot abgeschlossen hatten, fanden 38 (83 %) eine Anschlusslösung in Form einer beruflichen Grundbildung und konnten damit erfolgreich in die Berufs- und Arbeitswelt integriert werden. Zwei Jugendliche nahmen eine weitere Zwischenlösung in Angriff und drei Jugendliche stiegen ohne weitere Ausbildung in die Arbeitswelt ein. Lediglich 3 Personen hatten noch keine Lösung für ihre weitere berufliche Zukunft gefunden.

Der Bericht zur Re-Zertifizierung vom 22. November 2013 bestätigt, dass das Qualitätsmanagementsystem der Berufsfachschule Nidwalden weiterhin den Anforderungen der Normen ISO 9001:2008 und eduQua:2004 entspricht. Der Bericht hält unter anderem fest, dass das schulinterne Qualitätsmanagement in Bezug auf eine konsequente Zielerreichung sowie auf die Sicherung einer hohen Unterrichtsqualität eine positive Wirkung zeigt.

Mittelschule Kollegium St. Fidelis

Im Schuljahr 2013/14 werden 28 Klassen geführt, eine mehr als im vorangehenden Schuljahr. Am 22. Juni 2013

konnten je 50 Maturi und Maturae, ihre Abschlusszeugnisse aus der Hand von Regierungsrat Res Schmid entgegen nehmen. Wiederum erhielten überdurchschnittlich viele Maturaarbeiten des Maturajahrgangs 2014 eine Auszeichnung.

Einen Schwerpunkt des Qualitätsmanagements der Schule bildete die Auswertung der Ehemaligenbefragung. Die Mittelschule erhielt ausgezeichnete Rückmeldungen, insbesondere zum Unterricht, zur Zusammenarbeit von Lehrpersonen und Schülerinnen und Schülern und zur Studienvorbereitung. In Bereichen, in denen Verbesserungspotenzial besteht, wurden diverse Korrekturmassnahmen eingeleitet. Einen weiteren Bestandteil des Qualitätsmanagements der Mittelschule bilden systematische Mitarbeitergespräche, die ab dem Schuljahr 2013/2014 eingeführt werden.

Als Innovation führt die Mittelschule im Schuljahr 2013/14 eine Klasse mit Immersionsunterricht in Englisch in den Fächern Mathematik und Geschichte. Das Pilotprojekt soll zeigen, welche Auswirkungen der Immersionsunterricht auf die Leistung der Schülerinnen und Schüler und auf die Schulorganisation hat. Die traditionellen Sonderwochen im Herbst und im Frühling und die Gesundheitsförderungstage erweiterten und ergänzten das breite Spektrum des gymnasialen Unterrichtsangebotes. Im Berichtsjahr konnte die Mittelschule den Ergänzungs- und Ersatzbau für den Philosophentrakt in Betrieb nehmen. Die neuen Räumlichkeiten, die mit einem TecDay und einer TecNight sowie einem Tag der offenen Tür eingeweiht wurden, erweitern die pädagogischen und didaktischen Möglichkeiten der Schule vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern.

Weiterbildung

Auch im Kursjahr 2012/13 ist die Anzahl der Kursteilnehmenden zurückgegangen, allerdings weniger stark als in den Vorjahren. Die Auslastung der Kurse lag bei über 90 %. Aufgrund der geringen Nachfrage konnte im August 2013 kein neuer Lehrgang der Handelsschule edupool.ch gestartet werden. Auch der geplante Handelsschulkurs mit Start im Januar 2014 musste wegen der zu geringen Anzahl Anmeldungen abgesagt werden.

2.4.3.4 Amt für Kultur

Das Amt für Kultur nimmt gegenüber der Bildungsdirektion und dem Regierungsrat Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturpflege, Kulturförderung, Denkmalpflege, Nidwaldner Museum und Kantonsbibliothek wahr.

Als Geschäftsstelle für die Kulturkommission organisierte das Amt für Kultur die Bearbeitung der 146 eingegangenen Gesuche, die Ausschreibung und Organisation der neu zusammen mit Obwalden ausgeschriebenen Werkbeiträge, die Vergabe des neu geschaffenen Nidwaldner Kulturpreises und für die gesamte Zentralschweiz die Verwaltung des Zentralschweizer Künstlerateliers in Berlin.

In der Arbeit und Organisation der Fachstelle für Denkmalpflege, der Kantonsbibliothek und des Nidwaldner Museums hat sich verschiedentlich Handlungsbedarf ergeben. So wurde die Fachstelle für Denkmalpflege einer Stellenüberprüfung unterzogen, um den Aufwand für die anfallenden Aufgaben zu klären. Im Rahmen einer Neukonzeptionierung des Museums sind hinsichtlich der thematischen Positionierung sowie der neuen Situation nach Aufgabe der Räumlichkeiten im Höfli verschiedene Entscheide gefällt worden.

Im Bereich Kulturgüterschutz wurde ein Auftrag zum aktuellen Stand sowie zum Handlungsbedarf im Kanton Nidwalden in Auftrag gegeben.

Nidwaldner Museum

Das Nidwaldner Museum konnte 2013 gegen 15'000 Besucherinnen und Besucher begrüßen, fast 2'000 mehr als im Vorjahr. Das Salzmagazin zeigte über den Sommer die sehr gut besuchte Ausstellung über Geister und Sagen mit dem Titel «Spuk», im Winkelriedhaus und im Pavillon wurden 3 Wechsellausstellungen gezeigt: «Kander Stein und Zucker» mit den drei Kunstschaaffenden Marie Theres Amici, Francisco Sierra und Joseph Maria Odermatt, «Miär sind vo geschter» mit den Trachten Stans und «Das Dorf als Welt» mit dem Stanser Fotografen Arnold Odermatt. Während der Stanser Musiktage präsentierte das Museum das Kunstprojekt «Until the last dance» von San Keller. Das Museum Festung Fürigen stösst weiter auf grosses Interesse.

Daneben wurde an einem neuen Museumskonzept gearbeitet, das die neue räumliche Situation nach dem Wegfallen des Höfli optimal nutzen soll. Das Konzept sieht vor, das Winkelriedhaus zusammen mit dem Pavillon als Haus für Kunst zu positionieren und das Salzmagazin als Haus für Geschichte und Kultur. Entsprechende Dauerausstellungen sind in Vorbereitung.

Der grafische Auftritt des Museums inklusive Webseite wurde erneuert. Für 2014 wurde erstmals ein Jahresprogramm verschickt, das einen Überblick über das kommende Jahr vermittelt.

Auf grosse Nachfrage stiessen die Workshops der Museumspädagogik. Die Ausstellung «Spuk» wurde von den Nidwaldner Theaterkids bespielt.

Im Sommer ist die Scheune des Winkelriedhauses abgebrannt. Es waren keine Objekte aus der Sammlung eingelagert, das Museum steht jetzt aber ohne technisches Lager und ohne Werkstatt da. Alternative Lösungen werden geprüft.

Kantonsbibliothek

Ein wichtiges Ziel der Kantonsbibliothek im Berichtsjahr war eine vermehrte und verbesserte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bibliotheken innerhalb des Kantons. So nahmen im Frühjahr erstmals die Schul- und Gemeindebibliothek Stans, das Didaktische Zentrum Stans und die Kantonsbibliothek Nidwalden gemeinsam am «Langen Samstag» teil. Weiter wurde ein gemeinsamer Wechsel der bestehenden Bibliothekssoftware in Angriff genommen.

Die Kantonsbibliothek unternahm im vergangenen Jahr aber auch einen wichtigen Schritt über die Kantonsgrenzen hinaus. Zusammen mit anderen Zentralschweizer Bibliotheken rief sie im Juni die Digitale Bibliothek Zentralschweiz «DiBiZentral» ins Leben. Mit dem Einstieg in die Welt der Digitalen Medien kommt der Kanton Nidwalden einem zunehmenden Bedürfnis der Bevölkerung nach.

Die elektronischen Medien sind keine Konkurrenz zum herkömmlichen Angebot der Kantonsbibliothek, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Für die Kantonsbibliothek gibt es in den kommenden Jahren somit zwei wichtige Standbeine: zum einen die Vor-Ort-Präsenz, zum anderen aber

auch einen Webauftritt mit der Möglichkeit, elektronische Medien direkt übers Internet auszuleihen, wie es mit «DiBiZentral» nun möglich ist. Die Ausleihzahlen und die steigende Nachfrage bei der Kundschaft bestätigen die gewählte Strategie.

Im Projekt «Aufarbeitung der Altbestände» wurden in der Kantonsbibliothek seit 2010 Nachlässe, Schenkungen und Deposita aus dem 17. bis 20. Jahrhundert aufgearbeitet.

In der letzten Projektetappe wurde das Archiv des Historischen Vereins (HVN) aufgearbeitet. Das Projekt ist Ende des Berichtsjahres nach vier Jahren ausgelaufen. Ein wichtiger Teil der Altbestände, welche in der Kantonsbibliothek Nidwalden eingelagert sind, konnten fachgerecht aufgearbeitet, umgelagert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Seit 2013 ist ein Teil der Graphiksammlung digital einsehbar. Die Plakatsammlung der Kantonsbibliothek wurde digitalisiert und ist über die Plattform der Schweizerischen Plakatsammlung online abrufbar.

Die Zahl der Ausleihen und der Besucherinnen und Besucher ist erneut gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr sind 12 % mehr entliehene Medien zu verzeichnen. Auch die Zahl der Besucherinnen und Besucher ist im Vergleich zum Vorjahr um 15 % angestiegen.

Weitere Angaben zur Kantonsbibliothek liegen im Tabellenteil vor.

Denkmalpflege

Auch in diesem Berichtsjahr muss die Arbeitslast des Denkmalpflegers als problematisch bezeichnet werden. Die Firma Morphos Beratungen hat im Auftrag des Amtes für Kultur eine Stellenüberprüfung durchgeführt und deren Resultate der Kommission für Denkmalpflege und dem Bildungsdirektor präsentiert. Morphos kommt darin zum Schluss, dass die zur Verfügung gestellte Arbeitszeit für die Bewältigung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht ausreicht. Sieben Varianten liegen zur Diskussion vor, die vom Erhalt des Status Quo bis zur Privatisierung der Denkmalpflege reichen.

Die Revision des Denkmalschutzgesetzes konnte abgeschlossen und die Vernehmlassung gestartet werden. Der Fahrplan, die Gesetzesrevision bis Sommer 2014 abzuschliessen, wird eingehalten. Es wurde Stellung zu ca. 60 Baugesuchen im Bereich Ortsbildschutz genommen. Für ein Diplom-Projekt der Hochschule Luzern zur Nutzung der Kleinbauten auf dem Höhenweg Bürgenstock hat die Denkmalpflege ein Konzept vorgelegt. Als Folge der Klärung der negativen Stellungnahme der Eidgenössischen Kommissionen ENHK und EKD zum Gestaltungsplan Bürgenstock hat das Amt für Kultur ein Fachgremium Denkmalpflege errichtet, das 2014 für die Behandlung der Restaurierungen aktiv werden wird.

Das Bauinventar der geschützten und schutzwürdigen Objekte wurde für die Gemeinden Buochs und Wolfenschiessen genehmigt. Mit der Kommission für Denkmalpflege wurden in sechs Sitzungen die laufenden Subventions- und Baugesuche behandelt.

Die im Rahmen der Programmvereinbarung 2012–2015 mit dem Bund gesprochenen Subventionen belaufen sich im Berichtsjahr auf rund 470'000 Franken. Darin enthalten sind Bundessubventionen im Umfang von rund 190'000 Franken. Von den vom Landrat bewilligten Mitteln für freiwillige Beiträge wurden rund CHF 39'000 ausbezahlt.

Der interessierten Bevölkerung wurde am «Tag des Denkmals» ein Rundgang zu den Anfängen des sozialen Wohnungsbaus der 1940er-Jahre in Stans geboten. Der Arbeitskreis Denkmalpflege AKD führte seine Jahresversammlung in Stans durch. 80 Fachleute absolvierten ein von der Denkmalpflege zusammengestelltes Programm. Das 50-Jahr-Jubiläum der Unterschutzstellung des Stanser Dorfplatzes wurde mit einer Ausstellung und einer Spezialausgabe der Architekturzeitschrift KARTON gewürdigt.

Abgeschlossene Restaurierungen (Auswahl)

- Gde. Ennetmoos, Burgruine Rotzberg
- Gde. Hergiswil, Thumigerhaus
- Gde. Hergiswil, Renggkapelle
- Gde. Hergiswil, Sigristenhaus
- Gde. Stans, Bahnhofstrasse 8
- Gde. Stans, Nägeligasse 8
- Gde. Stans, Rathausplatz 6a
- Gde. Stans, Gesamtrestaurierung Sonnwendhof
- Gde. Stans, Tottikonstrasse 55
- Gde. Stans, Winkelrieddenkmal
- Gde. Wolfenschiessen, Kapelle St. Sebastian

- Gde. Stans, Bauernhaus Klostermatte
- Gde. Wolfenschiessen, Trafostation Brigg
- Gde. Wolfenschiessen, Pfarrkirche St. Maria
- Gde. Wolfenschiessen, Pfarrhelferhaus

Unterschutzstellungen

- Gde. Beckenried, Seestrasse 5
- Gde. Ennetbürgen/Stansstad, Garderobegebäude und Pool
- Gde. Ennetbürgen/Stansstad, Gübelin Bazar
- Gde. Ennetbürgen/Stansstad, Wetterstation
- Gde. Ennetbürgen/Stansstad, Stickereigebäude

Laufend und in Vorbereitung

- Gde. Beckenried, Seestrasse 5
- Gde. Hergiswil, Kapelle Klismenhorn
- Gde. Oberdorf, Kapelle St. Heinrich
- Gde. Stansstad, Bürgenstock Resort, Wetterstation
- Gde. Stansstad, Bürgenstock Resort, Hotel Palace

Schutzentlassungen

keine

Feststellungsentscheide

keine

2.4.4 Vernehmlassungen an den Bund

Bildungsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Totalrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich (Ausbildungsbeitragsgesetz, SR 416.0)	Nr. 66 vom 29. Januar 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Ergänzungsanträge
Energiestrategie 2050	Nr. 68 vom 29. Januar 2013	Zustimmung zur konsolidierten Stellungnahme der Kantone
Verordnung über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen für Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer in reglementierten Berufen	Nr. 214 vom 26. März 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Ergänzungen
Verhandlungsmandat zur Beteiligung der Schweiz am Programm der Europäischen Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport 2014-2020 (Erasmus für alle)	Nr. 400 vom 11. Juni 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Totalrevision des Bundesgesetzes über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten	Nr. 423 vom 18. Juni 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Änderungs- und Ergänzungsanträge

2.5 Landwirtschafts- und Umweltdirektion

2.5.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

In der Landwirtschafts- und Umweltdirektion sind Ämter beheimatet, die sich mit den natürlichen Lebensgrundlagen und deren Bewirtschaftung befassen.

Das Amt für Landwirtschaft vollzieht die landwirtschaftliche Gesetzgebung (Bäuerliches Bodenrecht, Pachtrecht und Landwirtschaftsgesetz). Es gewährt Beiträge und Kredite für Neubauten und Sanierungen land- und alpinwirtschaftlicher Ökonomiegebäude, Wohnbauten, Strassen, Wasserversorgungen und Seilbahnen (Investitionshilfen) und administriert die Direktzahlungen der Sömmerungs- und Naturschutzbeiträge. Ferner begleitet und berät das Amt die Bauernfamilien bei der Suche nach zukunftsgerichteten Lösungen, bietet Weiterbildungskurse an, berät in landwirtschaftlichen Tierschutzfragen und in den Bereichen Ökologie, Gewässerschutz, Boden und Düngung, wobei es sich auch für den Gewässerschutz in der Landwirtschaft verantwortlich zeichnet.

Das Amt für Wald und Energie stellt mit dem Vollzug der eidgenössischen und der kantonalen Waldgesetzgebung die Aufgaben des Waldes in der Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktion sicher und befasst sich umfassend mit der Naturgefahrenabwehr, insbesondere mit dem Schutz vor Lawinen, Steinschlag und Rutschungen. Das Amt nimmt die Funktion als Aufsichtsbehörde für kantonal konzessionierte Luftseilbahnen und Skilifte wahr. Die dem Amt angegliederte Energiefachstelle koordiniert die kantonale Energiepolitik mit derjenigen des Bundes, berät Private und Behörden über eine sparsame und rationelle Energienutzung sowie über die Nutzung von erneuerbaren Energien. Im Weiteren ist die kantonale Fachstelle für Wanderwege angegliedert, welche die Planung und Aufsicht über das kantonale Wanderwegnetz und die Wahrung der Interessen der Wanderer sicherstellt.

Das Amt für Umwelt hat die Aufgabe, Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume vor schädlichen Einwirkungen zu schützen und die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Es ist zuständig für alle Fragen im Umwelt- und Gewässerschutz und für die Benutzung des Vierwaldstättersees im Rahmen des Wasserrechts. Das Amt erteilt Bewilligungen in den Bereichen Lärm- und Gewässerschutz, für Wärmepumpenanlagen, Tankanlagen und den Umgang mit Sonderabfällen. Ferner überwacht es den Zustand der Luft, des Bodens und der Gewässer.

Jahr in Zahlen

- 888 ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche (6'015 ha) werden als ökologische Ausgleichsflächen bewirtschaftet
- 2013 wurden 8'673 Tiere auf den Nidwaldner Alpen gesömmert; davon 5'934 Stück Rindvieh
- 1'750 m³ Holz mussten aus Sicherheitsgründen innert 14 Tagen aus dem Rutschgebiet Bodenberg in Beckenried entfernt werden
- CHF 1.358 Mio. Beiträge (inkl. Bundesanteil) zur Förderung erneuerbarer Energien und energetischer Gebäudesanierungen wurden an 203 Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer ausbezahlt
- 169 ha Schutzwald wurden über das gesamte Kantonsgebiet hinweg gepflegt. Dies sind rund 4 % der gesamten Schutzwaldfläche von 4'100 ha

Personalbestand

Landwirtschafts- und Umweltdirektion (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Direktionssekretariat	0.5	–	0.5	–
Amt für Landwirtschaft	7	–	7	–
Amt für Wald und Energie	6.8	–	6.7	–
Amt für Umwelt	8.8	–	9	–

2.5.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/a	Legislaturziel Verschiedene Bereiche für die gemeinsame Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen werden geprüft	
	Jahresziel Agrarsektor-Administration (ASA): mobile Kontrolldatenerfassung einführen	Ziel teilweise erreicht Die Kontrolldaten werden über das Kontroll-Tool in die Applikation Acontrol eingelesen. Die Vorbereitung für die Anpassung der Direktzahlungssoftware (Agricola) infolge der Agrarpolitik 2014 – 2017 wurde lanciert.
1/h	Legislaturziel Integrales Risikomanagement ist in allen Teilaspekten definiert	
	Jahresziel Handlungsbedarf in den Gemeinden ist bekannt	Ziel teilweise erreicht Grundlagen sind erarbeitet. Zusammenstellung und Folgerungen zum Handlungsbedarf erfolgen 2014.
1/i	Legislaturziel Notfallplanungen gravitative Naturgefahren im Kanton sind erstellt	
	Jahresziel Notfallplanungen Lawinen, Steinschlag, Rutschungen, Seehochstand in allen Gemeinden abgeschlossen. Notfallplanung Waldbrand ganzer Kanton erstellt	Ziel erreicht Mit der Notfallplanung Rutschungen Beckenried konnte die letzte Gemeinde abgeschlossen werden. Notfallplanung Waldbrand wurde von der Projektsteuerungsgruppe auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.
1/j	Legislaturziel Weiterführung der Landwirtschaftspolitik im Sinne der AP 2011 und des kantonalen Leitbildes	
	Jahresziel Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Fördermassnahmen	Ziel erreicht Sämtliche Gesuche wurden fristgerecht bearbeitet. Die Kostenbeteiligung des Bundes bei den einzelnen Fördermassnahmen wurde bewusst beansprucht. Die Auszahlungen an die Leistungserbringer erfolgten fristgerecht.
1/k	Legislaturziel Einführung und Umsetzung der Landwirtschaftspolitik (Weiterentwicklung Direktzahlungssystem) im Sinne der AP 2014 – 2017	
	Jahresziel Kommunikation und Information über aktuellen Stand der Agrarpolitik 2014 – 2017 ist erfolgt	Ziel erreicht An vier Informationsveranstaltungen wurden Bäuerinnen und Landwirte über den aktuellen Stand der Agrarpolitik 2014 – 2017 informiert. Mit dem Vorstand des Bäuerinnen- und Bauernverbandes erfolgte der Infoaustausch an zwei Sitzungen. An der jährlichen Präsidentenkonferenz der bäuerlichen Organisationen und der Konferenz der Beauftragten für Landwirtschaft der Gemeinden war die Agrarpolitik 2014 – 2017 das Hauptthema.
	Jahresziel Stellungnahme zu den Verordnungen gemäss AP 2014 – 2017	Ziel erreicht Mit Beschluss vom 25. Juni 2013 hat der Regierungsrat zu den Ausführungsbestimmungen der Agrarpolitik 2014 – 2017 Stellung genommen. Die Erarbeitung der Stellungnahme erfolgte in enger Absprache mit den bäuerlichen Organisationen.

Nr.	Ziel	Bericht
1/l	Legislaturziel Überprüfung der Wirkung der kantonalen Fördermassnahmen und Verankerung der (neuen) Fördermassnahmen in der kantonalen Landwirtschaftsgesetzgebung	
	Jahresziel Grundlagenbericht «Analyse und Perspektiven der Nidwaldner Landwirtschaft» ist erarbeitet	Ziel erreicht Der Grundlagenbericht wurde in Zusammenarbeit mit dem Forum Landwirtschaft per Ende Jahr abgeschlossen. Er bildet eine wichtige Grundlage für die bevorstehende Teilrevision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes und den Rahmenkredit Landwirtschaft 2016 – 2019.
1/m	Legislaturziel Waldreservatsfläche ist vertraglich geregelt	
	Jahresziel Vertrag mit Kloster Niederrickenbach über Waldreservat Klosterwald ist abgeschlossen	Ziel teilweise erreicht Der Vertrag steht kurz vor dem Abschluss, die Vertragsverhandlungen haben mehr Zeit beansprucht als geplant.
1/n	Legislaturziel Ökologische Aufwertung von Waldflächen (Waldlebensraum und Waldrand)	
	Jahresziel Ökologische Aufwertung von Waldrändern	Ziel erreicht Es wurden 6 Hektaren Waldränder aufgewertet und damit die Zielsetzung von 5 Hektaren übertroffen.
1/p	Legislaturziel Strategische Revitalisierungsplanung für Fließgewässer bis 31. Dezember 2014 verabschiedet	
	Jahresziel Revitalisierungsplanung bis 31. Dezember 2013 beim BAFU zur Stellungnahme einreichen	Ziel teilweise erreicht Die Analysen zur strategischen Revitalisierungsplanung Fließgewässer wurden durchgeführt und ein Planungsbericht erstellt. Aufgrund der Vernehmlassung des Planungsberichts bei den kantonalen Fachstellen und Gemeinden konnte die Planung nicht per Ende 2013 dem BAFU eingereicht werden. Dies wird bis spätestens Ende März 2014 erfolgen.
1/q	Legislaturziel Strategische Planung Wasserkraft (Schwall/Sunk, Geschiebehaushalt, Fischgängigkeit) bis 31. Dezember 2014 verabschiedet	
	Jahresziel Schwall-Sunk: Zwischenbericht zur strategischen Planung bis 30.06.2013 beim BAFU zur Stellungnahme einreichen	Ziel erreicht Der Zwischenbericht Schwall-Sunk konnte per Mitte 2013 fertig gestellt und dem BAFU eingereicht werden. Gemäss Stellungnahme des BAFU wurden alle wesentlichen Aspekte behandelt. Somit sind nur noch geringfügige Ergänzungen für den Schlussbericht zu erstellen.
1/r	Legislaturziel Restwassersanierungen bis Ende 2012 abgeschlossen (Art. 81 Abs. 2 GschG)	
	Jahresziel Sanierungsverfügungen sind durch RR erlassen, Massnahmenumsetzung wird kontrolliert	Ziel teilweise erreicht Die Restwassersanierungsmassnahmen Kraftwerk Rotzloch wurden Anfang 2013 verfügt und sind rechtskräftig. Die Sanierung der Fassungen am Lielibach und Mühlebach des Gemeindewerks Beckenried ist noch ausstehend und wird im Zusammenhang mit der Projektierung Kraftwerk Choltalbach bis spätestens Ende 2016 behandelt werden. Am Lielibach ist zwischenzeitlich eine provisorische Restwasserdotierung eingerichtet.
1/s	Legislaturziel Einhaltung der Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung	
	Jahresziel Aktive Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen der ZUDK (MaPla, inLuft etc.), ZUDK-Newsletter (Information)	Ziel erreicht Die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung werden zum Teil nach wie vor überschritten. Die Umsetzung der beschlossenen Massnahmenpläne I und II zeigen (noch) nicht die gewünschte Wirkung. Die koordinierte Umsetzung der Massnahme «Partikelfilterpflicht für stationäre dieselbetriebene Maschinen» wurde ab Mai 2015 gestartet. Die Information wurde über die Webseite www.inluft.ch und über den zweimal erscheinenden ZUDK-newsletter sichergestellt.
1/t	Legislaturziel Überwachung der Bodenbelastungen zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit	
	Jahresziel Kennen der chemischen und physikalischen Bodenbelastungen im Kanton	Ziel erreicht Die Feststellung von Bodenbelastungen (Bodenverdichtung, Versauerung von Waldböden, Schadstoffbelastungen) erfolgt im Rahmen des Programms «Kantonale Bodenüberwachung Zentralschweiz» (KABO-ZCH). In einem ersten Schritt wurden Böden auf deren Verdichtung (physikalische Bodenbelastung) untersucht und die Resultate ausgewertet. Bei den zwei Standorten im Kanton Nidwalden wurden geringe Verdichtungsanzeichen festgestellt.

Nr.	Ziel	Bericht
1/u	Legislaturziel Förderung energieeffizienter Bauten	
	Jahresziel 70 energetische Gebäudesanierungen sind ausgeführt	Ziel erreicht 76 Gebäudesanierungen konnten abgeschlossen werden. Den Hauseigentümern konnten Beiträge von total CHF 715'040 ausbezahlt werden.
1/w	Legislaturziel Eigenversorgungsgrad des EWN wird gehalten	
1/x	Legislaturziel Stabilität der Schutzwälder erhalten oder verbessern	
	Jahresziel Behandlung von 160 ha Schutzwald	Ziel erreicht Es wurden total 162 ha Schutzwald behandelt: 92 ha Jungwaldpflege, 16 ha Durchforstungen in mittelalten Beständen und 54 ha Altbeständen wurden verjüngt.
1/y	Legislaturziel Gefahregrundlagen werden aktuell gehalten	
	Jahresziel Gefahrenkataster wird jährlich nachgeführt	Ziel erreicht Nachführung per Ende 2013 abgeschlossen.
	Jahresziel Gefahrenkarten sind aktuell	Ziel erreicht Stansstad: Sturzgefahren 1. Rev. / Stans: Lawinen, Rutschungen, Sturzgefahren 1. Rev. sind abgeschlossen.
	Jahresziel Schutzbautenkataster ist in Arbeit	Ziel nicht erreicht Auf Ebene Bund wird ein Schutzbautenkataster ausgearbeitet, der von den Kantonen übernommen werden kann. Die Zielsetzung wird zurückgestellt, bis die Arbeiten am Schutzbautenkataster auf Bundesebene abgeschlossen sind.
2/a	Legislaturziel Revision des kantonalen Wanderwegplans	
	Jahresziel Revision abgeschlossen	Ziel teilweise erreicht Das digital erfasste Wegnetz wurde überprüft, nachgeführt, attribuiert und Kartierungsfehler korrigiert. Es wird als bereinigte Grundlage für die öffentliche Mitwirkung benutzt. Die Mitwirkung und Verabschiedung durch den Landrat erfolgt 2014.
2/b	Legislaturziel Stärkung der Absatzförderung in der Landwirtschaft	
	Jahresziel Unterstützung von innovativen, regionalwirtschaftlich bedeutenden Projekten mit hoher Wertschöpfung	Ziel teilweise erreicht 2013 wurden vier Projekten (2012: 2), welche der Förderung des Absatzes der Landwirtschaft dienen, mit finanziellen Beiträgen in der Höhe von CHF 42'800 unterstützt.



2.5.3 Tätigkeiten der Ämter

2.5.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat ist die Stabsstelle der Direktion und als solche für die Koordination und termingerechte Erledigung der Direktionsgeschäfte verantwortlich. Neben der Erarbeitung und Redaktion von Regierungsratsbeschlüssen wurden verschiedene Stellungnahmen, Vernehmlassungen und Mitberichte verfasst und parlamentarische Vorstösse beantwortet. Ferner hat das Direktionssekretariat verschiedene Korrespondenz für den Direktionsvorsteher und die Amtsvorsteher verfasst.

Daneben wurden die Ämter bei konkreten rechtlichen Problemen beraten und beim Erlass von Verfügungen und Entscheiden sowie beim Verfassen von Regierungsratsbeschlüssen unterstützt. Im Rahmen der Gesetzgebung erfolgte die Mitarbeit in verschiedenen Projekten in den Bereichen Landwirtschaft sowie Umwelt.

2.5.3.2 Amt für Landwirtschaft

Entwicklung und Förderung der Landwirtschaft

Das Amt für Landwirtschaft setzt die Agrarpolitik des Bundes um. Die Konferenz der Leiter der kantonalen Landwirtschaftsämter Schweiz (KOLAS) ist dabei eine wichtige Plattform für den gegenseitigen Informationsaustausch. Schwerpunktthemen waren die Ausscheidung des Gewässerraumes, das Projekt «ASA2011» sowie die Agrarpolitik 2014–2017. In enger Zusammenarbeit mit den Leitern der kantonalen Landwirtschaftsämter Zentralschweiz (KOLAS-Z) wurde bereits die Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 vorbereitet. Dabei wurde ein gemeinsames Projekt «Landschaftsqualitätsbeiträge» erarbeitet und entsprechende überkantonale Synergien genutzt. Bei der Erarbeitung dieses Projektes wurden auch die Fachstellen für Natur- und Landschaftsschutz sowie bäuerliche Organisationen miteinbezogen. Mit dem Vorstand des Bäuerinnen- und Bauernverbandes, sowie den Präsidentinnen und Präsidenten der bäuerlichen Organisationen fand ein regelmässiger Informationsaustausch zu aktuellen Themen statt.

Forum Landwirtschaft Nidwalden

Für die anstehende Teilrevision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes und den neuen Rahmenkredit Landwirtschaft 2016–2019 wurde unter Einbezug eines externen Fachbüros der Grundlagenbericht «Analyse & und Perspektiven Landwirtschaft Nidwalden» erarbeitet. Das Forum Landwirtschaft begleitet die Landwirtschafts- und Umweltdirektion bei der Erarbeitung des Berichtes. Anlässlich des Herbstseminars wurden die Ziele und Stossrichtungen der Landwirtschaft Nidwalden festgelegt und entsprechende kantonale Fördermassnahmen vorgeschlagen. Anschliessend konnte der Grundlagenbericht per Ende 2013 abgeschlossen werden. Weiter wurde das Forum über den aktuellen Stand der Agrarpolitik 2014–2017 informiert. Die Arbeitsgruppen setzten sich mit der Situation auf dem Milchmarkt auseinander.

Flurgenossenschaftsverordnung

Am 19. Dezember 2012 hat der Landrat ein neues Gesetz über die Flurgenossenschaften (Flurgenossenschaftsgesetz, FlurG, NG 211.4) erlassen. Zur Konkretisierung der gesetzlichen Bestimmungen wurde am 15. Oktober 2013 die Flurgenossenschaftsverordnung (FlurV, NG 211.41) durch den Regierungsrat verabschiedet und per 1. November 2013 in Kraft gesetzt. Die Vollzugsverordnung regelt unter anderem die Vertretungsbefugnisse an der Gründungsversammlung, die Form und Fristen der Informationspflicht, die Bewertung der Grundstücke sowie die Regelung zur Mehr- und Minderwertzuteilung.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Amt für Landwirtschaft publizierte 2013 zwei Ausgaben des «ALW-Infobulletins». In diesen halbjährlichen Publikationen wird über aktuelle Themen der Landwirtschaft, welche Bedeutung für Nidwalden haben, informiert. Rund 400 Personen haben das ALW-Infobulletin abonniert, welches per Mail (300) oder auch per Post (100) versandt wird.

Mittels Medien informiert das Amt für Landwirtschaft regelmässig die Öffentlichkeit über aktuelle Themen. Diese Medieninformationen werden einerseits über land-

wirtschaftliche Fachmedien publiziert, aber auch über die allgemeinen Medien (Presse, Radio, Internet).

Boden- und Pachtrecht

Verschiedene Rechtsgeschäfte im Bereich des bäuerlichen Bodenrechtes (BGBB) bedürfen der behördlichen Genehmigung, so der Erwerb von Grundstücken ausserhalb der Familie, die Zerstückelung von Grundstücken, sowie die Errichtung von Grundpfandrechten ausserhalb der Belastungsgrenze. Auch die Abtrennung von Grundstücken von landwirtschaftlichen Gewerben (Realteilung) ist bewilligungspflichtig. Im Berichtsjahr wurden 20 Verfügungen zum bäuerlichen Bodenrecht erlassen. Die Rechtsgrundlage blieb im Berichtsjahr unverändert.

Die parzellenweise Verpachtung landwirtschaftlicher Gewerbe bedarf – zum Schutz der Erben – der Bewilligung. In zwei Fällen wurde eine parzellenweise Verpachtung eines Gewerbes bewilligt. Für die Verpachtung eines ganzen landwirtschaftlichen Gewerbes wurde in einem Fall eine Genehmigung des Pachtzinses erteilt.

Gewässerschutz

In der Landwirtschaft betrifft der Gewässerschutz die Lagerung (sog. baulicher Gewässerschutz) und die Verwendung (sog. stofflicher Gewässerschutz) der Hof-Dünger. Der bauliche Gewässerschutz zielt darauf ab, dass qualitativ und quantitativ genügend Lager- und Stapelvolumen vorhanden sind. Damit wird sichergestellt, dass der wertvolle hofeigene Dünger über die nötige Dauer und ohne Verluste gelagert werden kann. Dazu werden Berechnungen vorgenommen wie auch Baugesuche beurteilt, damit die Hofdüngeranlagen die baulichen Anforderungen erfüllen. Die gelagerten Nährstoffe sollen während der Vegetationszeit dem Standort entsprechend ohne Verluste ausgebracht und verwertet werden. Um dies zu erreichen, werden betriebsspezifische Nährstoffbilanzen erstellt. Je nach Höhenlage und Boden sind die entsprechenden Düngergaben abgestuft. Um eine ökologische, standortgerechte und verlustarme Düngewirtschaft zu erreichen, werden diverse persönliche Beratungen vorgenommen.

Tierschutz

Im Herbst 2008 ist das revidierte Tierschutzgesetz in Kraft getreten. Diese Gesetzesrevision beinhaltet unter anderem auch neue Vorschriften für die Nutztierhaltung. Für notwendige bauliche Anpassungen im Bereich Rindviehhaltung wurde eine Übergangsfrist bis ins Jahr 2013 gewährt. Das Amt für Landwirtschaft unterstützt die Nidwaldner Nutztierhalter mit einzelbetrieblichen Beratungen wie auch beim Erstellen von Gesuchen für einzelbetriebliche Ausnahmebewilligen im baulichen Tierschutz. Gleichzeitig zu den Heimställen wurde die Umsetzung des baulichen Tierschutzes auf den Alpen durchgeführt. Wie auch bei den Heimställen, wurde die bauliche Tierschutzberatung von den Nidwaldner Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern rege in Anspruch genommen.

Agrardatenverwaltung und Direktzahlungen

Das Amt für Landwirtschaft ist verantwortlich für den Unterhalt des landwirtschaftlichen Betriebsregisters und die damit verbundene jährliche landwirtschaftliche Betriebsstrukturdatenerhebung des Bundes. Diese bilden unter anderem die Grundlage für die Berechnung der Direktzahlungen, aber auch für den Vollzug anderer Fachbereiche (z.B. Veterinärwesen, Statistik). Die Administration erfolgt über die Software-Anwendung Agricola, welche in Zusammenarbeit mit elf weiteren Kantonen und der Firma Labcom AG unterhalten und weiterentwickelt wird.

Im Bereich Kontrollwesen wurde die papierlose Kontrolle getestet. Auf das Jahr 2014 ist nun die definitive Einführung der mobilen Kontrolldatenerfassung mittels Tablets vorgesehen.

Die im Jahr 2010 eingeführte, freiwillige Interneterfassung bei der Betriebsdatenerhebung bewährt sich. 33 % der Adressaten machen aktuell von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Im Berichtsjahr sind im Direktzahlungsbereich keine massgeblichen Änderungen eingetreten; es ist jedoch gleichzeitig das letzte Jahr, welches nach bisheriger Beitragssystematik abgerechnet wird. Mit der AP14/17 wird eine neue Beitragskonzeption ab 2014 in die Wege geleit-

tet. Im Berichtsjahr sind über die elf Direktzahlungsarten gesamthaft CHF 21.3 Mio. Direktzahlungen und Beiträge des Bundes an die Nidwaldner Landwirtschaft ausbezahlt worden. 444 Betriebe erfüllten die gestellten Anforderungen.

Beim überwiegenden Teil der Landwirte resultierten aus den Betriebskontrollen keine Beanstandungen. Beitragskürzungen von insgesamt CHF 30'800 mussten bei 33 Betrieben vorgenommen werden. Die Beiträge konnten bis Ende Jahr allen Betrieben termingerecht ausbezahlt werden.

Kantonale Fördermassnahmen

Hochstammbäume

Im Beitragsjahr 2012/2013 wurde die Anpflanzung von 219 Hochstammbäumen mit insgesamt CHF 43'800 unterstützt. Von Juni bis August 2013 wurden auf 16 Betrieben 274 mit Beiträgen angepflanzte Hochstammbäume kontrolliert. Drei Bäume waren nicht mehr vorhanden und müssen gemäss den Beitragsbestimmungen im Winter 2013/2014 ersetzt werden.

Absatzförderung

2013 wurden vier Projekte mit einem Gesamtbetrag von CHF 42'800, welche der Förderung des Absatzes von Landwirtschaftsprodukten dienen, mit finanziellen Beiträgen unterstützt. An ein Projekt, welches 2013 abgeschlossen wurde, konnte die zugesicherte Schlusszahlung in der Höhe von CHF 15'000 geleistet werden.

Ressourcenprojekt Ammoniak (Schleppschlauch, stickstoffoptimierte Fütterung)

2013 beteiligten sich 103 Nidwaldner Landwirtschaftsbetriebe am Zentralschweizer Ressourcenprojekt Ammoniak und meldeten per Ende Oktober ihren Schleppschlaucheinsatz. Insgesamt wurden 3'446 ha landwirtschaftliche Nutzflächen (LN) ein- bis viermal mit Schleppschlauch gedüngt. Es wurden CHF 154'000 an Beitragszahlungen für den Schleppschlaucheinsatz ausgerichtet.

An der 2013 eingeführten Massnahme «Ausgewogene Milchviehfütterung» beteiligten sich 45 Betriebe, an der ebenfalls eingeführten Massnahme «Mehrphasenfütterung in Kombination mit stickstoffreduziertem Futter bei Schweinen» beteiligten sich fünf Betriebe. Diese vom Bund lancierten zusätzlichen Massnahmen zur Reduktion der Ammoniakemissionen werden im Rahmen eines Pilotprojektes in den Zentralschweizer Kantonen (ohne Luzern) sowie in Graubünden während dreier Jahre durchgeführt und auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert.

Strukturverbesserungen und soziale Begleitmassnahmen

Strukturverbesserungen

Im vergangenen Jahr sind für total CHF 863'336 Kantonsbeiträge zugesichert worden. Im landwirtschaftlichen Tiefbau betrifft dies sieben Projekte. Zwei Neuerschliessungen und fünf Sanierungen bzw. wieder instand stellen von Flurstrassen. Die Neuerschliessungen wie die Sanierungen sind regionalpolitisch wie auch wirtschaftlich von grosser Bedeutung. Neben altersbedingten Schäden fordern auch zunehmend Naturereignisse wieder Instandstellungen. Der landwirtschaftliche Hochbau mit seiner Vielfalt von verschiedenen Arten von Ökonomiegebäuden erhielt auch bei sieben Projekten Beiträge, zugesichert (drei Um- und Anbauten von Ställen, ein Stallneubau, ein Käsereiumbau sowie zwei Lager- bzw. Remisenräume). Strukturveränderungen infolge Betriebsvergrösserungen oder Umstellungen im System mit schlussendlich effizienter gestalteten Arbeitsabläufen oder erhöhtem Tierkomfort begründen die verschiedenen baulichen Veränderungen im Hochbau. Durch die Unterstützung mit Investitionshilfen von Bund und Kanton können im Kanton Nidwalden Strukturverbesserungsprojekte unterstützt werden und ein Beitrag zur dezentralen Besiedlung geleistet werden.

Soziale Begleitmassnahmen

Im Jahr 2013 ist ein Betriebshilfedarlehen ausgelöst worden. Im Bezug auf Umschulungen sind keine Anfragen erfolgt.

Wohnbausanierungen

Kantonale Wohnbausanierungsbeiträge konnten im vergangenen Jahr an vier Bauernfamilien in der Höhe von Total CHF 345'000 (ein Umbau und drei Ersatzneubauten) zugesichert werden.

Viehwirtschaft / Pflanzenschutz / Obstbau

2013 sind 46 Feuerbrandfälle mit insgesamt 88 betroffenen Bäumen registriert worden. 86 Bäume mussten gerodet werden, da der Befall bereits so weit fortgeschritten war, dass eine Sanierung mittels Rückschnitt/Rückriss keinen Sinn machte.

Beratung und Weiterbildung**Gruppenberatung – Weiterbildung**

Das gemeinsame Weiterbildungsprogramm der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden, welches in enger Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Organisationen der drei Kantone erarbeitet wurde, bot den Bäuerinnen und Bauern 108 Kurse an. Im breiten Angebotsstrass sind auch Weiterbildungsveranstaltungen der übrigen Zentralschweizer Beratungsdienste enthalten. Aus Nidwalden nutzten über 1'040 Bäuerinnen und Bauern die Gelegenheit, sich weiterzubilden oder sich über aktuelle Themen zu informieren.

Einzelberatung

Eine externe Beraterin führte im Rahmen einer Vereinbarung 6 Einzelberatungen im sozioökonomischen Bereich durch. Im Zentrum standen Beratungen zu Generationenkonflikten und neue Betriebsausrichtungen infolge Überbelastung oder finanziellen Schwierigkeiten.

Leistungsaufträge Dritter:**Kontrollwesen / Kontrolldienst KDSNZ**

Der Landwirtschaftliche Kontrolldienst Schwyz, Nidwalden, Zug (KDSNZ), welcher gestützt auf einer Verwaltungsvereinbarung seit 2002 besteht und seit 2004 als akkreditierte Inspektionsstelle tätig ist, hat im Jahr 2013 Aufträge im bisherigen Bereich abgewickelt. Im Kanton Nidwalden wurden im Rahmen von 170 Betriebsbesuchen

rund 500 Kontrollaufträge bearbeitet; durchschnittlich können so pro Betrieb rund 3 verschiedene Programme im gleichen Kontrollgang überprüft werden.

Die Leistungsvereinbarung mit dem Veterinärdienst der Urkantone wurde durch diesen auf Ende 2013 gekündigt. Im Zusammenhang mit dem geänderten Bundesrecht (Erhöhung der Kontrollfrequenz der veterinärrechtlichen Kontrollen) werden die Kontrollen im Veterinärbereich ab 2014 neu organisiert. Eine neue Leistungsvereinbarung (Übernahme eines Teils der Kontrollen durch den KDSNZ) konnte ausgehandelt werden.

2.5.3.3 Amt für Wald und Energie**Naturgefahren**

Die integrale Abwehr von Naturgefahren im Gebirgsraum ist eine permanente Aufgabe. Die Wirksamkeit dieser präventiven Tätigkeiten zeigte sich im Jahr 2013 besonders eindrücklich bei 2 Ereignissen:

Beim Unwetter vom 31. Mai/1. Juni 2013 mit intensivem Dauerregen (rund 90 mm innert 24 Stunden), das die Engbergeraas gefährlich anschwellen liess und in 9 der 11 Nidwaldner Gemeinden (ohne Buochs und Hergiswil) Erdrutsche oder Geschiebeausbrüche und Überflutungen von kleineren Bächen verursachte, konnten die grösseren verbauten Wildbäche das Hochwasser schadlos ableiten und das Geschiebe in den dafür vorgesehenen Geschiebeammern deponieren.

Beim grossen Rutsch im Gebiet Bodenbergraben in Beckenried im April 2013 konnten sich die Verantwortlichen bei der Bewältigung des Ereignisses auf die vor kurzem erarbeitete «Notfallplanung Lielibach» abstützen.

Im Rahmen der integralen Naturgefahrenabwehr (Gefahrenkarten erstellen, Gefahrenräume meiden, Objektschutz bei Bauten in Gefahrenzonen, Realisierung von Schutzbauten und Schutzwaldpflege, Notfallplanungen) konnten weitere Elemente zur Prävention realisiert werden. Die Gefahrenkarten «Sturz» in Stansstad sowie «Lawinen», «Rutschungen», «Sturz» in Stans sind erstmals revidiert worden. Mit der Verbauung am Ronenmattli-graben konnte die Zufahrt zum Wirzwelgebiet wieder

sichergestellt werden. Ebenfalls abgeschlossen wurde der Steinschlagschutz an der Bürgenstockstrasse. Die kantonale Fachkommission Naturgefahren beurteilte zuhanden der Gemeinden weit über 100 Baugesuche, Zonenvorhaben, Gestaltungspläne, Siedlungsleitbilder und Projekte auf ihre Naturgefahrenverträglichkeit.

Notfallplanung

Mit der Notfallplanung «Rutschungen» in der Gemeinde Beckenried konnte als eine der letzten abgeschlossen werden. Mit den Notfallplanungen werden einheitliche und standardisierte Grundlagen für die Führungsstäbe und Einsatzorganisationen der Gemeinden und des Kantons geschaffen.

Walderhaltung und Waldwirtschaft

Die Landwirtschafts- und Umweltdirektion erteilte 4 Bewilligungen für Waldrodungen mit einer Fläche von insgesamt 2'156 m². Rodungsbewilligungen wurden erteilt für den Hochwasserschutz an der Engelbergeraas (505 m²), für einen Geschiebesammler in Oberrickenbach (520 m²), für die Erweiterung des Geschieberückhaltes beim Humligen- und Zälglibach in Wolfenschiessen (991 m²) sowie für die Verbreiterung des Alpweges Röten-Alpstubli auf der Klewenalp (140 m²).

Holzschlaggesuche stellten 29 Privatwaldeigentümer für eine Nutzungsmenge von 2'312 m³ Holz (ohne die Holzschläge, die im Rahmen von bewilligten Schutzwaldprojekten ausgeführt wurden).

Die Holzerlöse für Stammholz/Sagholz stiegen gegenüber dem Vorjahr leicht an. Die Erlöse für Energieholz blieben konstant. Um die Holzerntekosten decken zu können, sind die Holzerlöse zu tief. Ein Anreiz für vermehrte Holzerei besteht daher nicht.

2013 wurden insgesamt 15'975 Bäume gepflanzt. 50 % der Pflanzen waren Pionierholzarten (Erlen, Weiden, HeckenSortimente), die zum Zweck der Bodenstabilisierung und Bodenverbesserung gepflanzt wurden.

Die Waldungen im Reservat Naswald zeichnen sich durch seltene, artenreiche Waldgesellschaften und durch gute Lebensräume für Amphibien, Reptilien, Libellen, Vögel und totholzbewohnende Tierarten aus. 2013 wurde ein

Monitoring der vorhandenen Naturwerte als Ersterhebung durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass im Naswald sehr seltene Libellen und holzbewohnende Käferarten vorkommen. Das natürliche, felsig-buchtige Naturufer bildet einen ausgezeichneten Lebensraum für die Geisterlibelle. Im Totholz des Naswaldes wurden 35 verschiedene Käferarten gefunden. Als «Urwaldrelikt» konnte der sehr seltene Altholz-Randplattkäfer gefunden werden. Geplant ist, das Monitoring in rund 15 Jahren zu wiederholen, um die Veränderung der Naturwerte dokumentieren zu können.

Forstschutz

Neobioten machen dem Wald zu schaffen. Dies sind Organismen, die sich in einem Gebiet etablieren, in dem sie zuvor nicht heimisch waren. So bildet beispielsweise der Sommerflieder in einigen Wäldern nach Holzschlägen grosse und dichte Bestände. Dadurch wird die natürliche Waldverjüngung mit einheimischen Gehölzarten zusehends verdrängt oder behindert.

Zur Sorge Anlass gibt auch die Eschenwelke. Es handelt sich um eine Pilzinfektion. Die Befallsherde und die Intensität der Eschenwelke haben deutlich zugenommen. Es werden vorwiegend Eschenjungwüchse befallen. Der Pilz kann aber auch die Zweige in den Kronen von alten Eschen befallen und diese erheblich schädigen.

Seit dem Sommer 2012 beschäftigt der Asiatische Laubholzbockkäfer die nationalen und kantonalen Pflanzenschutzdienste. Der Käfer befällt verschiedene Laubbäume und Sträucher und kann sie binnen kurzer Zeit zum Absterben bringen. Es handelt sich um einen meldepflichtigen, besonders gefährlichen Schadorganismus. Erste Funde in der Schweiz sind bestätigt (Winterthur). Bei einer Ausbreitung des Käfers besteht die Gefahr, dass er im Wald, in Parkanlagen und in landwirtschaftlichen Obstkulturen grosse wirtschaftliche und ökologische Schäden anrichtet. Im Berichtsjahr ging beim Amt für Wald und Energie eine Verdachtsmeldung ein. Die Überprüfung ergab, dass es sich glücklicherweise um eine andere, unschädliche Käferart handelt.

Subventionsprojekte

Nachfolgende forstliche Subventionsprojekte konnten 2013 mit einer Schlussabrechnung administrativ und finanziell abgeschlossen werden:

Projekt	Trägerschaft	Laufzeit	Kosten	Beiträge
Schutzwaldprojekt Dallenwil	Korporation Dallenwil	2003–2013	CHF 3.1 Mio.	CHF 2.14 Mio.
Steinschlagschutz Bürgenstockstrasse	Tiefbauamt Nidwalden	2012–2013	CHF 449'000	CHF 157'000
Sanierung Ronenmattligraben	Gemeinde Dallenwil	2012–2014	CHF 390'000	CHF 207'000
Steinschlagschutz Hüetleren	Korporation Ennetbürgen	2013–2014	CHF 50'000	CHF 20'000

Folgende forstlichen Projekte wurden 2013 genehmigt und erhielten Zusicherungen für Kantons- und Bundesbeiträge:

Projekt	Trägerschaft	Laufzeit	Kosten	Beiträge
Kanton inkl. Bund				
Steinschlagschutz Hüetleren	Korporation Ennetbürgen	2013–2014	CHF 55'000	CHF 22'000
Schutzwaldprojekt Dallenwil	Korporation Dallenwil	2014–2023	CHF 3.1 Mio.	–
Schutzwaldprojekt Dallenwil	Korporation Dallenwil	2014–2015	CHF 391'000	CHF 271'000

Aus- und Weiterbildung des Forstpersonals

Im Auftrag des kantonalen Berufsbildungsamtes Nidwalden und des Kantons Obwalden übt das Amt für Wald und Energie die Lehraufsicht über die Forstwärte aus. Insgesamt wurden in beiden Kantonen über 30 Lehrverträge beaufsichtigt.

Öffentlichkeitsarbeit

Der kantonale Forstdienst leitete 19 Veranstaltungen mit rund 650 Teilnehmern zu den Themen Forstwirtschaft und Waldarbeiten, Wald als Lebensraum sowie Schutzwaldpflege und Naturgefahren. Schwerpunkte bildeten auch dieses Jahr wiederum die diversen Waldtage mit Schulklassen.

Energiefachstelle

Die Nachfrage nach Förderbeiträgen zur rationellen Energienutzung sowie zur Nutzung von erneuerbaren Energien ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Über 50 % der Förderbeiträge wurden für Anschlüsse an ein Fernwärmenetz in Beckenried ausbezahlt. Die Korporation Beckenried hat ein neues Fernwärmenetz mit einer Länge von 7.2 km gebaut, das von einer Holzschnitzelheizung mit einer Leistung von 2 MW betrieben wird. Es konnten 72 Anschlüsse an dieses Fernwärmenetz gefördert werden, vorwiegend als Ersatz von bestehenden Öl und Elektroheizungen. Total wurden CHF 530'620 Förderbeiträge ausbezahlt (2012: CHF 242'810). Beiträge wurden ausgerichtet an 73 Anschlüsse an Fernwärmenetze, an den Bau von 11 Holzheizungen (bei Heizungssanierungen), die Installation von 17 Sonnenkollektoranlagen, der Ersatz von 12 Elektroheizungen, sowie der Ersatz von 8 Ölheizungen durch Grundwasser- oder Erdwärmepumpen. Die Massnahmen bringen eine Einsparung von jährlich 770 t CO₂, womit ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität geleistet werden kann. Mit den Fördergeldern konnte ein Investitionsvolumen von rund CHF 5.5 Millionen ausgelöst werden, was vorwiegend dem regionalen Gewerbe zu Gute kam.

Bund und Kantone starteten 2010 das Gebäudeprogramm, welches zehn Jahre dauert. Jährlich stehen CHF 133 Millionen aus der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für die Sanierung von Gebäudehüllen zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden für 52 Gebäudesanierungen Beiträge von total CHF 828'000 zugesichert (2012: 53 Sanierungen, CHF 665'000).

Zu verschiedenen Projekten für die Sanierung oder den Neubau von Wasserkraftwerken wurden Stellungnahmen verfasst (Ambauenwehr, Hostettenwehr, Choltalbach, Träschlibach).

Kantonal konzessionierte Luftseilbahnen und Skilifte

Die Luftseilbahnen werden jährlich von der Kontrollstelle des Interkantonalen Konkordates für Seilbahnen und Skilifte (IKSS) technisch kontrolliert, die Skilifte alle 2 Jahre. Allfällige Mängel werden dem Betreiber gemeldet und sind innert Frist von ihm zu beheben.

Luftfahrthindernisse

Bei der Meldestelle für Luftfahrthindernisse, dem Amt für Wald und Energie, sind 13 temporäre und 1 permanente Neuanlage sowie 3 Demontagen von Seilanlagen gemeldet worden.

2.5.3.4 Amt für Umwelt

Luft

Immissionsmessungen

Der Basisleistungsauftrag Immissionsmessungen 2012 bis 2015 der Zentralschweizer Kantone mit der Innet-Monitoring AG hat für die Periode 2014/2015 aus Spargründen eine Reduktion des Messnetzes um eine Messstation vorgesehen. Basierend auf einer Nutzwertanalyse hat man sich innerhalb der AGR Luft auf die Ausserbetriebnahme der Messstation Tuggen SZ geeinigt. An diesem Standort wurde in Zusammenarbeit mit OSTLUFT alle 2 Jahre alternierend mit der Station Rapperswil gemessen.

Zustand der Luft

Aufgrund der Reduktion der Messstationen liegen am früheren Messort Stans für das Berichtsjahr keine Ozon- und Feinstaub-Werte vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich diese im Vergleich zu den Vorjahren nicht wesentlich verändert haben. In den Vorjahren kam es zu teilweise erheblichen Überschreitungen der Ozon-Grenzwerte. Die Feinstaubbelastung lag jeweils im Bereich des Jahresgrenzwertes.

Beim Stickstoffdioxid wurde aus Spargründen nur noch an den 2 Stationen in Hergiswil weiter gemessen. An den übrigen Stationen werden Messungen für die nächsten Jahre ausgesetzt. In Hergiswil wird weiterhin gemessen, da im Verlauf der letzten Jahre ein Anstieg der Messwerte über den Jahresgrenzwert festgestellt wurde. Es wird vermutet, dass der Grund eine veränderte Situation beim Kirchenwaldtunnel ist. Darum wurden durch das Bundesamt für Strassen ASTRA zusätzlich 8 weitere Passivsammler entlang und im Querprofil zur Autobahn finanziert. Damit soll die Ausbreitung der Schadstoffe im Dorf Hergiswil beobachtet und überwacht werden. Sobald für alle 10 Messstationen ein Jahresmittelwert vorliegt, wird die Belastungssituation analysiert und gegebenenfalls entsprechende Massnahmen ergriffen.

Die Luftqualität (Luftmessnetz) wurde weiterhin zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen im in-LUFT Messnetz überwacht. Die Resultate wurden zweimal in einem ZUDK-Newsletter publiziert. Die aktuellen Messresultate sowie die Berichte sind zudem unter www.in-luft.ch erhältlich.

Emissionsbegrenzung / Massnahmenplan

Aufgrund der übermässigen Luftbelastung müssen die Kantone Massnahmenpläne erarbeiten. Zurzeit ist der zweite gemeinsame Zentralschweizer Massnahmenplan in der Umsetzung. Die Partikelfilterpflicht für dieselbetriebene Baumaschinen und die Einführung und Harmonisierung der Kontrolle der kleinen Holzfeuerungen sind umgesetzt. Derzeit wird die Partikelfilterpflicht für stationäre dieselbetriebene Maschinen umgesetzt.

Abfall**Abfall- und Deponieplanung**

Der Kehrrichtverwertungsverband Nidwalden hat per 1. Januar 2014 ein neues Abfall- und Gebührenreglement beschlossen. Damit wird neu eine verursachergerechte Mengengebühr («Sackgebühr») eingeführt. Damit kann eine der prioritären Massnahmen der Abfall- und Deponieplanung umgesetzt werden.

Auf der Deponie Cholwald konnte mit dem Einbau einer Sohlenabdichtung die Deponie 4 für die Aufnahme von belastetem Bodenaushub und Klärschlammasche vorbereitet werden. Die Klärschlammasche wird im Hinblick auf eine zukünftige Rückgewinnung des Phosphors in einem separaten Kompartiment abgelagert.

Belastete Standorte**Kugelfang-Sanierungen von Schiessanlagen**

Im Berichtsjahr wurden Abgeltungen für die Sanierung der natürlichen Kugelfänge (25 m- und 50 m-Anlage) des Pistolenschiessstands Teufmoos, Hergiswil, ausbezahlt. Der Kanton hat sich mit CHF 27'259 an den Sanierungskosten (50 % der Ausfallkosten der Gemeinde) beteiligt. Der natürliche Kugelfang der 300 m-Schiessanlage Halti wurde im Zusammenhang mit einem Bauvorhaben teilsaniert. Die Bundes- und Kantonsbeiträge werden erst nach Abschluss der Gesamtsanierung beantragt werden.

Untersuchung von belasteten Standorten

Im Jahr 2013 wurde die Siedlungsabfalldeponie Schürmatt aufgrund einer anstehenden Umzonung untersucht. Die Altlastenvoruntersuchung hat gezeigt, dass es sich um einen belasteten Standort ohne Überwachungs- oder Sanierungsbedarf handelt. Bund und Kanton werden sich finanziell an den Untersuchungen beteiligen.

NIS (nichtionisierende Strahlung)

Umverteilungen von Sendeleistungen

Im Hinblick auf die LTE-Technologie (Long Term Evolution) haben im vergangenen Jahr bei bestehenden Anlagen Umverteilungen der Sendeleistungen stattgefunden. Die Umverteilung der Sendeleistung erfolgte im Rahmen der Vollzugsempfehlung des BAFU und stellt keine Änderung im Sinn der NISV (Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung) dar. Zur Überprüfung werden Kanton und Gemeinde jeweils mit dem revidierten Standortdatenblatt bedient.

Störfallvorsorge

Risikokataster

Im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) wurde der Risikokataster aktualisiert. Im Kanton Nidwalden befinden sich aktuell 5 Betriebe, welche aufgrund der Lagermengen an Chemikalien oder Sonderabfällen der Störfallverordnung unterliegen. Bei keinem dieser Betriebe sind schwere Schädigungen für die Bevölkerung oder die Umwelt infolge von Störfällen zu erwarten.

Gewässerschutz

Restwassersanierungen

Kraftwerk Rotzloch am Melbach

Die Restwassersanierungsmassnahmen wurden im Januar 2013 durch den Regierungsrat verfügt und sind rechtskräftig. Das Bauprojekt zur Erneuerung der Wasserfassung und der Druckleitung wurde 2013 gestartet.

Wasserkraftanlagen des Gemeindewerkes Beckenried

Die Sanierung der Fassungen des Gemeindewerkes Beckenried am Lielibach und Mühlebach ist noch ausstehend. Das Gemeindewerk Beckenried ist beauftragt, entsprechende Restwasserabklärungen auf eigene Kosten durchzuführen. Die Abklärungen müssen bis spätestens Ende 2016, also zeitgleich mit den abgeschlossenen Projektierungsarbeiten Kraftwerk Choltalbach, vorlie-

gen. Im Lielibach wurde ab Anfang April 2013, zwischenzeitlich im Einvernehmen mit dem Amt für Umwelt, der Fachstelle für Jagd und Fischerei sowie dem Gemeindewerk Beckenried, eine provisorische Dotierung von 15 l/s bei der Fassung Lielibach eingerichtet.

Strategische Planungen «Revitalisierungen» sowie «Schwall-Sunk»

Der Kanton ist nach der revidierten Gewässerschutzgesetzgebung des Bundes verpflichtet, bis Ende 2014 strategische Planungen für die Revitalisierung der Gewässer sowie die Verhinderung bzw. Beseitigung der negativen Auswirkungen der Wasserkraft wie z.B. Schwall-Sunk (kurzfristige künstliche Änderungen des Wasserabflusses in einem Gewässer) zu erstellen.

Für die Revitalisierungsplanung führte das Amt für Umwelt im Jahr 2013 weitere Analysen durch und erstellte einen Planungsbericht, der weiteren kantonalen Fachstellen sowie den Gemeinden zur Vernehmlassung unterbreitet wurde.

Der Zwischenbericht zur strategischen Planung Schwall-Sunk wurde bis Mitte 2013 fertiggestellt, dem Kantonalen Elektrizitätswerk bzw. der Kraftwerke Engelberger AG vorgestellt und anschliessend eingereicht. Gemäss Stellungnahme des BAFU wurden alle wesentlichen Aspekte aufgegriffen und behandelt, sodass für die Erarbeitung des Schlussberichts bis Ende 2014 nur noch einzelne Ergänzungen nötig sind.

Tankanlagen

Aufgrund des weiterhin anhaltenden Aufschwungs von Wärmepumpen gab es auch im Jahr 2013 nur wenige neue Tankanlagen zu bewilligen.

Kantonsbeiträge an Abwasseranlagen der Gemeinden und Verbände

Im Jahr 2013 zahlte der Kanton den Gemeinden und Verbänden keine Beiträge an Abwasseranlagen aus. Eine Beitragszusicherung in der Höhe von CHF 34'500 an die Gemeinde Buochs bleibt noch offen. Diese letzte altrechtliche Zusicherung verfällt Ende 2017.

> siehe Grafik im Tabellenteil: «Kantonsbeiträge an öffentliche Abwasseranlagen seit 1966»

Abwasserreinigungsanlagen (ARA)

Die 3 zentralen Abwasserreinigungsanlagen in Buochs, Hergiswil und Stans erfüllen mit wenigen Ausnahmen die gesetzlich geforderte Reinigungsleistung. Insbesondere aufgrund des Bevölkerungswachstums sowie zur Behebung der Grenzwertüberschreitungen sind Sanierungs- und Ausbaumassnahmen erforderlich.

Die Realisierung des stufenweisen Ausbaus der ARA Rotzwinkel schreitet weiter voran. Die ersten 2 Bauetappen mit dem Umbau des Betriebsgebäudes, des Blockheizkraftwerks sowie der mechanischen Vorreinigung sind nahezu abgeschlossen. Als nächste Etappe folgt die Erneuerung der biologischen Reinigungsstufe. Die Planungsarbeiten für diese Etappe wurden vergeben.

Industrie- und Gewerbe

Im Rahmen der periodischen Kontrolle von grösseren umwelt- und abwasserrelevanten Betrieben wurden 13 Betriebe kontrolliert. Das Ergebnis ist erfreulich, mussten doch nur vereinzelte Betriebe einer Nachkontrolle unterzogen werden.

Die Kontrolle der Maler- und Auto-/Transportbetriebe erfolgte wiederum vollständig durch die entsprechenden Branchenverbände. Bei den Kontrollen wurden keine gravierenden Mängel festgestellt. Insgesamt wurden 8 Auto-/Transportbetriebe und 4 Malerbetriebe kontrolliert. Einzelne Transport- und Garagenbetriebe wurden mittels einer Stichprobenkontrolle durch das Amt für Umwelt nachkontrolliert. Aus den Erkenntnissen können dem Branchenverband der Auto-/Transportbetriebe Hinweise zur Verbesserung ihrer eigenen Kontrollen gegeben werden.

Wasserrecht

Nutzung von Umweltwärme (Wasser- / Erdsonden-Wärmepumpen)

Im Kanton Nidwalden gehören die Wärmepumpen auch im Jahr 2013 zu den wichtigsten Wärmeerzeugern. Die Anzahl Neuanlagen kann auf hohem Niveau gehalten werden. Per Ende 2013 waren 373 Erdsondenanlagen und 321 Grund- bzw. Seewasseranlagen in Betrieb. Mit der aus dem Erdinnern und dem Grundwasser gewonnenen Wärmeenergie können umgerechnet rund 10.4 Mio. l Heizöl pro Jahr eingespart werden. Zum Antrieb dieser Anlagen braucht es jährlich schätzungsweise 24.9 Mio. kWh elektrische Energie. Der Boom der Wärmepumpen ist ungebrochen und wird voraussichtlich 2014 auf diesem Niveau bleiben. Die Einnahmen des Kantons aus dem Wasserzins für Wasserwärmepumpen betrugen im Jahr 2013 rund CHF 83'500 (ohne einmalige Verleihungsgebühren und Einnahmen für weitere Brauchzwecke).

> siehe Grafik im Tabellenteil: «Einnahmen aus Wassernutzungsgebühren in den letzten 12 Jahren»

> siehe Grafik im Tabellenteil: «Entwicklung der Wärmepumpenanlagen in den letzten 12 Jahren»

Nutzung von Seegebiet

Im Berichtsjahr wurden 13 wasserrechtliche Bewilligungen bzw. Verleihungen erneuert oder neu erteilt. Für die geplante Erweiterung der Bootshafenanlage Rütenen (Beckenried) wurde ein Grundsatzentscheid gefällt. Damit dieser Ausbau überhaupt möglich wurde, musste zuerst die Handhabung des für den Kanton Nidwalden zur Verfügung stehenden freien Standplatzkontingentes angepasst werden. Wenn alle geplanten und heute mit einem Grundsatzentscheid zugesicherten Hafenanlagen realisiert werden, ist das Standplatzkontingent für den Kanton Nidwalden ausgeschöpft. Es besteht nur noch eine kleine Reserve für private Einzel-Standplätze.

Bei den Bauarbeiten für den Ausbau des Bootshafens Buochs wurde die Aussenmole fertiggestellt. Mit den landseitigen Arbeiten für den Innenhafen mit den Wohnungen und dem Betriebsgebäude wurde begonnen.

Die Einnahmen des Kantons aus den Nutzungsentschädigungen für das Seegebiet (Hafenanlagen, Bootshäuser und -plätze, Stege usw.) sind im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben, da die Verleihungserneuerungen flächenmässig keine Veränderungen auslösten. Sie liegen bei rund CHF 600'000.

Nutzungsentschädigungen für die Sand- und Kiesausbeutung

Die Kiesausbeutung vor Beckenried durch die WABAG Kies AG hat gegenüber dem Vorjahr um zirka 20 % zugenommen. Vor Stansstad wurde der Abbau durch die Holcim Kies und Beton AG im Jahr 2013 eingestellt. Gegenüber dem Vorjahr ging das Abbauvolumen dort nochmals um zirka 7 % zurück. Dies ist hauptsächlich bedingt durch das vorzeitige Abbauende per Ende Oktober 2013.

Die gesamthafte Kiesausbeutung 2013 aus dem Nidwaldner Teil des Vierwaldstättersees hat trotz dem frühzeitigen Abbauende in Stansstad gegenüber dem Jahr 2012 wieder um zirka 7.6 % zugenommen.

Die gesamten Einnahmen aus dem Kiesabbau belaufen sich für 2013 auf rund CHF 864'000. Die Einnahmen des Kantons aus der Kiesausbeutung haben gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 64'000 zugenommen.

> siehe Grafik im Tabellenteil: «Einnahmen aus Wassernutzungsgebühren in den letzten 12 Jahren»

> siehe Grafik im Tabellenteil: «Konzessionierte Sand- und Kiesausbeutung aus öffentlichen Gewässern in den letzten 12 Jahren»

Öffentlichkeitsarbeit

Im März wurde ein Info-Blatt zum Thema Umweltverträglichkeitsprüfung (UVB), im Juli eines zum Thema Geschichte der Luft-Schadstoffüberwachung im Kanton Nidwalden und in der Zentralschweiz herausgegeben.

Das interaktive Ausstellungstool «Ruhe-Insel» befand sich am 3. und 4. Mai 2013 in Stans und setzte dort einen Kontrapunkt im öffentlichen Raum: 2 Strandkörbe standen symbolisch für Ruhe und Entspannung und dienten gleichzeitig als Stationen für ein sinnliches Hörerlebnis. Im Info-Zelt konnten die Passanten mit dem Lärmrechner ihr eigenes Lärmprofil ermitteln und sie wurden eingeladen, ihre eigenen Ruheoasen auf einer Umgebungskarte zu markieren. So wurden die «Ruhe-Inseln» im Raum Nidwalden sichtbar gemacht. Des Weiteren konnte bei der Hörberatung Amplifon das Gehör getestet werden.

Eine weitere Wanderausstellung mit dem Titel «Was fliegt da in der Luft?» war vom 17. bis 19. Oktober 2013 im Einkaufszentrum Länderpark Stans zu Gast. In einer ebenfalls interaktiven Ausstellung der Zentralschweizer Umweltdirektionen und des Kantons Aargau wurde anschaulich dargestellt, wie unser Alltagsverhalten mit der Luftbelastung durch Feinstaub und Ozon zusammenhängt. BesucherInnen hatten es in der Hand, die Lebensqualität einer Familie interaktiv zu beeinflussen, indem sie mit einfachen Alltagsentscheidungen die Luftqualität verbesserten oder verschlechterten. Bei den Alltagsentscheidungen ging es um Fragen des Mobilitätsverhaltens, des Feuerns und Heizens und des Konsumverhaltens. Organisiert wurden beide erwähnten Ausstellungen durch das Amt für Umwelt in Zusammenarbeit mit natur & umwelt ob- nidwalden. Beide Ausstellungen wurden von mehreren Schulklassen unter Betreuung der Lehrpersonen und des Amts für Umwelt besucht.

2.5.4 Vernehmlassungen an den Bund

Landwirtschafts- und Umweltdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Anhörung zur Teilrevision der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen (VPeA)	Nr. 242 vom 16. April 2013	Zustimmung
Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet	Nr. 243 vom 16. April 2013	Grundsätzliche Zustimmung für zweite Gotthardröhre, Forderung nach flankierende Massnahmen zum Schutz vor Lärm und Schwerverkehr
Anhörung zur Änderung der Energieverordnung (EnV): Neufestlegung des Zuschlages gemäss Art. 15b des Energiegesetzes (EnG)	Nr. 307 vom 7. Mai 2013	Zustimmung
Änderung des Gentechnikgesetzes und der Koexistenzverordnung	Nr. 308 vom 7. Mai 2013	Grundsätzliche Zustimmung; klare Deklaration erforderlich
Entwurf Merkblatt «Gewässerraum und Landwirtschaft» der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz sowie der Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren	Nr. 385 vom 4. Juni 2013	Beantwortung Fragebogen
Totalrevision der Kernenergiehaftpflichtverordnung	Nr. 444 vom 25. Juni 2013	Zustimmung
Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen der Agrarpolitik 2014–2017	Nr. 445 vom 25. Juni 2013	Beantwortung Fragebogen
Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA)	Nr. 478 vom 2. Juli 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Verzicht auf Stellungnahme betreffend grenzüberschreitenden Verkehr
Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung von Artikel 48 Abs. 2 bis Lwg und Artikel 45a TSG	Nr. 559 vom 20. August 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Revision der Verordnung über die Rückgabe und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG)	Nr. 594 vom 3. September 2013	Zustimmung
Ergänzung des Waldgesetzes im Rahmen der Umsetzung Waldpolitik 2020	Nr. 595 vom 3. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; gesetzliche Grundlage für künftig zu erwartende Klimaänderungen erwünscht
Anhörung zur Änderung der Energieverordnung (EnV) und Herkunftsnachweisverordnung (HKNV). Herkunftsnachweise, kostendeckende Einspeisevergütung, Energieetikette, Strafbestimmungen	Nr. 596 vom 3. September 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»	Nr. 658 vom 24. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Anträge zu einzelnen Bestimmungen
Parlamentarische Initiative Recordon. Frist für die Sanierung belasteter Standorte	Nr. 659 vom 24. September 2013	Zustimmung
Aktionsplan Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz. Informelle Konsultation	Nr. 743 vom 29. Oktober 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung (SEFV)	Nr. 788 vom 12. November 2013	Zustimmung
Aktualisierung von Anhang 12 des Agrarabkommens CH/EU	Nr. 789 vom 12. November 2013	Verzicht auf Stellungnahme
Änderung der Energieverordnung (EnV)	Nr. 832 vom 26. November 2013	Zustimmung
Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem / Varianten eines Energielenkungssystems	Nr. 873 vom 10. Dezember 2013	Zustimmung mit Beantwortung des Fragebogens



2.6 Gesundheits- und Sozialdirektion

2.6.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Gesundheits- und Sozialdirektion (GSD) organisiert im Kanton die Bereiche Gesundheit und Soziales und ist für den Vollzug der entsprechenden Gesetzgebung von Bund und Kanton zuständig. Der Direktionsvorsteherin steht das Direktionssekretariat als Stabsstelle zur Verfügung. Für den Vollzug sind das Direktionssekretariat (teilweise), das Gesundheitsamt, das Sozialamt sowie das Amt für Asyl und Flüchtlinge zuständig. Der Direktion sind das Kantonsspital Nidwalden (inkl. Luzerner Kantonsspital gemäss Projekt LUNIS), die Ausgleichskasse Nidwalden, das Laboratorium der Urkantone (Kantonschemiker und Kantonstierarzt), die Kantonsapothekerin (Urkantone und Glarus) sowie die Stiftung Weidli Stans zugewiesen. Die Direktion übt die Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) aus.

Jahr in Zahlen

- 11 Gesetzgebungen in Überarbeitung
- 28 erteilte Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachpersonen
- 16 Inspektionen durch die Kantonsapothekerin
- 2'262 ausserkantonale hospitalisierte Nidwaldnerinnen und Nidwaldner
- 155 ausserkantonale Heimplatzierungen

Personalbestand

Gesundheits- und Sozialdirektion (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Direktionssekretariat	3.8	–	3	–
Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	5.9	–	5.9	2
Gesundheitsamt	1	–	1.8	–
Sozialamt	23.6	–	23.6	–
Amt für Asyl und Flüchtlinge	10	–	10.45	–

2.6.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
3/f	Legislaturziel Anpassung der Gesetzgebung im Sozialbereich an die aktuelle Entwicklung	
	Jahresziel Totalrevision Sozialhilfegesetz SHG: Revidierte Gesetzesvorlage kann am 1.1.2015 in Kraft treten	Ziel erreicht Die Gesetzesvorlage konnte in die externe Vernehmlassung gegeben werden. Gemäss Zeitplan ist das Inkrafttreten am 1.1.2015 realistisch.
	Jahresziel Neues Betreuungsgesetz kann am 1.1.2014 in Kraft treten	Ziel erreicht Die Gesetzesvorlage konnte in die externe Vernehmlassung gegeben werden. Gemäss Zeitplan ist das Inkrafttreten am 1.1.2015 realistisch. Sozialhilfegesetz und Betreuungsgesetz müssen zum gleichen Zeitpunkt in Kraft treten.
3/g	Legislaturziel Konkretisierung der LUNIS-Zusammenarbeit	
	Jahresziel Realisierung von drei Zusammenarbeitsprojekten LUKS/KSNW	Ziel erreicht – Adipositas-Chirurgie: Einbindung KSNW in LUKS-Lösung (zusätzlicher Umsatz KSNW und Reduktion der zeitweise überlasteten LUKS-Infrastrukturen). – Brustzentrum Zentralschweiz: Anbindung KSNW an LUKS-Brustzentrum zu besonderen LUNIS-Konditionen. – Neue konsiliarische Tätigkeiten im KSNW: LUKS bietet KSNW verstärkte Unterstützung in den Bereichen Onkologie und Gastroenterologie an.
3/h	Legislaturziel Neubeurteilung der Versorgung von Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung	
	Jahresziel Entscheid: Versorgung der psychisch Kranken inner- oder ausserkantonale	Ziel teilweise erreicht Bedarf für Wohnplätze für Menschen mit einer psychischen Erkrankung ist ermittelt. Für die Realisierung von Betreuungsplätzen wird die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Stans gesucht.
3/j	Legislaturziel Zuständigkeit gemäss NFA im Heim- und Betreuungswesen wird konsolidiert	
	Jahresziel Teilprojekt Individueller Betreuungsbedarf (IBB) der Zentralschweizer Kantone wird gemäss Projektauftrag vom 21. Juni 2012 der ZGSDK umgesetzt (betrifft B-Bereich = erwachsene Behinderte)	Ziel teilweise erreicht Infolge personeller Engpässe bei der Projektleitung (Kanton Luzern) wurde die Umsetzung des Projekts aufgeschoben. Eine Wiederaufnahme der Arbeiten ist für 2014 geplant. Für den Kanton Nidwalden erwachsen daraus keine Nachteile.
4/c	Legislaturziel Konsolidierung der neuen Abteilung Gesundheitsförderung und Integration	
	Jahresziel Integration: Weitere Arbeit an der Entwicklung der «kantonalen Strategie Integration 2014–2017» gemäss Vorgaben des Bundes	Ziel erreicht Das kantonale Integrationsprogramm liegt vor und wurde vom Bundesamt für Migration genehmigt.
	Jahresziel Gesundheitsförderung: Weitere Umsetzung von Teilprojekten aus dem Alkoholaktionsplan vom März 2012	Ziel erreicht Es wurden Konzepte zu verschiedenen Projekten, Massnahmen, Richtlinien und zur Zusammenarbeit mit regionalen, kantonalen und nationalen Partnern erstellt. Die Dialogwoche Alkohol – ein durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) initiiertes Projekt – sowie diverse Projekte an den Schulen wurden durchgeführt.
4/d	Legislaturziel Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen der Amtsvormundschaft mit der neuen Erwachsenen- und Kinderschutzbehörde (KESB)	
	Jahresziel Die Prozesse der Zusammenarbeit zwischen der neuen KESB und der Amtsbeistandschaft sind definiert und umgesetzt	Ziel erreicht Trotz starkem Anstieg der Fallzahlen bei der KESB konnten Schnittstellen mit der Amtsbeistandschaft geklärt und die Zusammenarbeit laufend optimiert werden. Zurzeit ist bei der Amtsbeistandschaft kein Anstieg der Fälle zu verzeichnen. Dies spricht für eine sorgfältige Zusammenarbeit.

2.6.3 Tätigkeiten der Ämter

2.6.3.1 Direktionssekretariat

Funktionsbeschreibung

Das Direktionssekretariat GSD ist als Stabsstelle für die Geschäftsabwicklung der Direktion verantwortlich. Es organisiert und koordiniert die Regierungsrats- und Landratsgeschäfte sowie die inner- und ausserkantonale Zusammenarbeit der Direktion. Das Direktionssekretariat ist Ansprechpartner für alle selbständigen Anstalten, in denen die Direktion in der Aufsicht tätig ist. Es managt den Spitalbereich und ist für zahlreiche Controllingaufgaben zuständig. Es ist Verbindungsstelle im Heimbeibragswesen und stellt die Ansprechperson im Behindertenbereich.

Koordinationsaufgaben

Folgende der Gesundheits- und Sozialdirektion zugewiesenen selbständigen Anstalten und Institutionen erstellen eigene Jahresberichte: Kantonsspital Nidwalden (KSNW), Ausgleichskasse Nidwalden (AKN), Laboratorium der Urkantone, Stiftung Weidli Stans. Alle Geschäfte und Anträge dieser Anstalten und Institutionen, die dem Regierungsrat oder Landrat vorgelegt werden müssen, laufen über das Direktionssekretariat GSD und werden durch dieses vor- oder aufbereitet.

Luzerner-Nidwaldner-Spitalregion bzw. Spitalversorgung (LUNIS)

Die Führung aus einem Guss durch 2 personell identische Spitalräte und einen CEO mit einem Spitaldirektor vor Ort hat sich sehr bewährt und entfaltet die Wirkung mehr und mehr. Mehrere Projekte wurden vertieft oder neu realisiert. Das Kantonsspital Nidwalden (KSNW) wurde bei der Adipositas-Chirurgie in die Lösung des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) eingebunden. Das KSNW konnte so zusätzlichen Umsatz generieren, wohingegen das LUKS die zeitweise überlasteten Infrastrukturen (Operationssäle und Bettenstation) etwas entlasten konnte. Das LUKS baute ein Brustzentrum Zentralschweiz auf, wobei das KSNW von besonderen LUNIS-Konditionen profitiert.

Das LUKS seinerseits ist froh um die Zuweisung komplexer Fälle. Periodisch werden auch neue konsiliarische Tätigkeiten des LUKS im KSNW geprüft. Neu bietet das LUKS im KSNW verstärkte Unterstützung in den Bereichen Onkologie und Gastroenterologie an. Mit Hochdruck arbeiteten im Berichtsjahr mehrere Arbeitsgruppen bei der Spitäler an der Harmonisierung der Anstellungsbedingungen und der IT-Infrastruktur. Die personell identischen Spitalräte LUKS und KSNW werden noch vor Mitte 2014 über das weitere Vorgehen in diesen Bereichen befinden.

Gesetzgebungs-Revisionen

Die GSD war im Berichtsjahr von 11 Revisionen von Gesetzgebungen (Gesetze und Verordnungen) betroffen. Am 9. Juni 2013 befürwortete die Nidwaldner Bevölkerung mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 58.24 % die Änderung des kantonalen Krankenversicherungsgesetzes. Gegen die Gesetzesvorlage hatten die SP und die Grünen Nidwalden das Referendum ergriffen. Mit dieser Teilrevision wurde die Anspruchsberechtigung für Prämienverbilligung neu geregelt, dies insbesondere beim Selbstbehalt und beim anrechenbaren Reinvermögen. Am 4. September 2013 genehmigte der Landrat die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes im Bereich Direktzahlungen der Prämienverbilligung an die Versicherer. Der Regierungsrat verabschiedete die kantonale Ergänzungsverordnung.

Spitalwesen

Auf den 1. Januar 2012 trat die neue Spitalfinanzierung in Kraft. Wichtige Punkte sind die leistungsbezogenen Fallpauschalen, die neue Spitalplanung, die freie Spitalwahl ohne Zusatzversicherung sowie die Gleichstellung der Privatspitäler mit den öffentlich-rechtlichen Spitälern. Mit der neuen Spitalfinanzierung muss der Wohnkanton bei allen stationären Behandlungen einen finanziellen Beitrag leisten. Die Höhe des Anteils der finanziellen Beteiligung legt der Landrat jährlich fest. Dieser betrug für das Berichtsjahr 47 % (2012: 45 %). Für das Jahr 2013 mussten für 3'217 stationäre Behandlungen im Kantonsspital Nidwalden (KSNW) CHF 12.726 Mio.

(2012: CHF 12.050 Mio.) gezahlt werden. Die Ausgaben für das Jahr 2013 für ausserkantonale Behandlungen betrugen CHF 13.944 Mio. (2012: CHF 11.155 Mio.). Das Luzerner Kantonsspital (LUKS) ist mit einem Anteil von 43.9 % (2012: 43.1 %) am Gesamtaufwand der ausserkantonalen stationären Behandlungen klar die Nummer eins für Zentrumsleistungen. Es liessen sich im Berichtsjahr 2'262 Nidwaldnerinnen und Nidwaldner (2012: 1'858 Patientinnen und Patienten) in ausserkantonalen Spitälern behandeln.

Soziale Einrichtungen

Im Kanton Nidwalden werden beeinträchtigte Personen durch die Stiftung Weidli Stans und die Wohngemeinschaft Brisenblick betreut. Im Jahre 2013 nutzten 131 Nidwaldnerinnen und Nidwaldner die unterschiedlichen Betreuungsangebote beider Einrichtungen. Der Kanton Nidwalden beteiligte sich mit CHF 7.920 Mio. (2012: CHF 7.677 Mio., ohne Beiträge an die Wohngemeinschaft Brisenblick) an der Finanzierung dieser Angebote. Der Kanton ist auch im Heimbereich in hohem Mass von ausserkantonalen Leistungserbringern abhängig. Im Berichtsjahr lernten, wohnten und/oder arbeiteten 155 Personen (2012: 159 Personen) in ausserkantonalen Einrichtungen inkl. Sonderschulen. Für das Rechnungsjahr beteiligte sich der Kanton Nidwalden gestützt auf die Heimbeitrags- und Sozialhilfegesetzgebung mit total CHF 7.082 Mio. (2012: CHF 7.007 Mio.) an der Finanzierung von ausserkantonalen Betreuungsangeboten.

Individuelle Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

Gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung richten die Kantone Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen Prämienverbilligungen aus. Für untere/mittlere Einkommen sind zudem die Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung um mindestens die Hälfte zu verbilligen. Mit dem Vollzug ist die Ausgleichskasse Nidwalden betraut. Im April 2013 wurden 11'874 (Vorjahr: 11'889) Steuerpflichtige informiert. Bis zum Einreichungsdatum gingen 11'416 Gesuche (Vorjahr: 11'580) ein. Da in den Anmeldungen nicht nur al-

leinstehende Steuerpflichtige, sondern auch Ehepaare und Kinder enthalten sind, mussten die Daten von 20'534 Personen EDV-mässig verarbeitet werden. Rund 81 % der Anmeldungen konnten gutgeheissen werden, 18 % wurden abgewiesen und 1 % sistiert (keine definitiven Steuerzahlen vorhanden). Es wurde ein Gesamtbetrag von CHF 18.37 Mio. (Vorjahr: 17.7 Mio. Fr.) ausgerichtet.

Psychiatrie Obwalden/Nidwalden

Die Psychiatrie Obwalden/Nidwalden (PONS) am Kantonsspital in Sarnen stellt die (teil)-stationäre psychiatrische Grundversorgung der beiden Kantone sicher. In Ergänzung zu den privaten Anbietern stehen ambulante Behandlungsangebote für Erwachsene und Kinder zur Verfügung. Die Kleinräumigkeit der Versorgungsregion und die Angliederung an das Akutspital bieten Gewähr für ein umfassendes, integriertes sowie gemeindenahes Leistungsangebot. Im Berichtsjahr 2013 erhöhte sich die Auslastung der PONS im teilstationären und ambulanten Bereich. Nach einem Einbruch im 2012 ist die Steigerung in der Tagesklinik besonders markant. Mit 2'137 Anwesenheitstagen erhöhte sich die Auslastung um 37.9 % gegenüber dem Vorjahr (Fälle: 44 %). Ein stetiges Wachstum verzeichnet das Ambulatorium. Im Bereich der Erwachsenen wurden 5'146 Konsultationen (+3.7 %) durchgeführt. Bei den Kindern und Jugendlichen waren es 1'046, was einer Steigerung von fast einem Drittel entspricht (30.6 %). Der stationäre Bereich war mit 8'050 Pflgetagen (-4,1 %) bzw. einer Bettenbelegung von 88 % dagegen leicht rückläufig (Vorjahr 92 %). In einem Masterplan wurde die Strategie der Psychiatrie Obwalden/Nidwalden für die Jahre 2013–2017 festgelegt. Dabei wird von einer insgesamt steigenden ambulanten, teilstationären sowie stationären Nachfrage ausgegangen, der mit einem massvoll wachsenden Angebot entsprochen wird. Es sollen auch die stationären Kapazitäten ausgebaut werden.

2.6.3.2 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Die KESB erstellt einen eigenen Jahresbericht zu Händen der Gesundheits- und Sozialdirektion.

2.6.3.3 Gesundheitsamt

Funktionsbeschrieb

Das Gesundheitsamt vollzieht die Gesetzgebung im Gesundheitsbereich. Die Mehrzahl der Gesetze wird bereits auf Bundesebene geregelt und dann auf kantonaler Ebene umgesetzt.

Das Gesundheitsamt ist verantwortlich für die Alterspolitik und die Pflegefinanzierung. Es stellt die Zusammenarbeit mit dem Labor der Urkantone (Kantonschemiker und Kantonstierarzt) und der Kantonsapothekerin sicher. Diese unterstützen zusammen mit dem Kantonsarzt das Gesundheitsamt in sämtlichen medizinischen und gesundheitspolitischen Fragen.

Alterspolitik

Der Auditprozess, bei dem sämtliche Alters- und Pflegeheime erstmals auditiert worden waren, konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die Pflegeheimliste konnte aktualisiert und verabschiedet werden. Neu wurde die maximale Anzahl der Pflegebetten auf 406 (vorher 381) erhöht. Bei den Alters- und Pflegeheimen konnte das Taxberechnungsverfahren erstmals auf Basis der neuen Rechnungslegungsrichtlinien der Alters- und Pflegeheime für den Kanton Nidwalden erfolgen. Die Tarifgestaltung der spitalexternen Krankenpflege für das Jahr 2013 verlief erfolgreich. Es wurde eine neue Kurzeinsatzpauschale geschaffen. Diese soll helfen, ab 2014 die finanziell wenig attraktiven Kurzeinsätze adäquat abzugelten. Im Herbst 2013 erhielt das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (OBSAN) von der Gesundheits- und Sozialdirektion den Auftrag, bis ins Jahr 2035 statistische Grundlagen zur Pflegeheimplanung zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Studie werden in die zukünftige Pflegeheimplanung fliessen.

Aufsicht über die Berufe und Institutionen im Gesundheitswesen

2013 wurden 28 Gesuche (Vorjahr 33) bewilligt, dazu kamen weitere 27 Bewilligungen (Vorjahr 0) für 90-Tage Dienstleister.

Der Bund hat auf den 1. Juli 2013 die Zulassungsbeschränkung für Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte, die zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung tätig sein können, wieder eingeführt. Den Kantonen wurde bei der Umsetzung aber ein grosser Handlungsspielraum zugestanden. Der Kanton Nidwalden hat die Zulassungsbeschränkung auf die Spezialärztinnen und -ärzte sowie die Zahnärztinnen und Zahnärzte beschränkt.

Kantonsarzt

Im Jahr 2013 wurde wiederum die Infektion mit Campylobakter mit 52 Meldungen am häufigsten gemeldet. Mit 31 Meldungen lagen Chlamydien-Infektionen in der Häufigkeit an zweiter Stelle. Bei den sexuell übertragbaren Krankheiten musste in diesem Jahr eine neue HIV-Infektion registriert werden, zudem wurden 8 Fälle einer Gonorrhoe und eine Syphilis gemeldet. Eine Hepatitis B wurde 7-mal und eine Hepatitis C 4-mal laborchemisch diagnostiziert. Als Besonderheit wurde eine Jakob Kreuzfeld-Erkrankung entdeckt, welche durch weitere Untersuchungen nach dem Todesfall bestätigt werden musste. Es traten eine Meningokokkenmeningitis sowie 2 Fälle einer Legionellose auf. Ein einzelner Fall eines Masernverdachts wurde gemeldet, eine serologische Bestätigung erfolgte jedoch nicht.

Heilmittelkontrolle – Kantonsapothekerin

Im Berichtsjahr kam es zu keinen aussergewöhnlichen Vorfällen oder Aufgaben im kantonalen Heilmittelvollzug. Die Alltagsgeschäfte wie telefonische und schriftliche Auskünfte zu diversen Heilmittelfragen, Betäubungsmittelentsorgung aus den Arzneimittel-Detailabgabestellen sowie Schriftwechsel zu illegalen Einfuhren von Arzneimitteln aus dem Ausland bewegten sich im Umfang der Vorjahre. Periodische Betriebskontrollen durch die Kantonsapothekerin wurden in 16 Betrieben

durchgeführt und zwar in 7 Arztpraxen, 7 Zahnarztpraxen sowie 2 Alters- und Pflegeheimen.

2.6.3.4 Sozialamt

Funktionsbeschreibung

Auf dem Sozialamt laufen alle Fäden der verschiedenen öffentlichen und privaten Anbieter von Sozialhilfe zusammen. Das Sozialamt übernimmt Aufgaben der Koordination und Vernetzung, der Planung sowie der Kontrolle. Für die ganze Bevölkerung Nidwaldens führt das Sozialamt folgende Beratungsstellen: Alimenteninkasso, Amtsvormundschaft, Suchtberatung, Bewährungshilfe, Jugend- und Familienberatung, Schulsozialarbeit, Sozialdienst sowie Gesundheitsförderung und Integration.

Das Jahr in Zahlen

- Das Sozialamt führte 2013 insgesamt 1'547 Fälle (exkl. Schulsozialarbeit)
- Dies entspricht fast genau den Fallzahlen des Vorjahres (1'542)
- Eine Steigerung der Fallzahlen hat die Schulsozialarbeit zu verzeichnen. In diesem Fachbereich stiegen die Fälle von 311 im Jahr 2012 auf 497 im Jahr 2013

Sozialplanung

Heim- und Betreuungswesen

Seit Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008 sind die Kantone verantwortlich für die bisher vom Bund ausgerichteten Finanzmittel für den Bau, die Ausstattung und den Betrieb von Wohnheimen sowie Werk- und Tagesstätten für erwachsene Menschen mit Behinderungen. Die Kantone haben damit die Pflicht übernommen, bedarfsgerechte Angebote für die Betreuung behinderter Menschen sicherzustellen. Die Zentralschweizer Kantone führten im Berichtsjahr das Projekt zur gemeinsamen Bedarfserhebung und Angebotsplanung im Behindertenbereich wei-

ter. Ziel des Projektes ist es, den Betreuungsbedarf individuell zu erheben und eine gewisse Vergleichbarkeit der Institutionen zu ermöglichen. Die Projektleitung liegt beim Kanton Luzern. Infolge personeller Engpässe in Luzern wurde im Berichtsjahr die weitere Umsetzung des Projekts verzögert. Da der Kanton Nidwalden bloss über 2 Behinderteneinrichtungen verfügt, führt die Projektverzögerung zu keinen Nachteilen bzw. Mehrkosten.

Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung

Am 1. Januar 2013 ist das neue Kinderbetreuungsgesetz (NG 764.1) in Kraft getreten. Damit werden die Beiträge von Kanton und Gemeinden an die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter geregelt. Mit dem Gesetz konnten gute erste Erfahrungen gemacht werden. Von den Gemeinden wurde einzig kritisiert, dass die Entscheidungskompetenz über die Beitragszahlung beim Gemeinderat liege und nicht an kommunale Sozialkommissionen delegiert werden könne. Dies sei zu aufwendig und müsse bei einer späteren Revision geändert werden.

Häusliche Gewalt

Die Zentralschweizer Fachgruppe Häusliche Gewalt erarbeitete Grundlagen, um die Zusammenarbeit im Bereich häusliche Gewalt zwischen den Kantonen zu verstärken. Mittels gemeinsamer Leistungsvereinbarung mit der Beratungsstelle Agredis, Luzern, steht für die Zentralschweizer Kantone ein Beratungsangebot für gewaltausübende Personen und deren Angehörigen zur Verfügung. Verglichen mit anderen Kantonen sind die Beratungszahlen im Kanton Nidwalden auch gegenüber den Vorjahren auf gleichem Niveau eher tief geblieben.

Sozialhilfegesetzgebung / Betreuungsgesetz

Im Berichtsjahr wurde weiter an der Totalrevision der Sozialhilfegesetzgebung und am neuen Betreuungsgesetz gearbeitet. Die Vorlage konnte Anfang Dezember in die externe Vernehmlassung gegeben werden. Ziel ist es, die Gesetzgebung zu vereinfachen und insbesondere im Bereich der Heimfinanzierung mehrere heute geltende Erlasse in einem Gesetz zusammenzufassen und sämtliche

Betreuungsarten in gleicher Form zu finanzieren. Im Sozialhilfegesetz werden die Instrumente zur Missbrauchs- bekämpfung differenzierter ausformuliert.

Schweizerische Sozialhilfestatistik 2012

Da die Auswertung der Schweizerischen Sozialhilfestatistik erst jeweils im Herbst des Folgejahres vorliegt, beziehen sich diese Angaben auf das Jahr 2012. Damals bezogen 364 Nidwaldnerinnen und Nidwaldner Sozialhilfe (Vorjahr 370). Trotz leichtem Rückgang der Bezüger stieg aufgrund des höheren Anteils von Einzelpersonen die Anzahl der betreuten Dossiers um 4 % auf 229 Dossiers (Vorjahr 220). Insgesamt blieb die Sozialhilfequote im Vergleich zum Vorjahr mit 0.9 % konstant. Seit dem Erhebungsbeginn der Sozialhilfestatistik im Jahr 2005 hat der Kanton Nidwalden die tiefste Sozialhilfequote der Schweiz. Der Anteil der Alleinerziehenden lag in Nidwalden bei rund 23 % und ist somit vergleichbar mit Luzern und Obwalden. Knapp die Hälfte aller unterstützten Personen über 18 Jahren (49.4 %) besass keine berufliche Ausbildung.

Kantonale Sozialhilfestatistik

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Gesamtausgaben der Gemeinden für die wirtschaftliche Sozialhilfe von CHF 2'494'175 auf 2'619'151 (+5 %). Diese Mehrkosten wurden einerseits durch eine erneute Erhöhung der Zahlungen an andere Kantone für Nidwaldner Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) verursacht (CHF 702'151). Andererseits sind auch die Kosten für die wirtschaftliche Sozialhilfe, welche an Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons ausbezahlt wurde, von CHF 1'845'448 auf CHF 1'966'668 (+6,6 %) gestiegen. Positiv beeinflusst wird das Gesamtergebnis durch persönliche Rückerstattungen und Nachzahlungen der Sozialversicherungen im Umfang von CHF 595'252 (Vorjahr: CHF 274'897).

In den Gesamtausgaben sind – wie in den Vorjahren – auch die Beiträge der Gemeinde an Kindertagesstätten und Tagesfamilien von insgesamt CHF 405'712 enthalten. Da sich diese Zahlungen seit 1. Januar 2013 auf das neue

Kinderbetreuungsgesetz abstützen, wird dieser Betrag künftig separat ausgewiesen und nicht mehr unter der Sozialhilfestatistik aufgeführt werden.

Im Berichtsjahr wurden mit CHF 592'731 für 108 Kinder die Unterhaltsbeiträge bevorschusst. Die Alimentenkassostelle konnte davon CHF 274'764 bei den Unterhaltspflichtigen erfolgreich zurückfordern. Die Nettoausgaben für die Alimentenbevorschussung bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Zusammenarbeit und Information

Sozialkommission

Die kantonale Sozialkommission traf sich im Berichtsjahr zu 3 Sitzungen und widmete sich schwergewichtig folgenden Themen: Revision der Sozialhilfegesetzgebung, Evaluation des neuen Kinderbetreuungsgesetzes, Regelungen in der Sozialhilfe sowie Besprechung diverser sozialpolitischer Themen.

Arbeitsgruppe Krisenintervention

Die Arbeitsgruppe hat zum Ziel, die Zusammenarbeit bei Kriseninterventionen im häuslichen oder schulischen Umfeld laufend zu optimieren. Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindebehörden, der Polizei, der Psychiatrie, der Justizbehörden, des Schulpsychologischen Dienstes, des Amtes für Asyl und Flüchtlinge sowie des Sozialamtes treffen sich zweimal jährlich zu einem Fachaustausch.

Kantonale Sozialkonferenz

An der Sozialkonferenz trafen sich zum Thema «Das Potenzial der Vielfalt – Herausforderungen und Chancen für die heutige Gesellschaft» rund 90 Personen. 3 Referate beleuchteten die Vielfalt aus verschiedenen Perspektiven. Ein Podium mit Gästen aus Wirtschaft und Verwaltung ging den Fragen nach, wie der Vielfalt in der Gesellschaft und in Betrieben begegnet werden kann.

Leistungsverträge mit privaten Institutionen

Aids Hilfe Luzern

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 7 telefonische und 20 persönliche Beratungen/HIV-Schnelltests mit Personen aus dem Kanton Nidwalden durchgeführt. Bei den Beratungszahlen ist zu bemerken, dass die Aids Hilfe eine beträchtliche Anzahl von anonymen Beratungen verzeichnet, welche keinem Kanton zugeordnet werden können. Zudem führte die Aids Hilfe Luzern an den Schulen Stans und Hergiswil 2 Veranstaltungen durch.

ELBE – Verein Ehe- und Lebensberatung LU, OW und NW, Luzern

Im Jahr 2013 hat die elbe zu Ehe- und Lebensberatung 19 Falldossiers geführt. Das sind 18 Neumeldungen und 1 Falldossier aus dem vergangenen Jahr. Bezüglich Schwangerschaftsberatung führte die Stelle 2013 insgesamt 4 Falldossiers. Die Anliegen der Ratsuchenden bezogen sich primär auf die Begleitung bei ungeplanter Schwangerschaft und auf rechtliche Fragen. Im Bereich Präventionsarbeit führte das elbe-Team 2013 an 15 Schulklassen der ORST 30 Unterrichtseinheiten durch zu Verhütung, das erste Mal, Infektionskrankheiten und sexuelle Orientierung.

FABIA – Fachstelle Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern, Luzern

Die Informations- und Triagestelle der FABIA wurde von Personen aus Nidwalden folgendermassen genutzt: 29 (Vorjahr 50) Beratungskontakte. Die Zielgruppen setzten sich wie folgt zusammen: 83 % Migrant/innen, 14 % Privatpersonen Schweizer/innen, 3 % Vereine/Gruppen. Die Website www.integration-zentralschweiz.ch wurde im Berichtsjahr gepflegt; rund 34 Angebote sind offen für Personen aus dem Kanton Nidwalden, wovon die meisten Angebote ausserhalb Nidwaldens angeboten werden. Am 16. Oktober 2013 wirkte die FABIA mit bei der Gestaltung der Sozialkonferenz Nidwalden. Eine zentrale Dienstleistung der FABIA sind die Deutsch- und Integrationskurse.

kontaktstelle arbeit obwalden/nidwalden

Seit 2011 sind sowohl die Verteilung der Geschlechter als auch die Herkunft annähernd gleich geblieben. Erneut zugenommen hat der Anteil angemeldeter junger Erwachsener zwischen 18 und 25 Jahren (2010: 8 %, 2013: 20 % der Klientinnen und Klienten). Wird die geringere Anzahl Jahrgänge dieser Altersgruppe in der Statistikerfassung berücksichtigt, handelt es sich bei den 18- bis 25-jährigen um die aktuell am stärksten in der Kontaktstelle Arbeit OW/NW vertretenen Jahrgänge. Mit insgesamt 31 Festanstellungen im ersten Arbeitsmarkt konnte an die guten Ergebnisse der vorangegangenen Jahre angeknüpft werden.

Pro Senectute – für das Alter

Gemäss Leitungsauftrag mit dem Kanton Nidwalden setzte sich Pro Senectute Nidwalden in den Bereichen Sozialberatung, Hilfen zu Hause, Bildung und Kultur, Sport und Bewegung sowie Gemeinwesenarbeit für die Würde und die Lebensqualität älterer Menschen im Kanton ein. In allen Bereichen fanden viele Anlässe und Kurse statt. In der Sozialberatung war ein Anstieg der Hilfesuchenden feststellbar. Der demographische Wandel zeigt auf, dass die Anzahl betagter und hochbetagter Menschen zunimmt. Im 2013 wurde ein besonderes Augenmerk auf die Solidarität und Unterstützung von und zwischen den Seniorinnen und Senioren gelegt. Mit dem Aufbau einer SeniorInnendrehzscheibe wurde ein Netzwerk für soziale Kontakte und gegenseitige Unterstützung geschaffen.

SPUNTAN – Notaufnahme (NOA) und Begleitetes Wohnen (BW) für Jugendliche

Die Notaufnahme für Jugendliche und junge Erwachsene in akuten Krisensituationen war im Jahr 2013 während 576 Tagen von 9 Jugendlichen ein- oder mehrfach belegt. Sie waren im Durchschnitt 16.5 Jahre alt. Mit 32 Anfragen (inkl. telefonische Kriseninterventionen und Abklärungen) wurde SPUNTAN wiederum häufig als erste Anlaufstelle kontaktiert. Bei 9 Fällen erfolgte nach vorgängigem Gespräch eine Aufnahme. Das Begleitete Wohnen mit längerfristigen Platzierungen von Jugendlichen oder

jungen Erwachsenen war im 2013 während 631 Tagen insgesamt von 3 Frauen und 1 Mann (alle aus Nidwalden) belegt. Ihr Durchschnittsalter betrug 18.5 Jahre.

traversa – Netzwerk für Menschen mit einer psychischen Erkrankung

Am 31. Dezember 2013 lebten 3 Personen aus dem Kanton Nidwalden (1 Frau und 2 Männer) in den von traversa gemieteten Wohnungen. Die 3 Wohnungen befinden sich alle im Kanton Nidwalden. Insgesamt wurden im Jahr 2013 5 Personen regelmässig begleitet. 1 Person, welche in einer Wohnung in Luzern wohnte, ist im Oktober nach einer schweren Operation gestorben. 1 Person, welche in einer Wohnung in Obwalden wohnte, ist im Oktober in eine stärker begleitete Wohnform von traversa übergetreten. Sie wird im Januar 2014 wieder in eine Einzelwohnung von traversa einziehen.

Pro Infirmis – die Organisation für behinderte Menschen

Im Jahr 2013 haben insgesamt 64 Klientinnen und Klienten aus Nidwalden die Sozialberatung der Pro Infirmis Luzern, Ob- und Nidwalden in Anspruch genommen. Für das Jahr 2013 wurden Geldleistungen in der Höhe von CHF 69'018 an Personen in Nidwalden ausgezahlt. Bereits 4 Personen aus Nidwalden nutzten die Dienstleistung Begleitetes Wohnen. Insgesamt 2 Familien konnten vom Entlastungsdienst der Pro Infirmis profitieren.

Sozialberatung und Existenzsicherung

Sozialdienst

Im Berichtsjahr führte der Sozialdienst insgesamt 602 Fälle. Gegenüber dem Vorjahr (564 Fälle) kam es somit zu einer effektiven Fallzunahme von knapp 7 %. Trotz der höheren Fallbelastung und einer kleinen Zunahme der Neuzugänge (259; Vorjahr 255) konnten im Berichtsjahr deutlich mehr Fälle (277) als im Vorjahr (221) abgeschlossen werden. Die Hilfe des Sozialdienstes wurde auch im vergangenen Jahr mehrheitlich wegen finanziellen Problemen (72 %) in Anspruch genommen. Mit Hilfe des Sozialdienstes erlangten rund 44 % aller finanziell unterstützten Fälle innerhalb des Berichtjahres wieder die

selbständige Existenzsicherung. Bei rund 20 % aller geprüften Fälle bestand kein Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe. In der indirekten wirtschaftlichen Sozialhilfe wurden die Hilfesuchenden mit Budgetberatung (58 %), Schuldensanierung (37 %) und Einkommensverwaltung (4 %) unterstützt. Im Rahmen der persönlichen Sozialhilfe wurde die Beratung mehrheitlich aufgrund von Beziehungsproblemen in Familie und Partnerschaft (73 %) notwendig. Im Rahmen der Pflegekinderaufsicht wurden im Berichtsjahr Pflegeverhältnisse von 17 Kindern sowie 15 bewilligungspflichtige Institutionen beaufsichtigt. Im Weiteren wurden 7 Abklärungen für eine Pflegeplatzbewilligung und 4 Abklärungen für eine bewilligungspflichtige Institution vorgenommen. Ein Antrag für eine Pflegeplatzbewilligung wurde zurückgezogen. Im Rahmen des Adoptionswesens wurden im Berichtsjahr 2 neue Dossiers eröffnet und 4 Adoptionen vollzogen. Per Ende 2013 sind 7 Dossiers in Bearbeitung, wovon es sich bei 1 Dossier um eine genehmigte Pflegeplatzbewilligung mit einer vormundschaftlichen Massnahme für eine zukünftige Adoption handelt.

Alimenteninkasso

Im Fachbereich Alimenteninkasso stiegen die Fallzahlen im Jahr 2013 leicht an. Im Berichtsjahr wurden 223 Dossiers bearbeitet (Vorjahr 210). Insgesamt wurden im Berichtsjahr 190 Kinder und 41 Erwachsene bei der Durchsetzung ihrer Unterhaltsansprüche unterstützt. Die Gesamtforderung, für welche die Hilfe des Alimenteninkasso beansprucht wurde, sank im Vergleich zum Vorjahr von CHF 2'027'939.20 auf 1'948'555.60. Davon entfielen rund 76 % auf Unterhaltsansprüche von Kindern. Die Rücklaufquote konnte im Vergleich zum Vorjahr erneut um rund 10 % erhöht werden und ist mit rund 76 % sehr hoch.

Berufsbeistandschaft und Bewährungshilfe

Berufsbeistandschaft

Die Entwicklung der Fallzahlen bei der Berufsbeistandschaft entspricht – mit leicht abgeschwächter Tendenz – dem Bild der letzten Jahre. 2013 wurden insgesamt 435 Mandate geführt. Gegenüber dem Vorjahr betrug

die Abnahme somit 1.8 %. Dabei nahmen die Mandatsführungen im Kindesschutz um 21 % (38 Mandate) und jene im Erwachsenenschutz um 5 % (10 Mandate) ab. Die freiwillige Rechtshilfe nahm um 53 % (40 Mandate) zu. Im mehrjährigen Vergleich war im Segment der Kleinkinder (0–6 Jahre) eine Zuwachsrate von 27 % (40 Mandate) und bei den Erwachsenen (31–60 Jahre) eine Erhöhung der Fallzahlen um 4 % (3 Mandate) feststellbar. In den übrigen Alterssegmenten waren die Zahlen um 15 % rückläufig (40 Mandate). Die Zahl der Einzelbuchhaltungen nahm um 1 % auf 246 Dossiers, im mehrjährigen Vergleich jedoch um 25 % zu. Die Bewährungshilfe hat im Berichtsjahr 9 strafrechtliche Mandate geführt und im Rahmen der Sozialberatung im Straf- und Untersuchungsgefängnis Stans 26 inhaftierte Personen betreut.

Jugend, Familie und Sucht

Jugend- und Familienberatung

Im Berichtsjahr führte die Jugend- und Familienberatung 154 Beratungsdossiers. Gegenüber dem Vorjahr (194 Dossiers) ist in den Bereichen Erziehungsberatung und Abklärung Kindesschutz ein Rückgang der Beratungsnachfrage zu verzeichnen. Die Tatsache, dass die Schulsozialarbeit inzwischen von 6 Nidwaldner Schulen in Anspruch genommen wird, wirkt sich entlastend auf die Jugend- und Familienberatung aus. Mit der Neuorganisation des Vormundschaftswesens und der Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) endete die Zusammenarbeit mit den Nidwaldner Gemeinden im Kindesschutz; dies nicht nur in der konkreten Abklärung einer akuten Kindeswohlgefährdung, sondern auch in der Beratung der Gemeinden zu Fragen im Kindesschutz. Die Jugend- und Familienberatung leistete im Betriebsjahr 42 in der Statistik nicht erfasste einmalige Klientinnen- und Klientenberatungen sowie Beratungen von anderen Institutionen oder Behörden.

Suchtberatung

Die Suchtberatung führte im Berichtsjahr insgesamt 114 Dossiers. Die Anzahl der Klientinnen und Klienten blieb

gegenüber dem Vorjahr (116 Dossiers) konstant. Auch in diesem Jahr organisierte die Suchtberatung im Rahmen des Forums Suchtmedizin Innerschweiz (FOSUMIS) 2 Veranstaltungen für Ärztinnen und Ärzte sowie für Apothekerinnen und Apotheker.

Schulsozialarbeit

Im Frühling 2012 konnten den Schulleitungen die Ergebnisse der im Herbst 2011 mittels einer standardisierten schriftlichen Befragung an den Schulen Beckenried, Buochs, Hergiswil und Stansstad durchgeführten Standortbestimmung zur Schulsozialarbeit präsentiert werden. Die Schulsozialarbeit erhielt sehr gute Noten. Sie verfügt über eine hohe Akzeptanz bei Schüler- und Lehrerschaft. Die Schulsozialarbeit bearbeitete im Berichtsjahr insgesamt 497 Dossiers (Vorjahr 311).

Gesundheitsförderung und Integration

Integrationsförderung

Integrationsprogramm 2014–2017: Das kantonale Integrationsprogramm 2014–2017 mit diversen spezifischen Integrationsmassnahmen wurde konkretisiert und fertig gestellt. Der Regierungsrat genehmigte es Ende Juni, so dass Mitte Oktober mit dem Bundesamt für Migration eine Vereinbarung der Integrationsförderung für die Jahre 2014–2017 unterschrieben werden konnte.

Gesundheitsförderung und Suchtprävention im Bereich Gemeinden

Aktionsplan Alkohol: Der kantonale Aktionsplan Alkohol 2012–2017 ist seit einem Jahr in der Umsetzung. Es wurden Konzepte zu verschiedenen Projekten, Massnahmen und Richtlinien sowie zur Zusammenarbeit mit regionalen, kantonalen und nationalen Partnern erstellt.

Es fanden Austauschtreffen der kantonalen Echogruppe «Gemeinden handeln» zum Thema Suchtprävention in den Gemeinden statt. Dabei wurde das von Radix (Schweizer Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und Prävention) geleitete nationale Programm «Die Gemeinden handeln! Ein nationales Programm für eine kohärente Prävention 2013–2015» vorgestellt. Mit Stans

und Beckenried nehmen 2 Gemeinden an diesem gemeindeorientierten Präventionsprogramm teil.

Das Netzwerk Jugendschutz-zentral mit den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden prüfte verschiedene Optionen zur jugendgerechteren Erneuerung der Materialien und der gemeinsamen Webseite. In Zusammenarbeit mit dem «Blauen Kreuz» wurden Monitoring-Testkäufe geplant und koordiniert, die in verschiedenen Gemeinden mit geschulten Jugendlichen durchgeführt wurden.

Der Kanton Nidwalden wirkt bei der Entwicklung eines nationalen Evaluationstools mit, damit die Alkoholpräventionsmassnahmen im Kanton überprüft werden können.

Powerwoche

Auch 2013 stiess die Powerwoche – eine Aktivitäten-Woche für Mädchen und Knaben ab der ersten Oberstufe – auf grosses Interesse. Fast dreihundert Workshop-Anmeldungen wurden verzeichnet.

Gesundheitsförderung im Alter

Im Berichtsjahr wurde das Projekt «Gsund und zwäg is Alter in Stansstad» gestartet. Für die Projektleitung konnte die Pro Senectute Nidwalden gewonnen werden.

Lebensqualität in der Gemeinde

Mit dem Projekt «Underwäx» wurde Stans für seine langfristig angelegte Entwicklung, Umsetzung und Verankerung von Gesundheitsförderung und Prävention national gewürdigt und zusammen mit 7 weiteren Gemeinden als gesunde Gemeinde ausgezeichnet.

Gesundheitsförderung und Prävention im Bereich Schule

Das Suchtpräventionsprogramm «Freelance» wurde weiter bekannt gemacht; auch wurden die nötigen Materialien den Lehrpersonen bereit gestellt. Ebenso wurden vermehrt Schulen bei der Durchführung von Elternbildungsveranstaltungen zur Förderung der Medienkompetenz ihrer Kinder beraten. Wiederum haben sich mehr als dreissig Schulklassen der sechsten Klasse bis zur dritten Orientierungsstufe erfolgreich am Experiment Nichtrau-

chen beteiligt. In Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst und der Abteilung Jugend Familie Sucht, resp. Schulsozialarbeit wurden schulinterne Lehrpersonenfortbildungsveranstaltungen in 3 Schulgemeinden zum Thema Früherkennung und Frühintervention durchgeführt. Am Kollegium wurde zum Thema Mobbing eine Analyse mit Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern erarbeitet.

2.6.3.5 Amt für Asyl und Flüchtlinge

Asylbewerber

Anfangs 2013 lebten im Kanton Nidwalden insgesamt 186 Personen mit Status N (Asylsuchende mit hängigem Asylgesuch) sowie Status F (vorläufig aufgenommene Ausländer). Bis Ende Dezember veränderte sich die Anzahl auf 172 Personen. Der grösste Zuwachs kam im Jahr 2013 aus den Ländern Syrien, Eritrea, Tibet, Sri Lanka und der Türkei. Das Amt für Asyl und Flüchtlinge verzeichnete im Jahr 2013 92 Eintritte (2012: 117 Eintritte) und 104 Aus- oder Übertritte (2012: 113 Aus- oder Übertritte). Gründe dafür waren: Freiwillige Rückkehr, Heirat, bewilligte Härtefallgesuche, Dublin-Verfahren oder Anerkennung als B- / F- Flüchtlinge. Auch im Jahr 2013 sind wiederum viele Asylsuchende untergetaucht.

Betreuung / Unterbringung

Die Betreuung findet in 3 Kollektivunterkünften statt (Asylzentrum Ennetmooserstrasse in Stans: 80 Plätze; Asylunterkunft Stansstadterstrasse in Stans: 27 Plätze und Asylunterkunft Rotzloch in Stansstad: 34 Plätze). Eine grosse Herausforderung ist nach wie vor die Betreuung, da Asylsuchende aus 18 verschiedenen Nationen und verschiedenen Religionen untergebracht werden müssen. Die meisten Personen sprechen nur ihre eigene Landessprache. Viele können weder lesen noch schreiben. Familien wurden vermehrt in Privatunterkünfte verlegt. Einen grossen Aufwand stellen die «Dublin-Fälle» dar, d.h. Personen werden aus den Unterkünften abgeholt und in Ausschaffungshaft genommen, um sie anschliessend in jenen Staat auszuschieffen, in welchem sie bereits vorgän-

gig ein Asylgesuch gestellt hatten. In den meisten Fällen ist das nach wie vor Italien.

Flüchtlinge mit Status B und F (Aufenthaltsbewilligung)

Die Zahl der zu betreuenden Flüchtlinge mit Status B ist im Berichtsjahr von 68 auf insgesamt 69 Personen und im Bereich der Personen mit Status F von 2 auf 9 Personen angestiegen. Die mit Abstand grösste Personengruppe bilden wie auch in den letzten Jahren Menschen aus Eritrea, gefolgt von Personen aus der Türkei, Sri Lanka und dem Iran. Ferner stammen die Flüchtlinge aus Syrien, Somalia oder China. Nach wie vor verfügen viele dieser Personen über eine schlechte Schulbildung respektive über keine Berufslehre. Zumeist fehlt es den Flüchtlingen an Deutschkenntnissen, aber auch an Erfahrung im Berufsleben in der Schweiz. Dies sind nur 2 der zahlreichen Gründe dafür, dass das Erlernen der deutschen Sprache und die berufliche Integration nebst der sozialen Integration die zentralen Pfeiler im Integrationsprozess darstellen. Als Grundlage des Integrationsprozesses werden zwischen den einzelnen Flüchtlingen und dem Amt für Asyl und Flüchtlinge Integrationsvereinbarungen unterzeichnet. Nach dem im Jahr 2010 eingeführten Case Management-Prinzip werden die Klientinnen und Klienten in der Folge vom Amt begleitet und unterstützt, aber auch gefordert. So konnten einerseits alle ihre Deutschkenntnisse verbessern, andererseits konnten sich auch zahlreiche Personen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren und teilweise dadurch ihre Selbständigkeit erlangen.

Flüchtlinge mit Status C (Niederlassungsbewilligung)

Die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge mit Status C ist im Jahr 2013 von 18 auf 36 Personen angestiegen. Es sind ausserdem 4 Personen aus dem Kanton weggezogen. Eine Person ist nach insgesamt 12 Jahren Aufenthalt in Nidwalden in die Zuständigkeit der entsprechenden Gemeinde übergegangen. Die Personen mit einer Niederlassungsbewilligung stammen aus Eritrea, Sri Lanka, Usbekistan sowie aus der Türkei.

Um sowohl die Klientinnen und Klienten im B- und F-Bereich als auch jene im C-Bereich noch mehr in die Selbstständigkeit führen zu können, wurden ihnen weitere diverse Unterstützungsleistungen geboten wie beispielsweise Gespräche oder speziell den Bedürfnissen angepasste Informationsveranstaltungen.

Personen mit Nichteintretensentscheid NEE oder Negativentscheid

Im Laufe des Berichtjahres gab es 40 Personen, die einen NEE-Entscheid und 11 Personen, die einen Negativentscheid erhielten und aus der Schweiz weggewiesen wurden oder untergetaucht sind. Die Strukturen und die einfache Unterbringung dieser Personen haben sich bewährt.

Rückkehrberatung

In der Rückkehrberatungsstelle wird die freiwillige und pflichtgemässe Rückkehr sowie Wiedereingliederung von Asylsuchenden, von vorläufig Aufgenommenen und bei Bedarf auch von anerkannten Flüchtlingen in ihr Heimatland gefördert und nach den Vorgaben des Bundes umgesetzt. Zurzeit werden bei einer Rückreise aus dem Kanton nebst der individuellen Rückkehrhilfe noch 2 spezifische Länderprogramme angeboten (Tunesien und Guinea-Conakry). Die Anzahl Personen, die ein solches Angebot in Anspruch nehmen, ist zurzeit tendenziell rückläufig.

2.6.4 Vernehmlassungen an den Bund

Gesundheits- und Sozialdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz	Nr. 107 vom 19. Februar 2013	Ablehnung, insbesondere die Ergänzung von Art. 67
Parlamentarische Initiative. Rehabilitation administrativ versorgter Menschen	Nr. 108 vom 19. Februar 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Ablehnung der Regelung archivi-scher Verfahren in einem speziellen Bundesgesetz
Revision im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	Nr. 166 vom 12. März 2013	Beantwortung Fragebogen
Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV)	Nr. 167 vom 12. März 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Vernehmlassungsfristen sind zu knapp, um ein geordnetes Verfah-ren durchzuführen
Bundesgesetz über die Registrierung von Krebserkrankungen (Krebsregistrierungsgesetz, KRG)	Nr. 190 vom 20. März 2013	Grundsätzliche Begrüssung des Zwecks des Krebsregistergesetzes; Problematik bzgl. der Datenerhebung. Anpassungsanträge
Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» und indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung; KVG)	Nr. 326 vom 14. Mai 2013	Ablehnung
Teilrevision der Jodtabletten-Verordnung	Nr. 565 vom 20. August 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993	Nr. 588 vom 3. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Ergänzungen
Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, WFFV)	Nr. 620 vom 10. September 2013	Beantwortung Fragebogen
Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV, SR 832.102): Aufhebung der Ausnahme von der Versicherungspflicht für Dozierende und Forschende sowie Kostenbeteiligung bei Mutterschaft	Nr. 639 vom 17. September 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Teilrevision der Biozidprodukteverordnung	Nr. 671 vom 24. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; diverse Anträge zu einzelnen Artikeln
Entwurf zur Änderung des Asylgesetzes. Neustrukturierung des Asylbereichs	Nr. 672 vom 24. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Anmerkungen zu einzelnen Ausführungsbestimmungen
Änderungen der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsylV1), der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2), der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)	Nr. 673 vom 24. September 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Bemerkungen zu einzelnen Verordnungen
Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen Schweiz-EU im Bereich Chemikaliensicherheit (REACH)	Nr. 814 vom 19. November 2013	Zustimmung
Änderung der Tierseuchenverordnung, der Tierschutzverordnung und des Anhangs der Verordnung über das Informationssystem für den öffentlichen Veterinärdienst	Nr. 866 vom 10. Dezember 2013	Beantwortung Fragebogen
Teilrevision der Registerverordnung MedBG	Nr. 917 vom 17. Dezember 2013	Zustimmung

2.7 Volkswirtschaftsdirektion

2.7.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Volkswirtschaftsdirektion unterstützt die Betriebe im Kanton im Umgang mit den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gastgewerbe und anderen Bewilligungen (Mikroebene). Daneben unterstützt sie die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und die damit zusammenhängenden Standortfaktoren (Makroebene). Besondere Bedeutung kommt der Betreuung von arbeitslos gemeldeten Personen zu. Das Arbeitsinspektorat stellt die Arbeitssicherheit und den Vollzug des Arbeitsrechtes sicher. Die Wirtschaftsförderung kümmert sich um die Ansiedlung neuer Betriebe und die Betreuung ansässiger Unternehmungen durch neutrale Beratung und kundenspezifische Betreuung. Weiter gehören die Regionalpolitik und die Entwicklung des Tourismus zu deren Aufgabengebiet. Das Handelsregisteramt stellt die öffentliche Quelle für wirtschaftli-

che Informationen über die Unternehmen im Kanton dar. Als Vollstreckungsbehörde gemäss den einschlägigen Bestimmungen des Bundesrechtes über Schuldbetreibung und Konkurs dient das Betreibungs- und Konkursamt ebenfalls den Betrieben und der Öffentlichkeit des Kantons.

Jahr in Zahlen

- Im Jahresdurchschnitt wurden 235 Personen als arbeitslos registriert
- Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresschnitt 1 % (CH 3.2 %)
- Ende 2013 war noch ein Betrieb von Kurzarbeit betroffen
- Im Rahmen der Bestandespflege wurden 48 Unternehmungen besucht
- 6'322 Betreibungen und 143 Konkursöffnungen wurden erledigt
- Per 31.12.2013 waren im Handelsregister des Kantons Nidwalden insgesamt 4'714 Rechtseinheiten eingetragen

Personalbestand

Volkswirtschaftsdirektion (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Direktionssekretariat	1.9	–	1.9	–
Wirtschaftsförderung (inkl. ProWirtschaft und REV)	3.1	–	3.1	–
Arbeitsamt (inkl. Job-Vision, RAV und ALK)	32.5	–	30.3	–
Betreibungs- und Konkursamt	9	–	9.2 *	–
Handelsregisteramt	2.5	–	2.5	–

* davon 0.2 Stellen befristet

2.7.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/a	Legislaturziel Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen	
	Jahresziel Tourismusförderungsgesetz erarbeiten	Ziel erreicht Eine neue gesetzliche Grundlage wurde zusammen mit einer neuen Arbeitsgruppe erarbeitet und soll anfangs 2014 vom Regierungsrat zuhanden der dritten externen Vernehmlassung verabschiedet werden.
2/j	Legislaturziel Einführung neue Regionalpolitik (NRP)	
	Jahresziel Projektrealisation gemäss neuem Umsetzungsprogramm NRP	Ziel erreicht Das Umsetzungsprogramm 2012–2015 wurde erfolgreich weitergeführt. Weitere Projekte durften betreut und unterstützt werden.
2/m	Legislaturziel Förderung Arbeitsgebiet Flugplatz	
	Jahresziel Ansiedlung von wertschöpfungsstarken Unternehmen	Ziel erreicht Mit Abschluss der Steuerstrategie 2011+ wurden nochmals starke Unternehmen im Kanton angesiedelt.
2/n	Legislaturziel Bestandespflege und Neuansiedlungen innovativer KMU	
	Jahresziel Fortführung der Betriebsbesuche	Ziel erreicht Es durften wieder viele Unternehmen besucht werden. Es wurde an das Vorjahresniveau angeknüpft.
3/i	Legislaturziel Formulierung einer Strategie zur Entwicklung und Abstimmung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen	
	Jahresziel Vorbereitung der Strategie für 2014	Ziel teilweise erreicht Die Strategie 2011–2013 wurde fortgeführt und ausgebaut. Bestehende Unternehmen konnten gestärkt, Unternehmensentwicklungen begleitet und Standortbedürfnisse unterstützt werden. So konnten Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden.

2.7.3 Tätigkeiten der Ämter

2.7.3.1 Direktionssekretariat

Das Direktionssekretariat ist die Stabstelle der Volkswirtschaftsdirektion. Es bearbeitet in dieser Funktion verschiedene Projekte und übernimmt direktionsübergreifende Aufgaben. Es plant und koordiniert innerhalb der Direktion und ist für die Information innerhalb der Direktion und nach aussen verantwortlich. Im Rahmen des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Grundstückerwerbsgesetz) ist die Volkswirtschaftsdirektion beschwerdeberechtigte kantonale Behörde. Im abgelaufenen Jahr wurden 5 Bewilligungen oder Feststellungen der Nichtbewilligungspflicht überprüft (2012: 7). Gegen keine dieser Bewilligungen wurde eine Beschwerde geführt.

Projekte

DEMOCHANGE

Alle 4 Projekte wurden weiter bearbeitet und dies mit viel Erfolg, wie ein Austausch Ende 2013 zeigte:

Wohnen mit Zukunft – von der Familienwohnung zum Cluster:

Der Trägerverein «Wohnwandel Nidwalden», der Ende 2012 gegründet wurde, hat sein Ziel, altersgemischte Wohnformen in den Nidwaldner Gemeinden aufgrund der demografischen Veränderung durch eine intensive politische und gesellschaftliche Sensibilisierung langfristig voranzutreiben, verfolgt. In diversen Gemeinden konnte die Zielsetzung vorgestellt und die Gemeinden zu diesem Thema sensibilisiert werden. Tatsächlich ein Projekt zu realisieren wird die grosse Herausforderung für die Zukunft sein. Es ist nicht ganz einfach, Landflächen und Investoren zu gewinnen.

Altes Wissen neu beleben:

Der Tourismusverein Niederrickenbach hat zusammen mit der Luftseilbahn Dallenwil-Niederrickenbach in Zusammenarbeit mit dem Kloster Maria-Rickenbach das Zepter für dieses Projekt übernommen. Erste Kurse werden anfangs 2014 bereits durchgeführt. Weitere Informationen unter www.maria-rickenbach.ch

Der Natur und Kultur auf der Spur:

Die Arbeitsgruppe hat Exkursionsangebote zu den Themenbereichen Geschichte, Wasser, Alpwirtschaft und Pilgertum zusammengestellt und die Exkursionen getestet. Anfang 2014 sollen die ersten geführten Wanderungen ausgeschrieben und durchgeführt werden. Weitere Informationen dazu unter www.urspur.ch

Ausbildung im Gewerbe – attraktive Lehrstellen

Der Gewerbeverband Nidwalden hat zusammen mit dem Amt für Berufsbildung und Mittelschule den Lead zu diesem Projekt übernommen. Die operative Umsetzung wird im Frühjahr 2014 beginnen.

Die direktionsübergreifende Arbeitsgruppe hat sich ebenfalls getroffen und ausgetauscht.

Statistik

Die Umfrage Wirtschaftsbarometer (WIBARO) wurde wieder zweimal online durchgeführt. Durchschnittlich haben rund 75 % der befragten Nidwaldner Unternehmen den Fragebogen beantwortet. Die neusten Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Nidwaldner Wirtschaft weiter auf guten Beinen steht und nach wie vor gut ausgelastet ist. Erfreulicherweise zeigt sich dies durch alle Branchen.

Im Weiteren wurden diverse Anfragen zu statistischen Daten des Kantons beantwortet. Die Verantwortliche nahm an diversen Sitzungen der Organisationen DRSA (Konferenz Deutschschweizer Regionaler Statistischer Ämter) und Korstat (Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz) teil.

Wohn- und Eigentumsförderung

Die ausserordentliche Landsgemeinde vom 23. Oktober 1994 hat einem Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung zugestimmt. Der vom Landrat am 21. Dezember 1994 bewilligte Rahmenkredit für die Jahre 1995 und 1996 beträgt CHF 1.848 Mio. Hiermit sollten maximal 70 Wohnungen gefördert werden. Insgesamt erfolgten Zusicherungen für 37 Wohnungen mit einer Verbilligungsverpflichtung von total CHF 979'882. Der Kanton beteiligt sich mit einem Beitrag von 50 % an den Aufwendungen der Standortgemeinden. Per Ende 2013 sind insgesamt Beiträge von total CHF 536'085.25 ausbezahlt worden. Die Gemeinden haben sich mit 50 % daran beteiligt.

Zurzeit steht kein neuer Verpflichtungskredit zur Verfügung, so dass keine neuen Zusicherungen mehr abgegeben werden können. Der Bund sichert seit dem 01.01.2002 keine Bundeshilfe gestützt auf das Wohn- und Eigentumsförderungsgesetz mehr zu.

2.7.3.2 Arbeitsamt

Arbeitsmarkt

Die vom Bund dem Kanton Nidwalden zur Verfügung gestellten 9 Kontingente für Jahresbewilligungen und die 16 Kurzaufenthaltsbewilligungen für Personen von ausserhalb der EU/EFTA reichten erneut nicht aus. Die zusätzlich benötigten Kontingente wurden auf Gesuch hin vom Bundesamt für Migration zur Verfügung gestellt. Die Einhaltung der orts- und berufsüblichen Arbeitsbedingungen wird durch die tripartite Arbeitsmarktkommission (TAK) überwacht. Diese Kommission, welche für die Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden zuständig ist, traf sich im vergangenen Jahr zu 4 Sitzungen.

Die Vollzugsstelle der TAK hat im Kanton Nidwalden 47 Kontrollen vor Ort nach Artikel 7 Entsendegesetz durchgeführt. Bei 39 % der Kontrollen wurde kein Verstoss festgestellt, bei 25 % wurde eine Verwarnung ausgesprochen und bei rund 29 % der Fälle ist ein Entscheid noch ausstehend. Lediglich 7 % der kontrollierten Betriebe wurden gebüsst.

Die TAK-Vollzugsstelle hat alle im Kanton Nidwalden gemeldeten Verstösse von Schwarzarbeit überprüft und an die entsprechenden Stellen weitergeleitet. Es wurden 70 Kontrollen durchgeführt. Bei 88 % der Kontrollen wurde kein Verstoss festgestellt.

Die unentgeltliche Beratung in Sachen Arbeitsvertragsrecht wurde wiederum sehr oft in Anspruch genommen. Ein grosser Teil dieser Fragen und Probleme aus dem Arbeitsrecht konnten durch die Dienstleistung des Arbeitsamtes ohne Weiterzug an die Schlichtungsbehörde bereinigt werden.

Gastgewerbe

Es wurden 23 neue Gastgewerbe- und 7 neue Bewilligungen für den Handel mit alkoholischen Getränken erteilt.

Regionale Arbeitsvermittlung (RAV) und Arbeitslosenkasse (ALK)

Im vergangenen Jahr hat das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum Obwalden Nidwalden (RAV) in Hergiswil durchschnittlich 235 (2012: 210) arbeitslose Personen aus dem Kanton Nidwalden betreut. Die Zahl der zu betreuenden Stellensuchenden ist auf durchschnittlich 451 (2012: 389) angestiegen.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist im vergangenen Jahr im Kanton Nidwalden leicht um 0.1 % auf neu 1.0 % (2012: 0.9 %) angestiegen. Gesamtschweizerisch betrug die Quote 3.2 % (2012: 2.9 %).

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) zwischen RAV, Sozialdienst, Berufsberatung und IV-Stelle wurde wiederum intensiv gepflegt. Am 14. Mai 2013 fand unter dem Titel «Arbeit und Aufenthalt in der Schweiz» ein Workshop in Sarnen statt.

Am 1. Juli 2013 zog das RAV vom Landweg 3 in das neuerstellte «Glasi-Gebäude» an die Bahnhofstrasse 2 in Hergiswil um.

Mit 158 Punkten (unkorrigiert) und 121 Punkten (korrigiert) erreichte das RAV Obwalden Nidwalden für das Jahr 2012 die höchsten Wirkungsindizes schweizweit.

Das maximale Betriebskostendach für das Jahr 2013 betrug CHF 2'540'318 (2012: CHF 2'616'960).

Leistungen der kantonalen Arbeitslosenkasse (NW)

Leistungen	2010	2011	2012	2013
Ganzarbeitslose				
Anzahl Taggeldgesuche	856	695	619	700
Anzahl Bezugstage	67'190	45'923	39'418	50'918
Kurzarbeit (einschl. wetterbedingte Kundenausfälle)				
Anzahl Betriebe	21	8	5	13
Anzahl Ausfallstunden	143'651	7'590	10'285	20'950
Schlechtwetter				
Anzahl Betriebe	8	3	17	11
Anzahl Ausfallstunden	16'275	4'212	11'888	10'752
Präventivmassnahmen				
Kursbesuch/Anzahl Bezüger	742	565	518	692
Insolvenzenschädigung				
Anzahl Betriebe	8	5	6	7
Anzahl Bezüger	47	9	25	25
Ausbezahlte Entschädigungen (in CHF)				
Ganzarbeitslose	10'740'828.75	7'670'367.45	6'560'372.25	8'516'044.25
Kurzarbeit	3'628'560.45	205'684.95	300'948.80	503'296.95
Schlechtwetter	430'233.55	143'568.55	364'285.80	284'957.25
Präventivmassnahmen	1'125'321.50	667'334.90	510'876.90	689'329.20
Insolvenzenschädigung	295'168.80	73'161.90	180'616.15	162'535.50
Total	16'220'113.05	8'760'117.75	7'917'099.90	10'156'345.15

job-vision ob-/nidwalden – Zentrum für berufliche Integration

Der dreiwöchige Intensiv-Bewerbungskurs job-contact wurde wiederum 7 Mal durchgeführt. Es nahmen insgesamt 73 Personen daran teil.

Die Informatik-Kurse für die Programmteilnehmenden fanden das ganze Jahr über an 2 Halbtagen pro Woche statt.

2013 erfolgten insgesamt 406 Zuweisungen über das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) für einen Einsatz im Beschäftigungsprogramm. Davon nahmen 92 Personen entweder das Aufnahmegespräch oder den anschliessenden Eintritt im Programm nicht wahr. Von den 244 Personen, welche im Berichtsjahr wieder aus dem Programm austraten, fanden 156 Personen eine dauerhafte oder befristete Stelle (Festanstellung, tempo-

räre Anstellung, Selbstständigkeit) oder meldeten sich bei der Arbeitslosenkasse aus anderen Gründen ab. Dies führte zu einer Erfolgsquote von rund 64 %. Die IV-Stellen Obwalden und Nidwalden wiesen 11 Personen zu, welche im Rahmen von Frühinterventionsmassnahmen am Beschäftigungsprogramm teilnahmen. Über die Sozialämter der Gemeinden wurde eine Person zugewiesen. Die Programmeinnahmen im Berichtsjahr belaufen sich insgesamt auf rund CHF 584'000 (Brockenhauseinnahmen: CHF 385'000, Erlös aus Programm: 99'000.–, Kurs- und IV-Beiträge: CHF 100'000). Die Einnahmen reduzieren die Gesamtkosten des Programms und werden der Arbeitslosenversicherung zurückvergütet.

Arbeitnehmerschutz

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in Industrie- und Gewerbebetrieben sind 2 der Kernaufgaben des Arbeitsinspektorats. Die Bestimmungen des Arbeits- und Unfallversicherungsgesetzes werden den Betrieben bereits in der Planungsphase bei Um- und Neubauten bekannt gemacht. In der Berichtsperiode nahm das Arbeitsinspektorat 28 Planbegutachtungen für Gewerbebetriebe vor und führte 2 Plangenehmigungsverfahren für nicht-industrielle Betriebe durch.

Das Arbeitsinspektorat besuchte in der Berichtsperiode insgesamt 83 Betriebe. Davon betrafen 42 Besuche Arbeitnehmerschutz-Systemkontrollen und 41 Betriebsbesuche galten den allgemeinen Vollzugsaufgaben im Rahmen des Arbeits- und Unfallversicherungsgesetzes.

Übersicht einzelner Aktivitäten	2010	2011	2012	2013
Planbegutachtungen	56	44	25	28
Plangenehmigungen	2	1	1	2
Betriebsbewilligungen	0	2	0	1
ASA Systemkontrollen	29	37	52	42
übrige Betriebsbesuche	80	41	38	41
Total	167	125	116	114

Arbeits- und Ruhezeiten

Im Jahr 2013 gingen insgesamt 83 Gesuche um Arbeitszeitbewilligungen ein. Die nachfolgende Tabelle zeigt die bearbeiteten Gesuche im Detail:

Bearbeitete Gesuche	2010	2011	2012	2013
Sonntagsarbeit/Feiertage	26	26	45	47
Nachtarbeit	36	24	7	6
Offenhalten Verkaufsgeschäft	48	38	26	30
Total	110	88	78	83

Bearbeitete Gesuche	2010	2011	2012	2013
Schlechtwetterentscheide	32	2	81	28
Kurzarbeitsentscheide	25	7	12	22
Total	80	9	93	50

Eichamt/Messwesen

Das Eichamt des Kantons Luzern nimmt aufgrund einer interkantonalen Vereinbarung die Aufgaben des Eichamtes Nidwalden wahr.

In der Berichtsperiode wurden 81 Wiegegeräte bei 43 Kunden geeicht. Zur Eichung von 4 Fahrzeugwagen wurde der Eichlastenzug des Eidgenössischen Instituts für Metrologie (METAS) zugezogen.

Es wurden 5 Tankstellen mit 62 Zapfhahnen geeicht. 2 Beanstandungen wurden vor Ort justiert.

Von den zur Kontrolle fälligen Abgasmessgeräten wurden wiederum über 70 % geeicht.

Es wurden alle 7 Durchlaufzähler für Lebensmittel durch den Eichmeister und alle fälligen Mineralölzähler auf Fahrzeugen ausserkantonale geeicht. Ein beanstandeter Durchlaufzähler für Lebensmittel wurde vor Ort durch den anwesenden Techniker justiert.

Bei der Kantonspolizei wurde 1 Profilmessanlage nachge-eicht.

Bei den gewerblichen Betrieben mit/ohne Verkaufsstelle wurden die Füllmengenkontrollen vorgenommen. Produkte bezüglich Füllmenge mussten keine beanstandet werden.

Parallel zur Eichtätigkeit wurde die Einhaltung der Vorschriften im Offenverkauf bzw. beim Verkauf von Fertigpackungen bei den besuchten Betrieben überprüft und kontrolliert. Die Kontrollen fielen ausschliesslich positiv aus.

Jahresziele METAS 2013

Ziel 1: Bei 80 % der Importeure, die Fertigpackungen aus Nicht-EU-Staaten in die Schweiz importieren (Drittstaaten), sind Kontrollen durchgeführt und Lose gezogen worden.

Im Kanton Nidwalden konnten keine solchen Importeure gefunden werden. Die vom METAS zur Verfügung gestellte Liste brachte keine neuen Erkenntnisse.

Ziel 2: 95 % der Tanklastwagen verfügen über eine gültige Eichung.

Dieses Ziel wurde mit 100 % geeichten Fahrzeugen über-
troffen.

Lotteriewesen

Es wurden 11 Bewilligungen für Lottomatches (2012: 10) ausgestellt.

2.7.3.3 Betreibungs- und Konkursamt

Betreibungsamt

2013 wurden im Kanton Nidwalden 6'322 Zahlungsbefehle ausgestellt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um rund 6.2 %. In gleicher Periode wurden 3'706 Pfändungen vollzogen und 2'051 Verwertungen durchgeführt, was eine Zunahme bei den Pfändungen von rund 6.7 % und bei den Verwertungen eine Zunahme um rund 10 % bedeutet.

Konkursamt

Im Jahre 2013 wurden 143 Konkurse eröffnet, gegenüber 56 im Vorjahr, was einer Zunahme von gerundet 155.4 % entspricht. In dieser Zeit wurden 108 Konkursverfahren erledigt. Es wurden Verlustscheine in der Höhe von CHF 23'280'488.00 ausgestellt. Der Grund für die temporär starke Zunahme der Geschäftsfälle ist auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen. Seit dem 1. Januar 2008 regelt Art. 731b OR die Auflösung von Kapitalgesellschaften bei Mängeln in der Organisation neu. Der Richter kann eine Gesellschaft auflösen und ihre Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anordnen. Sobald sämtliche gesetzlich notwendigen Verfahrensschritte erfolglos durchgeführt worden sind, ordnet der Richter die Liquidation an und beauftragt das Konkursamt mit der Auflösung der Gesellschaft.

Abteilung öffentliche Inventarisationen

Nach wie vor auf sehr hohem Niveau ist die Arbeitsbelastung bezüglich Entgegennahme der Erklärung betreffend Ausschlagung einer Erbschaft und Anordnung weiterer Massnahmen. Erbberechtigte können für den (vorsorglichen) Fall, dass der Erblasser überschuldet ist, das Erbe ausschlagen. Somit haften sie nicht für die Schulden des Verstorbenen. Die Bereitschaft der Nachkommen, für die Schulden ihrer Eltern aufzukommen, nimmt massiv ab. Vor allem die Tatsache, dass je länger je

mehr auch nicht überschuldete Erbschaften ausgeschlagen werden, gibt zu denken. Die Erben müssen sich somit nicht mit der Auflösung des Nachlassvermögens befassen und der Nachlass wird kostengünstig durch das Konkursamt (sprich Staat) liquidiert. Ein allfälliger Überschuss geht schlussendlich trotzdem an die Erben.

Das Betreibungs- und Konkursamtes nimmt auch die Aufgabe als Aufsichtsbehörde über die WillensvollstreckerInnen, ErbschaftsverwalterInnen und ErbenvertreterInnen wahr.

2.7.3.4 Handelsregisteramt

Im Berichtsjahr 2013 war die Zahl der täglichen Geschäftseingänge wie im Vorjahr sehr hoch. Von den eingegangenen Rechtsgeschäften (2'632 Anmeldungen) konnten 2'276 behandelt und im Register eingetragen werden, was für das Handelsregisteramt einen neuen Eintragungs-Rekord darstellt.

Obwohl viele juristische Personen (über 150 Rechtseinheiten: Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung) infolge der Mängel in der gesetzlich zwingenden Organisation oder wegen fehlendem Rechtsdomizil mittels Gerichtsurteil nach den Vorschriften über den Konkurs im Handelsregister gelöscht worden sind, zeigt die offizielle Statistik des Registers auf Ende des Jahres einen bereinigten Nettozuwachs an juristischen Personen von 16 Rechtseinheiten (Bestandes-Zunahme AG 24/Bestandes-Abnahme GmbH 8).

Am Jahresende (Stand 31.12.2013) beträgt die Gesamtzahl der im Handelsregister des Kantons eingetragenen Rechtseinheiten total 4'714 (Vorjahr 2012: 4'733). Allerdings ergibt dies im Gesamtbestand eine Abnahme von insgesamt 19 Rechtseinheiten, darf aber wirtschaftlich betrachtet, hinsichtlich der oben erwähnten Löschungen der juristischen Personen infolge Rechtsmängeln, insgesamt als erfreulich bezeichnet werden (Nettozunahme Vorjahr 2012: 94 Rechtseinheiten). Vorliegende Löschungen haben sich auf den Gesamtbestand der Rechtseinheiten im Handelsregister per Ende 2013 erwartungsgemäss negativ ausgewirkt.

Augenfällig ist die markante Abnahme der Eintragungen von Einzelunternehmen (Berichtsjahr minus 33), wobei

viele Inhaber ihre Tätigkeiten eingestellt und ihr Unternehmen im Handelsregister gelöscht haben.

Bei den Genossenschaften ist ein Bestandesrückgang von 5 Rechtseinheiten zu verzeichnen, welche entweder die Hürde für ein Opting-out (Verzicht auf eine eingeschränkte Revision) nicht geschafft oder die Genossenschaft aufgelöst und im Register gelöscht haben.

Bei den ausländischen Zweigniederlassungen konnte dank der Eintragung von 3 weiteren internationalen Konzernen wiederum eine Bestandeszunahme verzeichnet werden.

Die Anzahl der Eintragungen der übrigen Rechtseinheiten (Personengesellschaften, Vereine, Stiftungen und inländische Zweigniederlassungen) ist praktisch unverändert geblieben.

Die Anzahl der Gerichtsverfahren betreffend die maroden Gesellschaften dürfte sich im kommenden Jahr merklich verringern, zumal die Altlasten im Handelsregister im Berichtsjahr abgebaut werden konnten.

2.7.3.5 Wirtschaftsförderung

Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sind die Bestandespflege und die Betreuung der Unternehmen im Kanton Nidwalden, die Standortpromotion, die Umsetzung der NRP – Neue Regionalpolitik des Bundes und die Unterstützung des Tourismus.

Bestandespflege

Mit einem Fokus bei der Pflege, Betreuung und Unterstützung der KMU-Betriebe in Nidwalden konnte das Spektrum der wertschöpfungsintensiven und innovativen Unternehmen erweitert und intensiviert werden. Die Nidwaldner KMUs verfügen zum grossen Teil über ein beträchtliches Entwicklungspotential. Auch im 2013 wurde die Bestandespflege der Wirtschaftsförderung, die zusammen mit dem Volkswirtschaftsdirektor, unterstützt von einem Vorstandsmitglied von ProWirtschaft Nidwalden & Engelberg und einem Gemeinderat aus der jeweiligen Gemeinde regelmässig durchgeführt. Es wurden KMUs aus den unterschiedlichsten Branchen und von unterschiedlichsten Unternehmensgrössen besucht. Die Stimmung in den KMUs war überaus positiv und es konn-

te das bereits vorhandene Know-How vertieft werden. Die meisten Nidwaldner KMUs haben auch im 2013 ihre Innovationskraft gestärkt, es wurden deutlich mehr Aufträge und Wertschöpfung generiert und vor allem konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

2013 wurden im Rahmen der Bestandespflege 48 Betriebe in Nidwalden besucht.

An der Konzentration auf die Branchen Aviatik, Forschung und Entwicklung sowie den Dienstleistungssektor wurde keine Änderung vorgenommen.

Auch im 2013 waren die Pilatus Flugzeugwerke mit Abstand der grösste Arbeitgeber in Nidwalden. Durch die erfreuliche Auftragslage mit 3 bedeutenden Aufträgen aus Indien, Saudi Arabien und Katar, die alle Pilatus PC-21 Trainingsflugzeuge beinhalten, konnten die Pilatus Flugzeugwerke ihre Mitarbeiterzahl von rund 1'350 auf ca. 1'600 Personen am Standort Stans steigern. Vornehmlich wurden dabei Arbeitnehmer aus der Region rekrutiert, was zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nidwalden beiträgt. Die Pilatus Flugzeugwerke sind damit ein volkswirtschaftlicher Leistungsträger und stellen einen bedeutenden Bestandteil des Nidwaldner Inlandprodukts dar. Mit der Produktentwicklung Pilatus PC-24 wird in den kommenden Jahren ein neuer Markt bearbeitet und die Aussichten für den globalen Absatz von Businessjets sind vielversprechend. Im zweiten Halbjahr 2013 haben die Pilatus Flugzeugwerke mit der Erweiterung und dem Ausbau des Produktionsgeländes begonnen. Zusätzliche Produktionsflächen sind nötig, um die vorliegenden Aufträge realisieren zu können. Gleichzeitig ist der Bedarf nach einer Infrastruktur für die erhöhte Angstelltenzahl gestiegen. Es wurden dazu neue Parkplätze realisiert. Weitere Flächen am Standort Stans werden in den nächsten Monaten für die Pilatus Flugzeugwerke dringend notwendig und es bleibt zu hoffen, dass eine schnelle und zufriedenstellende Lösung gefunden wird.

Das Bürgenstock Resort, welches im Vollbetrieb über rund 800 Arbeitnehmer verfügen wird, hat 2013 einige entscheidende Entwicklungsschritte machen können. Ende 2013 wurde der überarbeitete Gestaltungsplan aufgelegt. Die intensive Zusammenarbeit zwischen dem Bauherren Katara Hospitality Switzerland AG und dem

Kanton Nidwalden wurde im 2013 durch die Gründung einer Task Force weiter ausgebaut. Mit der Task Force Bürgenstock Resort wurde dem erhöhten Abstimmungsbedürfnis des Bauherren mit dem Kanton Nidwalden Rechnung getragen. Besondere Schwerpunkte stellten dabei die Themen Denkmalpflege, öffentlicher Verkehr, Baugenehmigungen sowie Fragen zur Infrastruktur dar. Die Task Force Bürgenstock Resort setzt sich aus den Direktionen Volkswirtschaft, Bildung, Bau, Finanzen sowie der Bauherrschaft zusammen. Für die Direktionen haben sich die jeweiligen Regierungsräte für die Mitarbeit in der Task Force Bürgenstock Resort zur Verfügung gestellt. Organisiert und koordiniert wird die Task Force Bürgenstock Resort von der Wirtschaftsförderung Nidwalden und es haben im 2013 10 Sitzungen stattgefunden.

Im Jahr 2013 hat die Wirtschaftsförderung an diversen Anlässen der lokalen und regionalen Wirtschaftsvereinigungen teilgenommen. Ebenso wurden Hochschul-Anlässe, Anlässe von Treuhändern, Banken und Steuerberatungsgesellschaften besucht. Insgesamt wurden 40 Anlässe besucht. Es konnte dabei das bereits vorhandene Netzwerk ausgebaut und intensiviert werden.

Standortpromotion

Insgesamt wurden 2013 rund 136 Anfragen aus dem In- und Ausland bearbeitet. Der Anteil von Anfragen von inländischen Unternehmen war dabei grösser als in den Jahren zuvor. Wobei der Grossteil der Anfragen aber immer noch aus dem europäischen Ausland stammt. Resultierend aus diesen Anfragen entstanden 23 Projekte, welche teilweise über mehrere Wochen und Monate bearbeitet wurden.

Bei den inländischen Anfragen wurden verstärkt Unternehmensstandorte in Nidwalden nachgefragt. Zumeist wurden Bauland oder Gewerbeimmobilien gesucht. Aufgrund des beschränkten Baulandangebots in Nidwalden wurden meist intensive Gespräche oder Verhandlungen begleitet. Die meisten anfragenden Unternehmen konnten nicht in Nidwalden angesiedelt werden.

Gemäss EHRA (Eidgenössisches Handelsregister), Stand 31.12.2013, waren im Kanton Nidwalden insgesamt 4'714 Unternehmen eingetragen. Das ist eine Abnahme von 19

Unternehmen, was grösstenteils auf die Bereinigung des Registers von Unternehmen mit Mängeln in der gesetzlich zwingenden Organisation oder wegen fehlendem Rechtsdomizil mittels Gerichtsurteil nach den Vorschriften über den Konkurs im Handelsregister zurückzuführen ist.

2013 war die Gemeinde Ennetbürgen Gastgeber als Etappenort des Swiss Olympic Gigathlon. Die Wirtschaftsförderung konnte das Organisations-Komitee bei der Umsetzung des Marketing- und PR-Konzepts unterstützen. Die Wirtschaftsförderung hat an allen 13 Sitzungen des OK teilgenommen. Ebenso wurde der Gästeanlass und die Betreuung der Funktionäre von der Wirtschaftsförderung koordiniert und unterstützt. Neben der Tour de Suisse, die 2013 in Buochs einen Etappenort hatte, waren diese sportlichen Grossanlässe ein wichtiger Bestandteil der Image- und PR-Massnahmen, die Nidwalden in der Zentralschweiz als besonderen Standort für Sportler in den Fokus gerückt haben.

Mit den SMART Anlass, bei dem rund 2'500 SMART aus der ganzen Welt sich für 3 Tage im August 2013 auf dem Flugplatz Buochs getroffen haben, konnte die Wirtschaftsförderung im Bereich Unternehmensmarketing einen Beitrag zur Standortpromotion von Nidwalden leisten. Mit rund 35 verschiedenen Nationen, vertreten mit zum Teil eigenen SMART Personenwagen, wurde Nidwalden als eine attraktive und sehr sympathische Destination erlebt. Höhepunkt des Anlasses war ein Autokorso mit rund 2'000 SMART Personenwagen vom Flugplatz Buochs über Beckenried, Emmetten, Seelisberg und wieder zurück. Alle Teilnehmer waren sehr angetan von der positiven und freudigen Resonanz seitens der Bevölkerung.

Flugplatz

Im Laufe des Jahres 2013 konnte ein wichtiger Meilenstein erreicht werden. Die Kaufverträge für die vom Bund nicht mehr benötigten und daher zum Verkauf angebotenen Flächen auf dem Flugplatz Buochs konnten im Dezember unterzeichnet werden. Die Besitzverhältnisse sind somit geklärt. Weiter wurde 2013 ein Grundlagenpa-

pier zum Flugplatz und dessen Betrieb präsentiert. Dieses Papier, insbesondere die Grösse und Situierung des Flugplatzes, wurde im Rahmen eines runden Tisches sehr kontrovers diskutiert. Als weiterer Schritt soll in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Partnern ein Konzept für den zukünftigen Flugplatz Nidwalden erarbeitet werden. Dieses Konzept soll schliesslich dem Landrat vorgelegt werden, bevor in der Umsetzungsphase die weiteren Schritte in Angriff genommen werden (Betriebsreglement, Sicherheitsanlagen etc.).

NRP – Neue Regionalpolitik des Bundes

Das Jahr 2013 stand im Zeichen eines wichtigen Entwicklungsschrittes der Bergbahnen Beckenried-Emmetten AG. Einerseits musste die Konzession für die Pendelbahn Beckenried-Klewenalp erneuert werden. Andererseits will man sich den zukünftigen Herausforderungen stellen und einen Speichersee als Vorinvestition für den Ausbau der Beschneigung bauen. Der Speichersee soll darüber hinaus, als Attraktion für den immer wichtiger werdenden Sommertourismus dienen. Die Finanzierung der Gesamtinvestitionen von CHF 4 Mio. wird zum Teil von den beiden Gemeinden Beckenried und Emmetten sowie den Korporationen realisiert. Damit wird sichergestellt, dass sich das Gebiet der Klewenalp auch weiterhin positiv entwickeln kann.

Die Zusammenarbeit der Zentralschweizer NRP-Kantone (NW, OW, UR, SZ, LU) wurde in 2013 deutlich intensiviert. Die ersten beiden NRP-Konferenzen wurden in Uri und Nidwalden, mit erfreulich hoher Beteiligung, durchgeführt. Die Ausarbeitungen für das Projekt «Innovationsförderung Zentralschweiz», welche von BHP Hanser und Partner begleitet wird, nahmen ebenfalls viele Ressourcen in Anspruch. Und es konnte an dem Projekt «Nationaler Innovationspark», für welchen sich die Zentralschweiz als Netzwerkstandort bewerben möchte, mitgearbeitet werden.

NRP-Anträge

Die vom Bund an den Kanton ausbezahlten Beiträge der Jahre 2012 und 2013 übersteigen die vom Kanton in derselben Zeit an Projekte zugesicherten Beiträge:

– à fonds perdu kantonal	CHF 302'500
– à fonds perdu interkantonal	CHF 245'000
– Darlehen kantonal & interkantonal	CHF 375'000

Der Kanton Nidwalden erwartet einzig im Bereich der Darlehen, dass die zurzeit ausbezahlten Mittel nicht ausreichen könnten und beantragt daher eine Auszahlung von CHF 200'000 (Darlehen) für 2014. Sowohl bei den kantonalen als auch interkantonalen Beiträgen wird erwartet, dass die bereits ausbezahlten Beiträge ausreichend sein werden.

Weiter wird in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen des SECO zum ersten Mehrjahresprogramm festgestellt, dass sich die NRP-fähigen Projekte insbesondere aus dem Tourismusbereich ergeben. Wie bereits im Jahresbericht 2012 angemerkt, können zudem die Projekte des dritten Ziels (KMU) nur sehr beschränkt umgesetzt werden. In Bezug auf das erste Ziel Aviatik war bisher wenig möglich, da die Besitzverhältnisse auf dem Flugplatz geklärt werden mussten. Es ist damit zu rechnen, dass die Ziele erst in einer späteren Umsetzungsperiode erreicht werden können. Es wird daher beantragt, dass Mittel von den Zielen 1 und 3 ins Ziel 2 umgelagert werden können.

Stand der Zielerreichung 2012 – 15

Ziel 1 «Aviatik»

Die Klärung der Besitzverhältnisse auf dem Flugplatzareal ermöglicht nun, dass Projekte umgesetzt werden können (Konzept zum Flugplatz Buochs, Flugplatzperimeter, Betriebsreglement, Planung und Umsetzung der Sicherheitsanlagen usw.), die für den Betrieb des Airport Buochs grundlegend sind. Mit der Diskussion zum Grundlagenpapier am runden Tisch konnte eine wichtige Basis geschaffen werden, um diese Herausforderung zu meistern. Eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten wird weiter gewünscht und angestrebt, damit die Zielsetzungen erreicht werden können.

Das neue Anflugsystem «GNSS- Approach» wurde in 2013 weiter ausgebaut. Die hohen formaljuristischen Anforderungen des BAZL konnten abgearbeitet werden, sodass die definitive Einführung und Freigabe durch das BAZL im Frühjahr 2014 vorgesehen ist. Der Einsatzbereich des Anflugsystems ist definiert und gut abgestützt. Damit kann ein wichtiger Meilenstein zur Steigerung der Standortattraktivität in Nidwalden erreicht werden.

Der Gestaltungsplan für den Nidwalden AirPark AG (NAPAG) wurde überarbeitet und bei der Gemeinde Ennetbürgen eingereicht. Die Planung wurde 2013 realisiert und wird nach Genehmigung des Gestaltungsplanes abgeschlossen. Gemäss einem Verwaltungsratsbeschluss der NAPAG werden interessierte Investoren und Mieter erst nach Vorliegen des genehmigten Gestaltungsplanes über Projekte und Angebote informiert.

Ziel 2 «Tourismus»

Das Wertschöpfungspotential des Nidwaldner Tourismus wird nach wie vor zu wenig ausgeschöpft, da kein Konsens über die Vermarktung besteht. Abgesehen von den noch immer ausstehenden rechtlichen Rahmenbedingungen der Tourismusvermarktung in der Region konnten die Ziele im Bereich Tourismus (zweites Ziel der NRP-Programmvereinbarung) zufriedenstellend erreicht werden. Ein sehr wichtiges Teilziel, die Weiterentwicklung des Naherholungs- und Hauptwintersportgebietes Klewenalp-Stockhütte zu unterstützen, wurde erreicht.

Interkantonale Projekte

200 Jahre Gastfreundschaft Zentralschweiz (Lead Luzern) Projekt wird fortgeführt und voraussichtlich 2015 realisiert. 2013 wurden keine finanziellen Beiträge aus dem Kanton Nidwalden beigesteuert.

Sakrallandschaft Innerschweiz

Projekt (unter dem Lead von Luzern) wird fortgeführt und voraussichtlich 2015 realisiert. 2013 wurden keine finanziellen Beiträge aus dem Kanton Nidwalden beigesteuert.

Interkantonale Kooperation

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit aller NRP-Fachstellen (Neue Regionalpolitik des Bundes) und Wirtschaftsförderungen in der Zentralschweiz (LU, NW, OW, SZ, UR) wurde als Instrument ein Konferenzmodus eingeführt.

Ziel 3 «KMUs»

Aufgrund der Vorgabe vom SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft), dass keine einzelnen Betriebe im Rahmen der NRP (Neue Regionalpolitik des Bundes) gefördert und unterstützt werden dürfen, sind Projekte, welche sich direkt positiv auf die KMUs auswirken kaum oder nur beschränkt möglich. Daher wurden die Ziele der Programmvereinbarung 2012–2015 «Ziel 3 KMUs» revidiert. Neu sollen nun Projekte gefördert werden, welche die Standortattraktivität (z.B. Wassersportzentrum Buochs) und die Vernetzung in der Region grundsätzlich stärken. Eine wichtige Initiative und Grundlage für diese Ausrichtung ist die Reorganisation der Zentralschweizer Innovationslandschaft. Der Umsetzung der von BHP Hanser und Partner erarbeiteten Leitlinien für eine gemeinsame Innovationsförderung in der Zentralschweiz kommt eine wichtige Bedeutung zu.

Meilensteinerreichung

Die Meilensteine für das Jahr 2013 wurden weitgehend erreicht. Die Besitzverhältnisse am Flugplatz Buochs wurden geklärt. Die Planung bei der NAPAG ist sehr weit fortgeschritten und auch das GNSS-Anflugsystem steht vor der Inbetriebnahme.

Die Space Biology Group als neues Competence Centre der Hochschule Luzern wurde erfolgreich angesiedelt und in den Hochschulbetrieb integriert.

Im Tourismus zeichnen sich ebenfalls Fortschritte ab. Ein neues Tourismusgesetz wurde aufgelegt und die Einbindung der verschiedenen Regionen intensiv diskutiert. Insbesondere die Projekte der Region Klewenalp-Stockhütte konnten erfolgreich initiiert werden.

Die interkantonale Zusammenarbeit wurde stark intensiviert. Im Bereich WTT (Wissens- und Know-how-Transfer) werden neue Leitlinien definiert, welche bei der zukünftigen

tigen Innovationsförderung in der Zentralschweiz realisiert werden.

Finanzierung

Die Darlehen wurden auch 2013 einer neuen Beurteilung unterzogen. Der Bestand der NRP-Darlehen beläuft sich nach Abzug der Amortisationen per 31. Dezember 2013 auf insgesamt CHF 4'217'500 (Bundesmittel). Die darin enthaltene grösste Position betrifft die Stanserhornbahn, welche seit Eröffnung der neuen Cabrio-Bahn einen guten Geschäftsgang verzeichnet und 2014 die erste Amortisation von CHF 200'000 leisten wird.

Per 31. Dezember 2013 waren 2 Amortisationen fällig. Sowohl die Amortisation der Luftseilbahn Fell-Chrüzühütte von CHF 15'000 (Bundesmittel) für das Projekt Sanierung Luftseilbahn als auch die der Bergbahnen Beckenried-Emmetten AG von CHF 22'500 (Bundesmittel) für das Projekt Zutrittssystem wurden von den Projektträgern termingerecht vorgenommen. Total: CHF 37'500 Bundesmittel. Dieser Betrag wird wie üblich an das SECO zurückbezahlt.

Weitere Projekte

Auf Wunsch des Kantons Obwalden wurde 2013 eine Projektgruppe gegründet, welche sich mit dem Thema einer möglichen Optimierung der REV-Strukturen in Ob- und Nidwalden befasst. In den ersten Projektgruppensitzungen wurde vereinbart, dass beide Kantone Grundlagen erarbeiten, welches die jeweilige zukünftige NRP-Strategie sein wird. Die Strukturen sollten an diese Strategien angepasst werden (diskutiert wird eine mögliche Realisierung ab der nächsten Umsetzungsperiode 2016+).

Berichterstattung zu weiterlaufenden Verpflichtungen aus Programmperiode 2008–11

Im Jahr 2013 wurden für das Projekt «Destinationsentwicklungskonzept Wirzweli» 2 Tranchen ausbezahlt von insgesamt CHF 20'252.50 (Bundesmittel). Damit reduzieren sich die in der Periode 2008–2011 nicht ausbezahlten a-fonds-perdu Beiträge von CHF 270'620 auf aktuell CHF 250'367.50 (Bundesmittel). Darlehen wurden bereits früher vollständig ausbezahlt (keine Änderung).

Das NRP-Projekt «Schaukäserei Klewenalp», aus der Umsetzungsperiode 2008–11, kann umgesetzt werden. Das Bundesgericht wies in seinem Urteil die Einsprachen ab. Projektstart ist Frühjahr 2014.

Die beiden Projekte «Destinationsentwicklung Wirzweli» und «Dorfleben Stans» konnten weitestgehend abgeschlossen werden. Bei beiden Projekten sind die Schlussberichte ausstehend.

INTERREG-Projekte

Demochange

Das Projekt Demochange wurde erfolgreich umgesetzt und 4 Projekte weiterverfolgt. Die detaillierte Berichterstattung ist unter dem Direktionssekretariat aufgeführt.

Tourismus

Der Tourismus hat 2013 (bis Ende November 2013) im Kanton Nidwalden 192'775 Logiernächte realisiert (2012: 193'217).

Der Tourismus befindet sich in einer grossen Umbruchphase. Die neuen Medien sowie die hohe Kurzfristigkeit der Buchungen stellen die Leistungsträger vor neue Herausforderungen. Die klassischen Marketingmassnahmen verlieren im Tourismus daher immer mehr an Bedeutung und für die Entwicklung neuer Vermarktungsmodelle sind Investitionen und neue Strukturen nötig.

Damit die Rahmenbedingungen für diese neuen Erfordernisse geschaffen werden können, muss das Gesetz überarbeitet werden. Der Kanton Nidwalden hat bereits mehrere Entwürfe für ein neues Tourismusförderungs-gesetz in die Vernehmlassung gegeben. Leider konnte bis heute keine mehrheitsfähige Lösung gefunden werden. Im 2013 hat eine neue Arbeitsgruppe unter der Federführung von Volkswirtschaftsdirektor Gerhard Odermatt das Gesetz erneut überarbeitet. Die neue Vorlage soll anfangs 2014 vom Regierungsrat zuhanden der erneuten externen Vernehmlassung verabschiedet werden.

Die Wirtschaftsförderung Nidwalden konnte 2013 verschiedene touristische Anlässe begleiten und eine Mitarbeit in verschiedenen Projekten gewährleisten.

Stiftung Felsenweg

Die Wirtschaftsförderung Nidwalden hat 2013 an 2 Stiftungsratssitzungen und 1 Ausschussratssitzung teilgenommen.

2.7.4 Vernehmlassungen an den Bund

Volkswirtschaftsdirektion	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Deplafonierung des Solidaritätsprozents in der Arbeitslosenversicherung	Nr. 40 vom 22. Januar 2013	Zustimmung
Fragen der Zentralschweizer Regierungskonferenz ZRK betreffend Prüfung einer interkantonalen Zusammenarbeit beim Vollzug der Gesetzgebung über das Bergführerwesen und das Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (Risiko-sportarten)	Nr. 74 vom 29. Januar 2013	Zustimmung; Vorschlag für die Bildung einer Arbeitsgruppe
Vorentwurf zur Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht sowie Anpassungen im Aktien-, GmbH- und Genossenschaftsrecht) sowie zum Revisionsaufsichtsrecht	Nr. 191 vom 20. März 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Mitspracherecht des Kantons gefordert
Revision Landesversorgungsgesetz	Nr. 333 vom 14. Mai 2013	Zustimmung
Untersuchung betreffend Freizügigkeit und einer möglichen Inländerdiskriminierung von Notaren	Nr. 353 vom 21. Mai 2013	Ablehnung; Beantwortung Fragebogen
Verordnung des EJPD über Taxameter (VTam)	Nr. 371 vom 28. Mai 2013	Zustimmung
Teilrevision der gesetzlichen Bestimmungen über die Wareneinfuhr im Reiseverkehr	Nr. 483 vom 2. Juli 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist
Parlamentarische Initiative 10.467, Schuldenprävention – keine Werbung für Kleinkredite	Nr. 616 vom 10. September 2013	Zustimmung
Parlamentarische Initiative, Löschung ungerechtfertigter Zahlungsbefehle	Nr. 644 vom 17. September 2013	Zustimmung zur Änderung von Art. 73 Abs. 1 und Art. 85 Abs. 1 SchKG. Ablehnung zur Einführung von Art. 8 SchKG
Parlamentarische Initiative 13.435. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!»	Nr. 664 vom 24. September 2013	Zustimmung zum Gegenvorschlag der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Abgrenzung der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze überprüfen
Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union zur Teilnahme der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen (Galileo und EGNOS)	Nr. 665 vom 24. September 2013	Zustimmung zur Stellungnahme der KdK
Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (gewerbsmässige Gläubigervertretung)	Nr. 831 vom 26. November 2013	Grundsätzliche Zustimmung

2.8 Staatskanzlei

2.8.1 Einleitung

Funktionsbeschreibung

Die Staatskanzlei steht dem Landrat und dem Regierungsrat als Stabsstelle zur Verfügung. Sie organisiert und koordiniert den Geschäftsverkehr zwischen dem Regierungsrat und dem Landrat. Ihr obliegen insbesondere die Unterstützung von Landammann und Regierungsrat bei der Führung, Planung, Koordination und Information auf Regierungsebene. Im Weiteren erfüllt die Staatskanzlei Aufgaben auf den Gebieten der politischen Rechte und der Archivierung.

Jahr in Zahlen

Die Staatskanzlei verarbeitete im Berichtsjahr

- 919 (Vorjahr 952) Regierungsratsbeschlüsse
- 566 (552) Seiten Landratsprotokolle
- 885 (998) Geschäftseröffnungen in der Geschäftsverwaltung, wovon 503 (573) bereits abgeschlossen werden konnten
- 830'211 (993'392) Kopien auf den beiden Grosskopierern wurden in der Druckzentrale erstellt
- 591 (467) Apostillen, beziehungsweise Überbeglaubigungen, und 464 (428) Beglaubigungen (Legalisationen)

Personalbestand

Staatskanzlei (Vollzeitstellen Ende Jahr)	2012		2013	
	besetzt	offen	besetzt	offen
Staatskanzlei	7.5	–	7.5	–
Rechtsdienst	3.9	–	3.9	–
Staatsarchiv	4.1	–	4.1	–

2.8.2 Jahresziele und Stand der Umsetzung

Nr.	Ziel	Bericht
1/b	Legislaturziel Revision des Baugesetzes abgeschlossen	
	Jahresziel Erarbeitung des Gesetzes- und Verordnungsentwurfs für die externe Vernehmlassung	Ziel erreicht Der Rechtsdienst erarbeitete die Entwürfe des neuen Planungs- und Baugesetzes bzw. der dazugehörigen Planungs- und Bauverordnung rechtzeitig. Die Redaktionskommission konnte die Entwürfe bereits im Februar 2013 beraten. Der Regierungsrat verabschiedete die neue Planungs- und Baugesetzgebung im Mai 2013 zuhanden der externen Vernehmlassung.
2/c	Legislaturziel Baubewilligungsverfahren sind optimiert bezüglich Dauer und Umfang / Verfahrensabläufe (2.2.1)	
	Jahresziel Optimierung der Terminkontrolle im Beschwerdeverfahren	Ziel teilweise erreicht Grundsätzlich konnten die Beschwerdeverfahren binnen 3 Monaten nach Abschluss des Rechtsschriftenwechsels abgeschlossen werden. Bei einigen komplexen Verfahren wurde diese Frist nicht vollumfänglich eingehalten.
2/d	Legislaturziel E-Government in Teilbereichen eingeführt	
	Jahresziel Elektronische Aktenführung ist sichergestellt. Archivdatenbank ist weiter ausgebaut. Aufbau der elektronischen Erfassung der Landratswahlen 2014 Vorbereitung der Regierungsratswahlen 2014	Ziel teilweise erreicht Ziele waren der Abschluss der Pilotphase sowie die Ausbreitung eines Records Management System (RMS) in der Bau- und in der Volkswirtschaftsdirektion. Die Pilotphase musste wegen technischer Instabilitäten verlängert werden. Auch die Ausbreitung verzögerte sich: Im Amt für Betreibung und Konkurs musste die Einführung verschoben werden, weil 2013 eine neue Fachanwendung einzuführen war. In den übrigen Ämtern der Bau- und der Volkswirtschaftsdirektion sowie im Staatsarchiv war das RMS Ende Jahr im Einsatz. Ende Jahr waren 64 % der unbearbeiteten Akzessionen (Eingänge) nacherschlossen (geplant 60 %). Das Ziel konnte jedoch nur erreicht werden, weil 2012 sehr viel mehr als geplant nacherschlossen werden konnte.
3/k	Legislaturziel Die Justizreform des Bundes ist umgesetzt. Die Gerichte sind umfassend neu organisiert und der Rechtsweg ist garantiert	
	Jahresziel Kantonale Rechtsmittelbestimmungen in allen Erlassen an Rechtsweggarantie anpassen	Ziel nicht erreicht Der Rechtsdienst klärte im Berichtsjahr zahlreiche Grundsatzfragen und ist an der Erarbeitung der umfassenden Revision. Der Regierungsrat behandelte die Änderungen der kantonalen Rechtsmittelbestimmungen jedoch noch nicht abschliessend. Er verabschiedete indessen die wichtigsten Grundsatzentscheide. Es handelt sich um ein äusserst aufwändiges Projekt. Die Rechtsweggarantie wird im Einzelfall eingehalten, obwohl die Rechtsmittelbestimmungen noch nicht an das Bundesrecht angepasst sind.
4/a	Legislaturziel Erhaltung, Entwicklung und Präsentation der Kulturgüter	
	Jahresziel Archivgut ist in Notfällen und Katastrophen geschützt	Ziel erreicht Die Schlussfolgerungen aus dem Notfallkonzept wurden priorisiert, die nicht budgetrelevanten Massnahmen wurden planmässig umgesetzt, die übrigen Massnahmen für die Folgejahre geplant.
	Jahresziel Urkundenbestand ist restauriert	Ziel erreicht Ziel war die Restaurierung von 40 % des mittelalterlichen Urkundenbestands in Zusammenarbeit mit einem Spezialisten. Dieses Ziel wurde erreicht. Der gesamte Bestand soll 2015 restauriert sein.

2.8.3 Tätigkeiten der Ämter

2.8.3.1 Kanzleisekretariat Staatskanzlei

Im Berichtsjahr blieb der Personalbestand unverändert. Sitzungsvorbereitung sowie Sitzungsnachbereitung für Regierungsrat und Landrat sind die Hauptaufgaben.

Abstimmungen

2013 wurden die Termine vom 3. März 2013 für 3 eidgenössische Vorlagen und 1 kantonale Vorlage, vom 9. Juni 2013 für 2 eidgenössische Vorlagen und 1 kantonale Vorlage, vom 22. September 2013 für 3 eidgenössische Vorlagen und 1 kantonale Vorlage zum Wahlsystem und vom 24. November 2013 für 3 eidgenössische Vorlagen genutzt. Details zu den Urnengängen können dem Tabellenteil entnommen werden.

Geschäftskontrolle Konsul

Die Geschäftsverwaltung CMIKonsul bietet für die Aktenablage und das Sitzungsmanagement unersetzliche Dienste. Der regelmässige Erfahrungsaustausch mit anderen Kantonen, die mit derselben Geschäftsverwaltung arbeiten, hat sich etabliert. Die Zusammenarbeit mit dem Lieferanten und dessen Support- und Entwicklungsabteilung ist gut. Vor dem Aufschalten der neuesten Version hat sich die Staatskanzlei als Testkunde zur Verfügung gestellt. In diesem Test konnten gleichzeitig die eingespielten Abläufe überprüft und wo nötig angepasst werden.

Der Geschäftsaustausch mit den Geschäftsverwaltungen der Gemeinden wurde erfolgreich getestet und letztlich aktiviert. Somit sind der Kanton und die Gemeinden befähigt, innerhalb der Geschäftsverwaltung Dossiers und Dokumente elektronisch auszutauschen und Aufträge mit Fristen zuzustellen. Die Aufträge werden innerhalb der Geschäftsverwaltung abgearbeitet.

E-Government

Wechsel der Schulgemeinden / Gemeindeschulen zur i-Web AG

Mit einer einheitlichen Web-Lösung soll der Aufbau eines Webportals umgesetzt werden, welches die Nidwaldner Schulgemeinden/Gemeindeschulen direkt in die Kantonsseite integriert (neben kantonaler Verwaltung und politischen Gemeinden). Dieses Projekt ist fortgeschritten: Die Gemeinden Hergiswil, Ennetbürgen und Ennetmoos haben ihren Webauftritt im Verlauf von 2013 aufgeschaltet. Dallenwil, Oberdorf und Emmetten arbeiten weiterhin mit den bestehenden Lösungen. Im 2014 folgen die weiteren Gemeinden mit der Integration zur i-Web AG. Durch die Installation der neuen Systeme wird die Basis für zukünftige E-Government-Dienstleistungen geschaffen.

Austausch kantonalen Webmaster

Im September des Berichtsjahrs fand ein Treffen der kantonalen Webmaster statt, welche den Online-Auftritt des Kantons mitgestalten. Neben einem generellen Austausch unter den Administratoren ging es darum, einige Neuerungen wie beispielsweise die Einführung eines Abstimmungs- und Wahlarchivs, die Schaffung thematischer Publikationsgruppen und die Einführung der Pendenzenverwaltung zu erläutern. Letztere trägt dem Datenschutz bei der Bearbeitung von Online-Formularen besser Rechnung. Ebenfalls ein Thema der Veranstaltung war die Einführung einer App der kantonalen Verwaltung, wie sie beispielsweise der Kanton Obwalden kennt. Da der Mehrwert in Frage gestellt wurde und eine App mit hohen Kosten verbunden ist, wurde dieses Thema zurückgestuft.

GemDat Programm

Die Software GemDat Rubin ist seit Mitte 2012 operativ aufgeschaltet. Seit Anfang 2013 wurden alle Dokumente elektronisch an die Baudirektion übermittelt. Nach der Einführungsphase, die per Ende 2013 abgeschlossen werden konnte, folgt nun die Umsetzungsphase, bei der allenfalls nötige Anpassungen vorgenommen werden.

2.8.3.2 Landratssekretariat

Der Landrat versammelte sich zu 6 (2012: 5) Halbtags- und 3 (2012: 5) Ganztagesitzungen. Er behandelte insgesamt 108 (2012: 125) Geschäfte.

2.8.3.3 Rechtsdienst

Im Berichtsjahr konnte sich der Rechtsdienst weiter konsolidieren. Die interne Organisation wurde regelmässig einer Kontrolle unterzogen. Der Rechtsdienst nahm notwendige Anpassungen der Abläufe und der dazugehörigen Weisungen vor. Die Vorgaben sind schriftlich dokumentiert. Der Rechtsdienst strebte namentlich eine Verbesserung bei der elektronischen Aktenführung (u.a. bei Beschwerdeverfahren und Gesetzgebungsprojekten) sowie eine Vereinheitlichung der formellen Vorgaben bei Entscheiden an. Insgesamt funktionieren die Abläufe gut. Einzelne Anschlussarbeiten – namentlich in Zusammenhang mit der Standardisierung – sind aufgelegt und können im Jahr 2014 abgeschlossen werden.

Bei den Sekretariaten der ständigen landrätlichen Kommissionen sind keine Wechsel zu verzeichnen, so dass weiterhin folgende Zuteilung gilt:

- Milena Bächler (bisher):
Kommission für Bau, Planung und Umwelt (BUL)
- Michèle Bucher (bisher):
Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS)
- Rolf Brühwiler (bisher):
Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft (BKV)
- Christof Würsch (bisher):
Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales (FGS)

Die Tätigkeit für eine landrätliche Kommission beansprucht im Schnitt ein Pensum von jeweils 10 %.

Gesetzgebung

Der Rechtsdienst wurde durch die grosse Zahl und Komplexität der Gesetzgebungsprojekte wiederum stark gefordert. Die Mitarbeitenden bereiteten unter anderem folgende Gesetzesrevisionen vor:

- Pensionskassengesetz
- Personalgesetzgebung (inkl. Weiterbildungs- und Arbeitszeitverordnung)
- Steuerverordnung
- Finanzausgleichsgesetzgebung
- Planungs- und Baugesetzgebung
- Verordnung über die Pflegebeiträge in Schutzgebieten
- Verkehrsgesetz
- Strassengesetz
- Verwaltungsrechtspflegeverordnung
- Anwaltsgesetz (Projekt ist vorläufig sistiert)
- Beurkundungsgebührenverordnung
- Polizeigesetzgebung
- Gebührenverordnung
- Proporzverordnung
- Tourismusförderungsgesetz
- Spielgesetz und Lotteriegesetz
- Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über das Bergführerwesen und das Anbieten weiterer Risikoaktivitäten
- Denkmalschutzgesetz
- Sozialhilfe- und Betreuungsgesetzgebung
- Sozialversicherungsrechtspflege
- Gesundheitsgesetzgebung
- Verordnungen im Bereich der Prämienverbilligung
- Zulassungseinschränkungsverordnung
- Kantonale Ergänzungsleistungsverordnung
- Bergregalgesetzgebung (Projekt wurde abgebrochen)
- Landwirtschaftsverordnung
- Flurgenossenschaftsverordnung
- Wasserrechtsgesetzgebung

Beschwerdeinstruktion

Alle Mitarbeitenden wurden mit der Beschwerdeinstruktion beauftragt, sei es zuhanden einer Direktion oder des Regierungsrates. Das Ziel, alle Beschwerden grundsätzlich 3 Monate nach Abschluss des Rechtsschriftenwechsels zu erledigen, konnte grösstenteils eingehalten werden. Namentlich aufgrund zusätzlicher Sachverhaltsabklärungen oder Sistierungen kam es in vereinzelt Verfahren zu Verzögerungen.

Der Rechtsdienst vertritt den Kanton u.a. in den Beschwerdeverfahren vor dem kantonalen Verwaltungsgericht. Es ist festzustellen, dass die Beschwerdeentscheide des Regierungsrates im Berichtsjahr durch das Verwaltungsgericht fast ausnahmslos gestützt wurden.

Rechtsberatung

Bei der Beratung steht hauptsächlich die kantonsinterne Rechtsauskunft im Zentrum. Der Rechtsdienst hatte Anfragen aus sämtlichen Direktion zu beantworten. Schwer gewichtig waren Geschäfte der Baudirektion (kommunale Nutzungsplanung, Koordination der Verfahren etc.), der Bildungsdirektion sowie der Gesundheits- und Sozialdirektion zu beurteilen. Weiter strebte der Rechtsdienst eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Personalamt an. So wurden die internen Zuständigkeiten bei personalrechtlichen Massnahmen überprüft und die Abläufe detaillierter dokumentiert.

An Gemeinden wird ausserhalb von Vorprüfungsverfahren nur zurückhaltend Auskunft erteilt. Die Rechtsberatung von Gemeinden in inhaltlichen Fragen ist problematisch, da der Rechtsdienst für die Beschwerdeinstruktion zuständig ist. Zeitaufwändig sind namentlich die Vorprüfungen kommunaler Erlasse. An Privatpersonen erteilt der Rechtsdienst keine Auskünfte.

2.8.3.4 Staatsarchiv

Arbeitsschwerpunkte waren die Einführung eines elektronischen Records Management Systems (RMS) in Pilotämtern sowie die weitere Aufarbeitung des Erschliessungsrückstandes im Zwischenarchiv. Durch die Mitarbeit am Projekt RMS mussten verschiedene Arbeiten zurückgestellt werden.

Überlieferungsbildung

Das strategische Projekt zur Einführung eines elektronischen RMS ist von zentraler Bedeutung für die Verwaltung, weil damit die Grundlagen für die Umsetzung von E-Gov-Projekten geschaffen werden. Aufgrund technischer Instabilitäten konnte die Pilotphase noch nicht abgeschlossen werden. Dennoch konnten mit Ausnahme des Betriebs- und Konkursamts die Ordnungssysteme

(Ablagestruktur) für die Bau- und die Volkswirtschaftsdirektion erstellt und das RMS in den Pilotämtern geschult und eingeführt werden. Ende Jahr war das RMS in beiden Direktionen, ausser im Betriebs- und Konkursamt, sowie im Staatsarchiv im Einsatz. Das Projekt und die Erstellung der Ordnungssysteme beanspruchte 2013 im Staatsarchiv 805 Arbeitsstunden (Vorjahr 503).

Anbietepflichtige Verwaltungsstellen und Gemeindearchive wurden in Fragen der Aktenführung und der Archivierung gezielt betreut. 10 Stellen wurden, zum Teil mehrmals, in Fragen der Aktenführung und der Archivierung beraten (Vorjahr 19). Die Aufsicht über die öffentlichen Archive nahm das Staatsarchiv mit 7 Gutachten wahr (Vorjahr 5). Insgesamt wurden 3 neue Verträge für Archivdepots oder Schenkungen abgeschlossen (Vorjahr 5), darunter allerdings keiner mit öffentlichen Archiven.

Erschliessung

Hauptziele waren die Reduktion des Erschliessungsrückstandes im Zwischenarchiv sowie der weitere Aufbau der Sammlungsbestände. Der Rückstand im Zwischenarchiv konnte um 42 Laufmeter reduziert werden (Vorjahr 82), so dass er Ende Jahr noch 96 Laufmeter mass. Insgesamt 45 neue Ablieferungen (–21 %) im Gesamtumfang von 160 Laufmetern (–32 %) wurden übernommen. Von diesen Neuzugängen stammten 25 aus der Verwaltung, 3 aus öffentlichen Archiven und 17 von Privaten (Privatarchive). 147 Laufmeter oder 92 % der Neueingänge (Vorjahr 95 %) konnten bereits erschlossen werden. Insgesamt waren damit 64 % des Erschliessungsrückstandes aufgearbeitet. Wegen der Beanspruchung durch das Projekt RMS konnte der Rückstand trotz weniger Neueingängen nur halb so stark wie im Vorjahr reduziert werden. Die Indikatoren weisen in eine negative Richtung.

Der Aufbau der Sammlungsbestände wurde fortgesetzt. Ende Jahr waren rund 80 % der Sammlungen systematisch gebildet. Mit der Integration der Drucksachensammlung konnten wertvolle Bestände erstmals zugänglich gemacht werden.

Insgesamt führte das Staatsarchiv Ende des Berichtsjahrs 87'064 Datensätze in der Archivdatenbank. Davon waren

wegen der Schutzfristen (Datenschutz) 44'289 öffentlich recherchierbar. 4'255 Datensätze wurden neu erfasst.

Bestandeserhaltung

Im Zentrum stand die Arbeit am Notfallkonzept. Nach der Kenntnisnahme durch den Regierungsrat wurden die Massnahmen priorisiert, damit sie in den kommenden beiden Jahren umgesetzt werden können. Die ständigen, wiederkehrenden Aufgaben wurden institutionalisiert und eine erste Schulung des Personals durchgeführt.

Trotz neu eingegangener Ablieferungen im Umfang von 160 Laufmetern nahm der Gesamtumfang der Archivbestände um 80 auf rund 5'170 Laufmeter ab. Grund ist die konsequente Ausscheidung nicht archivwürdiger Bestände, die in Zusammenarbeit mit den abliefernden Ämtern nachbewertet werden. Ins Gewicht fielen insbesondere die Ausscheidung nicht archivwürdiger Steuerakten. Die Klimamessungen zeigen, dass sich das Klima in den Archivräumen innerhalb der Toleranzgrenzen bewegt, nicht ideal bleibt jedoch das Klima im Zwischenarchiv.

Im Berichtsjahr wurde die zweite Tranche des mittelalterlichen Urkundenbestandes von einem Spezialisten restauriert. Die mittelalterlichen Urkunden sind somit nach modernen Massstäben gesichert, ausstehend ist die Digitalisierung der Urkunden. Die Restaurierung vom Zerfall bedrohter Bücher wurde dagegen stark reduziert. Die Mikroverfilmung der Behördenprotokolle (Landrat, Regierungsrat, Gerichte) wurde fortgeführt.

Benutzung, Vermittlung

Die Benutzung des Staatsarchivs nahm insgesamt leicht ab. Dies ist in erster Linie auf den Abschluss der Forschungsarbeiten zur neuen Kantonsgeschichte zurückzuführen, die im Vorjahr stark zu Buche geschlagen hatten. Die Gesamtzahl der Anfragen sank auf 655 (–7.9 %). Auch die Benutzung des Lesesaals ging leicht zurück, nachdem sie im Vorjahr beträchtlich zugenommen hatte: 299 Benutzer/innen (–3.5 %) besuchten das Staatsarchiv an insgesamt 860 Benutzungstagen (–16.1 %). Nach dem starken Anstieg durch die Arbeiten an der Kantonsgeschichte scheint sich die Benutzung wieder zu normalisieren. Die Anfragen aus der Verwaltung blieben mit 218

Auskunftsbegehren exakt gleich hoch wie im Vorjahr, während die Anfragen Privater auf 437 sanken (–11.4 %). Für die Beantwortung der Anfragen wurden insgesamt 3'128 Archiveinheiten benutzt (–11.2 %). In 152 Fällen mündeten Anfragen in Ausleihen von Archivgut an die Verwaltung (+3.4 %). Im Berichtsjahr wurden 14 Gesuche um Einsicht in Archivgut vor Ablauf der Schutzfrist gestellt (Vorjahr 9), von denen 13 gemäss Archivierungsgesetz mit Auflagen bewilligt wurden.

Bis 1981 kam es in der ganzen Schweiz zu sogenannten fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Verhaltensauffällige Menschen wurden gegen ihren Willen und ohne Gewährung des rechtlichen Gehörs weggesperrt oder «behandelt», Kinder zwangsweise zur Adoption freigegeben oder verdingt. Auf eidgenössischer Ebene wurde solche Massnahmen als Unrecht anerkannt und die politische Aufarbeitung begonnen. In Nidwalden wurde das Staatsarchiv als Anlaufstelle für Betroffene eingesetzt, weil es die Überlieferungssituation kennt und den Zugang zu den Akten vermitteln kann. Es kam jedoch nur zu 2 Anfragen Betroffener.

Wegen der Beanspruchung durch das Projekt RMS konnten keine Vermittlungsaktionen durchgeführt werden.

Forschung

Das Projekt Kantonsgeschichte unter der Federführung des Amts für Kultur wurde fortgeführt, Karin Schleifer und Emil Weber waren in der Projektleitung vertreten. Schwerpunkt war die Betreuung der Autorinnen und Autoren sowie die inhaltliche Prüfung der eingegangenen Manuskripte. Das Projekt beanspruchte insgesamt 136 Arbeitsstunden (Vorjahr 95). Trotz dieser Zunahme stand für Betreuung und inhaltliche Kontrolle zu wenig Arbeitszeit zur Verfügung, viele Arbeiten wurden in der Freizeit erledigt. Weitere Forschungen mussten zurückgestellt werden.

Fachbibliothek

Während des Berichtsjahrs wurden 259 selbstständige Medien neu katalogisiert. Damit umfasste der Bestand am Jahresende 5'130 Medien sowie 55 laufende und 37 abgeschlossene Zeitschriftenserien.

Zusätzlich konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, elektronisch verfügbare Publikationen im Internet aufzuschalten. Damit standen Ende Jahr bereits 79 Publikationen, insbesondere aktuelle Forschungen aus dem Projekt der Kantonsgeschichte, bequem im Online-Katalog zur Verfügung.

2.8.3.5 Fachstelle für Archäologie

Arbeitsschwerpunkte waren einerseits die Vorbereitung der Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes, andererseits die Aufarbeitung der archäologischen Sammlung, die sich in desolatem Zustand befindet. Dagegen verzögerten sich wegen der Belastung durch das Projekt RMS die Einführung des Inventars der Bodenaltertümer.

Fundorte, archäologische Sammlung

Planung und Aufbau einer Erosionskontrolle an der Pfahlbausiedlung in Kehrsiten wurden wegen der Belastung durch das Projekt RMS um 1 bis 2 Jahre zurückgestellt. Dieser Aufschub scheint vertretbar, da sich die Fundstelle noch in gutem Zustand befindet.

Als Vorbereitung zur Aufarbeitung der archäologischen Sammlung, die sich in desolatem Zustand befindet, wurde die Fundortdatenbank (Eigenlösung) überarbeitet. Im Herbst konnte die systematische Aufarbeitung der archäologischen Sammlung (Funde, Dokumentationen) begonnen werden. Die Arbeiten sollten 2014 abgeschlossen werden können.

Archäologische Zonen

Die Entwürfe des archäologischen Inventars der Bodenaltertümer konnten ersten Gemeinden vorgestellt und der Inkraftsetzungsprozess gestartet werden. Jedoch verzögerte sich die weitere Arbeit wegen der Belastung durch das Projekt RMS.

Baubegleitungen, Rettungsgrabungen

Weil das Inventar der Bodenaltertümer noch nicht in Kraft ist, wurden die Baubegleitungen aufgrund der Entwürfe organisiert. In Zusammenarbeit mit der kantonalen Baukoordination wurden 23 Stellungnahmen zu Bauprojekten abgegeben (Vorjahr 24). Aus den Stellung-

nahmen ergaben sich jedoch nur 4 baubegleitende Massnahmen (Vorjahr 2). Alle Massnahmen konnten intern durchgeführt werden, weil es sich lediglich um Begehungen handelte, Grabungen mussten nicht ausgelöst werden.

Prospektionen, Forschung

In Zusammenarbeit mit der Universität Bern konnte eine spannende Fundstelle mit prähistorischen Felsritzungen untersucht werden. Die Forschungen sollen 2014 fortgesetzt werden. Weitere Prospektionen und Forschungen wurden zurückgestellt.

Vermittlung

Wegen der Beanspruchung durch das Projekt RMS konnten keine Vermittlungsaktionen durchgeführt werden. Einzig ein internes Kolloquium zur schweizweit bedeutenden mittelalterlichen Palisadenanlage in Stansstad konnte organisiert werden. Das Kolloquium diente einerseits der Vorbereitung eines Forschungsbeitrages, der 2014 erscheinen soll, andererseits fliessen die Ergebnisse in die neue Kantonsgeschichte ein.

2.8.3.6 Abstimmungsbüro

Im Berichtsjahr hatte das kantonale Abstimmungsbüro an allen 4 langfristig festgelegten Abstimmungsterminen eidgenössische Abstimmungen sowie an 3 Terminen auch kantonale Abstimmungen zu organisieren. Viel Aufwand war für die kantonale Abstimmung vom 22. September 2013 betreffend das Wahlverfahren des Landrates nötig. Nebst den 3 Hauptfragen musste auch die Rangfolge in der Zusatzfrage ausgewertet werden. Der Lieferant des Wahl- und Abstimmungsprogramms, SESAM AG, hat hier das Programm so schreiben müssen, dass eine einfache Erfassung und eine rasche elektronische Auswertung ermöglicht wird. Die kommunalen Abstimmungsbüros mussten in der Vorbereitung auf den Abstimmungssonntag für die Erfassungsarbeiten geschult werden. Die Zusammenarbeit mit dem Programmlieferanten, dem ILZ und den kommunalen und kantonalen Abstimmungsbüros klappte hervorragend.

2.8.4 Vernehmlassungen an den Bund

Staatskanzlei	Beschluss des Regierungsrates	Antwort
Vorentwurf einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte	Nr. 452 vom 25. Juni 2013	Grundsätzliche Zustimmung; Anmerkungen zu Urnengängen-Beobachtungen
Erlass des technischen Reglements Vote électronique	Nr. 507 vom 9. Juli 2013	Zustimmung
Teilrevision der Verordnung vom 24. Mai 1978 über die politischen Rechte; Überarbeitung der Bestimmungen zu Vote électronique	Nr. 508 vom 9. Juli 2013	Zustimmung
Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung». Beitrittserklärung überparteiliches Komitee. Gemeinsame Stellungnahme	Nr. 853 vom 3. Dezember 2013	Verzicht auf Stellungnahme infolge zu kurzer Vernehmlassungsfrist



3 Tabellenteil

3.1 Finanzdirektion

3.1.1 Finanzverwaltung

Finanzkraftfaktor der Gemeinden

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	878.70	925.34	943.80	930.46	885.59	813.48
Buochs	781.17	816.73	838.99	869.25	836.63	795.64
Dallenwil	575.53	568.21	581.06	539.47	531.56	533.60
Emmetten	803.49	918.85	991.01	1'113.93	929.23	941.85
Ennetbürgen	1'108.90	1'112.76	1'253.58	1'142.94	1'176.98	1'111.68
Ennetmoos	730.21	792.23	742.66	716.01	711.13	651.87
Hergiswil	3'189.85	2'937.98	2'722.46	2'904.91	2'992.03	2'681.53
Oberdorf	704.96	719.84	690.63	689.92	659.46	648.11
Stans	1'153.89	1'196.18	1'075.11	1'073.90	1'063.28	1'051.96
Stansstad	1'579.04	1'638.71	1'741.91	1'651.67	1'772.38	1'538.05
Wolfenschiessen	560.10	623.94	590.26	610.42	567.98	516.89
gewogenes Mittel	1'272.88	1'271.74	1'251.64	1'257.66	1'267.05	1'172.29

Finanzausgleichsbeiträge an Gemeinden

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	2'044'528	1'896'594	1'627'619	1'390'183	1'703'640	1'682'582
Buochs	3'389'156	3'415'541	3'112'662	2'809'549	3'294'637	3'259'871
Dallenwil	2'530'021	2'859'008	2'744'361	2'976'089	2'928'192	2'666'355
Emmetten	1'282'212	1'156'904	973'035	922'952	1'260'368	992'560
Ennetbürgen	442'304	0	0	0	0	0
Ennetmoos	1'943'600	1'830'023	1'975'046	2'109'341	2'016'357	1'896'450
Hergiswil	272'817	303'565	332'728	332'513	0	0
Oberdorf	3'105'427	3'212'500	3'179'933	3'289'380	3'531'528	2'915'943
Stans	1'217'750	671'585	1'619'014	1'577'048	1'292'054	681'643
Wolfenschiessen	3'014'338	3'093'391	2'780'057	2'707'517	3'003'935	2'817'565
Beiträge total	19'242'153	18'439'111	18'344'455	18'114'572	19'030'711	16'912'969

Finanzausgleichsbeträge an politische Gemeinden

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	541'661	426'936	381'377	439'965	618'906	588'216
Buochs	784'414	656'614	566'086	495'151	794'670	706'342
Dallenwil	776'916	782'654	757'940	792'869	870'165	741'435
Emmetten	500'063	428'054	360'023	350'722	478'940	357'322
Ennetmoos	510'491	410'006	459'907	505'566	539'969	488'297
Hergiswil	272'817	303'565	332'728'	332'513	0	0
Oberdorf	768'790	720'363	757'717	798'767	931'370	738'207
Wolfenschiessen	804'343	707'388	667'095	800'207	795'262	677'497
Beiträge total	4'959'495	4'435'580	4'282'873	4'515'760	5'029'282	4'297'316

Finanzausgleichsbeiträge an Volksschule

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	1'502'867	1'469'658	1'246'242	950'218	1'084'734	1'094'366
Buochs	2'604'742	2'758'927	2'546'576	2'314'398	2'499'967	2'553'529
Dallenwil	1'753'105	2'076'354	1'986'421	2'183'220	2'058'027	1'924'920
Emmetten	782'149	728'850	613'012	572'230	781'428	635'238
Ennetbürgen	442'304	0	0	0	0	0
Ennetmoos	1'433'109	1'420'017	1'515'139	1'603'775	1'476'388	1'408'153
Oberdorf	2'336'637	2'492'137	2'422'216	2'490'613	2'600'158	2'177'736
Stans	1'217'750	671'585	1'619'014	1'577'048	1'292'054	681'643
Wolfenschiessen	2'209'995	2'386'003	2'112'962	1'907'310	2'208'673	2'140'068
Beiträge total	14'282'658	14'003'531	14'061'582	13'598'812	14'001'429	12'615'653

Beiträge der steuerstarken Gemeinden

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Ennetbürgen	0	0	440'819	215'738	256'392	273'891
Hergiswil	9'700'223	8'785'039	8'233'806	8'718'236	8'994'571	7'981'193
Stans	408'149	553'917	–	–	–	–
Stansstad	1'358'570	1'575'420	2'145'849	1'708'304	2'207'042	1'576'495
Beiträge total	11'466'942	10'914'376	10'820'474	10'642'278	11'458'005	9'831'579

Verschuldung der Gemeinden (in CHF 1000)

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	Zahlen erst ab Mai 2014 verfügbar	5'860	6'457	6'368	7'921	7'864
Buochs		14'708	15'746	12'064	9'782	10'653
Dallenwil		1'694	2'960	2'919	2'683	2'831
Emmetten		4'046	2'942	2'574	2'749	4'320
Ennetbürgen		273	3'362	3'121	4'801	3'813
Ennetmoos		- 2'781	- 1'372	1'572	1'756	1'911
Hergiswil		- 5'750	4'567	787	- 7'437	- 8'516
Oberdorf		- 422	- 630	294	- 123	1'075
Stans		25'966	24'872	26'563	30'144	34'909
Stansstad		3'876	3'494	4'438	3'740	440
Wolfenschiessen		9'497	9'429	8'575	11'039	8'805
Gemeinden total		56'967	71'827	69'276	67'056	68'107

Verschuldung der Gemeinden (pro Kopf in CHF)

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	Zahlen erst ab Mai 2014 verfügbar	1'761	1'938	1'932	2'438	2'434
Buochs		2'723	2'916	2'270	1'841	2'008
Dallenwil		951	1'652	1'626	1'496	1'596
Emmetten		3'045	2'333	2'069	2'238	3'541
Ennetbürgen		61	768	722	1'119	893
Ennetmoos		- 1'333	- 651	757	842	937
Hergiswil		- 1'044	843	144	- 1'368	- 1'564
Oberdorf		- 136	- 204	96	- 39	343
Stans		3'230	3'119	3'373	3'863	4'485
Stansstad		878	785	1'002	840	98
Wolfenschiessen		4'548	4'611	4'264	5'523	4'361
Gemeinden total		1'371	1'742	1'693	1'645	1'673

Lotteriewesen 2013

A. Erfolgsrechnung

		Aufwand	Ertrag
2372.3636.00	Kultur	188'410.80	–
2372.3636.01	Sozialwesen	–	–
2372.3636.02	Jugend und Erziehung	14'000.00	–
2372.3636.03	Gesundheit	8'391.75	–
2372.3636.04	Bildung und Forschung	1'000.00	–
2372.3636.05	Umwelt und Entwicklungshilfe	– 4'720.00	–
2372.3636.06	Übrige gemeinnützige Projekte	67'450.00	–
2372.4130.00	Landeslotterie und Zahlenlotto	–	2'314'940.00
2372.4130.01	Landeslotterie und Zahlenlotto für Spielsuchtabgabe	–	17'332.65
2372.4210.00	Lotteriebewilligungsgebühren	–	13'473.70
	2'053'881.15	274'532.55	2'345'746.35
	(mindestens 85 % von 4130.00 /		
	4210.00)		

Nachtragsbuchung

2372.3980.00	Zuweisung an Sportfonds 20 %	465'682.75	85 % von
	Zuweisung an Denkmalpflegefonds 25 %	582'103.45	4130.00 und
	Zuweisung an Kulturfonds 40 %	931'365.50	4210.00
	Zuweisung an Fonds Spielsucht	17'332.65	
	Zuweisung an Denkmalpflegefonds (Rest)	74'729.45	
		<u>2'345'746.35</u>	<u>2'345'746.35</u>

Die detaillierte Auflistung ist unter www.nw.ch abrufbar.

Sport-Fonds 2013

A. Erfolgsrechnung

		Aufwand	Ertrag
2513.3199.00	Nidwaldner Sportpreis	–	–
2513.3636.00	Sportanlagen	205'584.00	–
2513.3636.01	Sportgeräte	19'558.00	–
2513.3636.02	Sportveranstaltungen	18'320.00	–
2513.3636.03	Sportvereine und -verbände an subventionsberechtigte Betriebskosten	285'760.00	–
2513.3637.00	Sport- und Begabtenförderung	107'300.00	–
2513.4409.00	Zinsen Sportfonds	–	5'930.45
2513.4980.00	Landeslotterie und Zahlenlotto	–	465'682.75
		636'522.00	471'613.20
2513.3511.00	Einlage Sportfonds	–	
2513.4511.00	Entnahme Sportfonds		164'908.80
		<u>636'522.00</u>	<u>636'522.00</u>

B. Bilanz

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	625'814.95	
Fondskapital per Ende 2013		625'814.95
	<u>625'814.95</u>	<u>625'814.95</u>

C. Fondskapitalvergleich

Fondskapital per Ende 2013	625'814.95
Fondskapital per Ende 2012	790'723.75
Fondskapitalabnahme 2013	<u>164'908.80</u>

Fonds Spielsucht 2013

A. Erfolgsrechnung

		Aufwand	Ertrag
2980.3636.03	Spielsuchtfonds	5'553.15	0
2980.4409.01	Zinsen Fonds Spielsucht	–	349.05
2980.4980.00	Landeslotterie und Zahlenlotto (Spielsucht)	–	17'332.65
		<u>5'553.15</u>	<u>17'681.70</u>
2980.3501.00	Einlage Fonds Spielsucht	12'128.55	
2980.4501.01	Entnahme Fonds Spielsucht		–
		<u>17'681.70</u>	<u>17'681.70</u>

B. Bilanz

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	58'669.15	
Fondskapital per Ende 2013		58'669.15
	<u>58'669.15</u>	<u>58'669.15</u>

C. Fondskapitalvergleich

Fondskapital per Ende 2013	58'669.15
Fondskapital per Ende 2012	46'540.60
Fondskapitalzunahme 2013	<u>12'128.55</u>

Kulturfonds 2013

A. Erfolgsrechnung

		Aufwand	Ertrag
2598.3130.01	Durchführung von Wettbewerben (KF)	23'000.00	–
2598.3130.02	Inventarisierung (KF)	25'031.40	–
2598.3132.00	Bauuntersuchungen (KF)	618.00	–
2598.3636.01	Aktuelles Kulturschaffen (KF)	195'100.50	–
2598.3636.02	Mitgliedschaften, Leistungsvereinbarungen (KF)	85'957.30	–
2598.3636.03	Buchprojektierungen (KF)	88'527.50	–
2598.3636.04	Kulturpflege, Wissenschaft (KF)	18'950.00	–
2598.3636.05	Winkelriedhaus-Stiftung für Ausstellungspavillons (KF)	–	–
2598.3980.00	Museumsfonds (MF/KF)	174'228.59	–
2598.3980.01	Kantonsbibliothek (KF)	83'570.80	–
2598.4409.00	Zinsen Kulturfonds	–	13'592.35
2598.4980.00	Landeslotterie und Zahlenlotto (Kulturfonds)	–	931'365.50
		<u>694'984.09</u>	<u>944'957.85</u>
2598.3511.00	Einlage Kulturfonds	249'973.76	
2598.4511.00	Entnahme Kulturfonds		–
		<u>944'957.85</u>	<u>944'957.85</u>

B. Bilanz

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	2'062'288.54	
Fondskapital per Ende 2013		2'062'288.54
	<u>2'062'288.54</u>	<u>2'062'288.54</u>

C. Fondskapitalvergleich

Fondskapital per Ende 2013	2'062'288.54
Fondskapital per Ende 2012	1'812'314.78
Fondskapitalzunahme 2013	<u>249'973.76</u>

Denkmalpflegefonds 2013

A. Erfolgsrechnung

		Aufwand	Ertrag
2598.3631.00	Kantone für Archäologische Grabungen (DF)	14'265.00	0
2598.3632.00	Gemeinden zur Erhaltung von Baudenkmälern, Kulturgütern, Ortsbildern (DF)	27'218.00	0
2598.3637.00	Institutionen und Private zur Erhaltung von Denkmälern und Kulturgütern (DF)	863'376.50	0
2598.4409.01	Zinsen Denkmalpflegefonds	–	8'858.75
2598.4610.00	Bund an heimatgeschützwürdige Objekte (DF)	–	697'226.00
2598.4980.01	Landeslotterie und Zahlenlotto (Denkmalpflegefonds)		656'832.90
		<u>904'859.50</u>	<u>1'362'917.65</u>
2598.3511.01	Einlage Denkmalpflegefonds	458'058.15	
2598.4511.01	Entnahme Denkmalpflegefonds		–
		<u>1'362'917.65</u>	<u>1'362'917.65</u>

B. Bilanz

	Aktiven	Passiven
Guthaben Finanzverwaltung	1'639'222.08	
Fondskapital per Ende 2013		1'639'222.08
	<u>1'639'222.08</u>	<u>1'639'222.08</u>

C. Fondskapitalvergleich

Fondskapital per Ende 2013	1'639'222.08
Fondskapital per Ende 2012	1'181'163.93
Fondskapitalabnahme 2013	<u>458'058.15</u>

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	4.75	5.05	5.05	5.05	5.25	5.25
Buochs	4.93	4.90	4.90	4.90	5.00	5.00
Dallenwil	5.23	5.23	5.13	5.13	5.13	5.13
Emmetten	4.73	4.73	4.73	4.80	5.10	5.10
Ennetbürgen	4.46	4.43	4.43	4.55	4.55	4.55
Ennetmoos	4.98	4.98	4.98	4.98	4.98	4.98
Hergiswil	4.25	4.25	4.25	4.25	4.25	4.25
Oberdorf	4.86	5.03	4.83	4.83	4.98	4.98
Stans	5.01	4.98	5.08	5.08	5.08	5.08
Stansstad	4.35	4.43	4.43	4.43	4.43	4.43
Wolfenschiessen	5.66	5.65	5.45	5.45	5.45	5.45

Gemeinden	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Beckenried	ab 1.1.2011 fester	ab 1.1.2011 fester	ab 1.1.2011 fester	ab 1.1.2008 fester	ab 1.1.2008 fester	ab 1.1.2008 fester
Buochs	Gewinnsteuersatz von 6 %	Gewinnsteuersatz von 6 %	Gewinnsteuersatz von 6 %	Gewinnsteuersatz von 9 %	Gewinnsteuersatz von 9 %	Gewinnsteuersatz von 9 %
Dallenwil						
Emmetten						
Ennetbürgen						
Ennetmoos						
Hergiswil						
Oberdorf						
Stans						
Stansstad						
Wolfenschiessen						

Nachsteuerverfügungen, Erlasse, Bussen

Kantons- und Gemeindesteuern

	2013		2012	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Nachsteuerverfügungen	253	934'201	233	1'509'680
Bussenfestsetzungen				
– Strafsteuerverfahren				
– vollendete Hinterziehung	12	26'575	9	215'190
– versuchte Hinterziehung	–	–	–	–
– Ordnungsbussen (> Fr. 1'000)	151	339'900	151	315'300
Steuererlassgesuche (behandelt)				
– Kantons- und Gemeindesteuern	46	98'579	41	76'401
– Sondersteuern-Kapitalgewinne	1	11'941	–	–
– Quellensteuern	1	72	1	98
– Grundstückgewinnsteuer	1	37'506	–	–
– Ordnungsbussen	–	–	1	100
Erlasse gutgeheissen				
– Kantons- und Gemeindesteuern	37	72'391	25	62'898
– Sondersteuern	–	–	–	–
– Quellensteuern	1	72	1	98
– Grundstückgewinnsteuer	–	–	–	–
		2013		2012
Gesuche um Steuererleichterung		–		–

Direkte Bundessteuer

	2013		2012	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Nachsteuerverfügungen	195	444'328	213	653'984
Bussenfestsetzungen				
– Strafsteuerverfahren				
– vollendete Hinterziehung	7	7'228	9	136'922
– versuchte Hinterziehung	–	–	–	–
Steuererlassgesuche (behandelt)	27	9'413	25	4'212
Erlasse gutgeheissen	22	5'942	18	3'295

Einmalige Steuern

	2013		2012	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Erbschafts- und Schenkungssteuern	295	2'813'625	328	1'041'510
Grundstückgewinnsteuern	670	13'881'430	655	10'982'884
Kapitalleistungen aus Vorsorge	1'446	5'795'909	1'353	5'347'341

Veranlagungsstand natürliche Personen

Kantons- und Gemeindesteuern

Steuerperiode	Abrechnungsjahr	Steuerpflichtige ganzes Jahr	provisorisch Veranlagte	nicht Veranlagte
2012	2013	27'087	6'248	36
2011	2012	26'896	6'058	66
2010	2011	26'645	6'985	53

Direkte Bundessteuer

Steuerperiode	Abrechnungsjahr	Steuerpflichtige ganzes Jahr	provisorisch Veranlagte	nicht Veranlagte
2012	2013	25'157	4'944	32
2011	2012	24'996	4'890	55
2010	2011	24'746	5'882	40

Veranlagungsstand juristische Personen

2013 wurden 4'007 Veranlagungen definitiv eröffnet (Vorjahr 3'561).

Der Stand der Veranlagungen präsentiert sich wie folgt:

Kantons- und Gemeindesteuern

Steuerjahr	Steuerpflichtige am 31.12.	Veranlagungsspendenzen	
		am 31.12. 2012	Total pro Jahr
2012	3'953	1'323	* 1'958
2011	3'823	357	2'077
2010	3'678	166	1'904
2009	3'574	112	1'757

* alle 2009 – 2012

Direkte Bundessteuer

Veranlagungsperiode	Abrechnungsjahr	Steuerpflichtige mit Rechnung	prov. Veranlagte per 31.12.
2012	2013	3'553	1'068
2011	2012	3'419	1'151
2010	2011	3'301	1'076
2009	2010	3'183	1'000
2008	2009	3'134	837

Veranlagungsstand bei den Sondersteuern

Grundstückgewinnsteuern

Steuerjahr	Veranlagungen	Offene Veranlagungen	Handänderungen
2013	349	440	578
2012	448	532	677
2011	411	510	883
2010	355	500	738
2009	294	383	679

Erbschafts- und Schenkungssteuern

Steuerjahr	Offene Veranlagungen
2013	14
2012	12
2011	16
2010	15
2009	12

Quellensteuer

Steuerjahr	Abrechnungsjahr	Anzahl Steuerpfl.	Steuerertrag		
			Total	Kanton u. Gemeinde	Bund
2013	2013	2'099	7'255'170	5'929'859	1'325'311
2012	2012	1'874	6'017'215	5'039'613	977'602
2011	2011	1'798	5'918'645	4'997'005	921'640
2010	2011	1'512	6'392'081	5'228'805	1'163'276
2009	2010	1'497	4'803'215	4'146'806	656'409
2008	2009	1'475	5'773'050	4'876'765	896'285

Wertschriften-Kontrolle

Im Vergleich mit den Vorjahren hat die Abteilung Wertschriften-Kontrolle die folgenden Rückerstattungsanträge behandelt:

	2013	2012	2011
Wertschriftenverzeichnisse (VST-Betrag)	105'146'227	138'732'571	102'795'021
Anzahl Eingänge:	23'339	23'229	22'953
– bearbeitet	* 21'235	* 20'571	* 19'875
– pendent	2'104	2'658	3'078
Erbenanträge (ausbezahlte VST)	309'252	341'031	473'337
Anzahl Eingänge:	58	69	82
– bearbeitet	49	62	77
– pendent	9	7	5
Steuerrückbehalt USA (ausbezahlter Rückbehalt)	224'232	228'705	181'350
Anzahl Auszahlungen	307	262	291
Pauschale Steueranrechnung	1'363'101	912'394	798'199
Anzahl bearbeitete Fälle	910	689	642
Anzahl Auszahlungen	523	359	377
ausl. Quellensteuerformulare			
Anzahl bestätigte Formulare	174	211	253

* davon 4'883 von Gemeindesteuerämtern im 2013 bearbeitet

Steuerbezug

Kantons- und Gemeindesteuern

Buchhaltungszahlen	2013	2012	2011
Steuerertrag total	246'463'225	260'329'530	241'621'456
	100 %	100 %	100 %
Steuerertrag natürliche Personen	224'898'916	227'014'305	223'947'168
	91.25 %	87.20 %	92.69 %
Steuerertrag juristische Personen	21'564'309	33'315'225	17'674'288
	8.75 %	12.80 %	7.31 %
Steuerausstand netto	14'852'731	17'140'658	13'852'632
	6.03 %	6.58 %	5.73 %
Abschreibungen	1'223'638	906'049	1'627'501
	0.50 %	0.35 %	0.67 %
Vergütungszins (laufendes Jahr)	328'608	547'450	515'228

Rechnungsversand	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
Natürliche Personen total	65'866	64'406	61'279
Juristische Personen total	8'842	8'304	8'358

Inkassomassnahmen	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
1. Mahnung	4'823	3'883	4'992
2. Mahnung	2'548	2'273	2'393
Aufforderung 2. Rate der Jahressteuer	10'452	10'245	10'482
eingeleitete Betreibungen	565	661	689
lfd Konkursverfahren	21	25	16

PC-Zahlungen / Rückzahlungen	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
ESR-Zahlungen verbucht	59'698	57'271	55'778
DTA-Rückvergütungen	12'119	13'676	12'725
PCK-Zahlungen	9'020	10'256	11'685

Direkte Bundessteuer

Buchhaltungszahlen	2013	2012	2011
Steuerertrag total *	135'981'351 100 %	136'683'291 100 %	103'964'278 100 %
Steuerertrag natürliche Personen	77'222'875 56.79 %	81'704'986 59.78 %	74'119'421 71.29 %
Steuerertrag juristische Personen	58'757'476 43.21 %	54'978'305 40.22 %	29'844'857 28.71 %
Steuerausstand	8'615'903 6.34 %	8'205'929 6.00 %	7'469'600 7.18 %
Abschreibungen	478'389 0.35 %	230'049 0.17 %	1'012'433 0.97 %

* exkl. Quellensteuern und Nach-/Strafsteuern

Rechnungsversand	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
Natürliche und juristische Personen	62'795	60'247	57'891

Inkassomassnahmen	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
1. Mahnung	2'703	2'522	3'175
2. Mahnung	1'359	951	1'264
eingeleitete Betreibungen	315	310	397
lfd Konkursverfahren	19	21	16

PC-Zahlungen	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
ESR-Zahlungen verbucht	31'904	31'343	32'212

Güterschatzung

Steueramtliche Schätzungen	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
Güterschätzungen	570	940	1'608
Einsprachen	7	10	9
Einsprachen erledigt	7	10	9

Schätzungen für Dritte	2013 (Anzahl)	2012 (Anzahl)	2011 (Anzahl)
Verkehrswertschätzungen	45	18	42

Pauschalbesteuerte

Besteuerung nach Aufwand gemäss Art. 16 StG

Steuerjahr	2013	2012	2011
Anzahl Personen	67	84	92

Kantons- und Gemeindesteuern

Die Steuerperioden 2012 und 2013 lassen vom gegenwärtigen Veranlagungsstand keine abschliessenden Vergleiche zu. Die untenstehenden Zahlen basieren deshalb auf den Steuerperioden 2010 und 2011.

Kanton Nidwalden

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	1'664	5.9	11'280	0.0	1'579	5.7	11'300	0.0
1 – 50'999	14'378	51.3	25'793'205	14.2	14'057	51.2	27'726'935	14.9
51'000 – 80'999	6'323	22.5	38'194'433	21.0	6'299	22.9	39'996'865	21.5
81'000 – 100'999	2'167	7.7	20'351'276	11.2	2'100	7.6	20'764'151	11.1
101'000 – 150'999	2'096	7.5	28'683'777	15.8	2'036	7.4	29'580'704	15.9
151'000 – 200'999	608	2.2	12'656'988	7.0	638	2.3	14'091'941	7.6
201'000 – 250'999	264	0.9	7'177'171	3.9	243	0.9	6'601'663	3.5
251'000 – 300'999	135	0.5	4'480'447	2.5	118	0.4	4'617'029	2.5
301'000 –	405	1.4	44'576'343	24.5	396	1.4	42'941'492	23.0
Total	28'040	100.0	181'924'920	100.0	27'466	100.0	186'332'080	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Kanton Nidwalden

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	10'902	38.9	0	0.0	11'032	40.2	0	0.0
1 – 101'000	6'309	22.5	296'026	1.2	5'987	21.8	290'381	1.2
101'000 – 500'999	6'473	23.1	1'962'634	8.2	6'385	23.2	1'926'474	8.1
501'000 – 1'000'999	2'176	7.8	1'853'506	7.7	2'044	7.4	1'793'580	7.5
1'001'000 – 5'000'999	1'771	6.3	4'112'805	17.1	1'638	6.0	3'992'758	16.7
5'001'000	409	1.5	15'813'983	65.8	380	1.4	15'896'375	66.5
Total	28'040	100.0	24'038'954	100.0	27'466	100.0	23'899'568	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Beckenried

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	147	6.4	620	0.0	151	6.6	650	0.0
1 – 50'999	1'238	53.5	2'274'871	17.9	1'204	52.8	2'415'819	18.8
51'000 – 80'999	501	21.7	3'171'322	24.9	496	21.8	3'246'741	25.2
81'000 – 100'999	163	7.0	1'618'062	12.7	170	7.5	1'749'751	13.6
101'000 – 150'999	173	7.5	2'517'800	19.8	172	7.5	2'565'391	19.9
151'000 – 200'999	50	2.2	1'100'361	8.7	50	2.2	1'148'408	8.9
201'000 – 250'999	18	0.8	528'200	4.2	13	0.6	418'382	3.3
251'000 – 300'999	9	0.4	351'397	2.8	10	0.4	392'961	3.1
301'000 –	15	0.6	1'151'585	9.1	13	0.6	928'876	7.2
Total	2'314	100.0	12'714'218	100.0	2'279	100.0	12'866'979	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	817	35.3	0	0.0	829	36.4	0	0.0
1 – 101'000	511	22.1	25'092	2.8	504	22.1	24'400	2.8
101'000 – 500'999	613	26.5	195'707	22.2	595	26.1	192'017	22.0
501'000 – 1'000'999	216	9.3	194'211	22.1	201	8.8	184'336	21.1
1'001'000 – 5'000'999	146	6.3	345'079	39.2	138	6.1	330'923	37.9
5'001'000	11	0.5	120'511	13.7	12	0.5	142'340	16.3
Total	2'314	100.0	880'600	100.0	2'279	100.0	874'016	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Buochs

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	146	4.3	1'200	0.0	121	3.6	700	0.0
1 – 50'999	1'786	52.7	3'409'324	18.8	1'789	53.1	3'807'236	19.8
51'000 – 80'999	829	24.5	5'076'138	28.0	843	25.0	5'455'510	28.4
81'000 – 100'999	277	8.2	2'652'960	14.6	275	8.2	2'708'101	14.1
101'000 – 150'999	237	7.0	3'269'057	18.0	231	6.9	3'245'377	16.9
151'000 – 200'999	61	1.8	1'344'038	7.4	55	1.6	1'216'248	6.3
201'000 – 250'999	20	0.6	594'196	3.3	15	0.4	478'072	2.5
251'000 – 300'999	10	0.3	358'738	2.0	18	0.5	674'939	3.5
301'000 –	23	0.7	1'406'704	7.8	22	0.7	1'636'807	8.5
Total	3'389	100.0	18'112'355	100.0	3'369	100.0	19'222'990	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	1'432	42.3	0	0.0	1'449	43.0	0	0.0
1 – 101'000	737	21.7	35'779	3.0	690	20.5	32'571	2.7
101'000 – 500'999	768	22.7	236'872	19.7	787	23.4	235'626	19.8
501'000 – 1'000'999	267	7.9	232'752	19.3	259	7.7	221'594	18.6
1'001'000 – 5'000'999	166	4.9	370'470	30.8	165	4.9	353'845	29.7
5'001'000	19	0.6	328'384	27.3	19	0.6	348'563	29.2
Total	3'389	100.0	1'204'257	100.0	3'369	100.0	1'192'199	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Dallenwil

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	102	8.0	250	0.0	107	8.6	300	0.0
1 – 50'999	783	61.6	1'223'323	26.6	750	60.1	1'269'671	26.1
51'000 – 80'999	241	18.9	1'500'661	32.6	235	18.8	1'551'365	31.9
81'000 – 100'999	73	5.7	708'280	15.4	86	6.9	871'858	17.9
101'000 – 150'999	63	5.0	898'252	19.5	55	4.4	786'663	16.2
151'000 – 200'999	7	0.6	153'426	3.3	11	0.9	235'534	4.8
201'000 – 250'999	2	0.2	67'088	1.5	3	0.2	106'676	2.2
251'000 – 300'999	0	0.0	0	0.0	1	0.1	42'452	0.9
301'000 –	1	0.1	51'531	1.1	0	0.0	0	0.0
Total	1'272	100.0	4'602'811	100.0	1'248	100.0	4'864'519	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	497	39.1	0	0.0	495	39.7	0	0.0
1 – 101'000	341	26.8	17'749	6.8	327	26.2	17'606	7.1
101'000 – 500'999	321	25.2	100'920	38.9	319	25.6	97'108	39.0
501'000 – 1'000'999	85	6.7	79'640	30.7	78	6.3	73'625	29.5
1'001'000 – 5'000'999	28	2.2	60'992	23.5	29	2.3	60'915	24.4
5'001'000	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Total	1'272	100.0	259'301	100.0	1'248	100.0	249'254	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Emmetten

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	201	14.9	250	0.0	171	12.8	370	0.0
1 – 50'999	827	61.4	1'057'903	22.5	845	63.4	1'178'823	24.2
51'000 – 80'999	175	13.0	1'032'996	22.0	166	12.5	1'034'211	21.3
81'000 – 100'999	49	3.6	453'207	9.6	53	4.0	518'143	10.6
101'000 – 150'999	59	4.4	847'114	18.0	57	4.3	829'380	17.0
151'000 – 200'999	19	1.4	409'550	8.7	25	1.9	561'157	11.5
201'000 – 250'999	5	0.4	147'763	3.1	5	0.4	151'493	3.1
251'000 – 300'999	5	0.4	192'091	4.1	2	0.2	77'275	1.6
301'000 –	8	0.6	558'375	11.9	9	0.7	514'620	10.6
Total	1'348	100.0	4'699'249	100.0	1'333	100.0	4'865'472	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	399	29.6	0	0.0	413	31.0	0	0.0
1 – 101'000	414	30.7	17'187	3.2	401	30.1	17'843	3.5
101'000 – 500'999	397	29.5	100'681	18.6	390	29.3	101'896	19.8
501'000 – 1'000'999	70	5.2	59'996	11.1	71	5.3	59'612	11.6
1'001'000 – 5'000'999	54	4.0	139'017	25.7	47	3.5	127'373	24.8
5'001'000	14	1.0	224'754	41.5	11	0.8	207'015	40.3
Total	1'348	100.0	541'635	100.0	1'333	100.0	513'739	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Ennetbürgen

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	146	5.1	1'500	0.0	143	5.0	1'270	0.0
1 – 50'999	1'363	47.4	2'383'130	13.2	1'375	48.0	2'661'313	13.8
51'000 – 80'999	664	23.1	3'781'954	20.9	663	23.1	4'044'200	20.9
81'000 – 100'999	244	8.5	2'129'489	11.8	223	7.8	2'079'400	10.8
101'000 – 150'999	271	9.4	3'467'687	19.1	276	9.6	3'712'375	19.2
151'000 – 200'999	81	2.8	1'592'194	8.8	83	2.9	1'730'379	9.0
201'000 – 250'999	37	1.3	938'820	5.2	25	0.9	715'801	3.7
251'000 – 300'999	21	0.7	635'493	3.5	17	0.6	576'135	3.0
301'000 –	51	1.8	3'178'769	17.6	59	2.1	3'807'580	19.7
Total	2'878	100.0	18'109'036	100.0	2'864	100.0	19'328'453	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	990	34.4	0	0.0	1'012	35.3	0	0.0
1 – 101'000	628	21.8	27'577	1.4	618	21.6	27'081	1.3
101'000 – 500'999	702	24.4	201'049	10.3	693	24.2	202'317	9.6
501'000 – 1'000'999	257	8.9	205'247	10.5	256	8.9	211'231	10.1
1'001'000 – 5'000'999	244	8.5	561'870	28.7	233	8.1	572'167	27.3
5'001'000	57	2.0	961'905	49.1	52	1.8	1'086'363	51.8
Total	2'878	100.0	1'957'648	100.0	2'864	100.0	2'099'159	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Ennetmoos

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	78	5.7	570	0.0	89	6.7	300	0.0
1 – 50'999	761	55.8	1'372'877	20.8	724	54.1	1'455'558	21.1
51'000 – 80'999	284	20.8	1'706'645	25.8	305	22.8	1'977'550	28.7
81'000 – 100'999	113	8.3	1'113'956	16.8	91	6.8	927'832	13.5
101'000 – 150'999	93	6.8	1'344'370	20.3	92	6.9	1'365'482	19.8
151'000 – 200'999	13	1.0	288'100	4.4	19	1.4	444'350	6.5
201'000 – 250'999	11	0.8	330'062	5.0	6	0.4	184'312	2.7
251'000 – 300'999	7	0.5	243'890	3.7	7	0.5	246'271	3.6
301'000 –	5	0.4	215'168	3.3	5	0.4	281'932	4.1
Total	1'365	100.0	6'615'638	100.0	1'338	100.0	6'883'587	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	520	38.1	0	0.0	526	39.3	0	0.0
1 – 101'000	342	25.1	15'596	3.7	313	23.4	15'088	3.9
101'000 – 500'999	354	25.9	113'499	27.3	353	26.4	110'708	28.6
501'000 – 1'000'999	82	6.0	75'020	18.0	89	6.7	79'956	20.7
1'001'000 – 5'000'999	58	4.2	130'812	31.4	52	3.9	129'612	33.5
5'001'000	9	0.7	81'174	19.5	5	0.4	51'321	13.3
Total	1'365	100.0	416'101	100.0	1'338	100.0	386'685	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Hergiswil

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	265	6.8	2'120	0.0	264	6.9	2'140	0.0
1 – 50'999	1'676	43.1	2'768'109	5.7	1'607	42.0	3'013'071	6.7
51'000 – 80'999	816	21.0	4'526'364	9.4	828	21.6	4'771'627	10.6
81'000 – 100'999	301	7.7	2'611'274	5.4	301	7.9	2'671'461	5.9
101'000 – 150'999	376	9.7	4'820'669	10.0	389	10.2	5'104'194	11.3
151'000 – 200'999	162	4.2	3'093'980	6.4	169	4.4	3'316'228	7.3
201'000 – 250'999	78	2.0	1'979'609	4.1	67	1.7	1'745'501	3.9
251'000 – 300'999	31	0.8	930'631	1.9	34	0.9	1'035'405	2.3
301'000 –	180	4.6	27'629'078	57.1	170	4.4	23'510'874	52.0
Total	3'885	100.0	48'361'834	100.0	3'829	100.0	45'170'501	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	1'460	37.6	0	0.0	1'467	38.3	0	0.0
1 – 101'000	714	18.4	28'151	0.2	713	18.6	29'299	0.2
101'000 – 500'999	752	19.4	203'163	1.6	726	19.0	196'647	1.6
501'000 – 1'000'999	349	9.0	264'556	2.1	347	9.1	251'945	2.0
1'001'000 – 5'000'999	432	11.1	990'659	7.8	412	10.8	988'018	7.9
5'001'000	178	4.6	11'134'491	88.2	164	4.3	11'093'540	88.3
Total	3'885	100.0	12'621'020	100.0	3'829	100.0	12'559'449	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Oberdorf

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	100	5.4	970	0.0	100	5.4	1'190	0.0
1 – 50'999	995	53.3	1'763'090	20.4	953	51.3	1'849'586	19.8
51'000 – 80'999	453	24.3	2'652'963	30.7	467	25.2	2'840'030	30.5
81'000 – 100'999	168	9.0	1'543'612	17.9	169	9.1	1'631'570	17.5
101'000 – 150'999	100	5.4	1'391'262	16.1	116	6.3	1'663'840	17.9
151'000 – 200'999	31	1.7	680'338	7.9	32	1.7	676'429	7.3
201'000 – 250'999	10	0.5	262'869	3.0	11	0.6	335'625	3.6
251'000 – 300'999	6	0.3	189'527	2.2	4	0.2	156'854	1.7
301'000 –	4	0.2	160'023	1.9	4	0.2	162'965	1.7
Total	1'867	100.0	8'644'654	100.0	1'856	100.0	9'318'089	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	735	39.4	0	0.0	742	40.0	0	0.0
1 – 101'000	427	22.9	20'816	4.0	414	22.3	20'714	4.2
101'000 – 500'999	469	25.1	144'953	27.9	464	25.0	139'869	28.0
501'000 – 1'000'999	154	8.2	133'172	25.6	156	8.4	129'445	25.9
1'001'000 – 5'000'999	77	4.1	162'229	31.2	76	4.1	160'927	32.3
5'001'000	5	0.3	58'270	11.2	4	0.2	47'936	9.6
Total	1'867	100.0	519'440	100.0	1'856	100.0	498'891	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Stans

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	210	4.0	2'160	0.0	203	4.0	2'490	0.0
1 – 50'999	2'579	49.5	5'287'780	16.9	2'532	49.7	5'393'028	16.4
51'000 – 80'999	1'330	25.5	8'654'774	27.7	1'257	24.7	8'513'479	25.9
81'000 – 100'999	465	8.9	4'608'902	14.7	465	9.1	4'729'974	14.4
101'000 – 150'999	412	7.9	5'917'609	18.9	416	8.2	6'198'144	18.9
151'000 – 200'999	108	2.1	2'422'237	7.7	113	2.2	2'646'458	8.1
201'000 – 250'999	38	0.7	1'129'718	3.6	44	0.9	1'382'459	4.2
251'000 – 300'999	26	0.5	932'205	3.0	14	0.3	553'635	1.7
301'000 –	38	0.7	2'324'677	7.4	49	1.0	3'394'605	10.3
Total	5'206	100.0	31'280'062	100.0	5'093	100.0	32'814'272	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	2'216	42.6	0	0.0	2'248	44.1	0	0.0
1 – 101'000	1'144	22.0	56'001	2.9	1'071	21.0	55'300	2.9
101'000 – 500'999	1'148	22.1	379'262	19.3	1'100	21.6	358'317	18.8
501'000 – 1'000'999	362	7.0	331'171	16.9	359	7.0	323'858	17.0
1'001'000 – 5'000'999	304	5.8	733'312	37.3	284	5.6	693'089	36.4
5'001'000	32	0.6	465'088	23.7	31	0.6	474'015	24.9
Total	5'206	100.0	1'964'834	100.0	5'093	100.0	1'904'579	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Stansstad

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	176	5.4	1'170	0.0	178	5.4	1'420	0.0
1 – 50'999	1'559	48.2	2'850'795	11.8	1'590	48.5	3'079'791	11.8
51'000 – 80'999	765	23.6	4'422'943	18.3	778	23.7	4'714'318	18.1
81'000 – 100'999	254	7.8	2'296'800	9.5	244	7.4	2'245'095	8.6
101'000 – 150'999	275	8.5	3'658'313	15.2	264	8.1	3'617'864	13.9
151'000 – 200'999	68	2.1	1'380'952	5.7	87	2.7	1'833'839	7.1
201'000 – 250'999	43	1.3	1'136'889	4.7	38	1.2	1'044'926	4.0
251'000 – 300'999	18	0.6	573'534	2.4	24	0.7	861'102	3.3
301'000 –	78	2.4	7'803'891	32.3	76	2.3	8'606'198	33.1
Total	3'236	100.0	24'125'287	100.0	3'279	100.0	26'004'553	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	1'308	40.4	0	0.0	1'374	41.9	0	0.0
1 – 101'000	711	22.0	34'539	1.0	703	21.4	33'105	1.0
101'000 – 500'999	657	20.3	181'233	5.4	682	20.8	188'494	5.7
501'000 – 1'000'999	251	7.8	197'630	5.9	226	6.9	177'751	5.3
1'001'000 – 5'000'999	227	7.0	537'478	15.9	218	6.6	507'455	15.3
5'001'000	82	2.5	2'421'312	71.8	76	2.3	2'418'007	72.7
Total	3'236	100.0	3'372'192	100.0	3'279	100.0	3'324'812	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Gemeinde Wolfenschiessen

Einkommensteuer nach Stufen des steuerbaren Einkommens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Einkommenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	93	7.3	470	0.0	92	7.2	470	0.0
1 – 50'999	811	63.4	1'402'003	30.1	799	63.0	1'603'039	32.1
51'000 – 80'999	265	20.7	1'667'673	35.8	274	21.6	1'847'834	37.0
81'000 – 100'999	60	4.7	614'734	13.2	58	4.6	630'966	12.6
101'000 – 150'999	37	2.9	551'644	11.8	31	2.4	491'994	9.9
151'000 – 200'999	8	0.6	191'812	4.1	12	0.9	282'911	5.7
201'000 – 250'999	2	0.2	61'957	1.3	1	0.1	38'416	0.8
251'000 – 300'999	2	0.2	72'941	1.6	0	0.0	0	0.0
301'000 –	2	0.2	96'542	2.1	2	0.2	97'035	1.9
Total	1'280	100.0	4'659'776	100.0	1'269	100.0	4'992'665	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

Vermögenssteuer nach Stufen des steuerbaren Vermögens

Jahr	Steuerperiode 2011				Steuerperiode 2010			
Natürliche Personen	Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag		Steuerpflichtige		Vermögenssteuerbetrag	
Steuerbares Einkommen	Anzahl	%	CHF	%	Anzahl	%	CHF	%
0	528	41.3	0	0.0	522	41.1	0	0.0
1 – 101'000	340	26.6	17'539	5.8	340	26.8	17'374	5.9
101'000 – 500'999	292	22.8	105'295	34.9	289	22.8	103'475	34.9
501'000 – 1'000'999	83	6.5	80'111	26.5	82	6.5	80'227	27.0
1'001'000 – 5'000'999	35	2.7	80'887	26.8	33	2.6	68'434	23.1
5'001'000	2	0.2	18'094	6.0	3	0.2	27'275	9.2
Total	1'280	100.0	301'926	100.0	1'269	100.0	296'785	100.0

Stand 10.01.2014

Stand 10.01.2013

3.1.3 Personalamt

Fluktuationsraten seit 2003



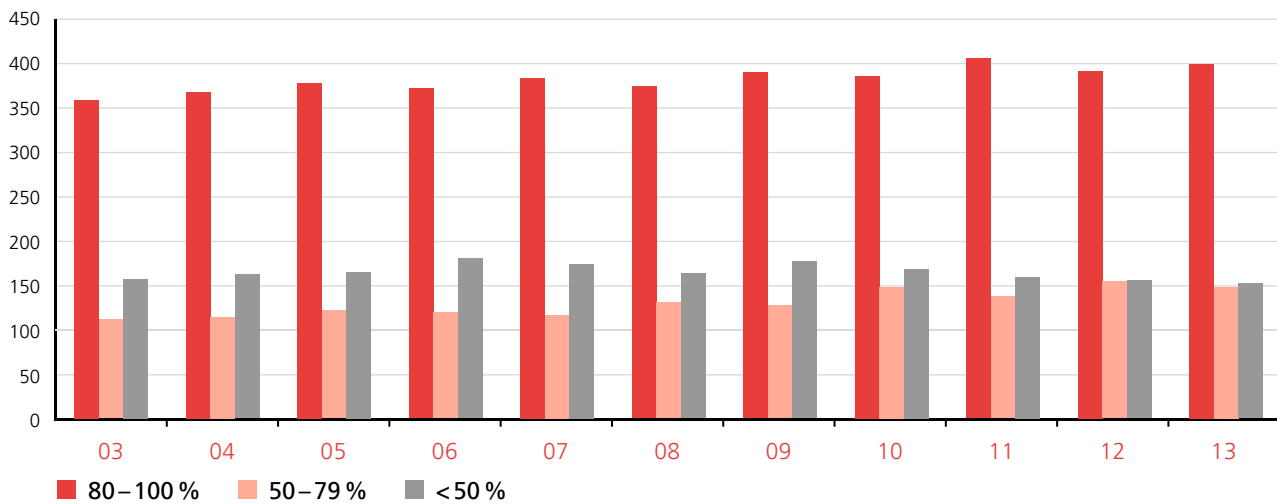
Indikatoren Personalamt

Jahr	Bewerbungen	Inserate	Eintritte	Austritte
2009	3603	181	87	90
2010	2350	158	82	68
2011	1430	186	64	66
2012	1827	227	78	80
2013	1945	220	64	69

Anzahl Stellen in Relation zur Wohnbevölkerung

Jahr	Einwohner	Stellen	Einw. / Stelle
2003	39'280	455	86
2004	39'528	463	85
2005	39'866	477	84
2006	40'076	478	84
2007	40'271	481	84
2008	40'698	476	86
2009	40'759	502	81
2010	40'911	504	81
2011	41'242	513	80
2012	41'552	515	81
2013	41'818	521	80

Vollzeit- und Teilzeitanstellungen beim Kanton



Jahr	80 – 100 %	50 – 79 %	< 50 %
2003	361	112	158
2004	370	115	163
2005	380	122	166
2006	374	120	181
2007	386	117	175
2008	376	131	164
2009	392	128	178
2010	388	149	169
2011	408	138	160
2012	394	155	156
2013	402	149	153

Anstellungsjahre und Altersstruktur

Alter	16–20	21–25	26–30	31–35	36–40	41–45	46–50	51–55	56–60	61	Total
Anzahl	3	19	57	67	80	96	113	117	90	62	704
Total A-Jahre	4	48	219	412	536	913	1205	1622	1649	1128	7736
Mittel A-Jahre	1.33	2.52	3.84	6.14	6.7	9.51	10.66	13.86	18.32	18.19	10.98

Anzahl = Anzahl Mitarbeitende

A-Jahre = Anstellungsjahre

Veränderung der Leistungsaufträge

	2009	2010	2011	2012	2013
Leistungsauftrag per 1.1.	53'161'200	54'045'100	54'324'100	56'145'200	57'766'900
Leistungsaufträge Verwaltung	503'000	– 175'700	1'524'000	1'303'000	548'800
Leistungsaufträge Schulen	115'000	184'500	– 246'100	– 330'700	– 65'400
Anpassung Lohnsumme Verwaltung	189'800	194'300	388'700	410'200	–
Anpassung Lohnsumme Schulen	76'100	75'900	154'500	239'200	–
Leistungsauftrag per 31.12.	54'045'100	54'324'100	56'145'200	57'766'900	58'247'300

Veränderung, Leistungsaufträge, Mitarbeitende und Stellen

Jahr	Leistungsauftrag	Mitarbeitende	Stellen
2009	54'045'100	698	502
2010	54'324'100	706	504
2011	56'145'200	706	513
2012	57'766'900	705	515
2013	58'247'300	704	521

Veränderung der Leistungsaufträge 2013 durch den Landrat

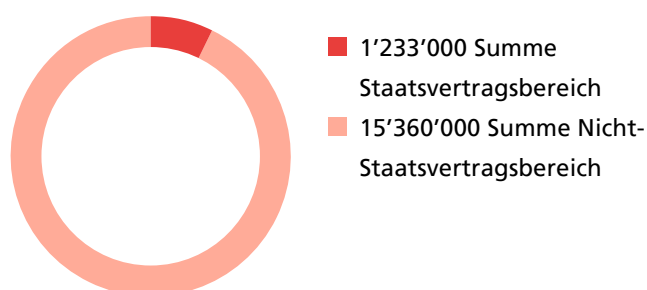
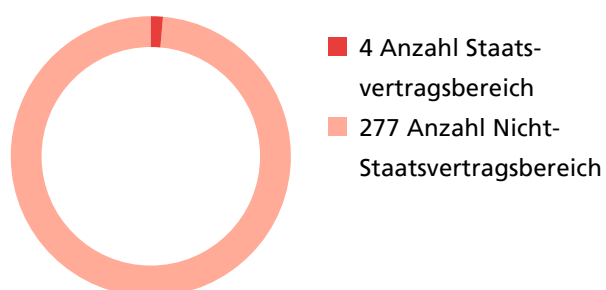
Veränderung Leistungsaufträge	Bemerkungen
Amt für Volksschulen, Sonderpädagogik	
Mittelschule, neue Klasse	
KESB, Mengenausweitung	
Amt für Asyl und Flüchtlinge, Mengenausweitung	Kostenübernahme durch Bund
Ober- und Kantonsgericht, Mengenausweitung	
Gerichtskanzlei, Mengenausweitung	
Staatsanwaltschaft	Umwandlung in unbefristeten Leistungsauftrag

3.2 Baudirektion

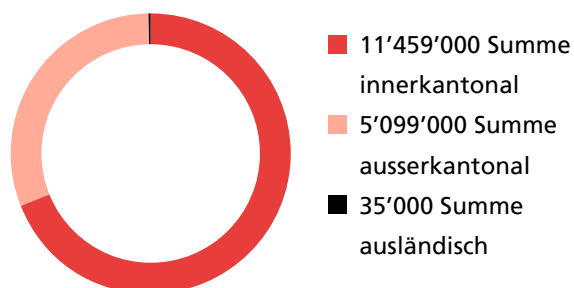
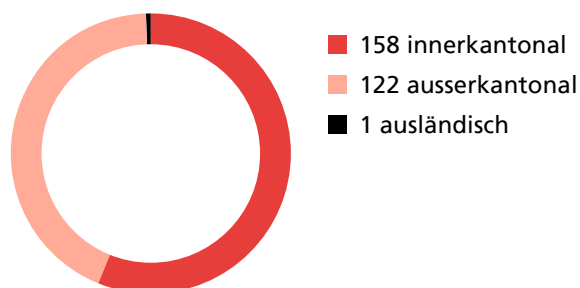
3.2.1 Direktionssekretariat

Beschaffungstatistiken 2013 – Vergaben Baudirektion

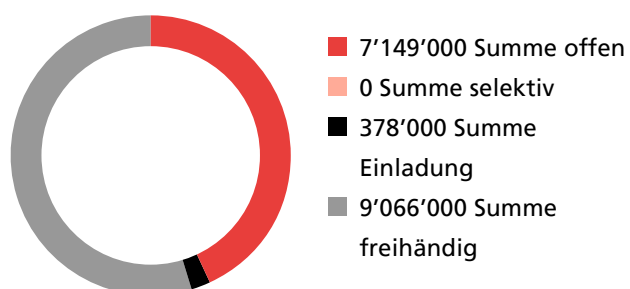
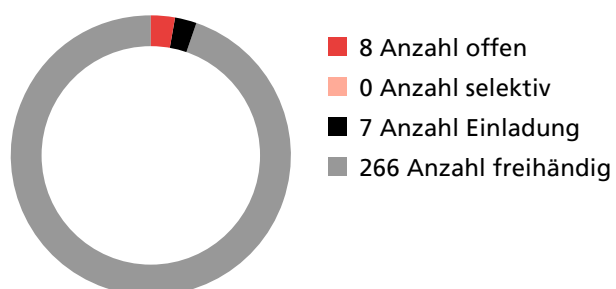
Vergabebereich



Auftragnehmer



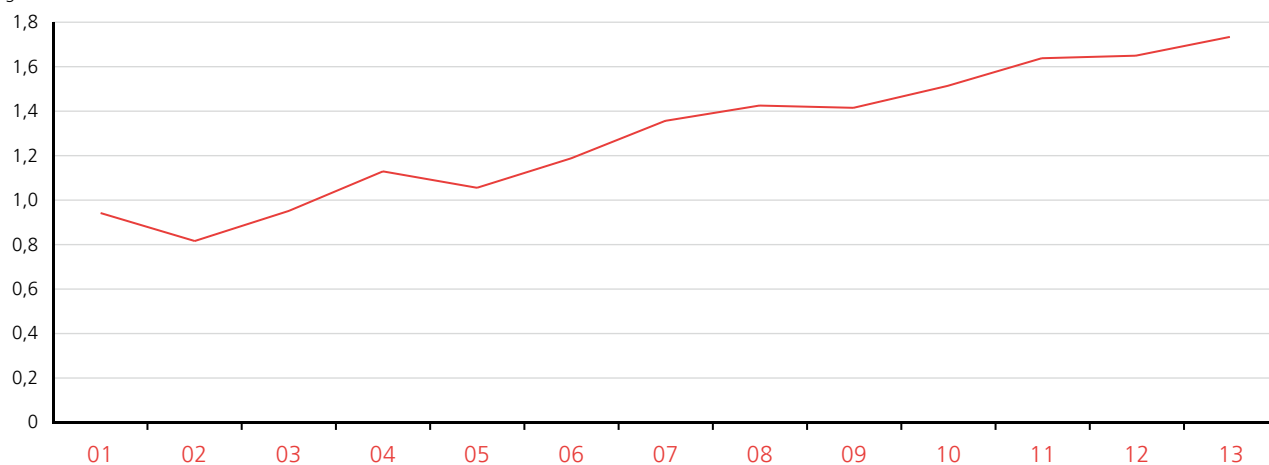
Verfahrensart



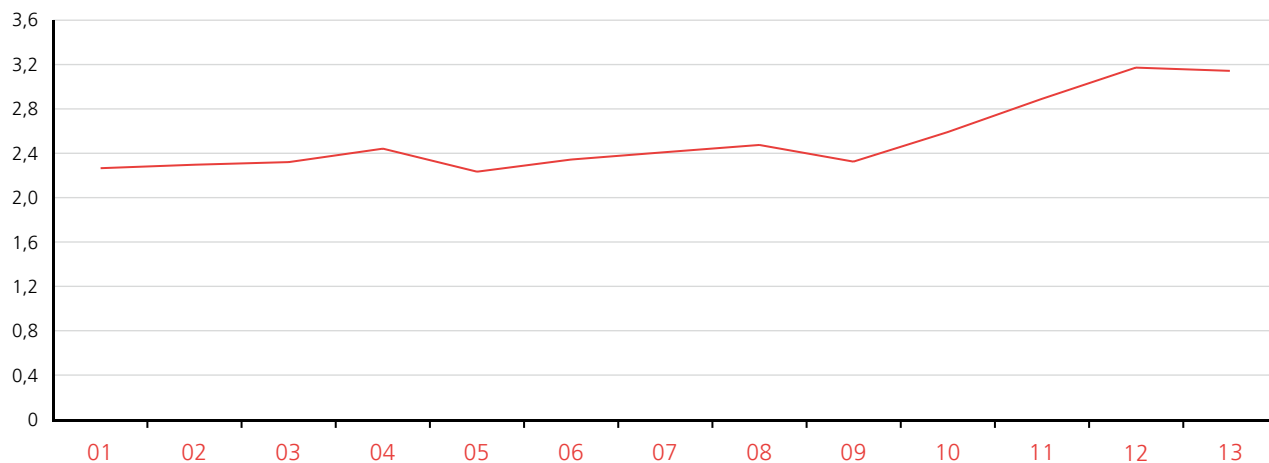
Öffentlicher Verkehr

Entwicklung der Passagierzahlen auf den Nidwaldner Postautolinien

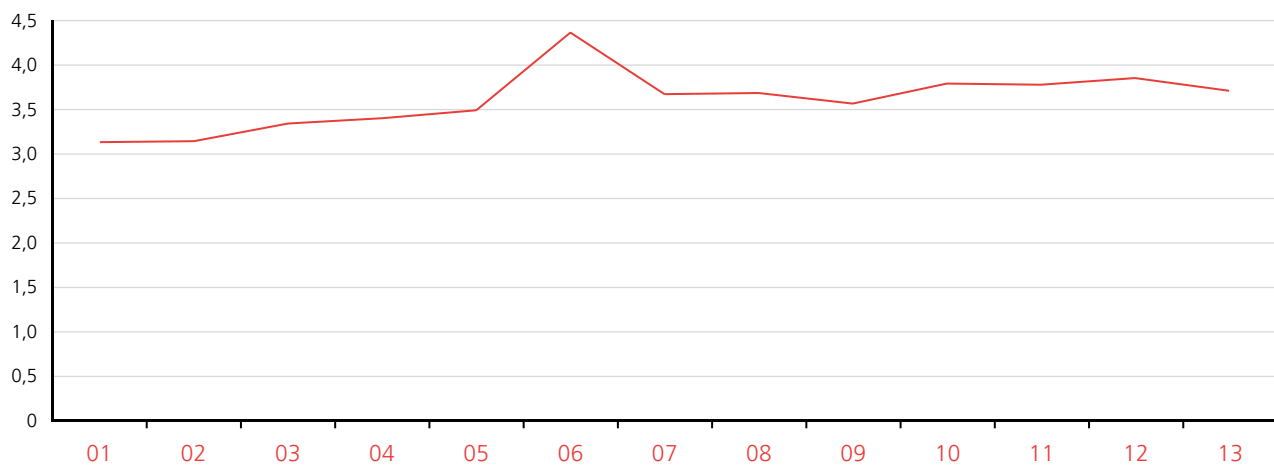
Passagiere in Mio.



Entwicklung der Passagierzahlen auf der Bahnlinie Luzern-Engelberg (S4 und IR)

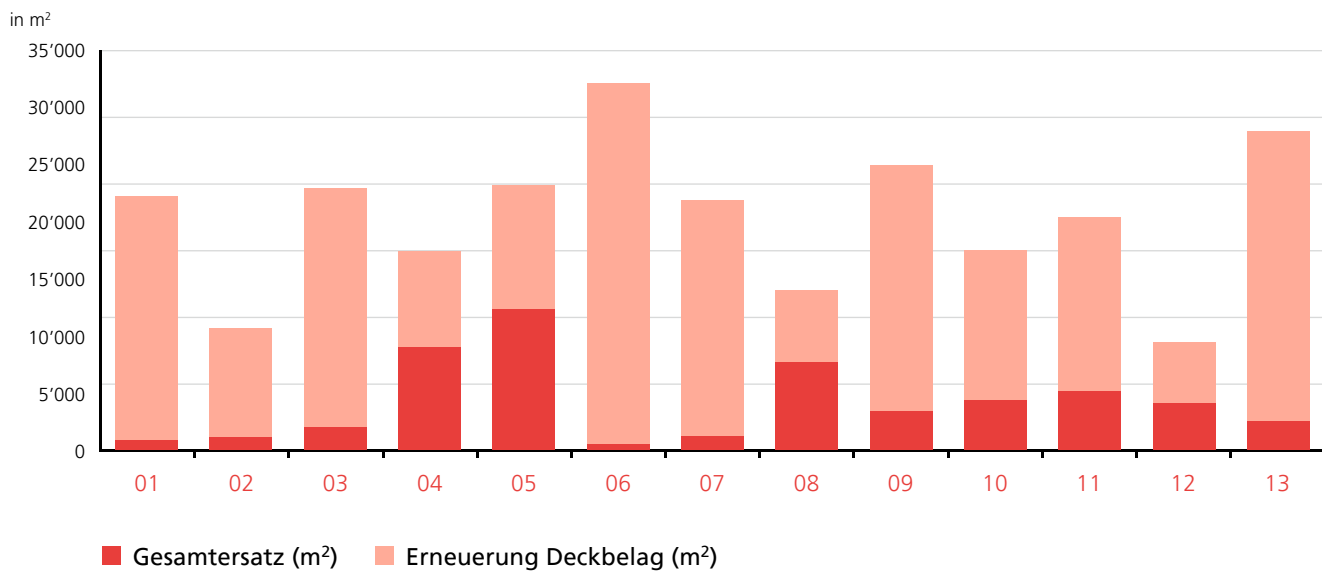


Entwicklung der Passagierzahlen auf der Bahnlinie Luzern-Giswil-Interlaken (S5 und IR)



3.2.2 Tiefbauamt

Belagssanierung an Kantonsstrassen



Lärmsanierungen an Kantonsstrassen

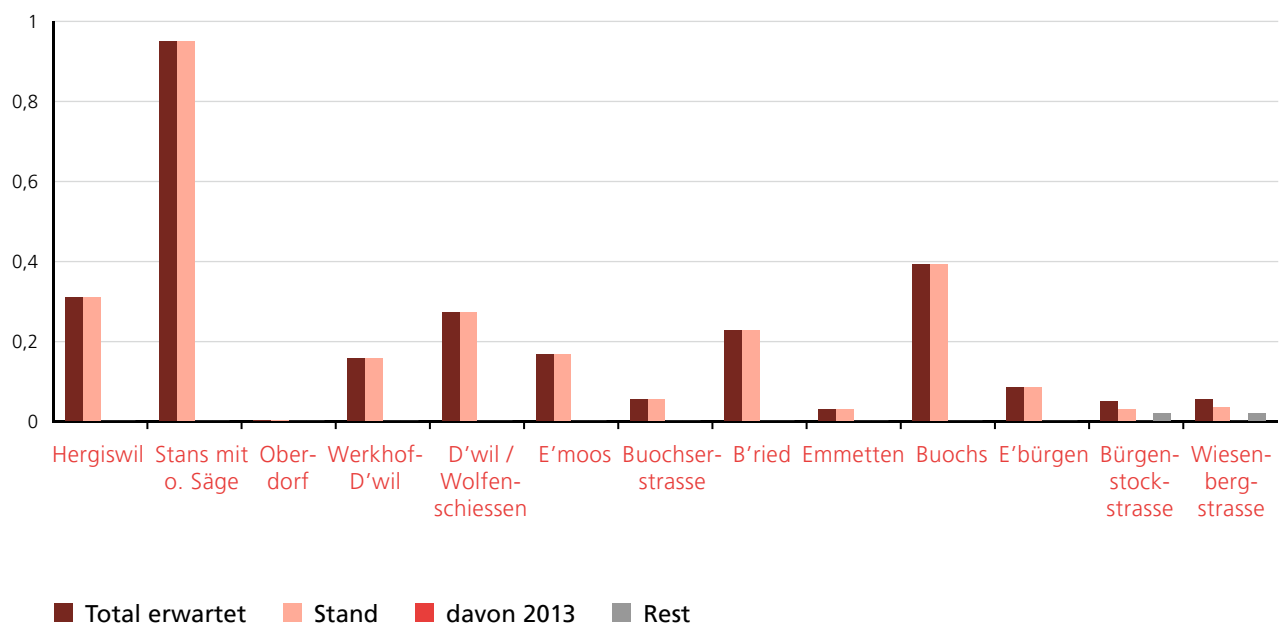
Kostenübersicht und Stand der Umsetzung Ende 2013

Kantonsstrasse		Kosten (in CHF)			
Strassen-Nr.	Abschnitt	Total erwartet	Stand	davon 2013	Rest
KH1	Hergiswil	308'537	308'537		0
KH1-3	Stans mit o. Säge	952'361	952'361		0
KH1	Oberdorf	1'505	1'505		0
KH2	Werkhof-Dallenwil	157'565	157'565		0
KH2	Dallenwil-Wolfensch.	270'981	270'981		0
KH3	Ennetmoos	167'465	167'465		0
KH3	Buochserstrasse	53'572	53'572		0
KH3	Beckenried	228'097	228'097		0
KH3	Emmetten	28'926	28'926		0
KH3-4	Buochs	392'382	392'382		0
KH4	Ennetbürgen	83'656	83'656		0
KV5	Bürgenstockstrasse	48'000	28'544	0	19'456
KV7	Wiesenbergstrasse	53'000	34'223	0	18'777
Total		2'746'047	2'707'814	0	38'233

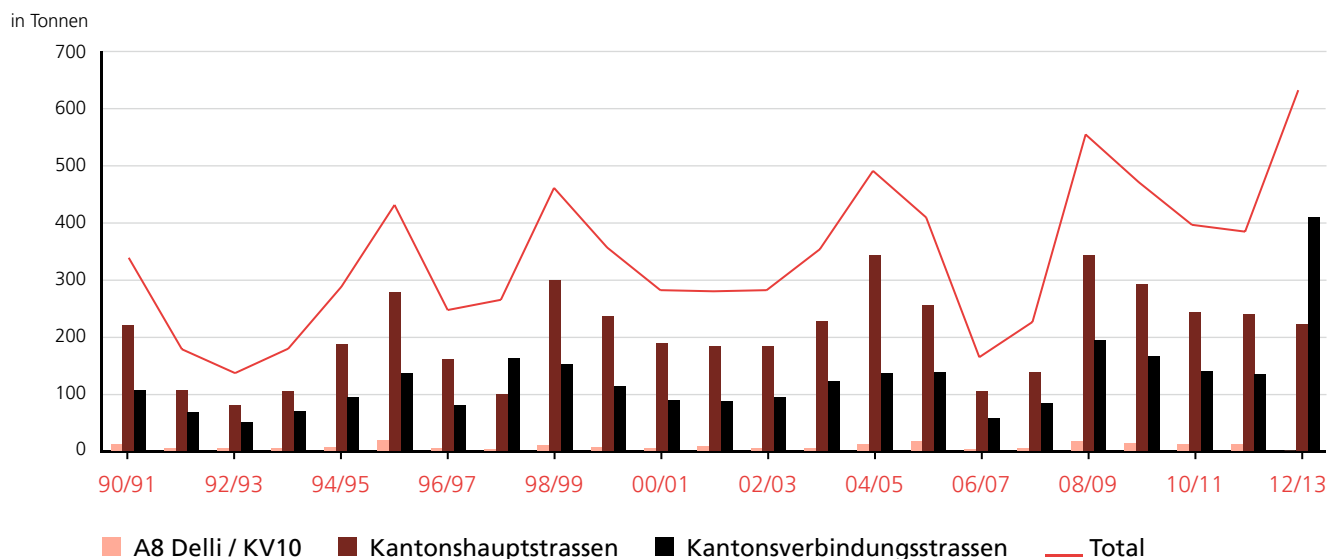
Lärmsanierungen an Kantonsstrassen

Kostenübersicht und Stand der Umsetzung Ende 2013

in CHF Mio.

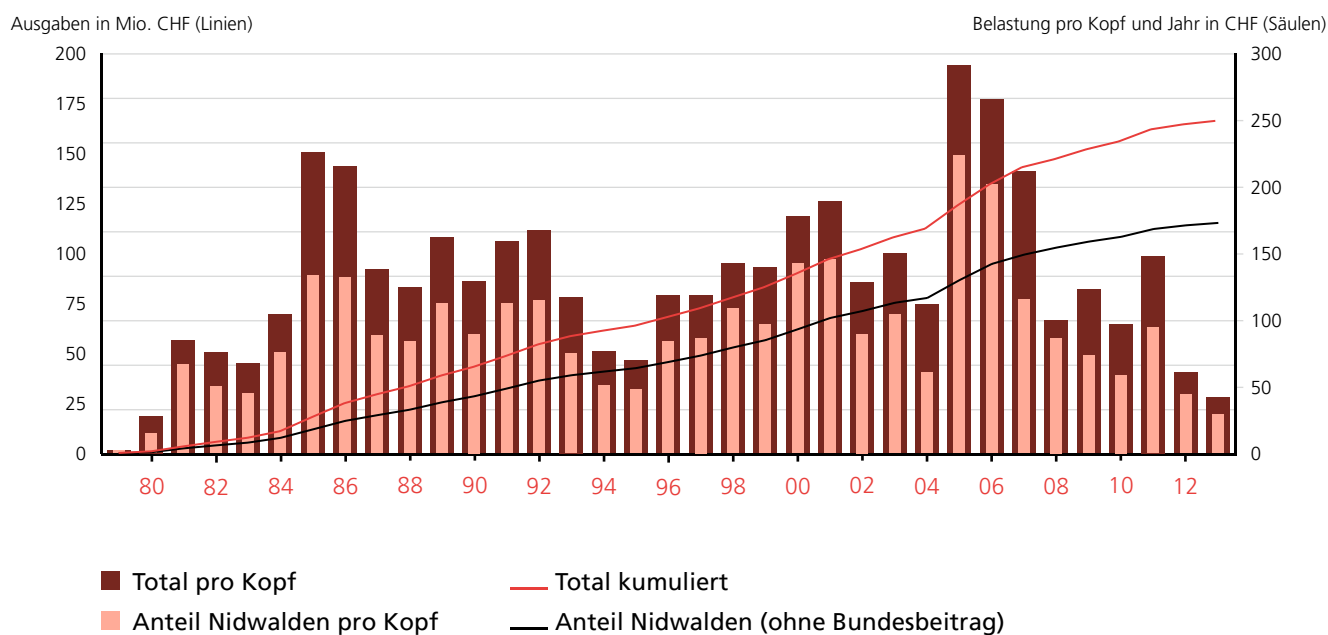


Streumittelverbrauch für Kantonsstrassen



Ausgaben Hochwasserschutz Kanton Nidwalden seit 1979

Stand: 31.12.2013 (geschätzte Werte vor Rechnungsabschluss)



3.2.3 Hochbauamt

Investitionskredite

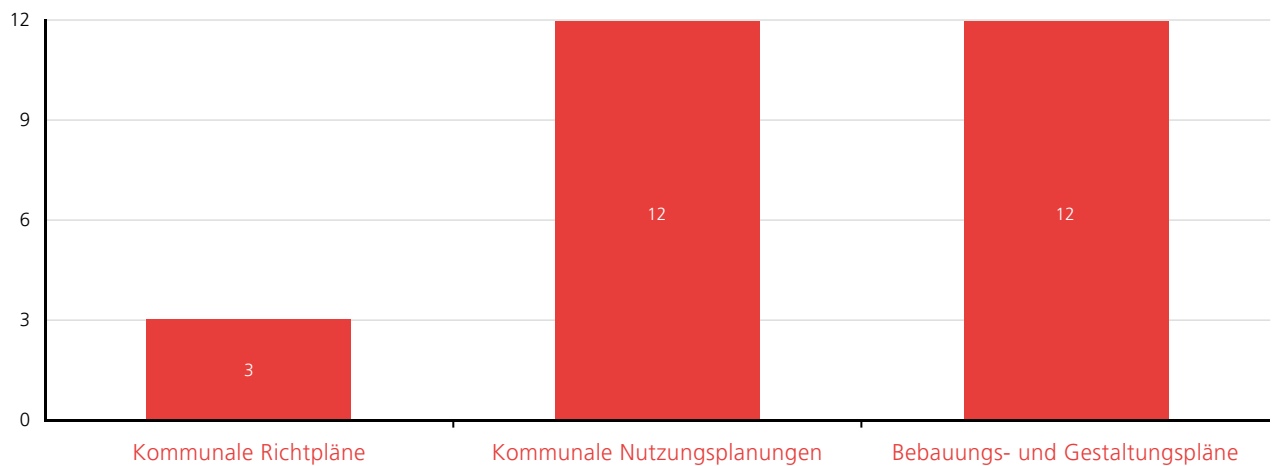
Objekt	Projekt	Objektkredit				Ausführung	Bau- abrechnung
		Bewilligt am	Kredit		Total		
Projektierung							
Flugplatz Buochs	Sicherheits- einrichtungen	LR 09.06.10	BK	2'000'000	2'000'000	15/16	
Flugplatz Buochs	Projektbegleitung	LR 09.06.10	PK	500'000	500'000	11/15	
Bau							
Mittelschule	Ausbau	LR 01.04.09 LR 24.11.10 VA 13.02.11	PK BK	650'000 15'250'000 15'250'000	15'900'000	11/14	

PK = Planungskredit; BK = Baukredit; VA = Volksabstimmung

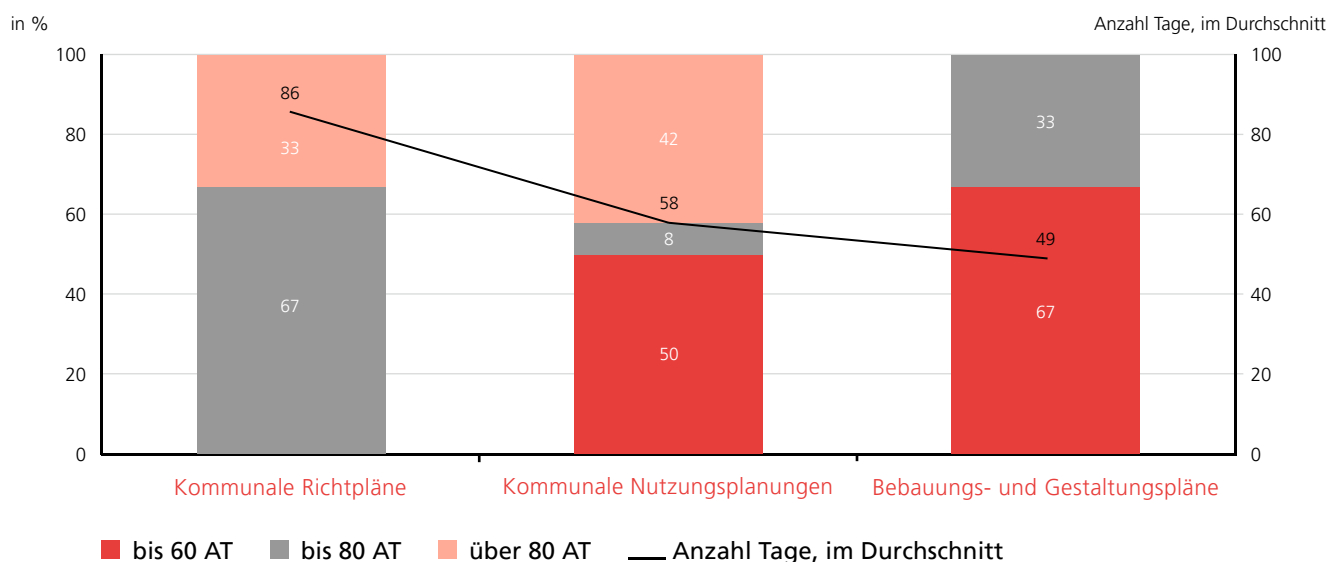
3.2.4 Amt für Raumentwicklung

Kommunale Richtpläne und Nutzungsplanungen, Bebauungs- und Gestaltungspläne Anzahl Geschäfte

Anzahl Geschäfte



Bearbeitungsdauer (Arbeitstage, AT)

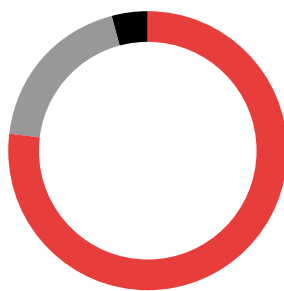


Bauten und Anlagen ausserhalb Bauzone – Übersicht

Bauten / Anlagen ausserhalb Bauzone	St	Bu	He	Be	Eb	Ob	Sd	Es	Da	Wo	Em	Kt	2013	2012
Stellungnahmen / Vernehmlassungen	10	12	11	13	12	13	13	22	4	26	4	14	154	152
Bewilligungen zonenkonformer B&A	5	4	2	1	5	6	2	10	5	12	4		56	64
Bewilligungen allg. zonenwidriger B&A	1	1	4	1	2	2	5			8	3		27	35
Zweckänderungen / Nebenbetriebe								1					1	3
Veränderungen an best. B&A	1	1	2	3	3	7	2	4	3	4	2		32	21
Abweisungen					1			1					2	0
Vernehmlassungen zu Beschwerden							1						1	3
2013	17	18	19	18	23	28	23	38	12	50	13	14	273	
2012	13	19	21	25	23	25	23	35	20	49	7	18		278

Bauten und Anlagen ausserhalb Bauzonen – Bearbeitungsdauer

Dauer zwischen dem Vorliegen aller entscheid- oder auskunftsrelevanten Grundlagen und dem Datum des Entscheids oder der Stellungnahme (in Arbeitstagen, AT)

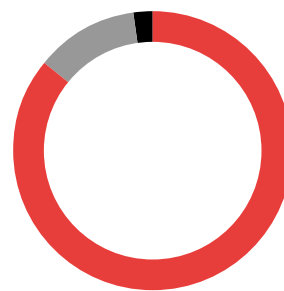
Stellungnahmen /
Vernehmlassungen

Ø 17 AT

■ 77 %

■ 19 %

■ 4 %

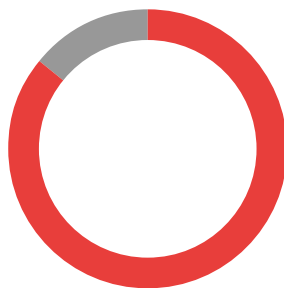
Bewilligungen zonen-
konformer B&A*

11.7 AT

■ 86 %

■ 12 %

■ 2 %

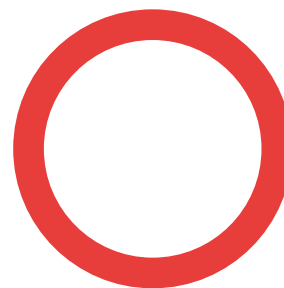
Bewilligungen allg.
zonenwidriger B&A*

Ø 10.3 AT

■ 86 %

■ 14 %

■ 0 %

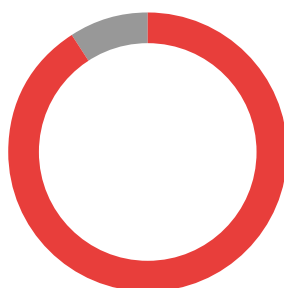
Zweckänderungen /
nichtlandw. Neben-
betriebe

Ø 19 AT

■ 100 %

■ 0 %

■ 0 %

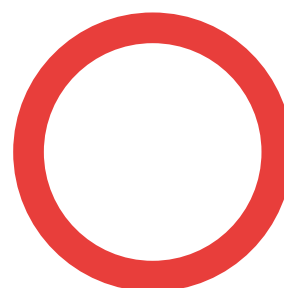
Veränderungen an
best. zonenwidrigen
B&A*

Ø 10.9 AT

■ 91 %

■ 9 %

■ 0 %



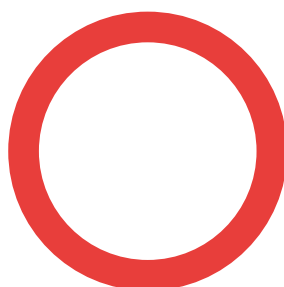
Abweisungen

Ø 16 AT

■ 100 %

■ 0 %

■ 0 %

Vernehmlassungen
zu Beschwerden

Ø 12 AT

■ 100 %

■ 0 %

■ 0 %

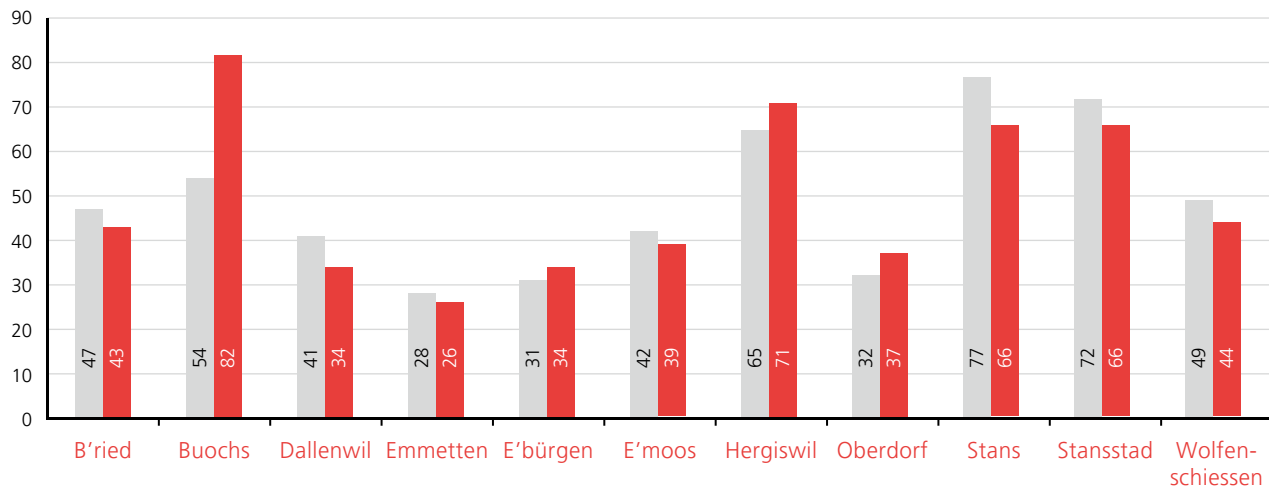
Durchschnitt über alles
12.5 AT

*B&A: Bauten und Anlagen

■ unter 20 Arbeitstagen (in %) ■ unter 40 Arbeitstagen (in %) ■ über 40 Arbeitstagen (in %)

Baukoordination

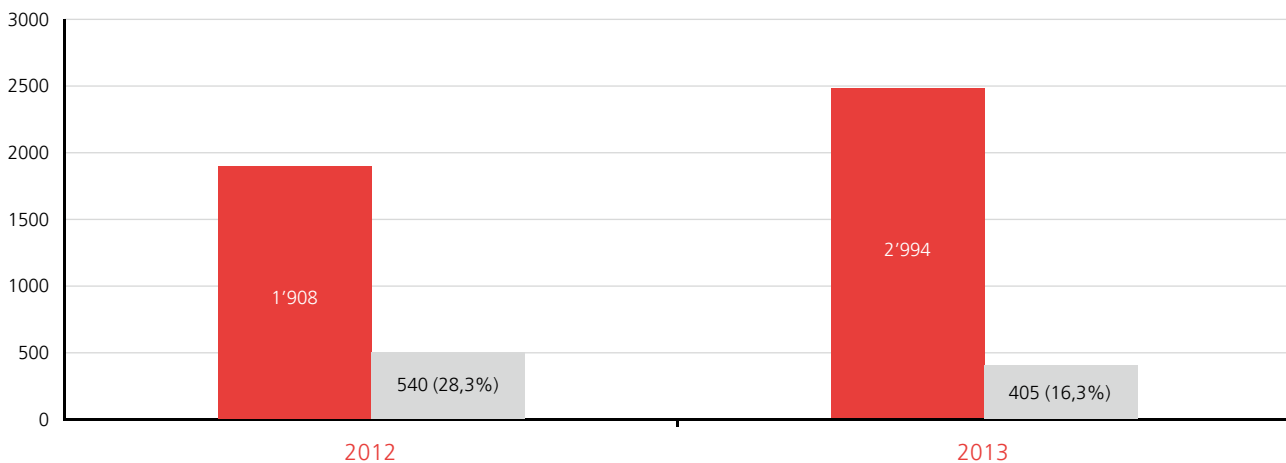
Abgeschlossene Baugesuche



■ 2012 (Total 538 Gesuche) ■ 2013 (Total 542 Gesuche)

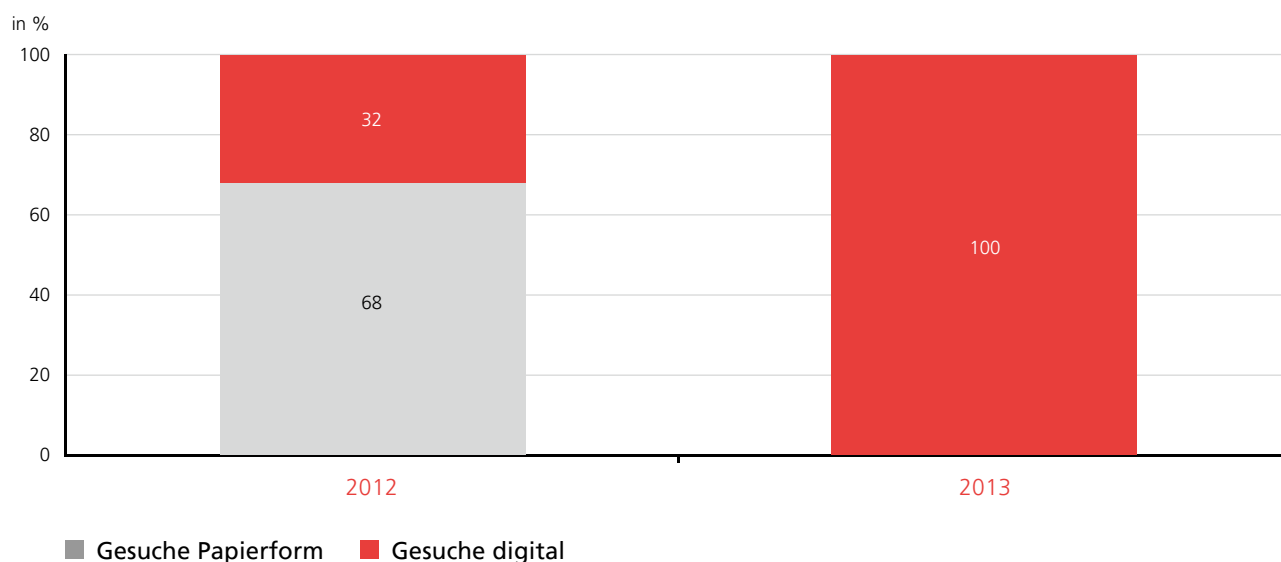
Eingegangene Stellungnahmen Fachstellen zu Baugesuchen und Nutzungsplanungen

Anzahl Stellungnahmen

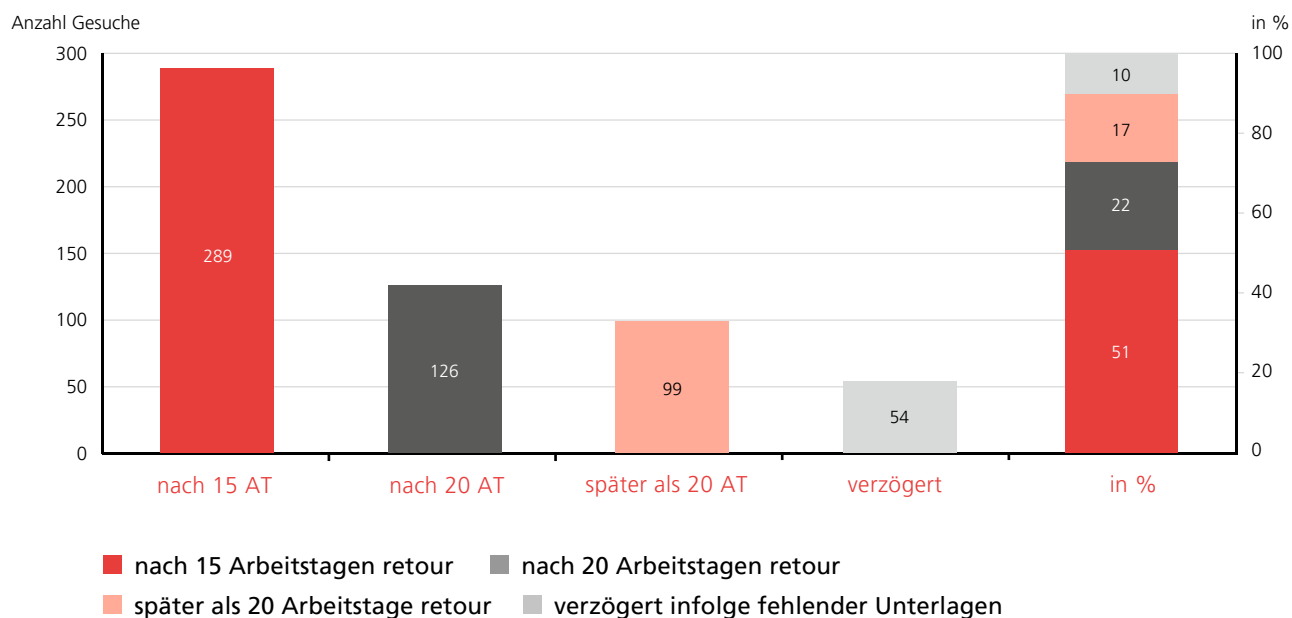


■ Total ■ davon verspätet (nach 15 Arbeitstagen)

Eingabeformen Baugesuche



Ausgang Baugesuche an Gemeinde



Natur- und Landschaftsschutz

Biotopschutzgebiete (Vertragsnaturschutz)

	Naturschutzverträge	Fläche (in ha)	Vertragszahlungen an landwirtschaftliche Bewirtschafter (in CHF)
Moorschutzgebiete und Amphibienlaichgebiete	189	266	261'112
Trockenstandorte (inkl. Wildheuf Flächen)	100	278	191'949
Total	289	545	453'061
Anteil direkte Bundessubvention nach NFA			213'900

Weiterleitungen Bundessubventionen für gemeindliche Naturschutzgebiete

Empfänger, Zweck	Bundessubventionen (in CHF)
Gemeinde Oberdorf, Naturschutzgebiete	994
Gemeinde Hergiswil, Naturschutzgebiete	6'289
Gemeinde Dallenwil, Naturschutzgebiete	1'801
Gemeinde Emmetten, Naturschutzgebiet	621
Gemeinde Stansstad, Naturschutzgebiete	2'548

Landschaftsschutzgebiete von nationaler und kantonaler Bedeutung

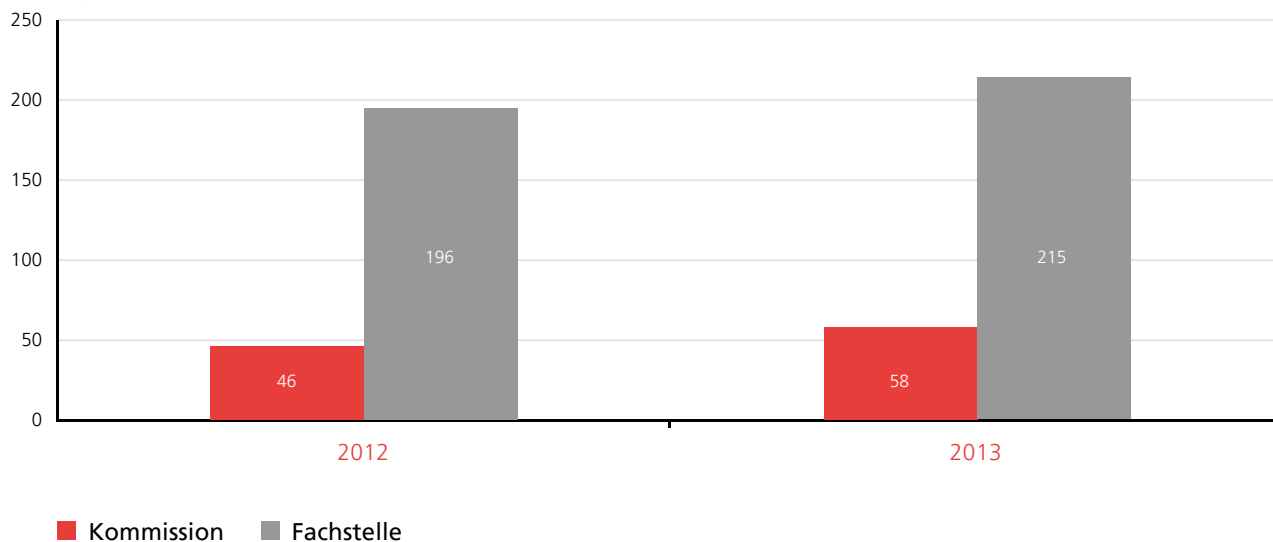
Gebietstypen	Fläche (in ha)
Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN-Gebiete)	12'300
Moorlandschaft von nationaler Bedeutung	470
Landschaftsschutzgebiete von kantonaler Bedeutung	2'900

Stellungnahmen in Planungs-, Bewilligungs- und Mitberichtsverfahren der Natur- und Landschaftsschutzkommission und der Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz

Zuständige Stelle	Stellungnahmen	
	2012	2013
Kommission für Natur- und Landschaftsschutz	46	58
Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz	196	215

Stellungnahmen in Planungs-, Bewilligungs- und Mitberichtsverfahren der Natur- und Landschaftsschutzkommission und der Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz

Anzahl Stellungnahmen



3.3 Justiz- und Sicherheitsdirektion

3.3.1 Amt für Justiz

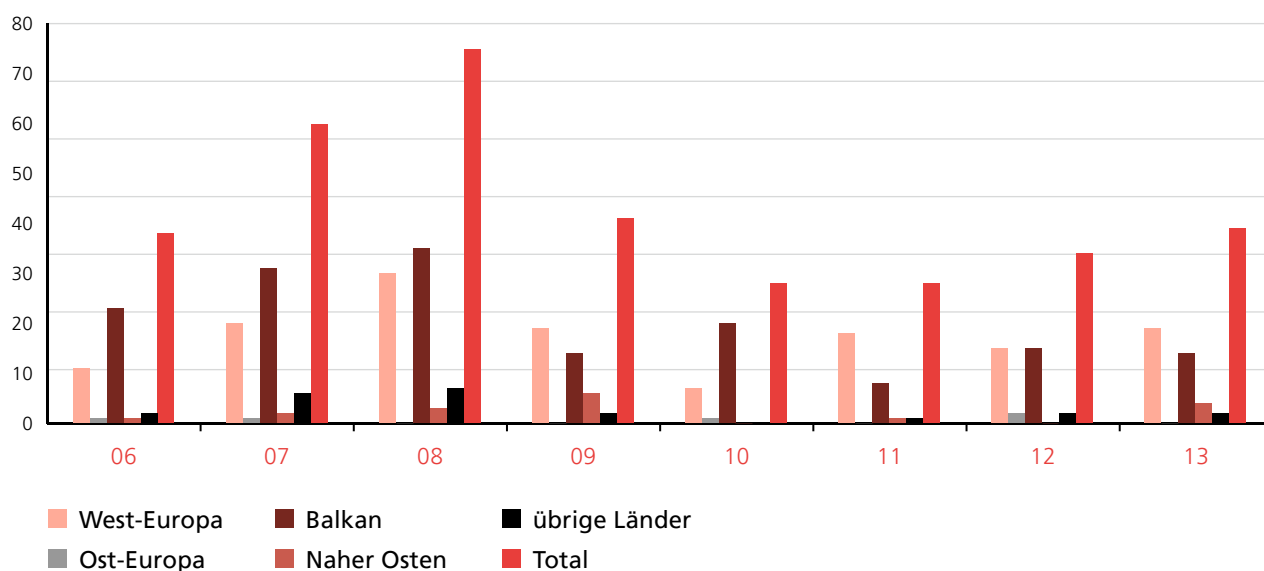
Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Verfügungen	2013	2012	2011
Bewilligungen für Ferienwohnungen	4	5	9
Feststellung der Nichtbewilligungspflicht	0	0	1
Änderung einer Bewilligung/Auflage	0	0	3
Total	4	5	13
Kontingente			
Anzahl Kontingente	20	20	20
Beansprucht im selben Jahr	2	3	0
Zur Verfügung im folgenden Jahr	18	17	20
Beansprucht im folgenden Jahr	–	2	2
Neuverteilung gemäss eidg. Pool	–	15	18

Bürgerrecht

Geschäftskontrolle	2013	2012	2011
Alle Fälle, die im Zusammenhang mit dem Bürgerrecht an die Geschäftskontrolle genommen wurden	130	128	91
Ordentliche Einbürgerungen von ausländischen Staatsangehörigen (Art. 13 BüG)			
Gesuchseingänge	39	34	28
Einbürgerungsentscheide ausländische Gesuchsteller Gesuche (Anzahl Personen)	23 (30)	24 (48)	25 (40)
Ablehnungen durch Gemeinde Gesuche (Anzahl Personen)	1 (1)	0	1 (1)
Rückzüge Gesuche (Anzahl Personen)	7 (8)	13 (19)	8 (13)
Abweisungen (Reg-Rat) Gesuche (Anzahl Personen)	12 (31)	1 (1)	3 (3)

Eingang Einbürgerungsgesuche nach Herkunft



Ordentliche Einbürgerungen von schweizerischen Staatsangehörigen (Art. 20 kBÜG)

Berichtsjahr	2013	2012	2011
Gesuchseingänge	8	6	3
Einbürgerungsentscheide Schweizer Bürger Gesuche (Anzahl Personen)	8 (13)	2 (7)	2 (7)

Erleichterte Einbürgerungen (EE)

	EE Art. 27 BÜG (Ehepartner ist Schweizer/in)			EE Art. 28 BÜG (Ehepartner ist Schweizer/in – wohnhaft im Ausland)			EE Art. 58a BÜG (Kind einer schweizerischen Mutter)			EE Art. 58c BÜG (Kind eines schweizerischen Vaters, der mit der Mutter nicht verheiratet ist)		
Berichtsjahr	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Gesuchseingänge	69	68	54	6	7	3	4	2	1	0	6	0
Einbürgerungsentscheide	47	43	31	3	1	4	1	1	2	1	6	1

	EE Art. 31a BÜG (Kind eines eingebürgerten Elternteils)			EE Art. 31b BÜG (Kind eines Elternteils, der das CH-BÜG verloren hat)			EE Art. 29 BÜG (irrtümlich angenommenes Schweizer Bürgerrecht)		
Berichtsjahr	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
Gesuchseingänge	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Einbürgerungsentscheide	0	0	0	1	0	0	0	0	0

Wiedereinbürgerungen (WE)

	WE Art. 21 BÜG (Verwirkung wegen Geburt im Ausland)			WE Art. 23 BÜG (Entlassene CH-Bürgerin- nen und Bürger)			WE Art. 58 (ehemalige Schweizerinnen)					
Berichtsjahr	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011			
Gesuchseingänge	0	2	1	0	0	0	0	1	0			
Einbürgerungsentscheide	1	1	0	0	0	0	0	0	0			

Entlassungen aus dem Bürgerrecht

Berichtsjahr	2013	2012	2011
Gesuchseingänge	2	2	1
Entlassungsentscheide (RRB)	3	1	1

Nichtigerklärungen (gem Art. 41 BÜG)

Nichtigerklärungen (gem Art. 41 BÜG)	2013	2012	2011
Überweisung an BFM	0	1	0
Entscheide (RRB)	1	0	0
Einstellung Verfahren	0	1	0
Nichtigerklärung durch BFM	1	0	0

Ordentliche Einbürgerungen, statistische Angaben

Einbürgerungs- gemeinde	eingebürgerte Personen		miteinbezogene / r Ehefrau / mann		miteinbezogene Kinder		Herkunftsland bzw. -Kanton	Total Personen
	verh.	unverh.	Ausl.	CH	Ausl.	CH		
Beckenried		1					Kosovo	1
Buochs		1					Bosnien+Herzegowina	1
Buochs		1					Bosnien+Herzegowina	1
Buochs		1					Deutschland	1
Buochs		1					Deutschland	1
Buochs	1		1				Bosnien+Herzegowina	2
Buochs		1					Kroatien	1
Buochs		1					Kroatien	1
Buochs		1					Kosovo	1
Dallenwil	1						Deutschland	1
Dallenwil		1					Österreich	1
Emmetten		1					Deutschland	1
Ennetbürgen		1					Italien	1
Ennetbürgen		1					Frankreich	1
Ennetbürgen		1			2		Deutschland	3
Hergiswil	1						Deutschland	1
Hergiswil		1					Deutschland	1
Stans		1					Deutschland	1
Stans	1		1				Deutschland	2
Stans	1		1		2		Serbien	4
Stans		1					Portugal	1
Stansstad		1					Kosovo	1
Stansstad		1					Deutschland	1
Total EB Ausländer	5	18	3		4			30
Buochs		1					Aargau AG	1
Ennetbürgen	1					1	Emmen LU	2
Ennetmoos	1			1		2	Brugg AG	4
Oberdorf	1			1			Gisikon LU	2
Oberdorf		3					Gisikon LU	3
Stans		1					Gisikon LU	1
Total EB CH-Bürger	3	5		2		3		13
Total 2013	8	23	3	2	4	3		43
Vorjahreszahl	14	12	5	1	19	4		55

Erleichterte Einbürgerungen nach BüG-Artikel und Wiedereinbürgerungen, Statistische Angaben

Einbürgerungsgemeinde	eingebürgerte Personen	miteinbezogene Kinder	Herkunftsland bzw. -Kanton	Total Personen
Beckenried	1	–	Philippinen	1
Beckenried	1	–	Italien	1
Beckenried	1	–	Brasilien	1
Beckenried	1	–	Kanada	1
Beckenried	1	–	Israel	1
Buochs	1	–	Bosnien + Herzegow.	1
Buochs	1	–	Ägypten	1
Buochs	1	–	USA	1
Buochs	1	–	Tibet	1
Buochs	1	–	Kroatien	1
Buochs	1	–	Russland	1
Buochs	1	–	Deutschland	1
Dallenwil	1	–	Russland	1
Dallenwil	1	–	Ukraine	1
Dallenwil	1	–	Korea	1
Dallenwil	2	–	Deutschland	2
Dallenwil	1	–	Irland	1
Dallenwil	1	–	Italien	1
Dallenwil	1	–	Australien	1
Dallenwil	1	–	Kuba	1
Dallenwil	1	–	Bosnien + Herzegow.	1
Dallenwil	1	–	Mexiko	1
Emmetten	1	–	Serbien-Montenegro	1
Emmetten	1	–	Russland	1
Ennetbürgen	1	–	Deutschland	1
Ennetbürgen	1	–	Peru	1
Ennetbürgen	1	–	Kosovo	1
Ennetbürgen	1	–	Türkei	1
Ennetmoos	1	–	Bosnien + Herzegow.	1
Hergiswil	2	–	Deutschland	2
Hergiswil	1	–	Frankreich	1
Oberdorf	1	–	Rumänien	1
Oberdorf	1	–	Polen	1
Stans	1	–	Bosnien + Herzegow.	1
Stans	1	–	Serbien-Montenegro	1
Stans	1	–	Kroatien	1
Stans	1	–	Kenia	1
Stans	1	–	Deutschland	1
Stansstad	1	–	Kosovo	1
Stansstad	1	–	Italien	1
Stansstad	1	–	Deutschland	1

Einbürgerungsgemeinde	eingebürgerte Personen	miteinbezogene Kinder	Herkunftsland bzw. -Kanton	Total Personen
Wolfenschiessen	1	–	Deutschland	1
Wolfenschiessen	1	–	Spanien	1
Wolfenschiessen	1	–	Indonesien	1
Wolfenschiessen	1	–	Dom.Rep.	1
Erleichterte Einbürgerung Art. 27 BüG	47	0		47
Emmetten	1	–	Peru	1
Ennetbürgen	1	–	Frankreich	1
Ennetbürgen	1	–	Peru	1
Erleichterte Einbürgerung Art. 28 BüG	3	0		3
Wolfenschiessen	1	–	Costa Rica	1
Wolfenschiessen	1	–	USA	1
Erleichterte Einbürgerung Art. 58a/c BüG	2	0		2
Total 2013	52	0		52
Vorjahrestotal (2012)	51	0		51

Zivilstandsdienst

Namensänderungen

Geschäftsfälle Namensänderung		2013	2012	2011
eingegangene Gesuche		19	13	39
hängig Ende Jahr		3	1	1
bewilligt		17	13	37
zurückgezogen		0	0	1
abgelehnt		0	0	0
Familiennamen Bewilligung (Fälle)				
Erwachsene		7	8	32
Kinder		4	1	1
Vorname / n Bewilligung (Fälle)				
Erwachsene		6	3	4
Kinder		0	1	0
Änderungen der Familiennamen betreffen:				
Name des Stiefvaters und/oder der Mutter	Kind	3	1	0
Name des leiblichen Vaters (Anerkennung)	Kind	0	0	0
Brautnamen als Familiennamen	Mann	0	5	9
Wiederannahme des vorehelichen Namens	Frau	1	0	7
nachträgliche Aufgabe des vorangestellten Namens	Frau	1	0	1
Voranstellung des Ledignamens	Frau	0	1	0
Annahme des vorehelichen Namens der Mutter	Kind	4	0	0
Änderung der Schreibweise (Gewohnheitsrecht)	Mann/Frau	2	0	16
Wiederannahme des Namens des Ex-Mannes	Frau	0	1	0
Annahme des Namens der Pflegeeltern	Mann	0	1	0

Allgemeiner Aufgabenbereich Aufsichtsbehörde (AB)

	2013	2012	2011
Total Fälle Geschäftskontrolle	254	230	230
nachfolgend detailliert die Geschäftsfälle			
Auslandberührungen	150	161	146
Geburten	45	55	45
– davon mit Kindeserkennung	7	8	10
– davon mit Kindesaberkennung	3	2	1
Adoptionen	0	2	0
Eheschliessungen	51	59	53
Eintragung gleichgeschlechtlicher Paare	0	0	0
Touristenhochzeiten (Art. 73 ZStV)	0	0	0
Scheidungen	13	9	12
Namensänderungen	8	3	4
Todesfälle	31	29	31
Ehevorbereitungen nach Weisungen AB	2	4	1
Diverse Aufsichtsbehördentätigkeiten			
Register-Berichtigungen	5	7	3
Löschungen Familienregister	2	1	2
Infostar Berichtigungen/Löschungen	67	41	36
Bewilligung Ahnenforschung	1	1	0
Eintragungsverfügung Adoption Inland	1	2	2
Namensänderung Inland	19	13	39
Datenbekanntgabesperre	0	0	1
Diverses	9	4	1

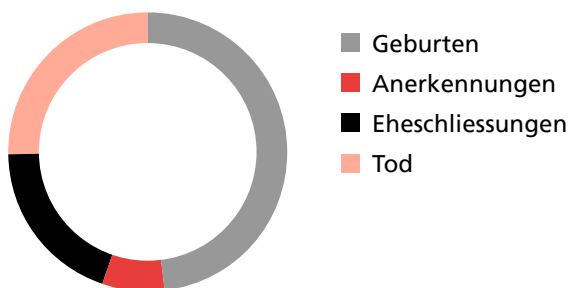
Zivilstandsamt

Geschäftsfälle, die sich im Kanton Nidwalden ereignet haben

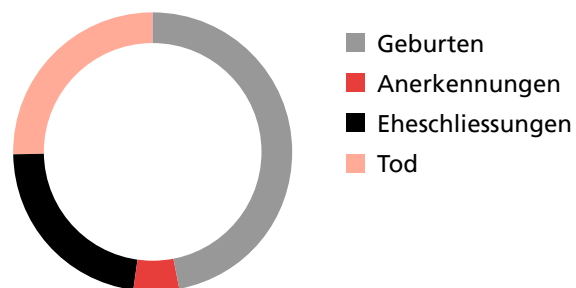
Geschäftsfall	2013	2012	2011
Geburten	535	486	479
Anerkennungen	82	55	63
Eheschliessungen	214	233	190
Namenserklärung nach der Scheidung	30	20	22
Namenserklärungen bei Verheirateten, Verwitweten oder Kinder	62	–	–
Eingetragene Partnerschaften	0	1	0
Tod	280	259	265
Vorsorgeauftrag *	14	–	–

* möglich seit 2013

Im Jahr 2013



Im Jahr 2012



Sonderzivilstandsamt Nidwalden (SZA)

(Geschäftsfälle, die sich im Ausland ereignet haben)

Geschäftsfall	2013	2012	2011
Geburten	43	41	49
Anerkennungen	1	8	5
Eheschliessungen	51	51	51
Eingetragene Partnerschaften	0	1	0
Tod	29	30	30

Gerichts- und Verwaltungsentscheide (GVE) (Geschäftsfälle, die sich im Inland und im Ausland ereignet haben)

Geschäftsfall	2013	2012	2011
Einbürgerungen erleichterte	52	49	39
Einbürgerungen ordentliche	54	40	39
Bürgerrechts-Entlassungen	18	9	19
Eheaufösungen	74	99	83
Auflösung Eingetragene Partnerschaft	0	0	0
Namensänderungen	22	12	41

Rück Erfassung INFOSTAR (Gemäss manueller Kontrolle)

Rück Erfassungen	2013	2012	2011
Systematische Rück Erfassung	907	2'878	4'292
Ereignisbegleitende Rück Erfassung	220	350	380
Mitteilungen erfasster Personendaten	245	552	659
Personen gemäss Mitteilungen	126	116	219

Straf- und Massnahmenvollzug

Erwachsene

	2013	2012	2011
Total Fälle Geschäftskontrolle	1'927	2'613	1'784

Die Strafen (ohne Ersatzfreiheitsstrafen) stützen sich auf folgende Urteile

Staatsanwaltschaft Nidwalden	16	16	7
Kantons-/Obergericht Nidwalden	4	2	2
ausserkantonale Gerichte und Staatsanwaltschaften	5	2	6

	neu in Vollzug gesetzte Strafen		
Vollzugsart	2013	2012	2011
vorzeitige Straf- und Massnahmenantritte	2	1	1
– davon Massnahmenabbruch	0	0	0
Normalvollzug/Halbgefangenschaft	8	5	6
Gemeinnützige Arbeit	11	9	7
– davon Urteil Kanton Nidwalden	6	6	1
– davon ausserkantonale Urteile (Rechtshilfe)	5	2	6
– davon Abbruch	0	1	1
Massnahmenvollzug (u.a. Strafvollzug aufgeschoben)	2	1	2
– davon stationäre Massnahmen	2	0	0
– davon ambulante Massnahmen	1	1	2
Bedingt erlassene Strafen	1	2	0
– mit Bewährungshilfe	1	0	0
– mit richterlichen Weisungen	1	2	0
Ausschreibungen Ripol (ohne Ersatzfreiheitsstrafen)	1	2	0
Verlauf Straf- und Massnahmenvollzug	Anordnungen		
Strafvollzug: bedingte Entlassung	2	2	6
– davon Anordnung von Bewährungshilfe während Probezeit	0	0	0
Strafvollzug: Verweigerung der bedingten Entlassung	2	1	2
stationäre Massnahme: Entlassung	0	0	0
ambulante Massnahme: Entlassung	0	0	0
richterliche Weisung: Probezeit bestanden	0	0	0
richterliche Weisung: Abbruch, Probezeit nicht bestanden	1	0	0
Bewährungshilfe: Probezeit bestanden	0	0	0
Bewährungshilfe: Abbruch, Probezeit nicht bestanden	0	0	0
Verlegung in Wohn- und/oder Arbeitsexternat	0	0	0
laufende Massnahmen (Stand Ende Berichtsjahr)	in Vollzug		
Verwahrungen	0	0	0
stationäre Massnahmen	5	3	3
ambulante Massnahmen	5	4	3
richterliche Weisungen	3	3	1
Bewährungshilfe	2	0	0
Ersatzfreiheitsstrafe (Umwandlungen von Bussen und Geldstrafen)	Strafbefehle Staatsanwaltschaft Nidwalden		
Eingang in Geschäftskontrolle	1'902	2'593	1'769
Bussenumwandlungen Kirchenwaldtunnel Neueingänge	1'813	2'452	1'666
Vollzug Gefängnis	3	7	4
Zahlungseingänge	553	551	442
Neubeurteilung durch Staatsanwaltschaft/Gerichtskasse	1	12	5
Teilvollzug und Bezahlung der Restbusse	0	1	0
Teilzahlung und Verjährung	2	1	
Abschreibung zufolge Tod	1	1	1
Ausschreibungen zur Verhaftung	1'917	1'494	1'062
Ausschreibungen zur Verhaftung nicht möglich	58	40	104
Abschreibung zufolge Verjährung	759	388	303

	Strafbefehle Staatsanwaltschaft Nidwalden		
Ersatzfreiheitsstrafe (Umwandlungen von Bussen und Geldstrafen)	2013	2012	2011
Bussenumwandlungen ohne Kirchenwaldtunnel (Neueingänge)	76	112	89
Vollzug Gefängnis	8	11	2
Zahlung nach Aufforderung zum Strafantritt	51	69	67
Neubeurteilung durch Staatsanwaltschaft/Gerichtskasse	0	1	1
Teilvollzug und Bezahlung der Restbusse	0	2	2
Abschreibung zufolge Tod	0	1	–
Ausschreibungen zur Verhaftung	54	41	26
Ausschreibungen zur Verhaftung nicht möglich	0	0	0
Abschreibung zufolge Verjährung	8	19	7
Geldstrafen / Neueingänge	13	29	14
Vollzug Gefängnis	1	2	1
Teilvollzug und Bezahlung der Restbusse	0	1	–
Zahlung nach Aufforderung	17	14	6
Ausschreibungen zur Verhaftung	6	1	11
Abschreibung zufolge Verjährung	0	1	0

Untersuchungs- und Strafgefängnis

Belegung		2013	2012	Differenz	%
Eintritte	Männer	261	254	7	2.76 %
	Frauen	9	11	–2	–18.18 %
	Total	270	265	5	1.89 %
Hafttage	Gefängnis- und übrige Strafen	5119	4982	137	2.75 %
	Untersuchungshaft	2543	2130	413	19.39 %
	Ausschaffungshaft	1386	1378	8	0.58 %
	Halbgefangenschaft	58	0	58	–
	Total	9'106	8490	616	7.26 %
	CH	2549	2183	366	16.77 %
	CH-Anteil in %	27.99 %	25.71 %	2.28 %	
	Ausländer	6557	6307	250	3.96 %
	Ausländeranteil in %	72.01 %	74.29 %	–2.28 %	
	Durchschnittliche Belegung	24.95	23.26	1.69	7.26 %
	Durchschn. Aufenthaltstage	33.73	32.04	1.7	5.27 %
Hafttage	Nidwalden	2836	1835	1001	54.55 %
	Uri	2992	2563	429	16.74 %
	Luzern	2351	2725	–374	–13.72 %
	Basel Landschaft	313	851	–538	–63.22 %
	übrige Kantone	614	516	98	18.99 %
	Total	9'106	8490	616	7.26 %

Belegung		2013	2012	Differenz	%
U-Haft-Tage	Nidwalden	1'108	258	850	329.46 %
	Uri	562	1178	-616	-52.29 %
	Luzern	520	689	-169	-24.53 %
	übrige Kantone	306	5	301	6020.00 %
	Total	2496	2130	366	17.18 %
HG-Tage	Nidwalden	58	0	58.00	-
	Uri	0	0	0.00	-
	übrige Kantone	0	0	0.00	-
	Total	58	0	58	-
Verrechnung	Verrechnung an Fremdkantone	838'213.10	992'748.25	-154'535.15	-15.57 %
	Interne Verrechnung NW	451'723.30	326'976.20	124'747.10	38.15 %
	Interne Verrechnung Uri	411'432.25	297'072.70	114'359.55	38.50 %
	Total	1'701'368.65	1'616'797.15	84'571.50	5.23 %
Pekulium	Verrechnete Insassenarbeit	83'287.70	89'969.60	-6681.90	-7.43 %
	ausbezahltes Pekulium	60'069.05	56'427.55	3641.50	6.45 %
	Bruttoerlös	23'218.65	33'542.05	-10323.40	-30.78 %
	Bruttomarge	27.88 %	37.28 %		

Migration

Im Kanton Nidwalden	2013	2012
Ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton Nidwalden	5'344 (+270)	5'074 (+331)
- Niederlasser	2'965	2'275
- Aufenthaltler	2'189	2'118
- Kurzaufenthalter	190	181
Neu zugeteilte Asylsuchende	137	117
Total Asylsuchende	184	198
Ausschaffungen	39	35
- Asylbereich	34	23
- Ausländergesetz	5	12
In der Schweiz		
Ständige ausländische Wohnbevölkerung	1'886'630	1'825'060
- EU/EFTA Staaten	1'641'560	1'586'760
- Niederlasser	1'237'599	1'187'603
- Aufenthaltler	621'595	615'016
- Kurzaufenthalter	27'436	22'441
Asylbereich	43'561	44'863

Jagd

Erteilte Jagdpatente		2013		2012		2011	
Hochwildjagd	einheimische Jäger	84		81		94	
	ausserkantonale Jäger	2	86	1	82	1	95
Niederjagd	einheimische Jäger	174		164		170	
	ausserkantonale Jäger	0	174	0	164	0	170
Winterjagd	nur einheimische Jäger		149		143		150
Total abgegebene Jagdpatente			409		389		415
Gesamtzahl der Jäger, die im Kanton eine Jagd ausgeübt haben			217		213		214

Abschuss-Statistik

Rotwild (Anzahl Tiere)	2013	2012	2011
Kälber	3	1	0
Hirsche und Spiesser	6	6	8
Hirschtiere	6	6	2
Total	15	13	10
Gämswild			
Gämsböcke	50	68	78
Gämsgeissen	65	67	77
Total	115	135	155
Rehwild			
Rehböcke	95	71	72
Rehgeissen	49	38	34
Total	144	109	106
Steinwild			
Steinböcke	3	4	6
Steingeissen	3	3	2
Total	6	7	8
Zusammenstellung			
Total erlegtes Schalenwild	280	264	279
Weitere erlegte Tierarten			
Feldhasen	0	0	0
Dachse	41	28	33
Baumrarder	6	15	1
Stockenten	37	27	50
Bastardenten	0	0	0
Blässhühner	0	0	0
Haubentaucher	3	3	5
verwilderte Hauskatzen	6	3	2
Schneehasen	9	16	17
Füchse	213	360	187
Steinmarder	22	32	11
Kormoran	2	4	1
Kolkraben	55	73	51
Rabenkrähen	304	298	211
Nebelkrähe	0	0	0
Elstern	31	48	58
Eichelhäher	44	103	44

Fischerei

Fischeinsatz

Fischart	Alter	ausgesetzte Fische 2013	ausgesetzte Fische 2012
Seeforellen	Brut	2'000	20'000
	Vorsommerlinge	80'000	80'000
	Sommerlinge	10'000	5'000
	Jährlinge	800	500
Albeli	Brut	120'000	300'000
Felchen und Balchen	Brut	12'200'000	14'200'000
Rötel (Seesaibling)	Vorsommerlinge	5'000	4'000
	Sommerlinge	700	1'000
Bachforellen	Vorsommerlinge	90'000	100'000
	Sommerlinge	2'000	5'000
	Jährlinge	0	0
Hecht	Brut	0	0
	Vorsommerlinge	0	0

Ertag Fischlaich

Fischart	erbrütete Eier 2013	erbrütete Eier 2012
Seeforellen	120'000	110'000
Albeli	150'000	35'000
Felchen und Balchen	12'480'000	15'000'000
Rötel (Seesaibling)	6'500	6'000
Bachforellen	100'000	110'000
Hecht	0	0

Hundekontrolle

	2013	2012
angemeldete Hunde	1'573	1'649

Schweizerpässe

	2013	2012	2011
Anträge für Pass 2003 (bis 28.02.2010)	0	0	0
Anträge für IDK 2003 (bis 28.02.2010)	0	0	0
Anträge für Pass 2006 (bis 28.02.2010)	0	0	0
Anträge für Pass 2010 (ab 01.03.2010)	584	603	663
Anträge für IDK (ab 01.03.2010)	2'047	2'410	2'596
Anträge für Kombi (Pass und IDK ab 01.03.2010)	2'582	1'815	1'506
Provisorische Pässe	78	81	71
Leichenpass	7	7	4

Opferhilfe

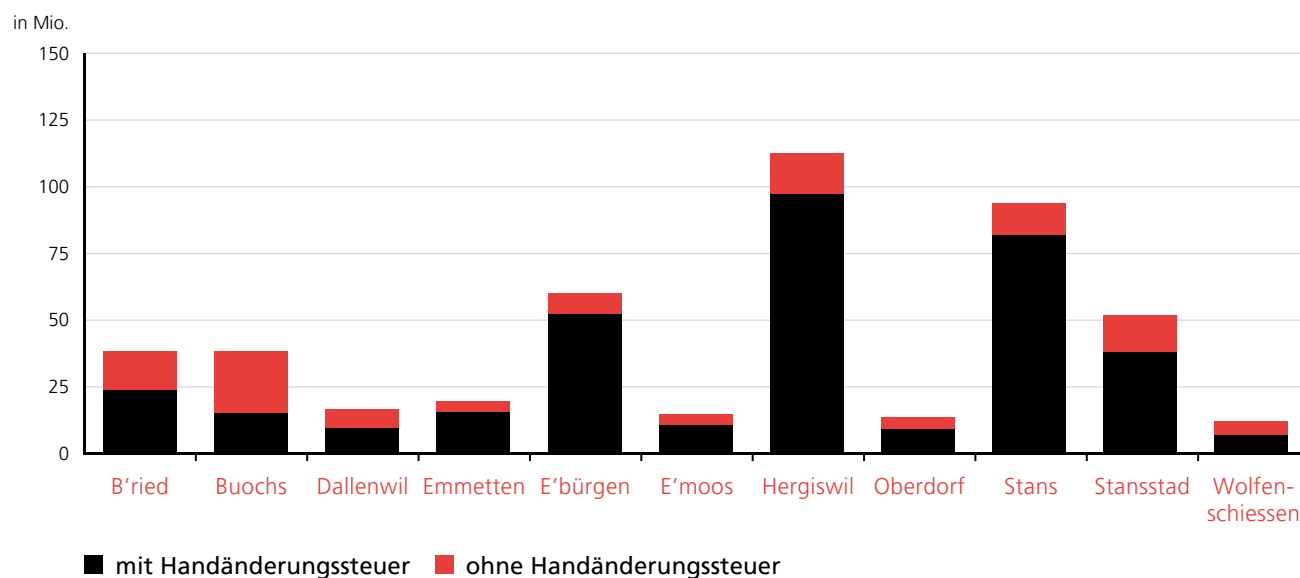
Anzahl Dossiers	2013	2012
1. Entschädigung / Genugtuung		
Übertrag Vorjahr	0	0
Eingang Erfassungsjahr	0	0
Abschluss Erfassungsjahr	0	0
2. Beratungen		
Übertrag Vorjahr	20	70
Eingang Erfassungsjahr	25	14
Abschluss Erfassungsjahr	27	64
Finanzielle Leistungen		
1. Entschädigung / Genugtuung		
Entschädigung	0	0
Genugtuung	0	533.00
Vorschuss	0	0
Total	0	533.00
2. Beratung		
Soforthilfe / Weitere Hilfen	28'621.55	61'978.50
3. Interkantonaler Ausgleich gemäss Art. 18 OHG		
Abgeltungen an andere Kantone	14'025.00	14'850.00
Total finanzielle Leistungen nach OHG	42'646.55	77'361.50

3.3.2 Grundbuchamt

Handänderungen

Gemeinden	mit Hst		ohne Hst		Total	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Beckenried	39	23'895'832.00	29	14'388'040.00	68	38'283'872.00
Buochs	19	15'290'925.00	32	23'096'877.00	51	38'387'802.00
Dallenwil	21	9'284'557.00	16	7'493'800.00	37	16'778'357.00
Emmetten	38	15'504'234.00	17	4'161'800.00	55	19'666'034.00
Ennetbürgen	37	52'526'100.00	28	7'688'902.00	65	60'215'002.00
Ennetmoos	16	10'685'800.00	8	3'912'000.00	24	14'597'800.00
Hergiswil	72	97'667'601.00	25	15'776'186.00	97	113'443'787.00
Oberdorf	11	9'064'875.00	11	4'407'121.00	22	13'471'996.00
Stans	49	82'172'679.00	19	12'159'193.00	68	94'331'872.00
Stansstad	27	38'170'810.00	22	13'873'809.00	49	52'044'619.00
Wolfenschiessen	14	6'984'826.00	15	4'937'331.00	29	11'922'157.00
Kanton Nidwalden	343	361'248'239.00	222	111'895'059.00	565	473'143'298.00

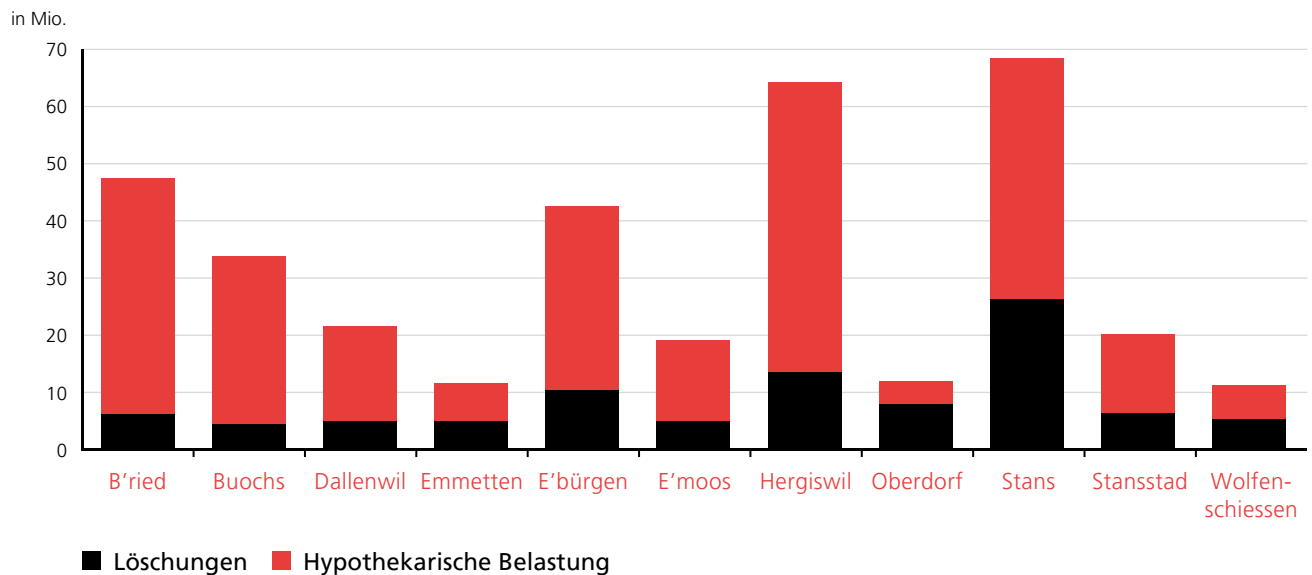
Handänderungen grafisch



Grundpfandrechte

Gemeinden	Errichtungen		Löschungen		Hypothekarische Belastung
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	
Beckenried	65	47'806'000.00	72	6'251'000.00	41'555'000.00
Buochs	62	34'004'000.00	71	4'370'000.00	29'634'000.00
Dallenwil	48	21'708'000.00	21	4'856'214.00	16'851'786.00
Emmetten	40	11'713'000.00	45	4'908'500.00	6'804'500.00
Ennetbürgen	54	42'765'500.00	87	10'381'000.00	32'384'500.00
Ennetmoos	41	19'129'000.00	67	4'859'000.00	14'270'000.00
Hergiswil	120	64'703'669.00	117	13'541'899.00	51'161'770.00
Oberdorf	25	11'960'000.00	19	7'853'000.00	4'107'000.00
Stans	52	68'864'000.00	130	26'472'000.00	42'392'000.00
Stansstad	46	20'160'000.00	48	6'410'000.00	13'750'000.00
Wolfenschiessen	27	11'191'500.00	20	5'329'000.00	5'862'500.00
Kanton Nidwalden	580	354'004'669.00	697	95'231'613.00	258'773'056.00

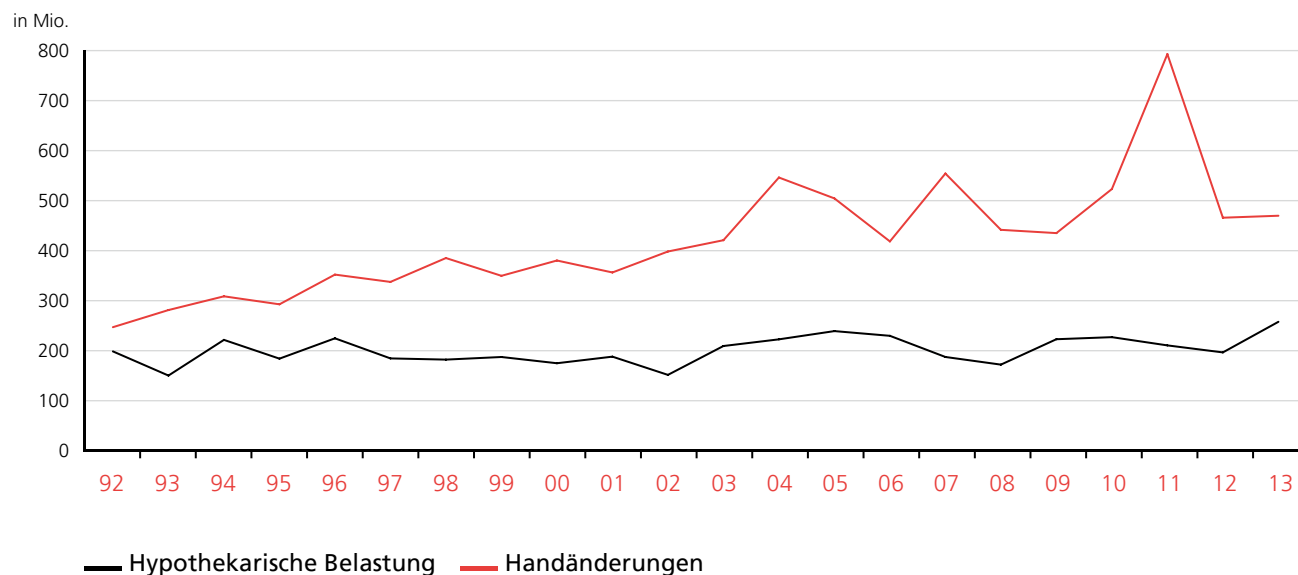
Grundpfandrechte grafisch



Vergleich 1992–2013

Jahr	Handänderungen		Hypothekarische Belastung
	Anzahl	Betrag	Betrag
1992	525	247'954'040.87	198'994'372.11
1993	607	282'557'162.29	150'211'499.30
1994	696	310'315'019.80	222'303'150.70
1995	634	294'151'998.74	184'362'057.40
1996	637	354'206'474.35	225'450'804.61
1997	735	339'407'033.05	184'857'869.73
1998	644	387'656'777.75	182'435'150.18
1999	669	351'742'179.65	187'702'200.00
2000	600	382'668'236.51	175'095'557.19
2001	670	358'497'159.30	188'399'200.00
2002	658	400'861'053.40	151'560'481.91
2003	693	423'672'086.90	209'896'848.71
2004	787	550'365'222.69	223'383'026.47
2005	810	508'185'002.45	240'039'995.92
2006	744	421'252'892.90	230'515'050.00
2007	782	558'417'106.00	187'758'302.00
2008	629	444'661'315.00	172'292'600.00
2009	701	438'045'009.00	223'621'136.00
2010	742	527'066'629.00	227'794'800.00
2011	881	799'668'861.00	211'163'064.00
2012	667	469'155'802.00	196'993'530.00
2013	565	473'143'298.00	258'773'056.00

Vergleich 1992–2013 grafisch



Grundbuchbereinigungskommission

2012	Emmetten *	Oberdorf *	Dallenwil	Total
Pendenzen per 01.01.	2 (2)	12 (12)	1 (0)	15 (14)
Neueingänge	– (–)	– (–)	1 (1)	1 (1)
Entscheide	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Abschreibungen	0 (0)	0 (0)	1 (0)	1 (0)
Pendenzen per 31.12	2 (2)	12 (12)	1 (1)	15 (15)

* Bereinigung in diesen Gemeinden durch Grundbuchbereinigungsamt abgeschlossen

3.3.3 Kantonspolizei

Verzeigungen

	2013		2012		2011	
Delikt	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter	Erfasste Straftaten	Ermittelte Täter
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	0
Körperverletzungen	11	11	24	16	24	22
Veruntreuung	7	7	7	5	1	1
Diebstahl (ohne Fahrzeuge)	356	70	414	68	297	67
– davon Einbruch	159	28	96	12	73	16
– davon Entreiss-Diebstahl	0	0	1	0	0	0
Fahrzeugdiebstahl	117	2	156	4	187	2
Raub	2	4	4	3	1	1
Betrug	104	18	10	8	32	25
Erpressung	1	0	1	1	1	1
Drohung	36	31	32	29	39	34
– davon Bombendrohung	0	0	0	0	0	0
Nötigung	16	13	2	2	12	12
Freiheitsberaubung/Entführung	0	0	1	1	2	2
Geiselnahme	0	0	0	0	0	0
Vergewaltigung	1	0	1	1	0	0
Unzuchtsdelikte	0	0	2	2	2	2
Brandstiftung	4	3	3	1	5	3
Strafb. Vorbereitungshandlungen	0	0	0	0	0	0
Gewalt und Drohung gegen Beamte und Behörden	17	3	2	2	6	5
Geldwäscherei/mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften	0	0	0	0	0	0

Ausschreibungen

Ripol	2013	2012	2011
Personen	2'359	1'940	1'284
Sachen (und Ausweise)	1'914	1'040	667
Personenwagen	33	15	1
Motorräder	5	3	3
Schilder inkl. Velovignetten (176)	160	265	82
Mofa/Fahrräder	573	518	

Hotelmeldescheine

	2013	2012	2011
Eingezogen und verarbeitet	24'047	22'531	24'784

Kriminaltechnischer Dienst

	2013	2012	2011
Erkennungsdienstlich behandelte Personen	144	141	142
Identifikationen	65	53	71

Verkehrsunfälle

	2013	2012
Verkehrsunfälle total	254	212
– Verkehrsunfälle mit Sachschaden	172	133
– Verkehrsunfälle mit Verletzten	79	77
– Verkehrsunfälle mit Toten	3	2

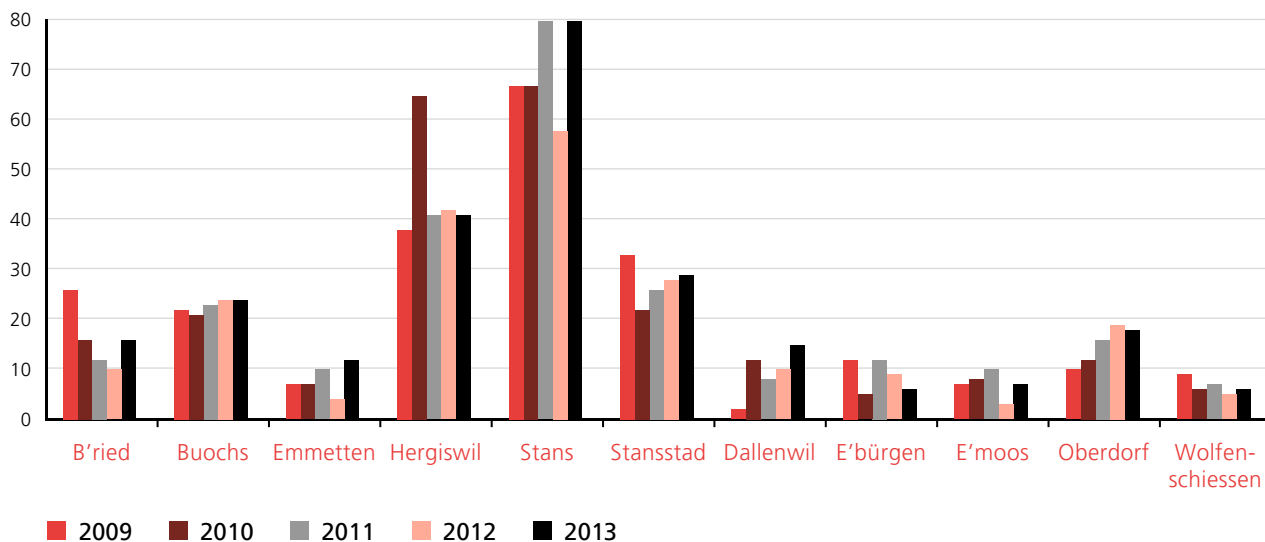
	2013	2011
Sachschaden in Mio.	2.54	1.53

Ort		
– Innerorts	116	106
– Ausserorts	84	74
davon auf Autobahn N2	54	32

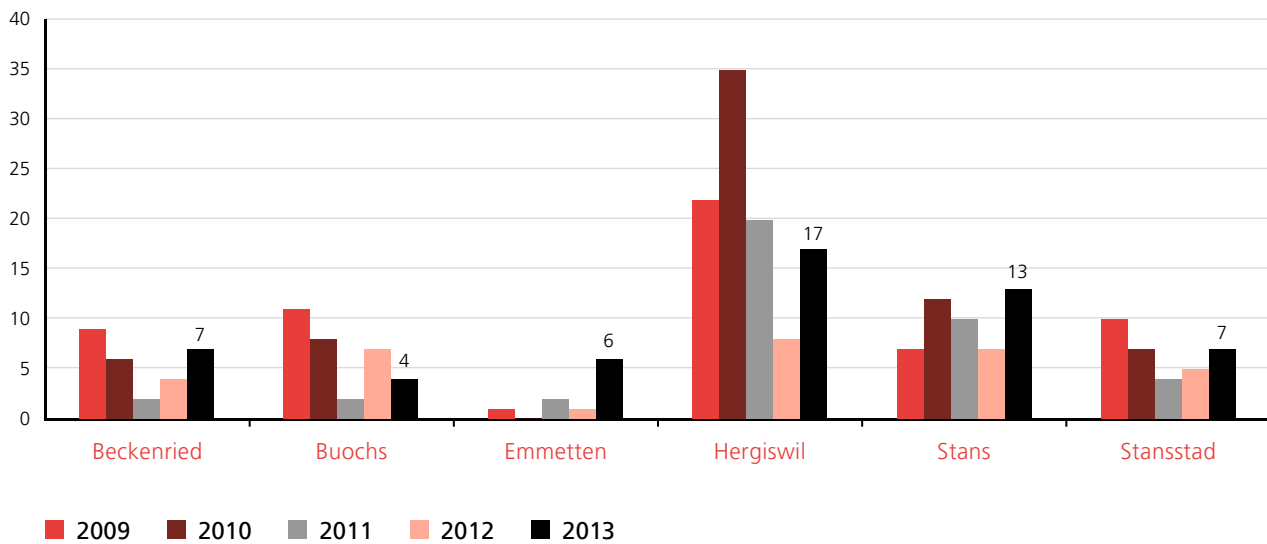
Anzahl beteiligte Personen		2013	2012		2013	2012
Tote Personen	Erwachsene	3	2	Kinder	0	0
– Fahrzeugführer	Erwachsene	2	1	Kinder	0	0
– Mitfahrer	Erwachsene	0	0	Kinder	0	0
– Fussgänger	Erwachsene	1	1	Kinder	0	0
Verletzte Personen	Erwachsene	85	81	Kinder	8	7
– Fahrzeugführer / Mitfahrer	Erwachsene	77	75	Kinder	5	5
– Fussgänger	Erwachsene	8	6	Kinder	3	2

Unfallursachen	2013	2012
A Direkter Einfluss des Lenkers oder Fussgängers	89	78
1. Zustand des Lenkers oder Fussgängers	27	37
– Angetrunkenheit	21	25
– Drogen/Medikamente	1	3
– Andere	1	0
2. Beeinträchtigte Sicht des Lenkers	2	1
3. Nichtbeachten von Zeichengebung oder Signalen	2	0
4. Missachten der Lichtsignale	5	3
5. Mangelhafte Bedienung des Fahrzeuges	10	6
6. Ladung des Fahrzeuges	3	1
7. Unaufmerksamkeit und Ablenkung	40	29
B Äusserer Einfluss	2	4
1. Momentaner äusserer Einfluss	1	0
2. Einfluss durch Dritte	1	4
C Mängel am Fahrzeug	2	2
D Verkehrsablauf/Verkehrsregeln	124	105
1. Geschwindigkeit	36	30
2. Links-/Rechtsfahren und Einspuren	10	14
3. Überholen	9	7
4. Vortrittsrecht	38	33
5. Andere Fahrbewegungen	29	18
6. FäG (fahrzeugähnliche Geräte)	1	1
E Direkter Einfluss des Fussgängers	1	2
F Unbekannter Mangel/ Einfluss	36	22

Verkehrsunfälle nach Gemeinden



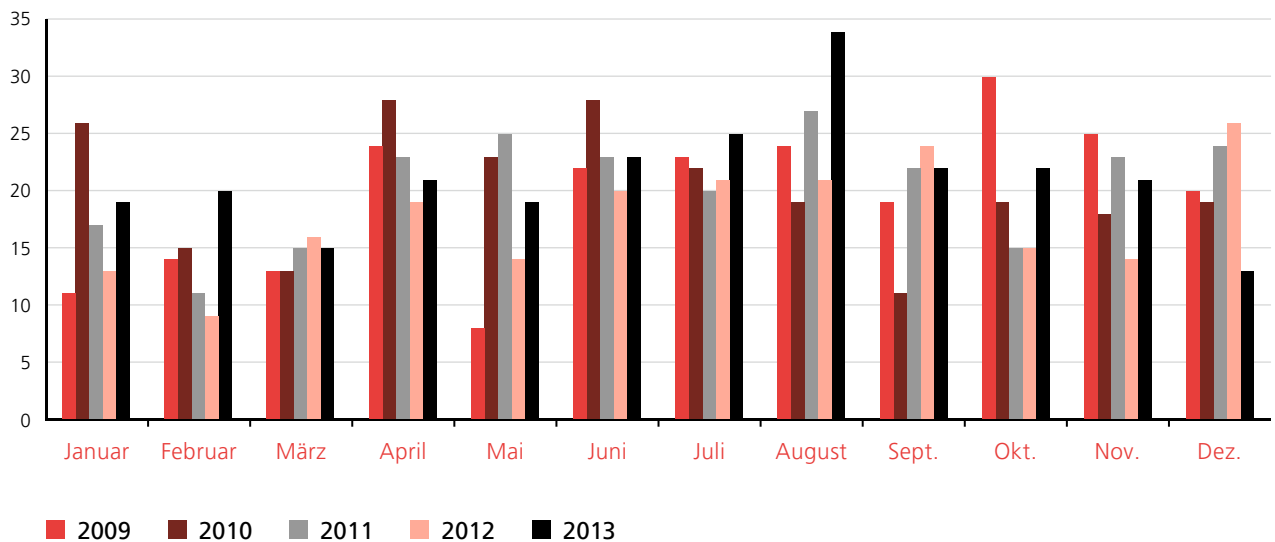
Unfälle A2 / A8



Verkehrsunfälle nach Wochentagen	2013	2012
Montag	38	28
Dienstag	42	31
Mittwoch	38	26
Donnerstag	33	29
Freitag	39	37
Samstag	42	32
Sonntag	22	29

Verkehrsunfälle nach Monaten	2013	2012
Januar	19	13
Februar	20	9
März	15	16
April	21	19
Mai	19	14
Juni	23	20
Juli	25	21
August	34	21
September	22	24
Oktober	22	15
November	21	14
Dezember	13	26

Unfälle nach Monaten



Kontrollen

A2 / A8	2013	2012
Anzahl Kontrollen	238	317
Mannstunden	1'426	1'923
Lokalstrassen		
Anzahl Kontrollen	998	1'129
Mannstunden	4'503	5'081
Sicherheitspolizei A2 und Lokalstrassen		
Anzahl Kontrollen	870	615
Mannstunden	9'565	6'765
Schwerverkehr A2 und Lokalstrassen		
Anzahl Kontrollen	1'050	1'012
Mannstunden	7'039	6'828
Kontr. Fahrzeuge	3'878	5'023
Anzahl Übertretungen	861	870
Anteil Übertretungen	22.2 %	17.3 %
Häufigste Übertretungen		
Gewicht	156	141
ARV	389	351
Länge, Breite, Höhe	114	145

Geschwindigkeitskontrollen

Alle Strassen		2013	2012
Anzahl Kontrollen		920	913
Einsatzstunden		18'489	17'856
Gemessene Fahrzeuge		3'155'183	3'086'446
Anzahl Übertretungen		44'247	67'391
– davon Ordnungsbussen		42'525	64'561
– Anzeigen		1'738	2'707
Anteil Übertretungen		1.4 %	2.2 %
Nach Strassentyp			
Autobahn	Anzahl Kontrollen	765	757
	Einsatzstunden	17'394	17'513
	Übertretungen	37'652	61'028
	– davon Ordnungsbussen	35'979	58'392
	– Anzeigen	1'673	2'636
Ausserorts	Anzahl Kontrollen	57	60
	Einsatzstunden	130	131
	Übertretungen	2'527	2'533
	– davon Ordnungsbussen	2'503	2'508
	– Anzeigen	24	25
Innerorts	Anzahl Kontrollen	92	96
	Einsatzstunden	207	212
	Übertretungen	4'084	3'842
	– davon Ordnungsbussen	4'043	3'790
	– Anzeigen	41	52

Verkehrsinstruktion

Verkehrsunterricht	2013	2012
Schulbesuche		
Schulklasse	Anzahl Doppellektionen	
Kindergarten	41	41
1. Klasse	24	24
2. Klasse	24	25
3. Klasse	24	27
Verkehrsgarten	26	25
4. Klasse	24	30
5. Klasse	23	50
Patrouilleure	19	12
Nachinstruktion	4	6
Total	232	240

Aufwand / Lernstoff			
Kindergarten	½ Tag	Überqueren der Strasse, Gehen auf dem Trottoir	
1. Klasse	Doppelлекtion	Verhalten als Fussgänger (theoretisch) Repetition Überqueren der Strasse (praktisch)	
2. Klasse	Doppelлекtion	Inline-Skating/Helm/Fahrradbestandteile	
3. Klasse	Doppelлекtion/VG	Sichtbarkeit/Signalgruppen/Signale, Verhalten als Radfahrer, Linksabbiegen	
4. Klasse	Doppelлекtion	Linksabbiegen, Kreisel, Parcours	
5. Klasse	2 Doppelлекtionen	Vorbereitung zur Veloprüfung, Repetitionen, Theorieprüfung, Parcours	
Verkehrsgarten		2013	2012
3. Klasse / Kleinklasse		26	25
Anzahl Schüler		419	382
Veloprüfung			
Absolviert		365	394
Bestanden		361	386
Ohne Fehler		28	28
Schülerpatrouilleure			
Ennetmoos		25	10
Ennetbürgen		6	8
Buochs		16	18
Wolfenschiessen		12	18
Nacherziehung			
Total Schülerrapporte		30	66
Aufgebot Nachinstruktion		30	62
3. Rapport = Verzeigung		0	4
Meldung an Wohnkanton		0	0
Nachinstruktionen		4	6

Strassen- und Signalisationstechnik

Projektbearbeitungen	2013	2012
Signalisationen / Markierungen / Baugesuche	278	237
Strassenreklamen	25	26

Sonder- und Schwertransporte

	2013	2012
Anzahl Begleite	42	23
– Aufwand in Stunden	86	39
– Aufwand Km	866	495

Alarmer und Aufgebote

	2013	2012
Fehlalarme kostenpflichtig	110	115
SMT-Aufgebote Feuerwehr	88	74

Fahrbewilligungen

Kehrsitenstrasse	2013	2012
– Dauerbewilligung	180	193
– Tagesbewilligung	5'093	5'361
Wiesenbergstrasse		
– Dauerbewilligung	72	85
– Tagesbewilligung	338	398

Fahrrad Fund / Verlust

	2013	2012
– Ausschreibung Verlust	115	162
– Fundfahrräder	101	118

Zahlungsverkehr

Umsatz Inkassobüro	2013	2012
Total Geldverkehr in CHF	557'566.15	634'141.85
– Staatsanwaltschaft Bussendepots	31'632.50	37'025.85
– Bussendepot SVK	262'678	205'291.25
– Staatsanwaltschaft Gebühren	57'610	54'130.00
Kreditkartenabrechnungen		
Gesamtbetrag in CHF	329'784.20	313'884.95

Ordnungsbussen / Mängellisten

Ordnungsbussen	2013	2012
Anzahl ohne Geschwindigkeit	1'733	2'529
Mängellisten	122	286

Seepolizei

Einsätze mit Polizeiboot	2013	2012
Anzahl Einsätze	85	89
Aufwand in Stunden	283	261
Seepolizei-Kontrollen	36	31
Einsätze für andere, Verwaltung	23	16
Sicherheitsaufträge	3	6
Suche / Bergung / Rettung	18	20
Für Taucheinsätze	0	0
Unfälle auf See	0	0

Sturmwarnung

Anzahl Einschaltungen	2013	2012
– Vorsichtsmeldungen / Sturmwarnungen	46	65

3.3.4 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Abteilung Militär

Orientierungstage NW

	2013	2012
	Jahrgang 1995	Jahrgang 1994
Anzahl Stellungspflichtige	211	223

Rekrutierung/Tauglichkeit der Stellungspflichtigen

	2013	2012
	Rekr Zen Windisch	Rekr Zen Windisch
Diensttauglich	78,48%	74,54 %
Dienstuntauglich / PSP-Fälle	21,52%	25,46 %

Dienstverschiebungswesen

	2013	2012
Einrückungspflichtige	1'798	1'943
Gesuche eingereicht	367	432
Gesuche abgewiesen	69	81
Bewilligte Gesuche	298	351

Schiesswesen ausser Dienst

	Anzahl Teilnehmer					
	2013		2012		2011	
	NW	National	NW	National	NW	National
Obligatorisches Programm 300 / 25 m	1'670	184'403	1'690	189'222	1'773	193'574
Feldschiessen – 300 m	669	90'928	756	91'890	839	93'155
Feldschiessen – 25 / 50 m	294	30'238	351	30'327	417	28'771

Wehrpflichtersatzabgabe: Abschluss Generalausweis

	2013	2012	2011
	in CHF	in CHF	in CHF
Bruttoertrag Wehrpflichtersatzabgabe	1'017'848.55	1'139'371.50	1'356'550.45
Rückerstattungen inf. Diensthochholung	102'510.25	94'109.85	135'283.55
Verzugszinsen	3'508.85	6'578.25	3'909.75
Rückzahlungszinsen	478.95	511.75	519.60
Vergütungszinsen	2.85	23.20	14.85
Rohrertrag nach Abzug der Rückerstattungen	915'338.30	1'045'261.65	1'221'266.90
20 % Bezugsprovision für den Kanton Nidwalden	141'209.97	167'346.25	195'800.55
Dem Bund abgeliefert (80 %)	564'839.90	669'385.01	783'202.30

Zeughaus / Logistik

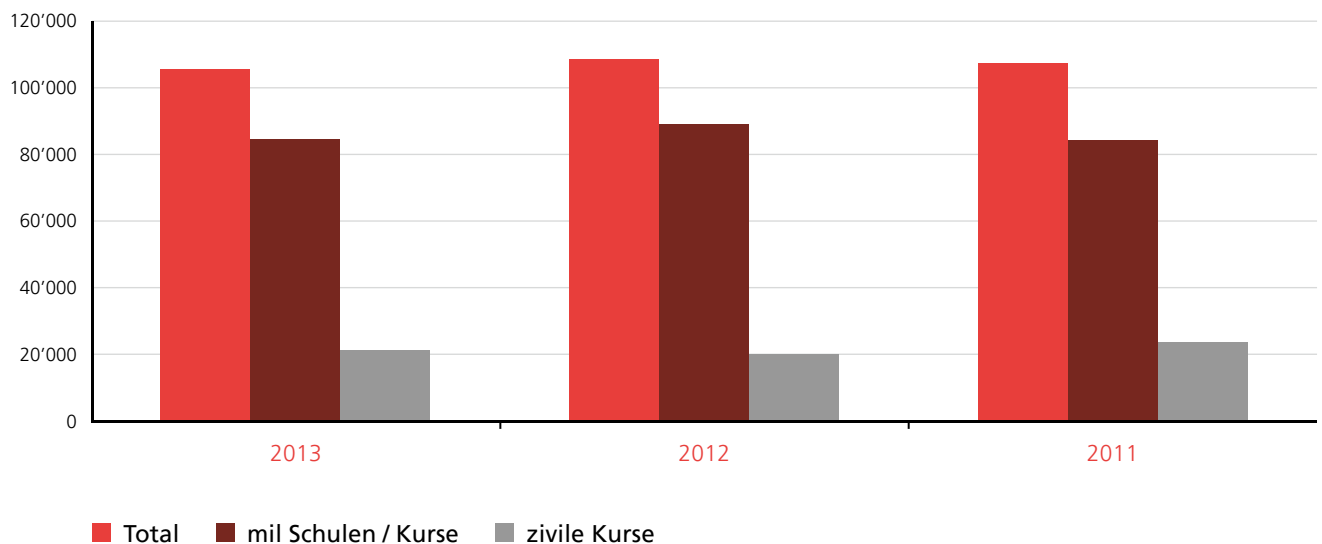
	2013		2012	
	Retablierungsstelle	Vorortlager	Retablierungsstelle	Vorortlager
Anzahl Kundenkontakte	4'022		3'662	
Stundenaufwand		3'771.06		3'804.32

Waffenplatz

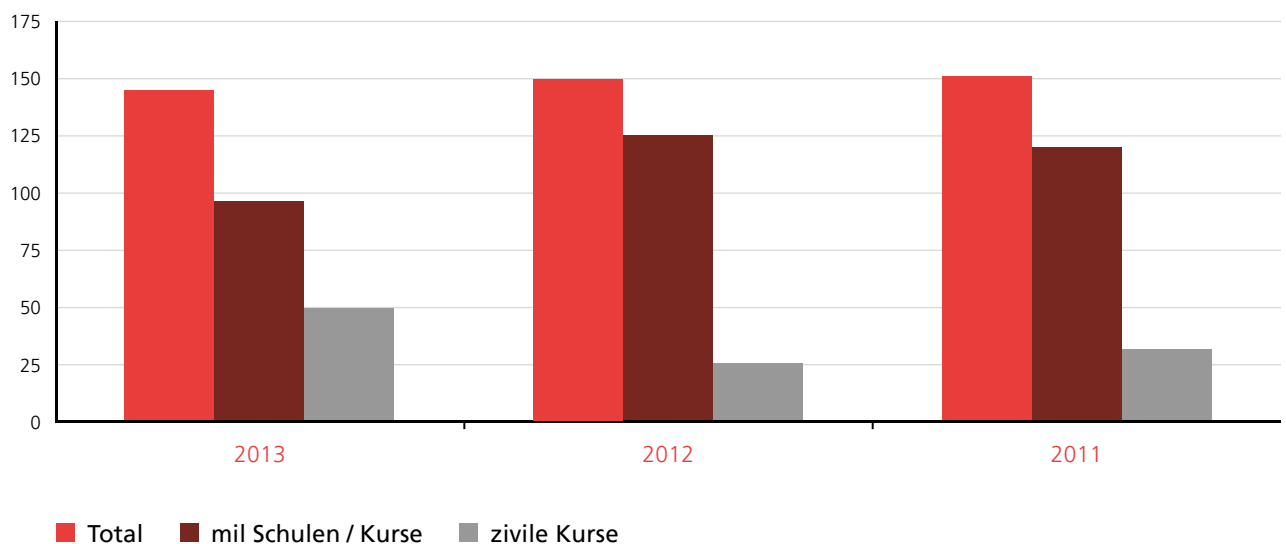
	2013	2012	2011
1. Waffenplatz (Belegungstage)			
– Trp und VBS	16'874	19'716	15'621
– AZ SWISSINT	53'341	56'350	56'181
– Kdo SWISSINT	13'155	11'693	11'158
– Eidgenössische Kurse	1'094	1'212	1'363
– zivile Belegungen	12'610	10'854	14'803
– Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	8'484	8'930	8'420
Total Belegungstage	105'558	108'755	107'546

	2013	2012	2011
2. Schiess- und Ausbildungsplatz Gnappiried			
– Belegungstage militärischer Schulen/Kurse	96	125	120
– Belegungstage zivile Kurse	49	25	31
Total Belegungstage	145	150	151
– Anzahl verschossene Patronen	683'681	717'912	713'950
3. Schiesskino (Anlage aufgehoben)			
Anzahl abgegebene Schüsse	0	0	28'537

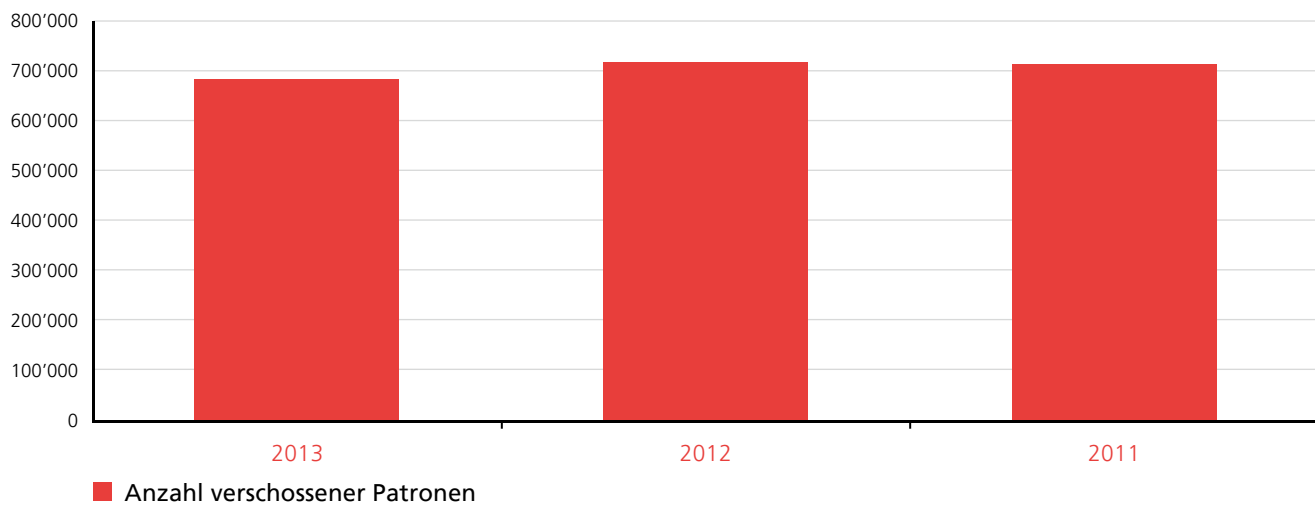
Belegungstage Waffenplatz (Kaserne/Kursgebäude)



Belegungstage Schiessplatz Gnappiried

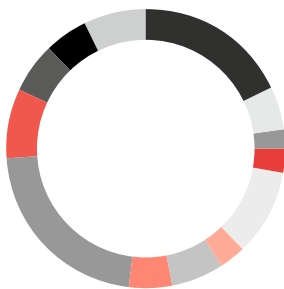


Schiess- und Ausbildungsplatz Gnappiried



3.3.5 Feuerwehrinspektorat

Einsätze Feuerwehren



■	Beckenried (78 Einsätze)
■	Buochs (22)
■	Dallenwil (8)
■	Emmetten (14)
■	Ennetbürgen (44)
■	Ennetmoos (13)
■	Hergiswil (24)
■	Oberdorf (23)
■	Stans (95)
■	Stans-Stützpunkt (34)
■	Stansstad (27)
■	Wolfenschiessen (20)
■	Pilatus (32)

Total 435 Einsätze

Einsätze nach Ereignis (alarmmässig)



■	Brandbekämpfungen (46 Einsätze)
■	Elementarereignisse (111)
■	Strassenrettung (7)
■	Technische Hilfeleistungen (30)
■	Ölwehr (32)
■	Chemiewehr inkl. B-Einsätze (2)
■	Strahlenwehr (2)
■	Einsätze auf Bahnanlagen (1)
■	BMA unechte Alarmer (83)
■	Diverse Einsätze (4)
■	Keine alarmmässigen Einsätze (117)

Total 435 Einsätze

3.4 Bildungsdirektion

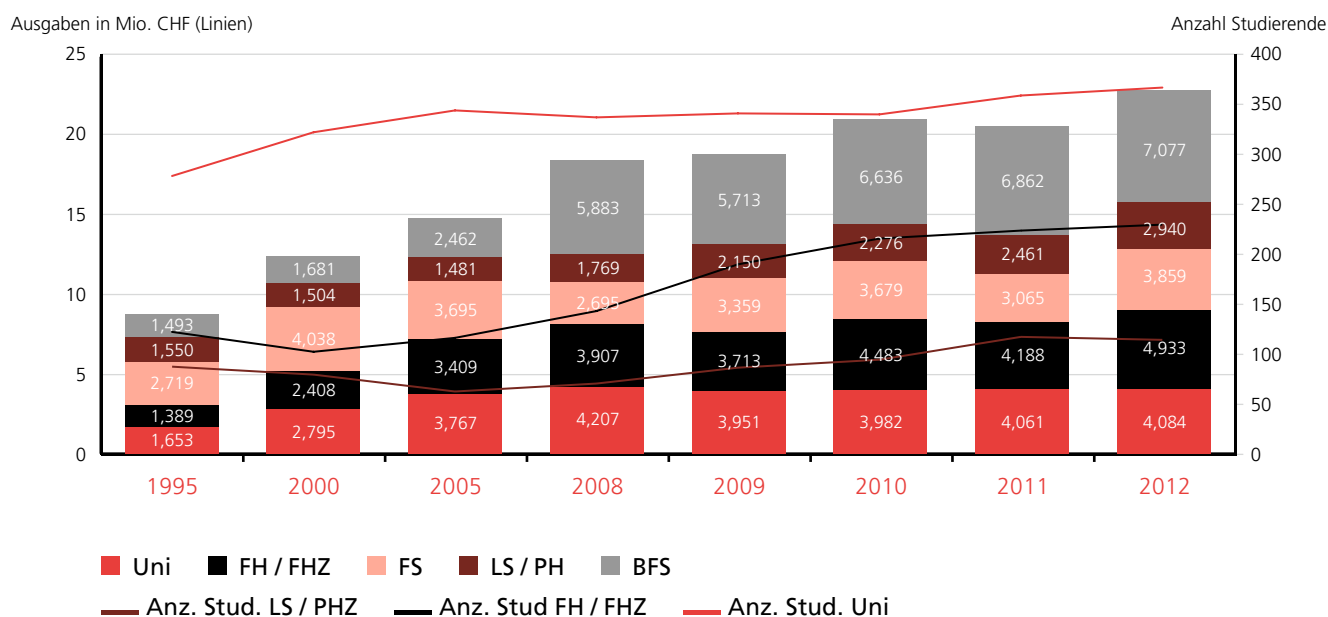
3.4.1 Direktionssekretariat

Universitäten: Anzahl Studierende aus Nidwalden

	05/06	06/07	07/08	08/09	09/10	10/11	11/12	12/13
Universitäten	346	355	343	339	343	342	361	369
ETHZ/EPFL *	70	68	82	73	75	85	93	82
Total	416	423	425	412	418	427	454	451

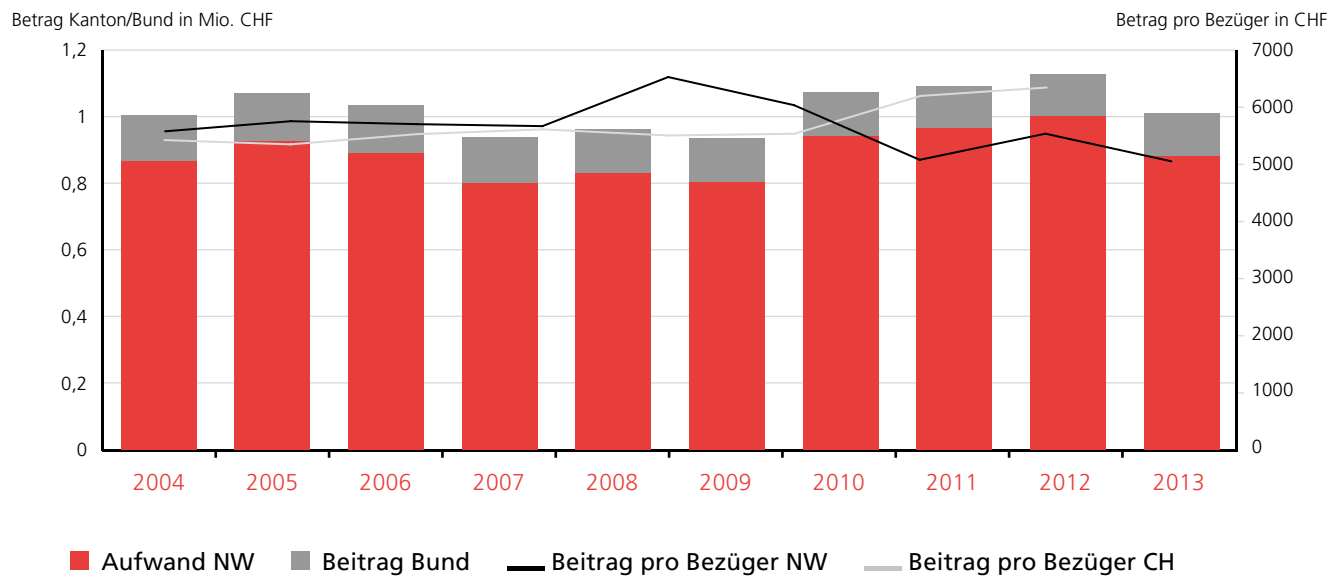
* Die ETH wird vom Bund finanziert, d.h. NW leistet keine direkten finanziellen Beiträge.

Ausgaben für ausserkantonale Bildung und Entwicklung der Anzahl Lernenden

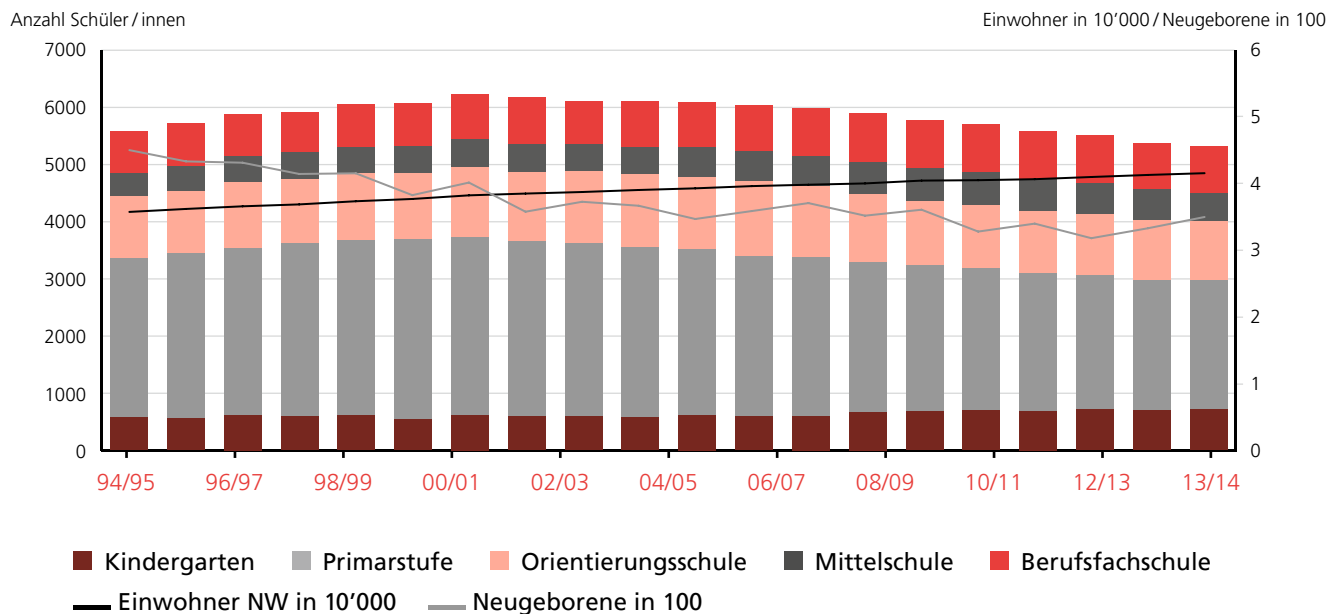


BFS = Berufsfachschulen ausserkantonale
 LS / PH = Lehrerseminarien / Päd. Hochschulen
 FS = Fachschulen
 FH / FHZ = Fachhochschulen
 Uni = Universitäten (ohne ETH)

Ausbildungsbeiträge: Stipendien



Schülerstatistik: Alle Schulstufen



3.4.2 Amt für Volksschulen und Sport

Volksschule. Schuljahr 2013/14

	Beckenried	Buchs	Dallenwil	Emmetten	Ennetbürgen	Ennetmoos	Hergiswil (Grundstufe)	Oberdorf	Stans	Stansstad	Wolfenschiessen	Total
Kindergarten / Grundstufe												
Kindergarten	55	98	33	16	77	40	79	62	155	54	52	721
Anzahl Abteilungen	3	5	2	1	4	2	4	4	8	4	3	40
Abteilungsgrösse	18.3	19.6	16.5	16.0	19.3	20.0	19.8	15.5	19.4	13.5	17.3	18.0

Primarschule												
1	35	45	16	12	34	27	39	41	66	26	29	370
2	35	54	21	5	41	20	48	36	73	32	29	394
3	32	52	19	10	37	18	43	34	66	28	25	364
4	34	48	23	6	33	27	59	39	82	26	31	408
5	35	60	20	11	36	19	31	35	75	28	18	368
6	33	55	20	10	48	22	42	29	76	39	22	396
Primarschule Total	204	314	119	54	229	133	262	214	438	179	154	2'300
Anzahl Abteilungen	12	19	8	3	13	9	14	12	26	13	9	138
Abteilungsgrösse	17.0	16.5	14.9	18.0	17.6	14.8	18.7	17.8	16.8	13.8	17.1	16.7

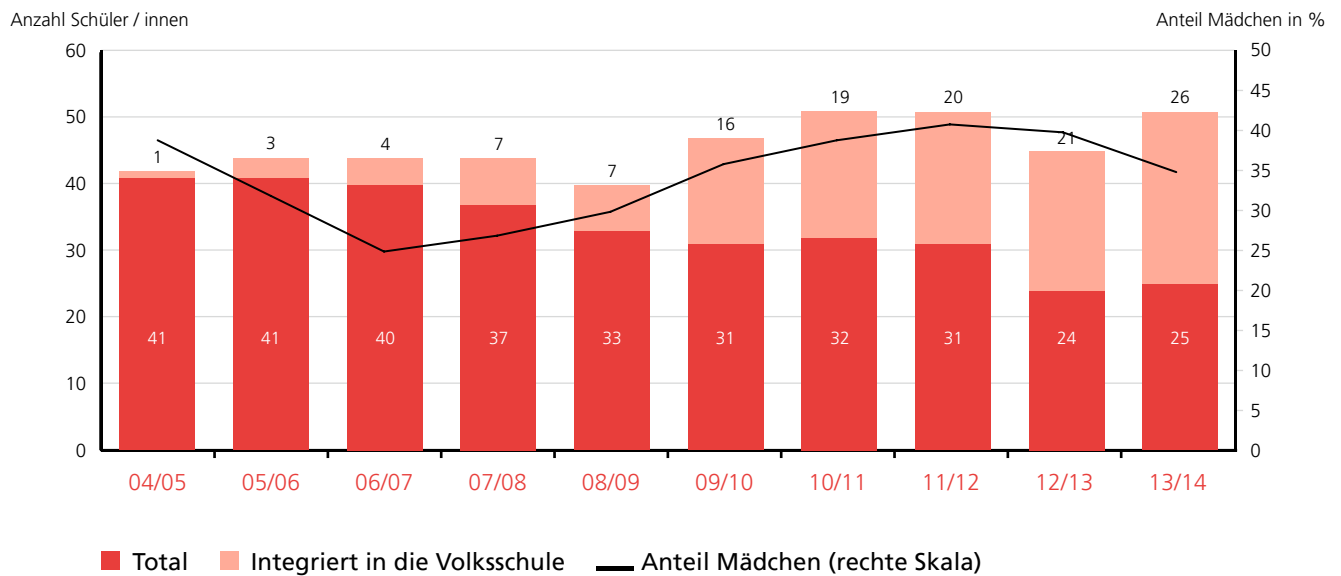
Orientierungsschule												
Kernklasse	I	A	B		I	I	A	B	I	I	A	B
1	21	25	14		10	31	17	15	28	74	17	8
2	33	19	17		22	32	15	13	35	91	15	11
3	27	29	13		12	26	16	13	32	97	18	10
ORS Total	81	117			44	89	89	95	262	79	150	
Anzahl Abteilungen	6	7			2	6	6	6	14	6	8	
Abteilungsgrösse	13.5	16.7			22.0	14.8	14.8	15.8	18.7	13.2	18.8	

In Beckenried, Emmetten, Ennetbürgen, Oberdorf, Stans und Wolfenschiessen (1. u. 2. Kl.) wird die Orientierungsschule integriert (I) geführt.
In den übrigen Gemeinden wird nach dem kooperativen Modell (A/B) unterrichtet.

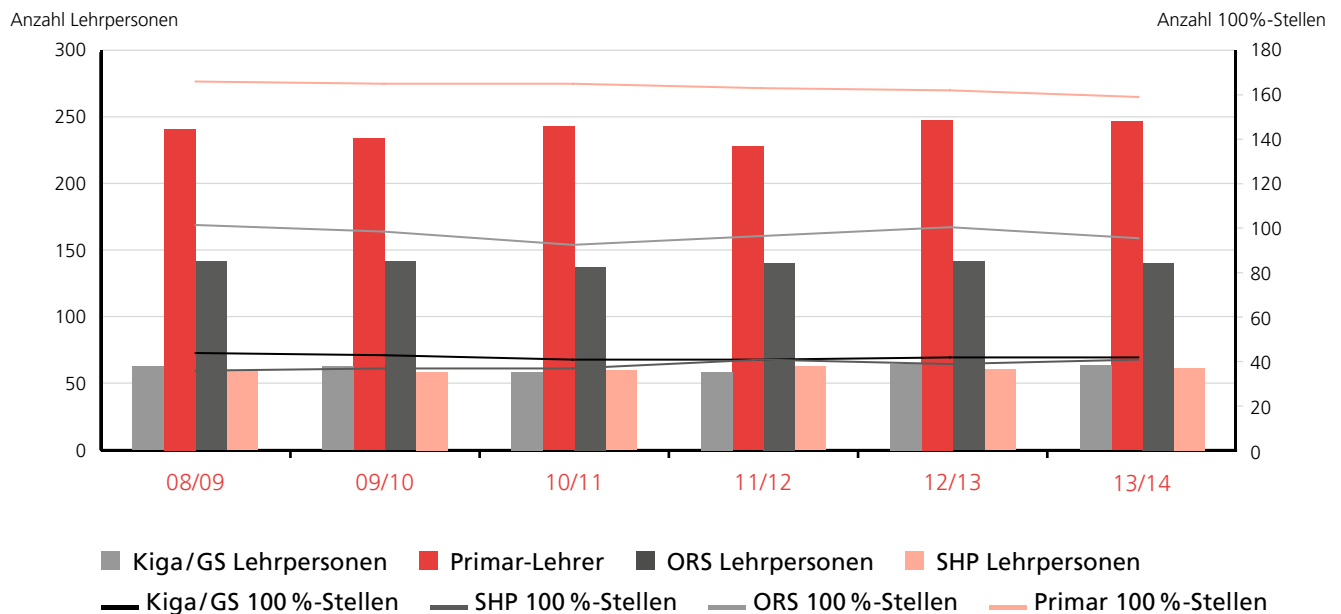
Schüler/innen der Werkschule nach Herkunftsort												
1		4							2			6
2		5	1		1	1			2		1	11
3		3			2	1		2	3			11

Werkschule in den Standortgemeinden Buochs und Stans												
Anzahl Schüler/innen		16							12			28
Anzahl Abteilungen		2							1			3
Abteilungsgrösse		8.0							12.0			9.3

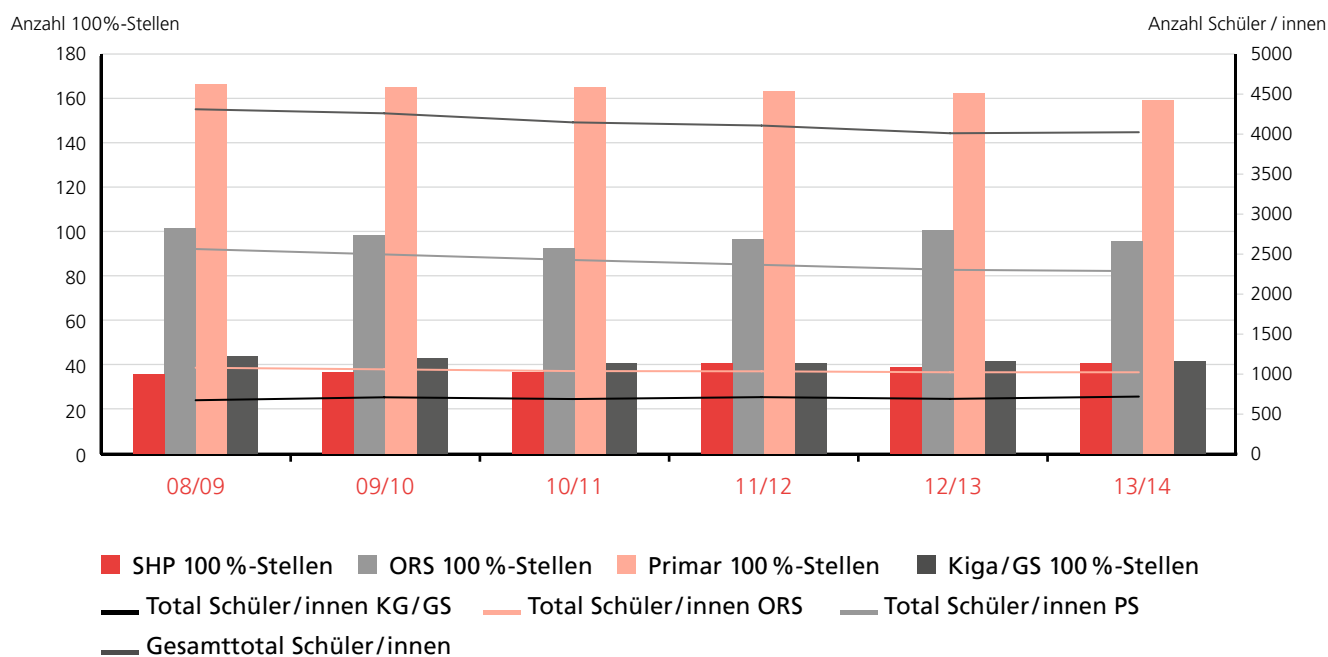
Heilpädagogische Schule. Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen



Lehrpersonen der Gemeindeschulen. Anzahl und Pensen

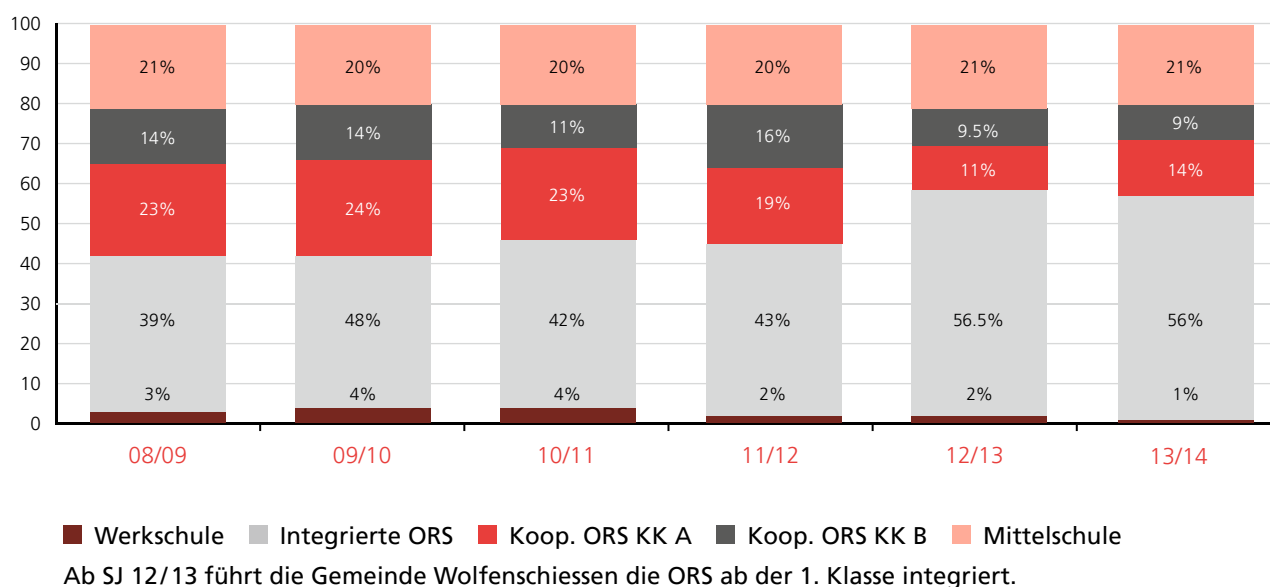


Lehrpersonen der Gemeindeschulen. Anzahl und Pensen



Übertritt Primarstufe – Sekundarstufe I

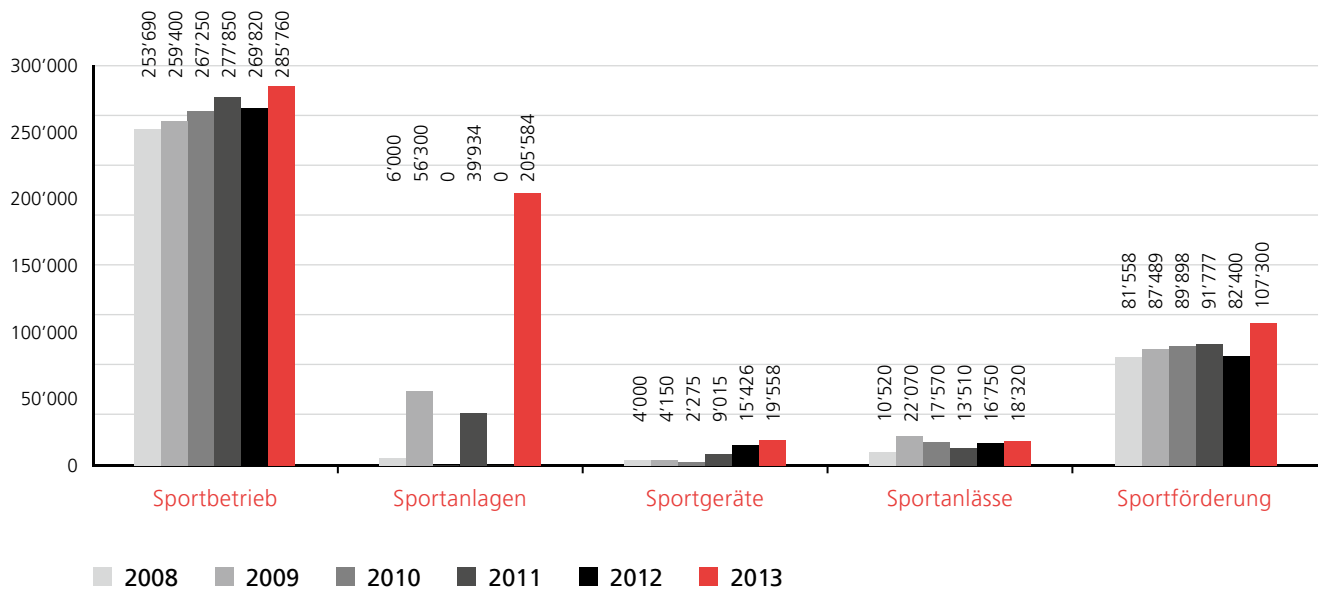
Schulbesuch der Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse des Vorjahres.



Jugend + Sport

	J+S-Jugendausbildung			Bundesbeiträge (in CHF)		
	Anzahl Kurse	Anzahl Jugendliche	Anzahl Leiter	J+S-Kurs-pauschalen	Coach-Entschädigung	Total Auszahlungen
2004	299	4'426	1'033	304'794	20'326	325'120
2005	289	4'199	963	282'702	20'442	303'144
2006	297	4'094	954	293'061	25'292	318'353
2007	314	4'387	977	316'605	27'459	344'064
2008	297	3'939	1'085	291'606	24'782	316'388
2009	289	3'605	1'144	273'951	25'126	299'077
2010	322	4'165	1'284	297'279	26'651	323'930
2011	324	4'522	1'337	304'740	27'981	332'721
2012	270	3'695	1'321	261'802	23'597	285'399
2013	388	4'622	1'333	374'436	36'638	411'074

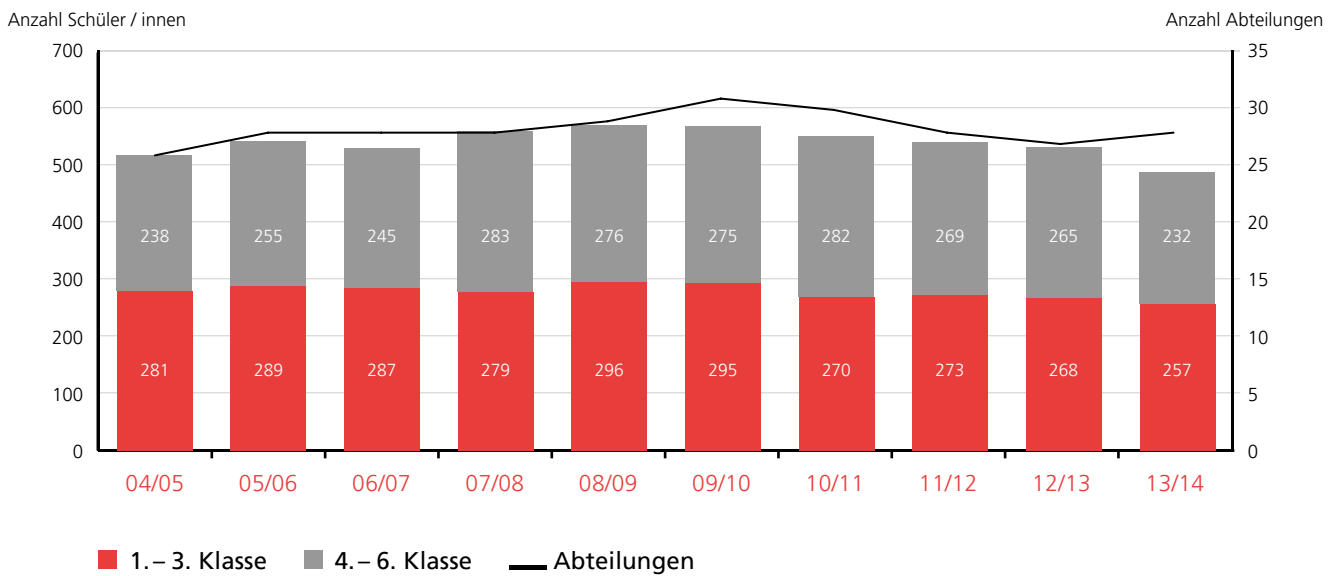
Sportfonds



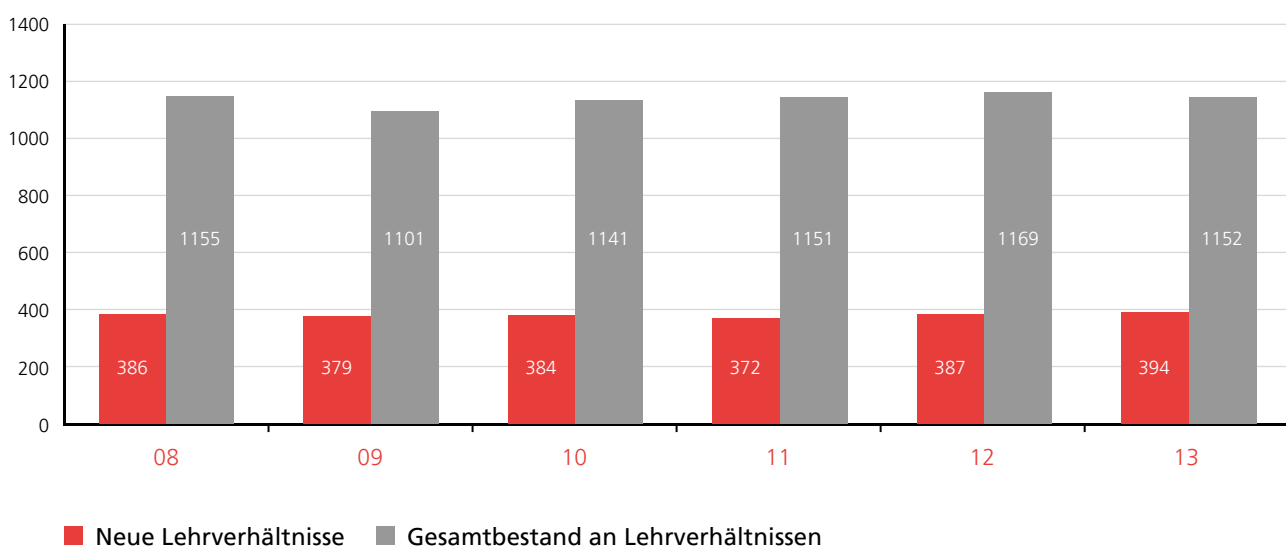
Total Auslagen Sportfonds: CHF 636'522

3.4.3 Amt für Berufsbildung und Mittelschule

Mittelschule: Anzahl Schülerinnen und Schüler / Anzahl Abteilungen

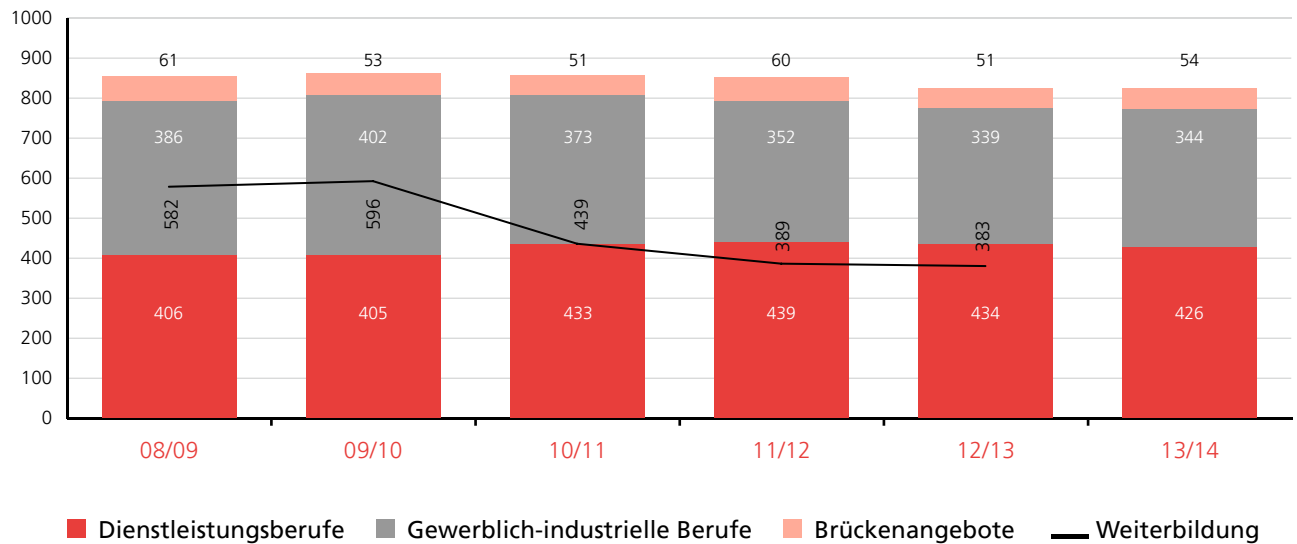


Lehraufsicht: Lehrverhältnisse

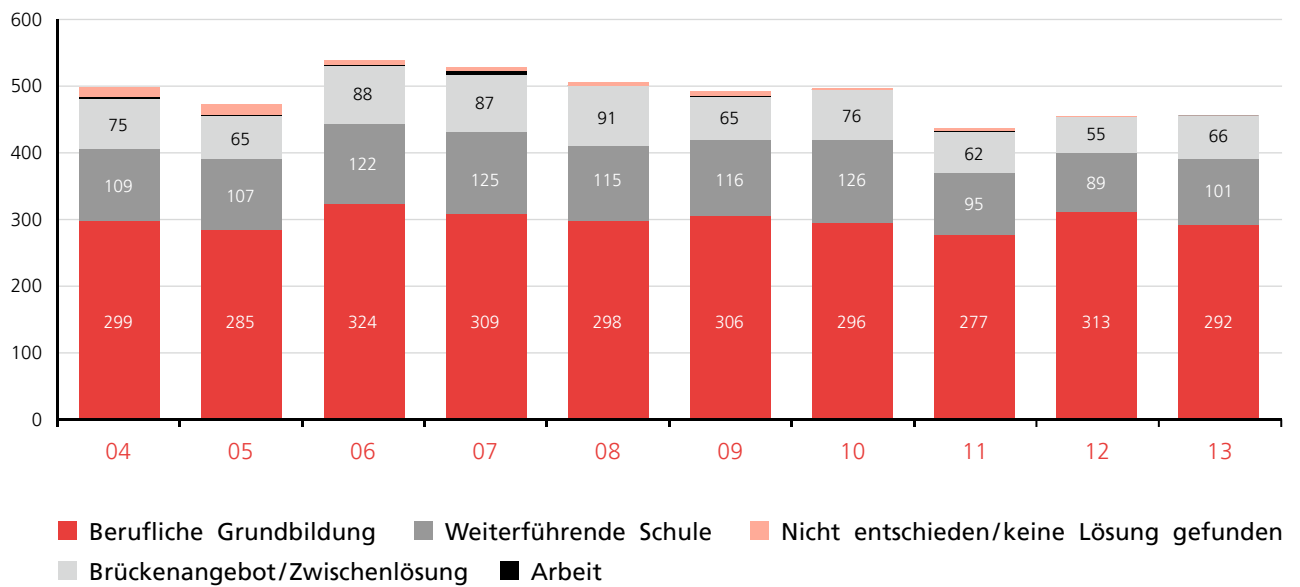


Berufsfachschule: Anteil Lernende nach Abteilungen

Anzahl Lernende

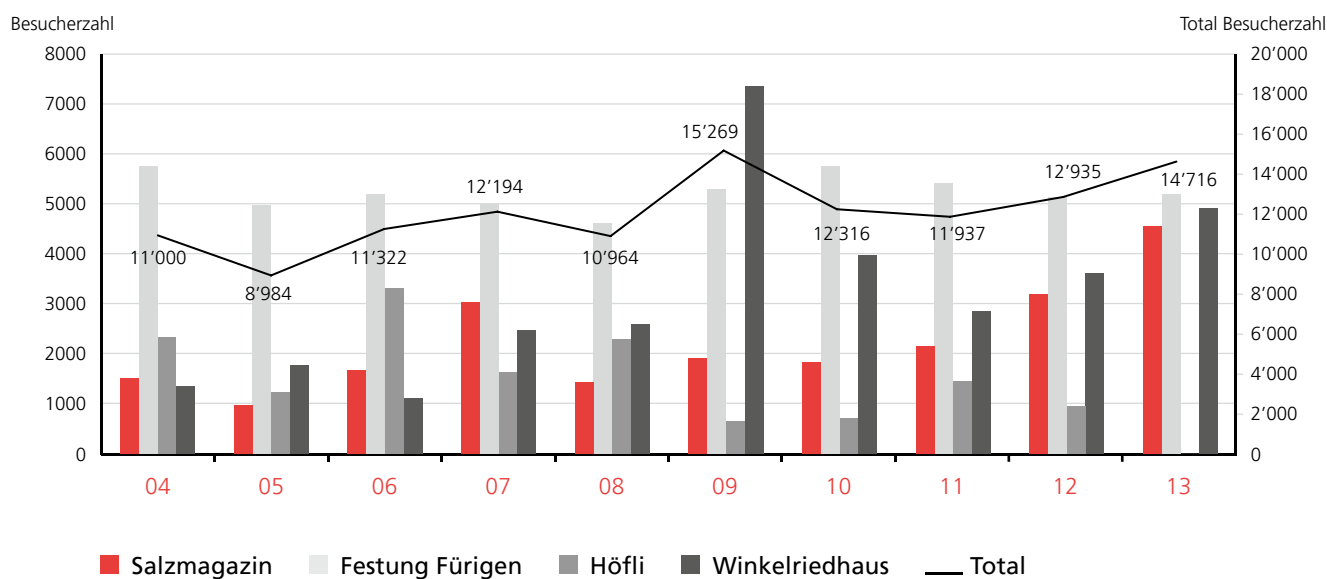


Berufs- und Studienberatung: Laufbahnwege nach der obligatorischen Schulzeit

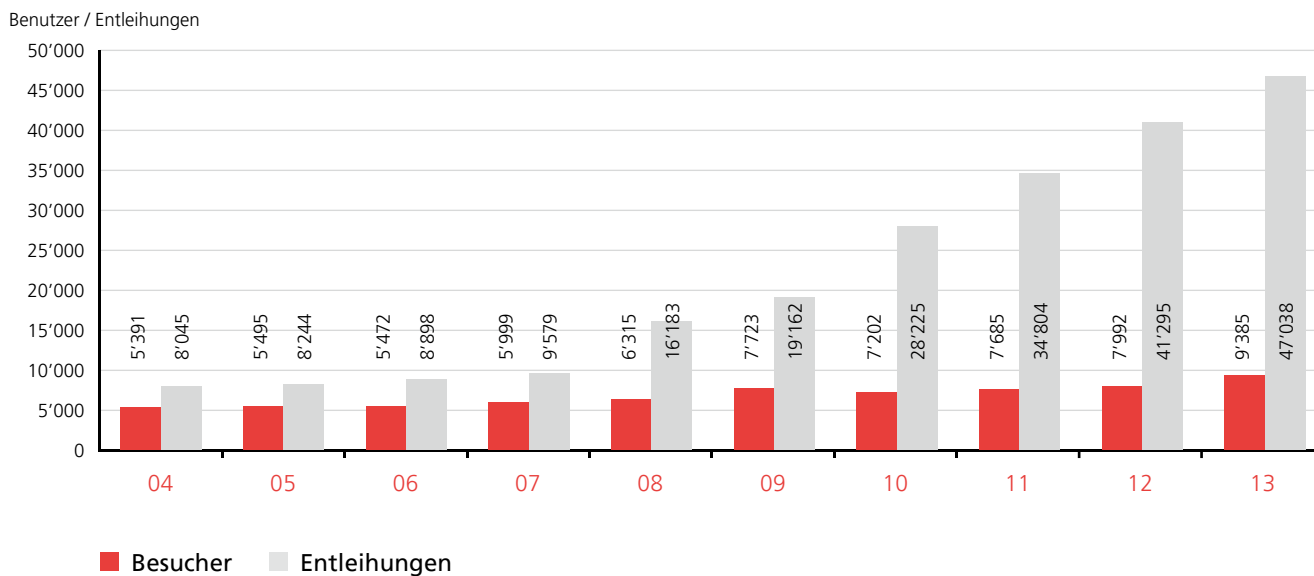


3.4.4 Amt für Kultur

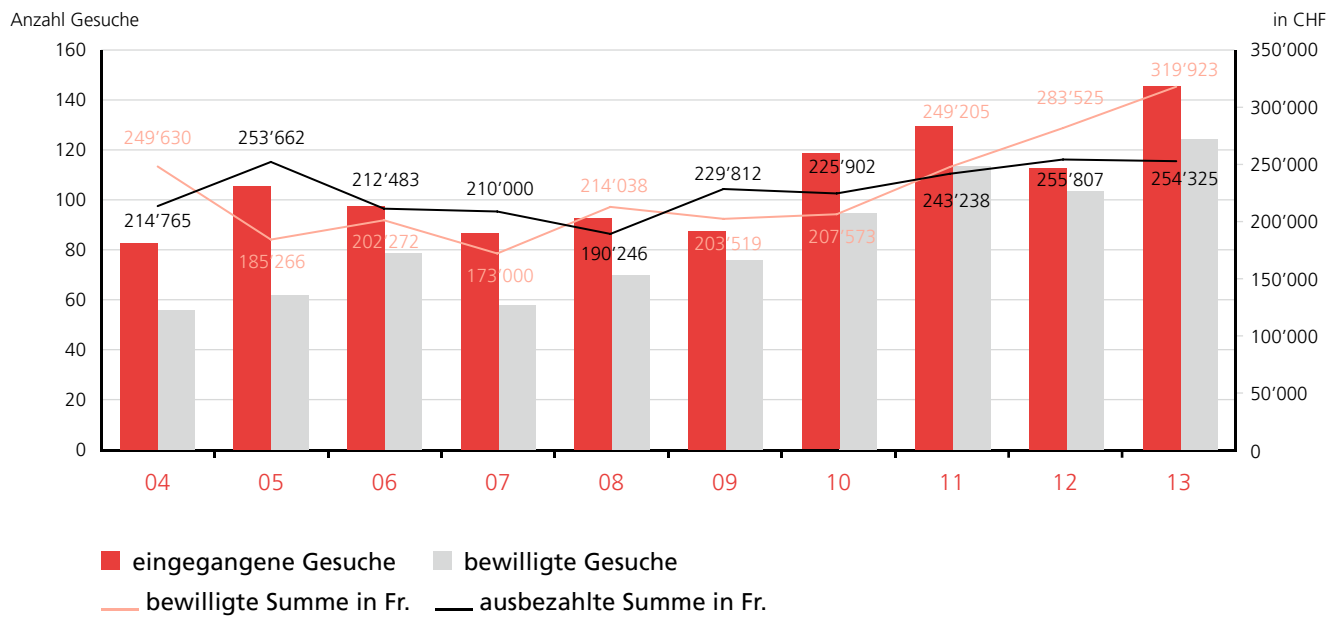
Museum: Besucherinnen und Besucher



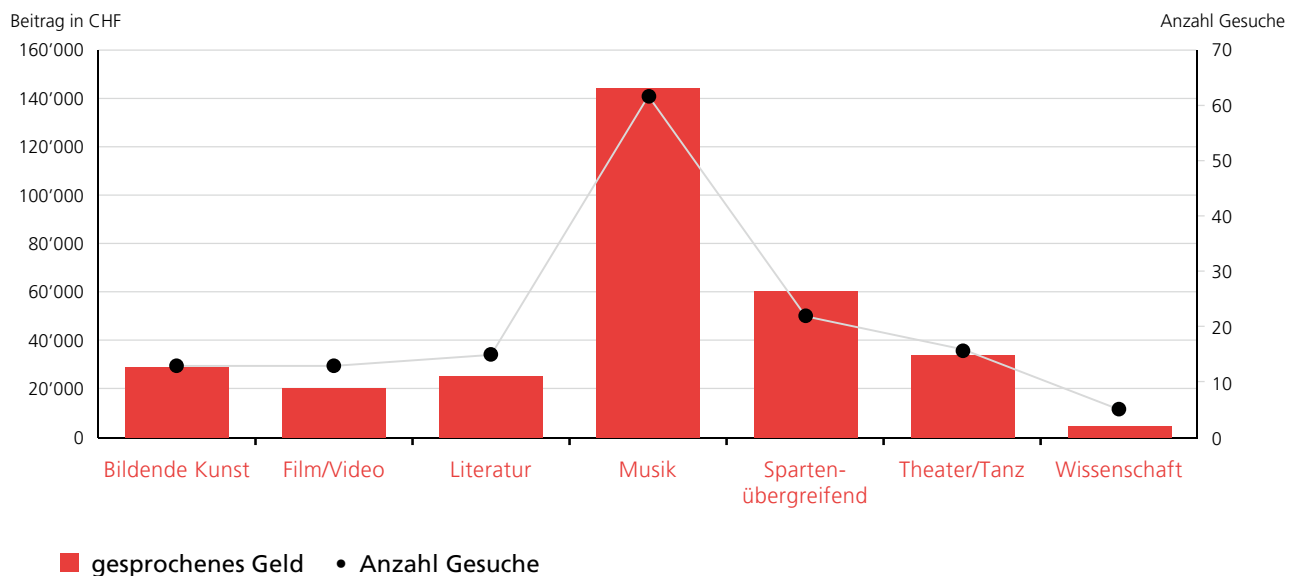
Kantonsbibliothek



Kulturförderung. Gesuche und Beiträge. Entwicklung



Kulturförderung. Gesuche und Beiträge 2013



Fachstelle für Denkmalpflege

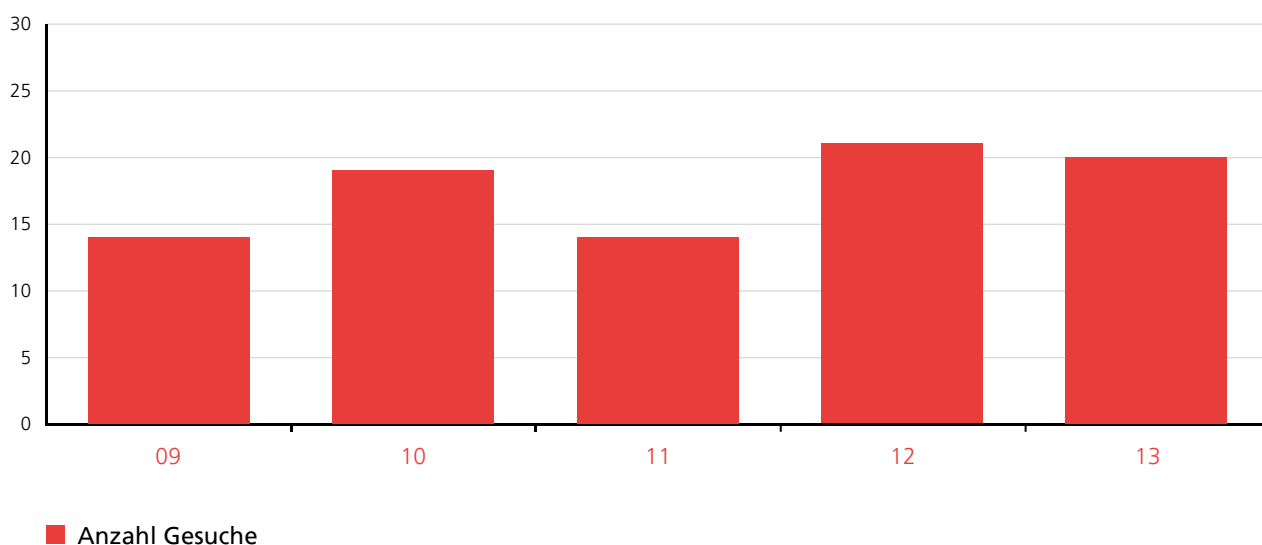
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Regierungsratsgeschäfte im Bereich Schutzobjekte	1	10	18	9	22	14	12
Stellungnahmen Ortsbildschutz	45 *	62	68	80	100	60	60
Abgeschlossene Restaurierungen	8	7	13	8	8	4	11
Beantragte Summe	180'000	210'000	720'000	583'720	608'475	761'200	506'837
Ausbezahlte Summe	580'000	500'000	580'000	510'000	352'101	557'646	717'056
Beiträge Bund	240'000	130'000	50'000	125'000	111'000	96'200	187'717
Freiwillige Beiträge					38'725	22'200	39'700
Öffentliche Veranstaltungen	1	3	5	4	5	3	3
Einsatz Wettbewerbjuries	0	0	1	3	3	4	0

* Schätzung

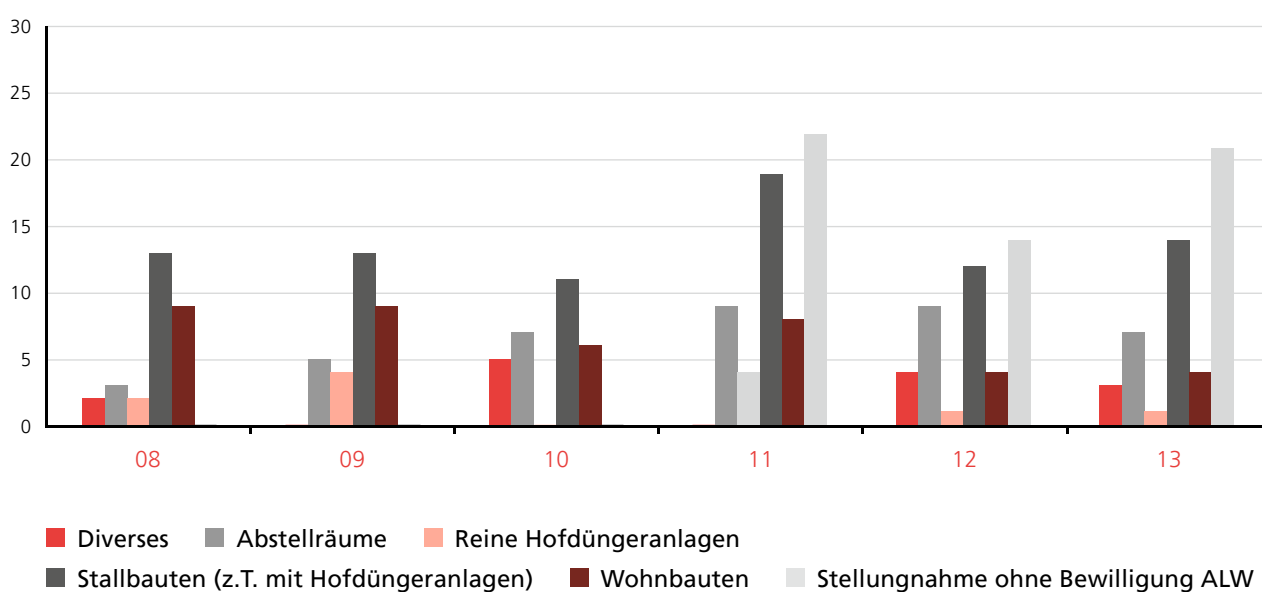
3.5 Landwirtschafts- und Umweltdirektion

3.5.1 Amt für Landwirtschaft

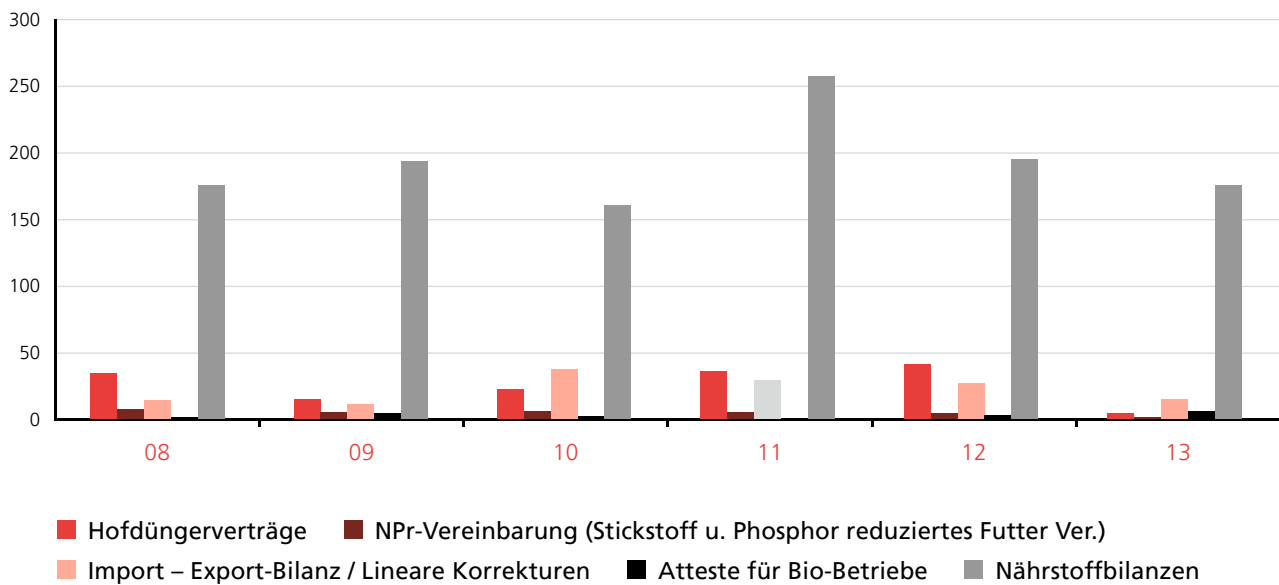
Verfügungen gemäss bürgerlichem Bodenrecht (BGBB)



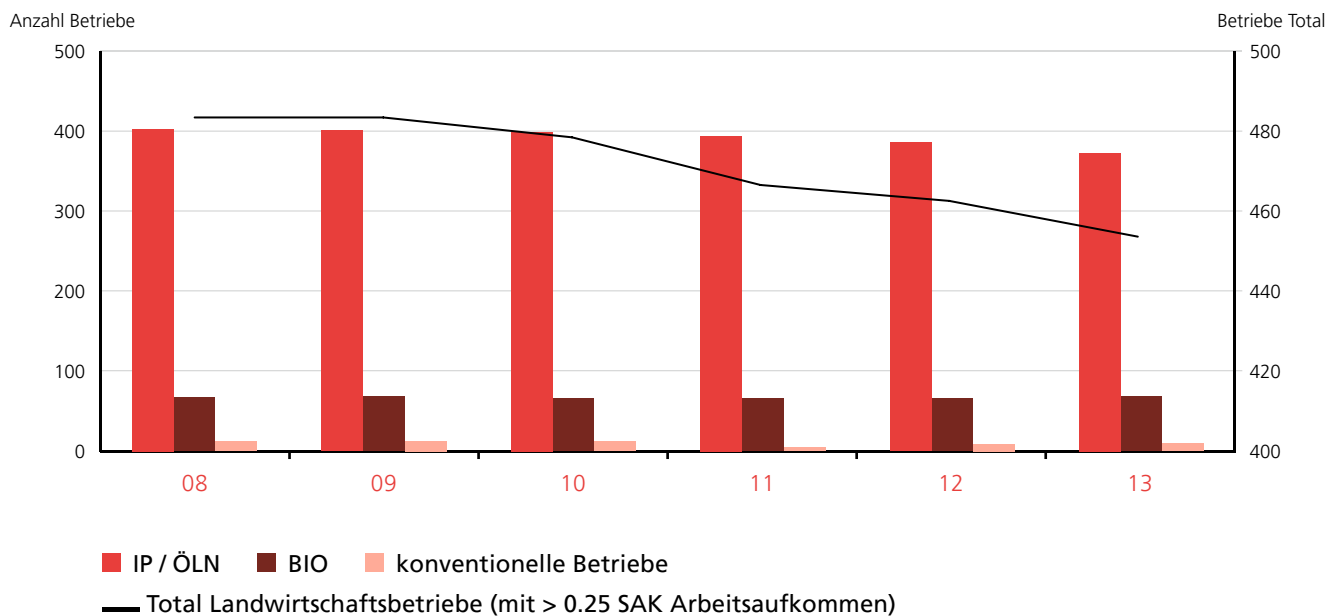
Baulicher Gewässerschutz: Anzahl Baubewilligungen



Stofflicher Gewässerschutz: Anzahl Berechnungen



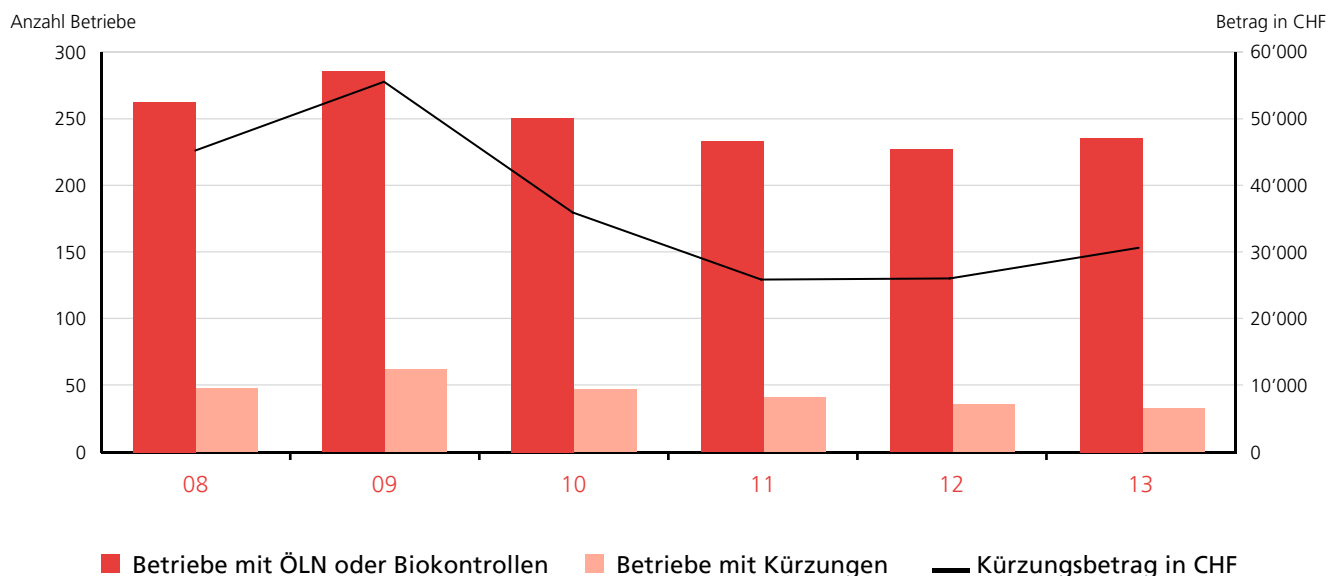
Anzahl Landwirtschaftsbetriebe



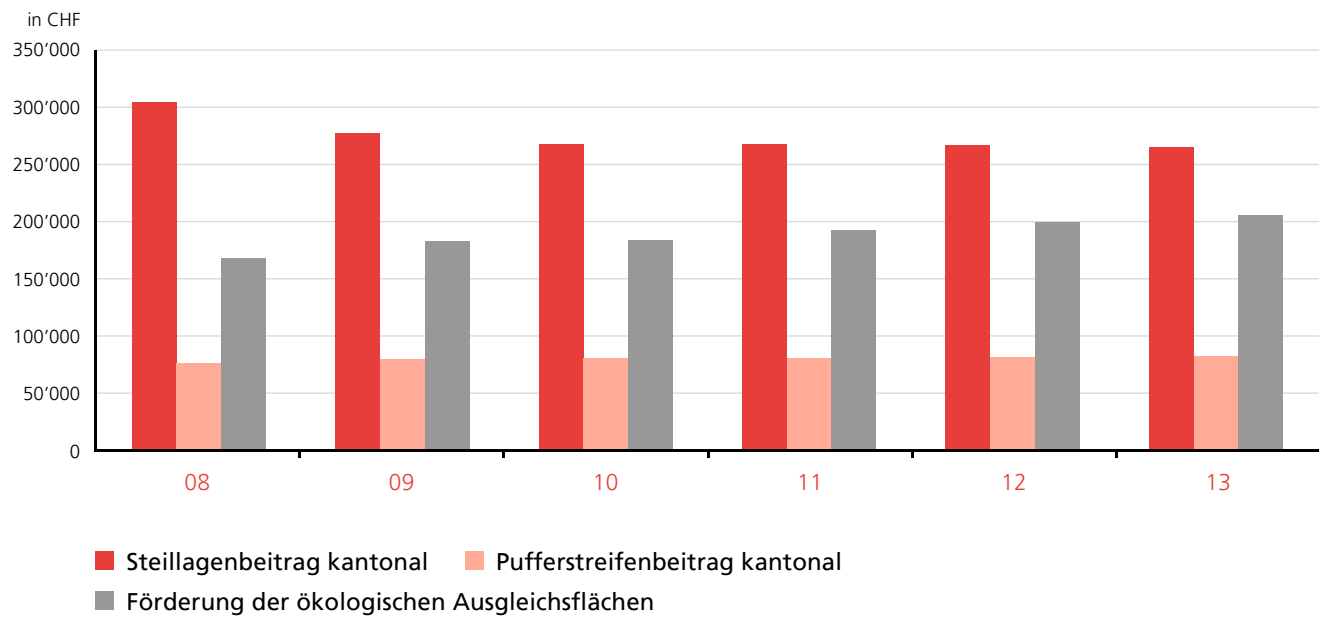
Entwicklung Direktzahlungen

in CHF	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Flächenbeitrag	6'515'014	6'273'566	6'261'843	6'263'842	6'121'261	6'123'157
Erschwerte Tierhaltung	3'684'143	4'264'620	4'257'478	4'246'978	4'204'969	4'111'584
Raufutter-Verzehrer-Beitrag	3'249'006	4'154'710	4'158'089	4'160'995	4'128'753	4'082'108
Hangbeiträge	1'680'913	1'511'687	1'713'427	1'718'529	1'714'476	1'713'618
Oekologischer Ausgleich	727'047	728'615	724'067	730'308	741'615	757'140
Bes. tierfreund. Stallhaltung	378'782	401'867	413'755	431'763	435'381	452'212
Regelmässiger Auslauf	940'950	957'706	971'658	991'027	996'689	1'015'524
ÖQV-Beiträge	848'552	912'067	937'345	971'211	1'001'870	1'028'276
NHG-Beiträge	439'582	436'265	442'944	433'770	453'507	453'061
Sömmerungsbeiträge	1'294'625	1'418'264	1'443'797	1'470'121	1'439'852	1'451'884
Biolandbau	188'859	189'582	184'257	186'552	190'779	204'754
Total	19'947'473	21'248'949	21'508'660	21'605'096	21'429'152	21'393'318

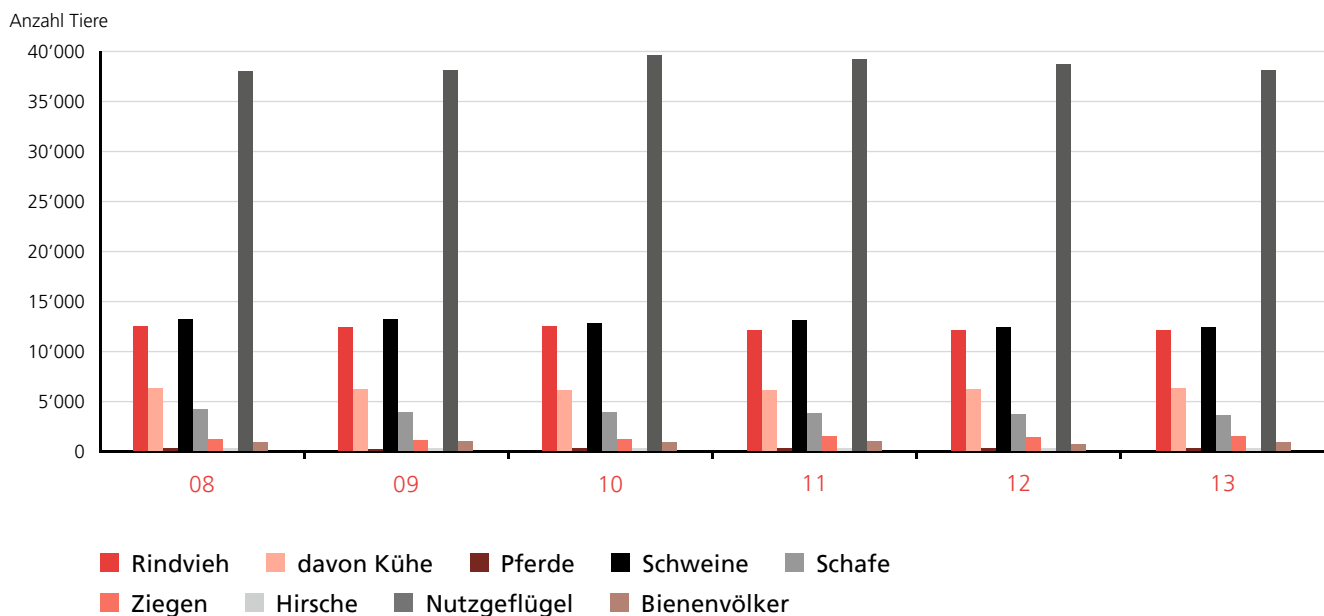
Kontrollen und Beitragskürzungen



Entwicklung kantonale Beiträge

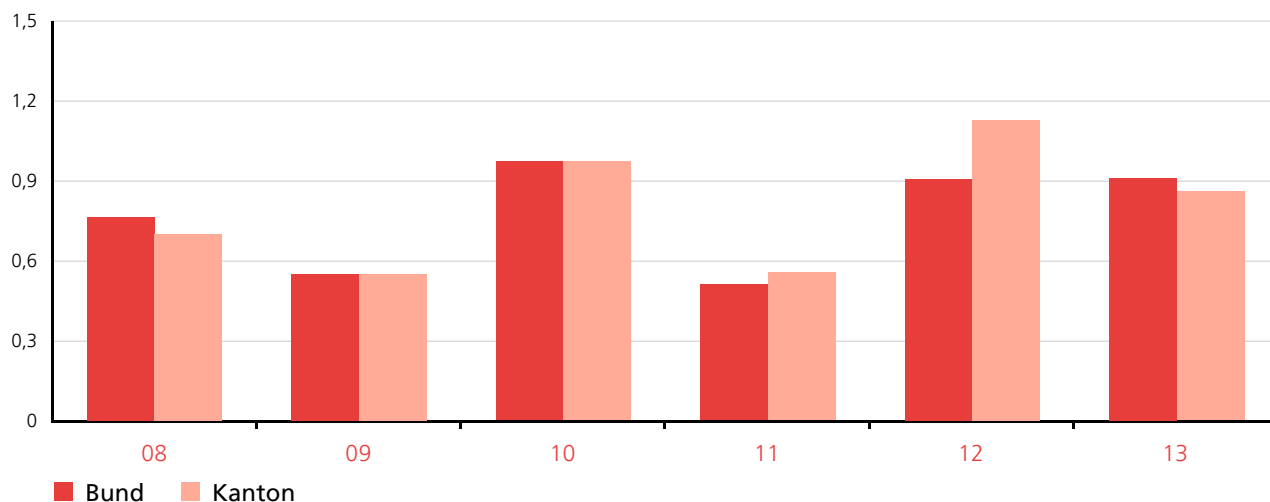


Viehzählung



Beitragszusicherung Strukturverbesserungen

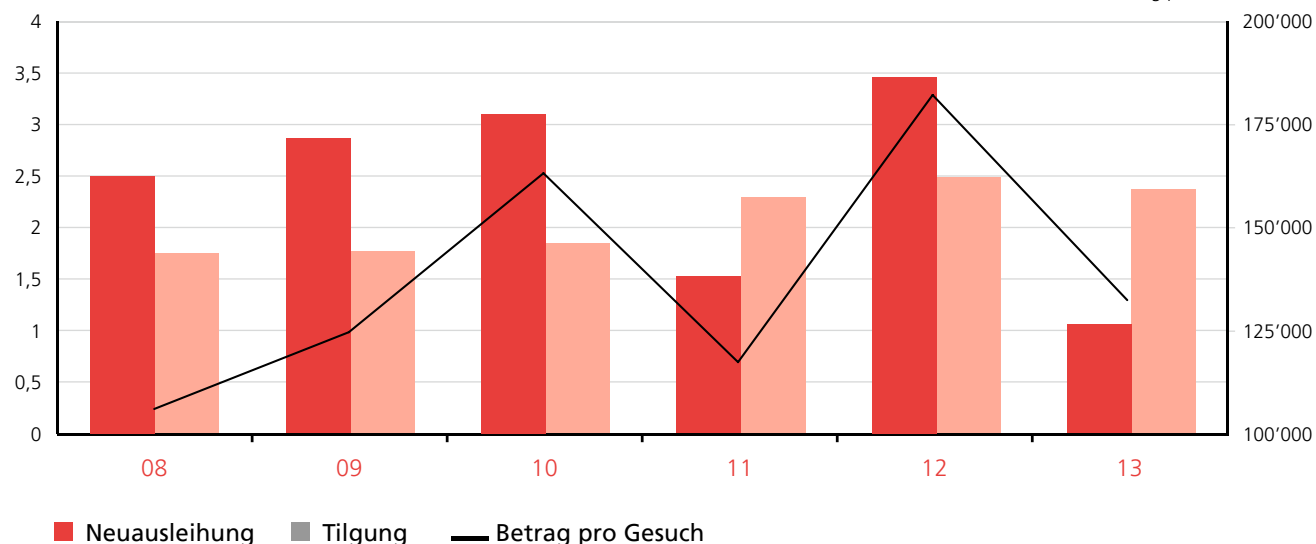
in Mio. CHF



Investitionskredite (ohne Betriebshilfe) – Neuausleihung und Tilgung

in Mio. CHF

Betrag pro Gesuch in CHF



Gewährte Investitionskredite

	Anzahl	Ø Kredit in Fr.	Kredite Total in Fr.	Anteil in %
Wohngebäude	1	160'000	160'000	15.1
Ökonomiegebäude	3	137'900	413'700	39.0
Baukredit	1	150'000	150'000	14.1
Tiefbaumassnahmen	2	113'925	227'850	21.5
Starthilfe	1	110'000	110'000	10.4
Diversifizierung	0	0	0	0.0
Total	8	132'694	1'061'550	100.0

Gewährte Betriebshilfekredite

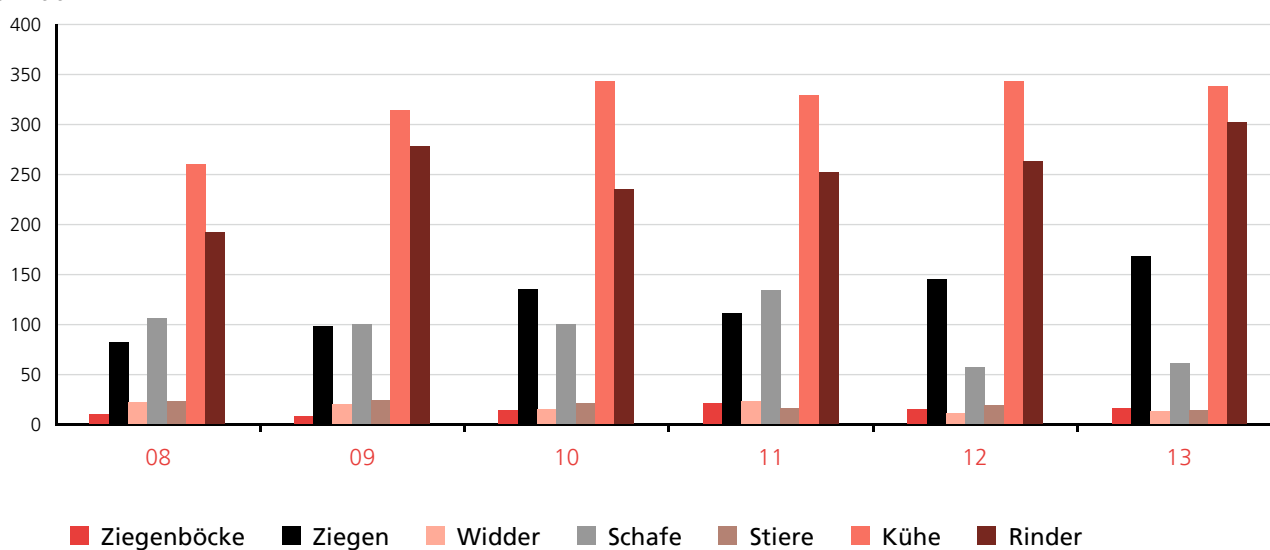
in CHF	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Neuausleihung	0	132'000	0	0	300'000	130'000
Tilgung	176'350	167'550	180'907	181'050	161'350	181'207
Betrag pro Gesuch	0	66'000	0	0	300'000	130'000

Beitragszusicherungen Wohnbausanierungen WS

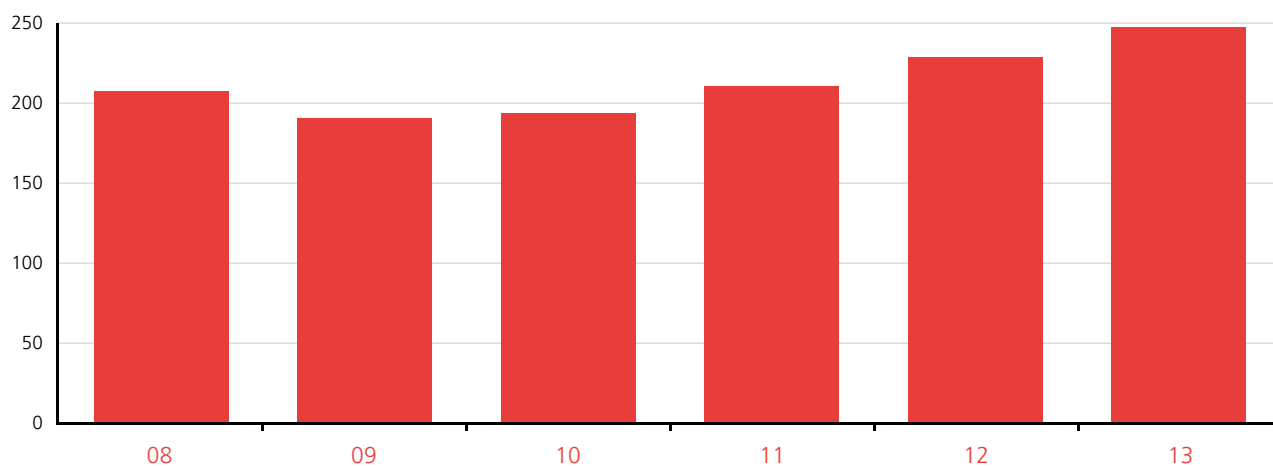
	erfolgte Zusicherungen in CHF			
	Kredit Bund	Bund	Kanton	Total
2008		0	320'000	320'000
2009		0	726'990	726'990
2010	0	0	333'950	333'950
2011	0	0	243'750	243'750
2012	0	0	310'000	310'000
2013	0	0	345'000	345'000

Auffuhrzahlen Klein- und Grossviehschauen

Anzahl Tiere



Umsatz Schlachtviehmarkt in Stück



Gruppenberatung/Weiterbildung

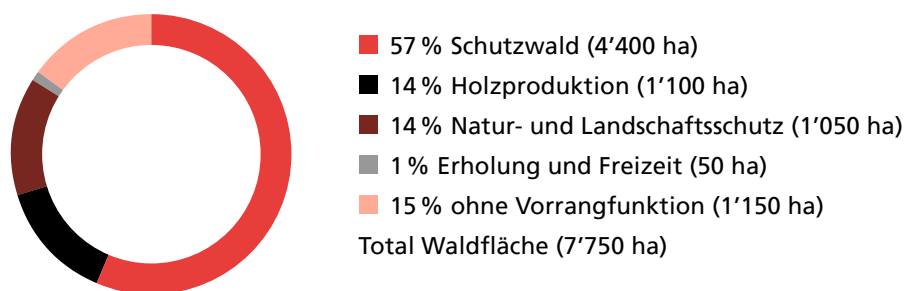
Anbieter	Anzahl Themen			Anzahl Halbtage			Anzahl Teilnehmer aus NW		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Amt für Landwirtschaft NW	10	10	9	23	20	23	197	243	253
Zusammenarbeit Beratungs- dienste Zentralschweiz	62	57	50	169	186	187	165	118	137
Bäuerliche Organisationen	14	21	18	35	30	51	369	495	651
Total	86	88	77	227	236	261	731	856	1041

Geleistete Landdiensttage

	Landdiensttage					
	2008	2009	2010	2011	2012	2013
im Kanton	7	13	15	21	28	21
in anderen Kantonen	241	504	215	128	250	169
von anderen Kantonen	328	354	620	395	538	827
Total	576	871	850	544	816	1017

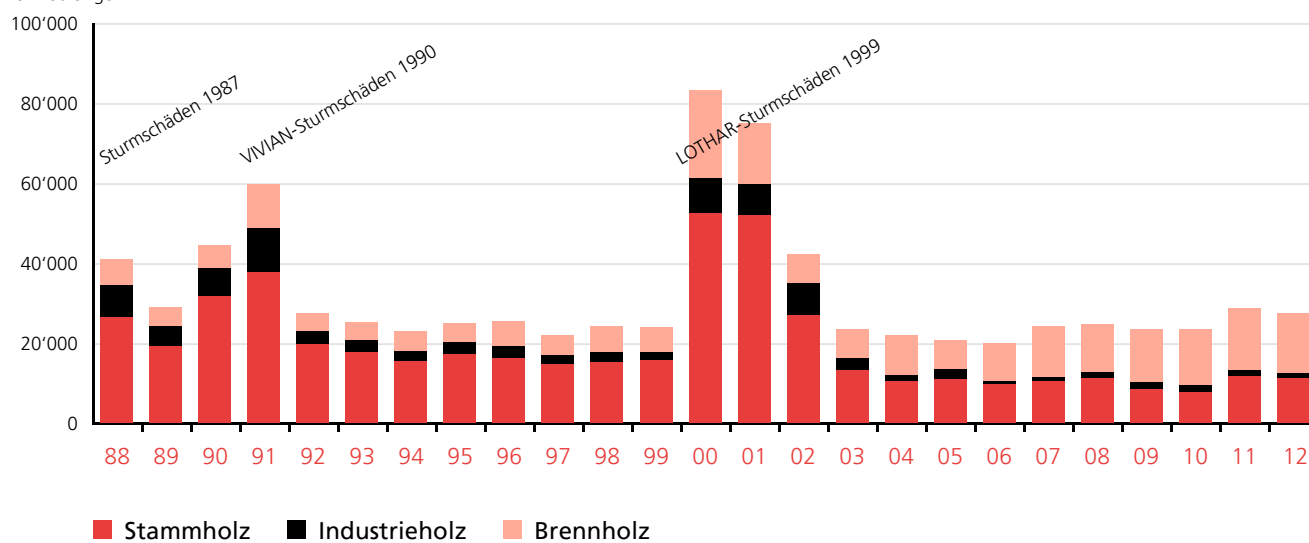
3.5.2 Amt für Wald und Energie

Waldfläche nach Waldfunktionen (in Hektaren)

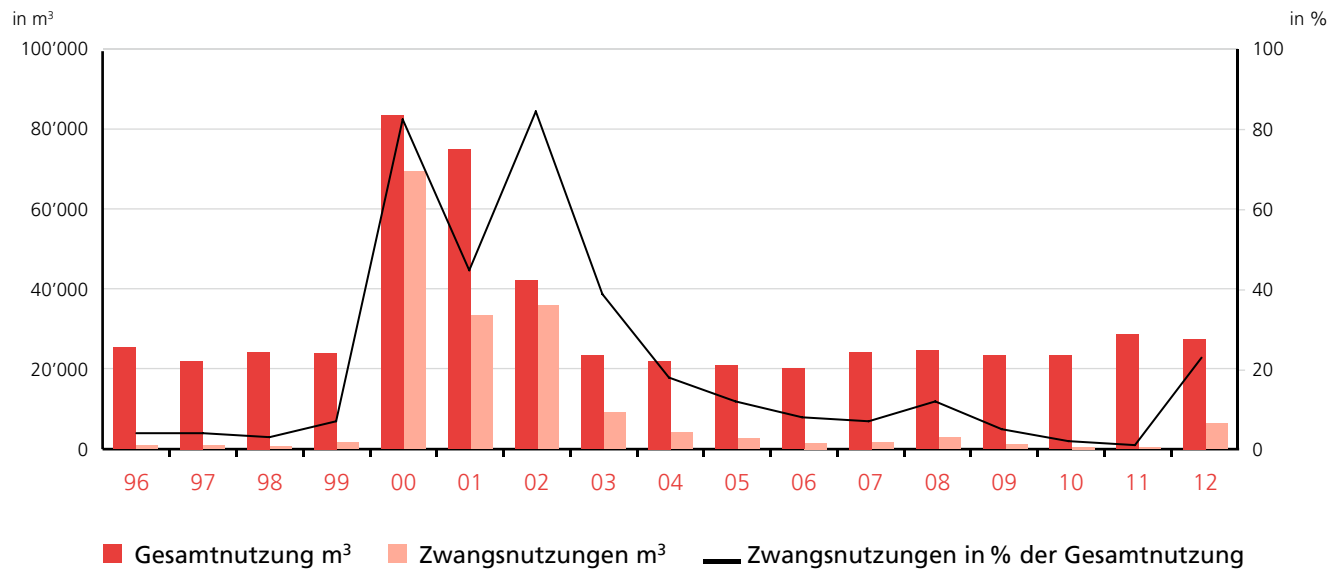


Entwicklung der Holznutzungen

Holznutzungen in m³

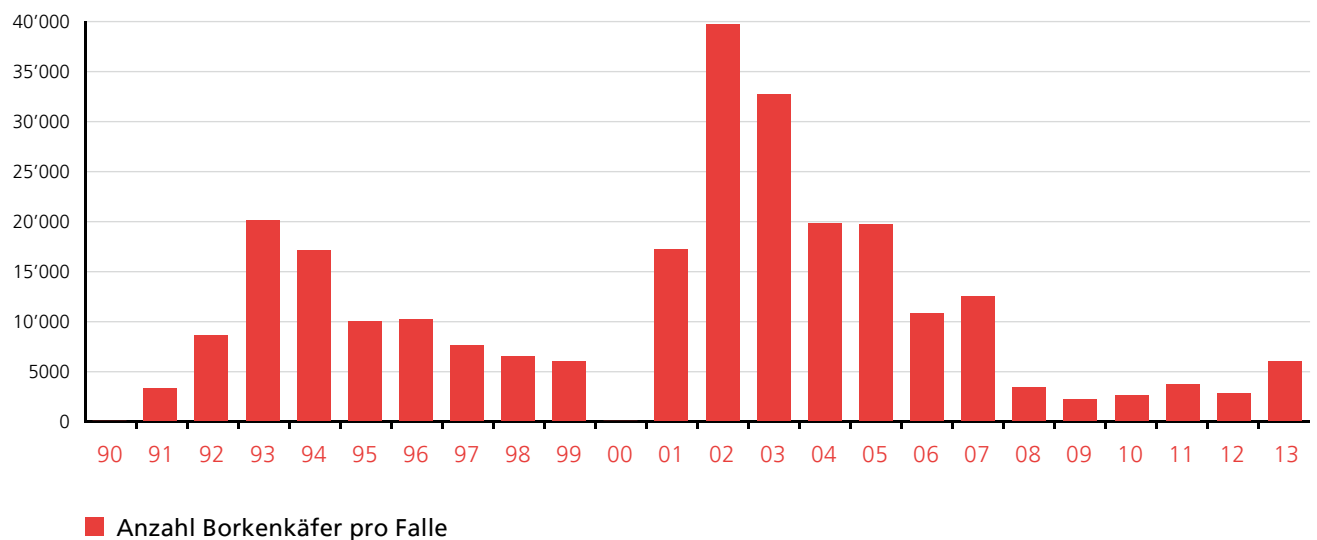


Zahlen 2013 liegen Mitte 2014 vor

Zwangsnutzungen in m³ (Windwurf, Schneebruch, Borkenkäferbefall)

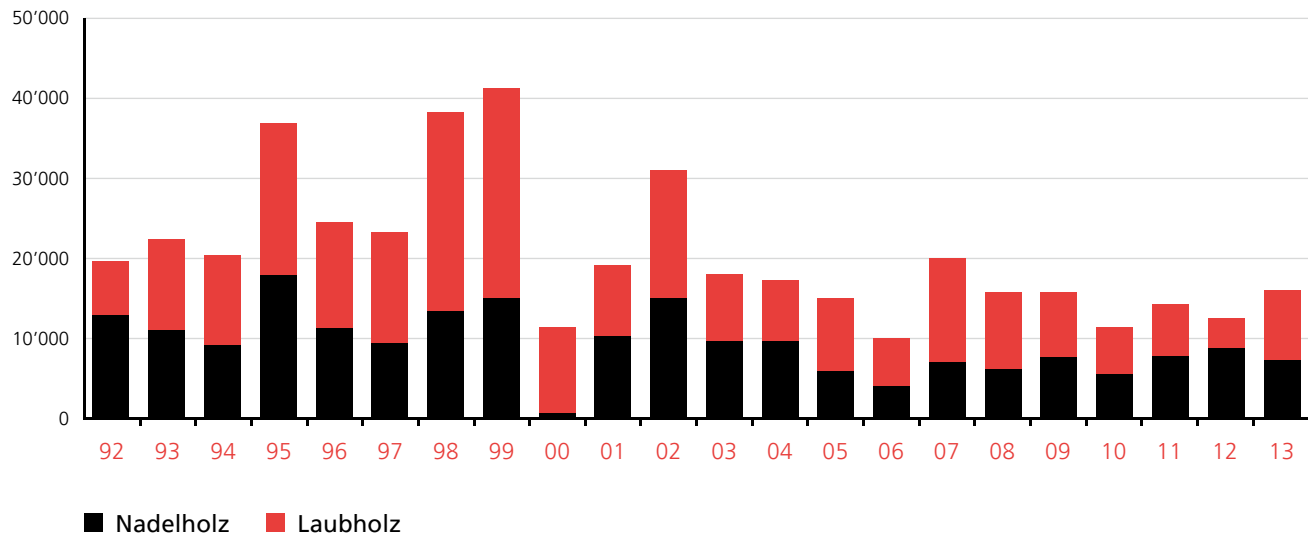
Zahlen 2013 liegen Mitte 2014 vor

Borkenkäfer Fangzahlen

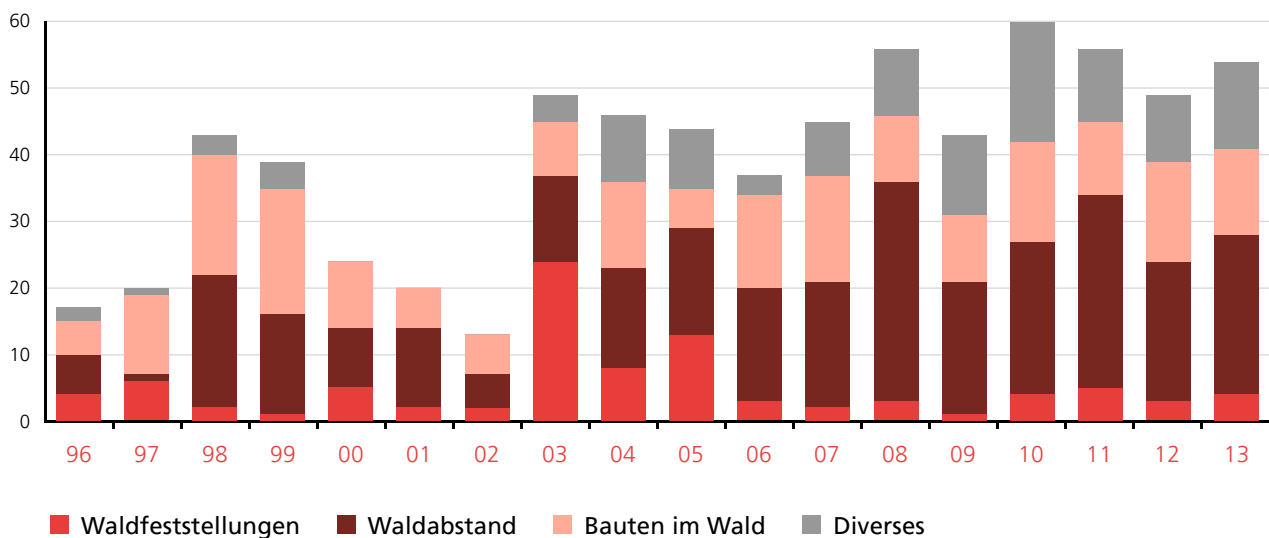


240

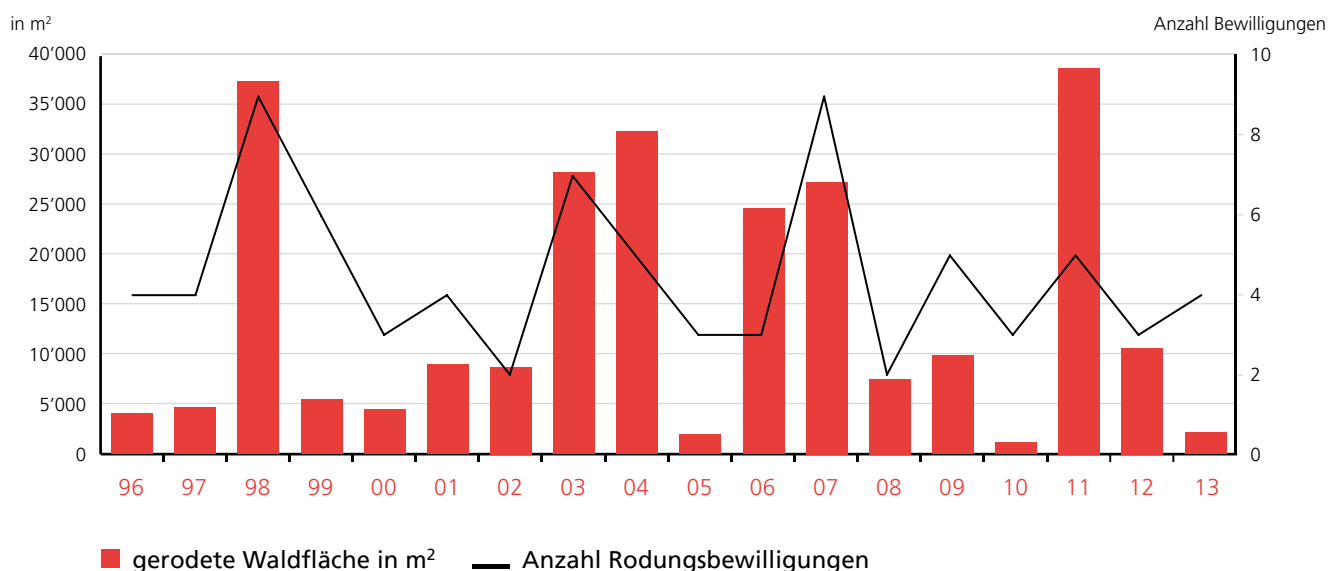
Pflanzungen im Wald



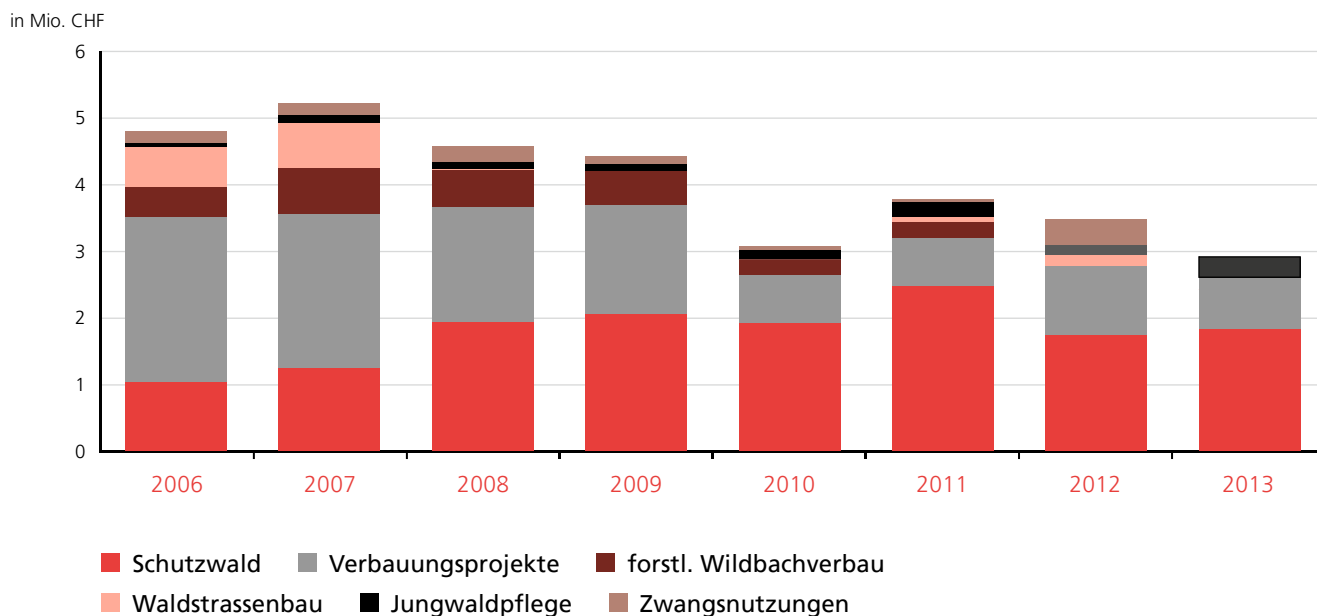
Waldkataster. Anzahl Stellungnahmen / Begutachtungen



Rodungsbewilligungen

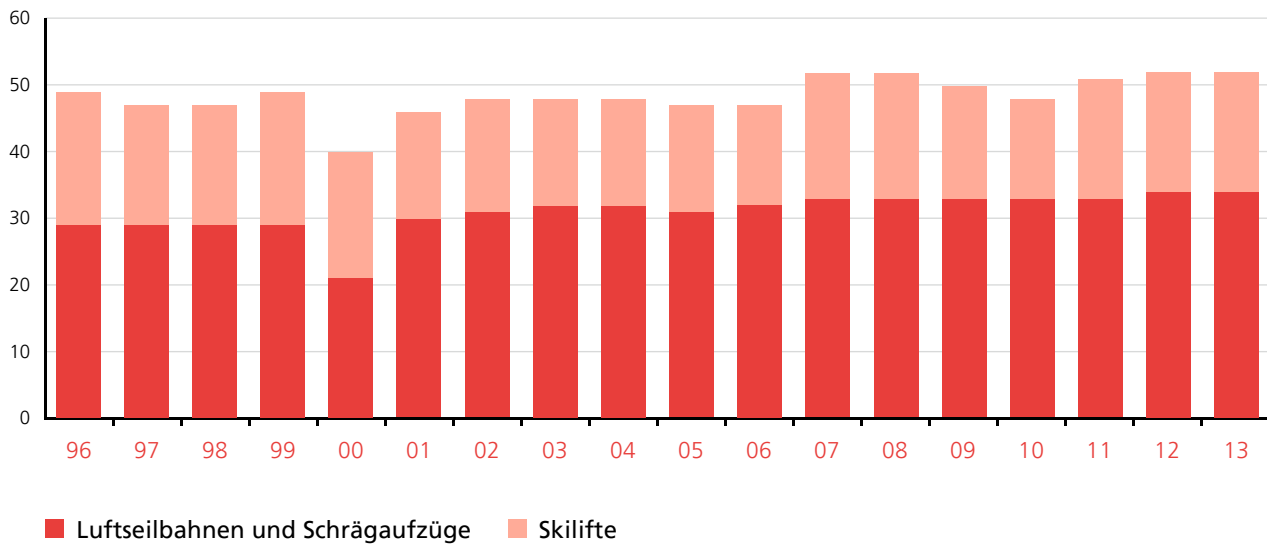


Forstliches Subventionswesen. Beiträge (Kanton und Bund) an forstliche Massnahmen



Kantonal konzessionierte Luftseilbahnen / Skilifte

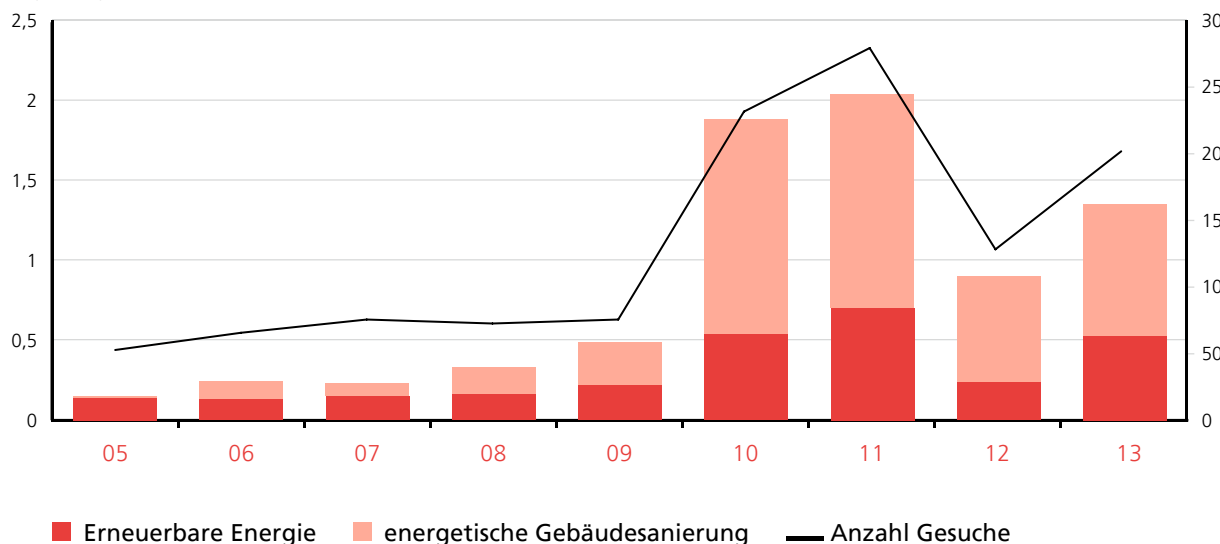
Anzahl Anlagen in Betrieb



Förderung Energieeffizienz und erneuerbare Energien

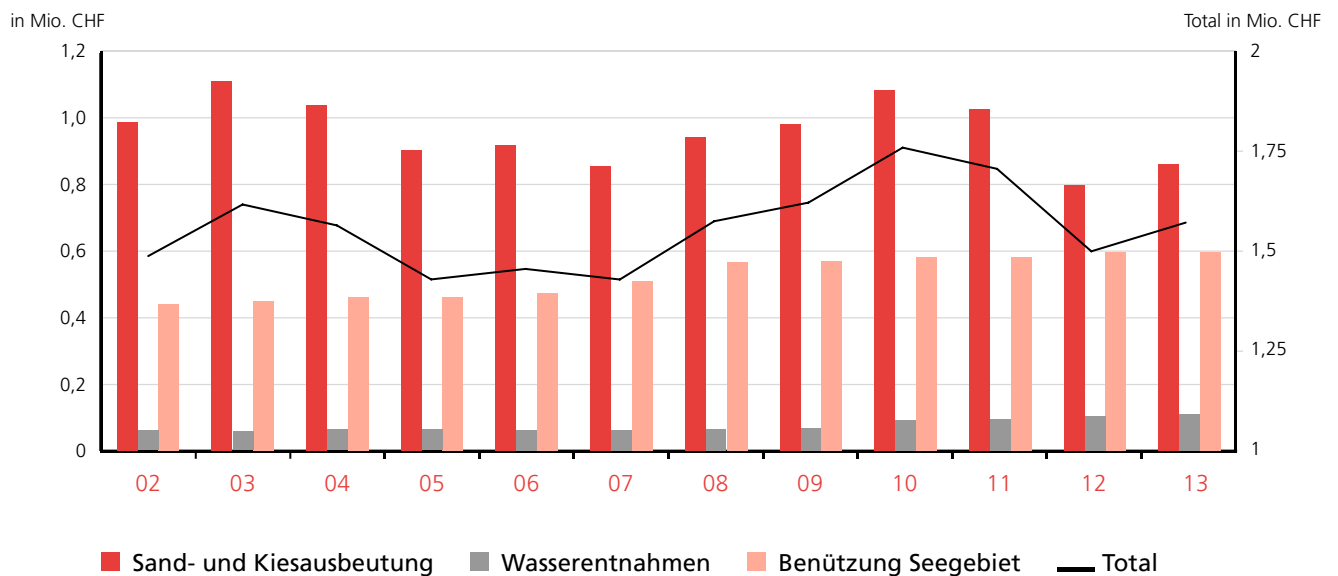
Förderungsbeiträge in Mio. CHF

Anzahl Gesuche

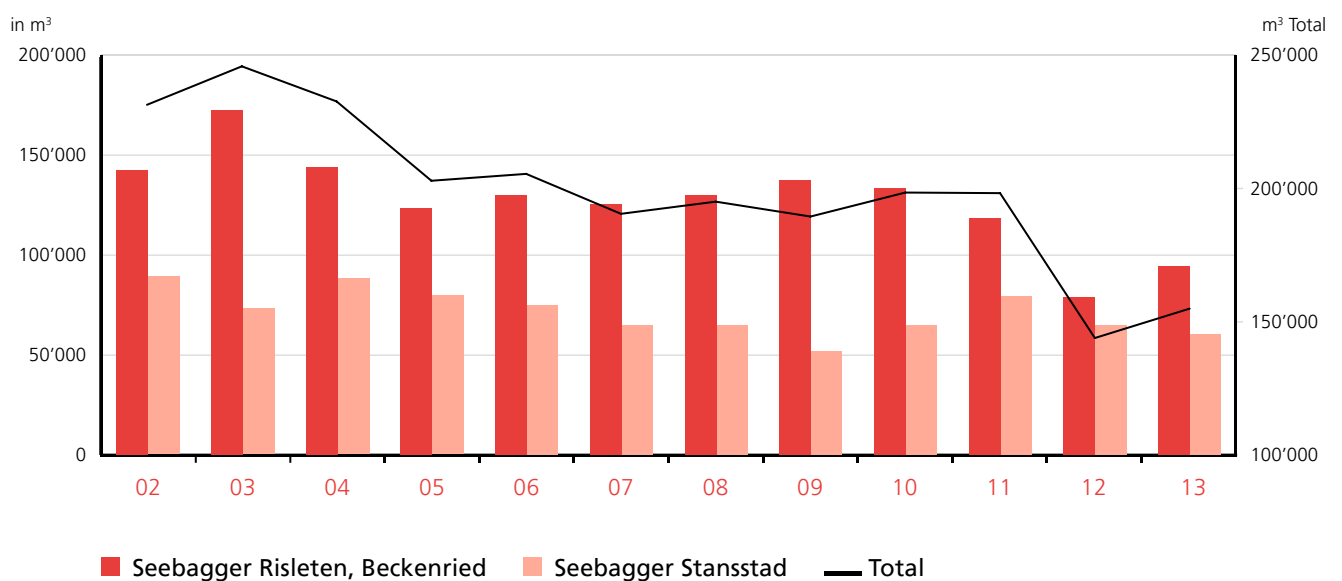


3.5.3 Amt für Umwelt

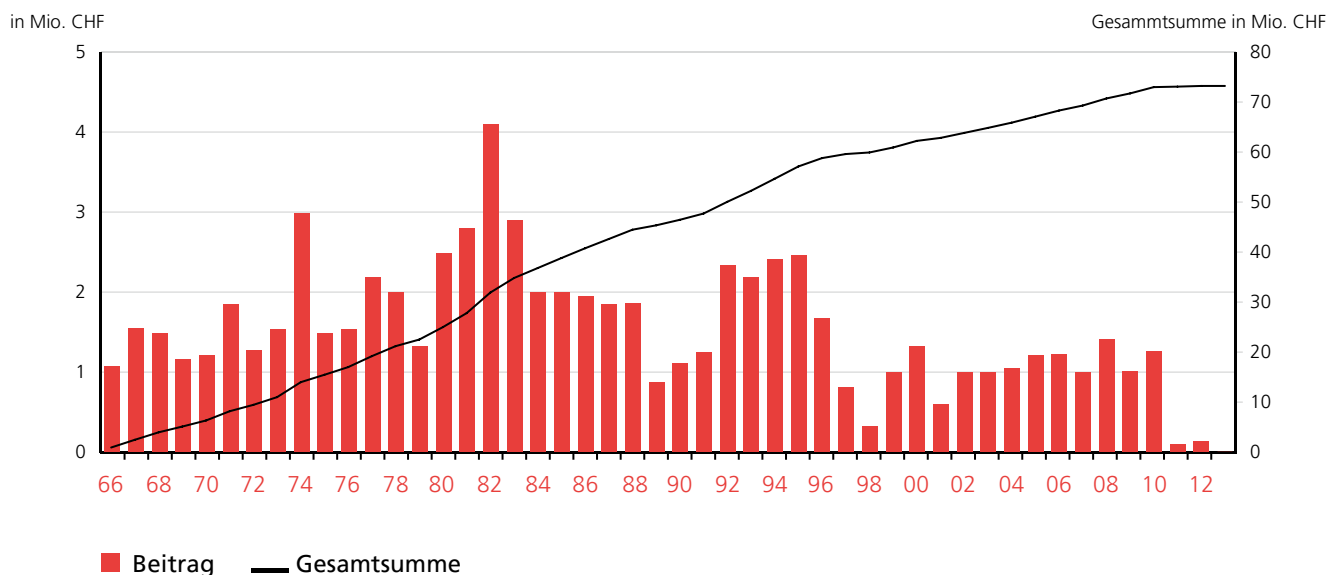
Einnahmen aus Wassernutzungsgebühren in den letzten zwölf Jahren



Konzessionierte Sand- und Kiesausbeutung aus öffentlichen Gewässern in den letzten zwölf Jahren

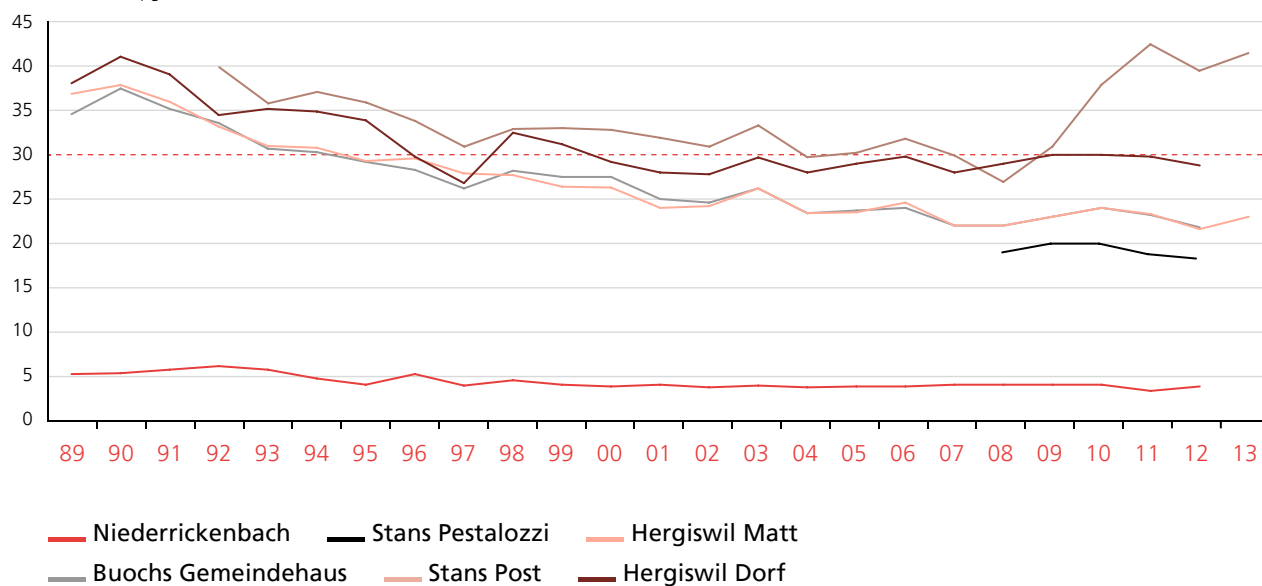
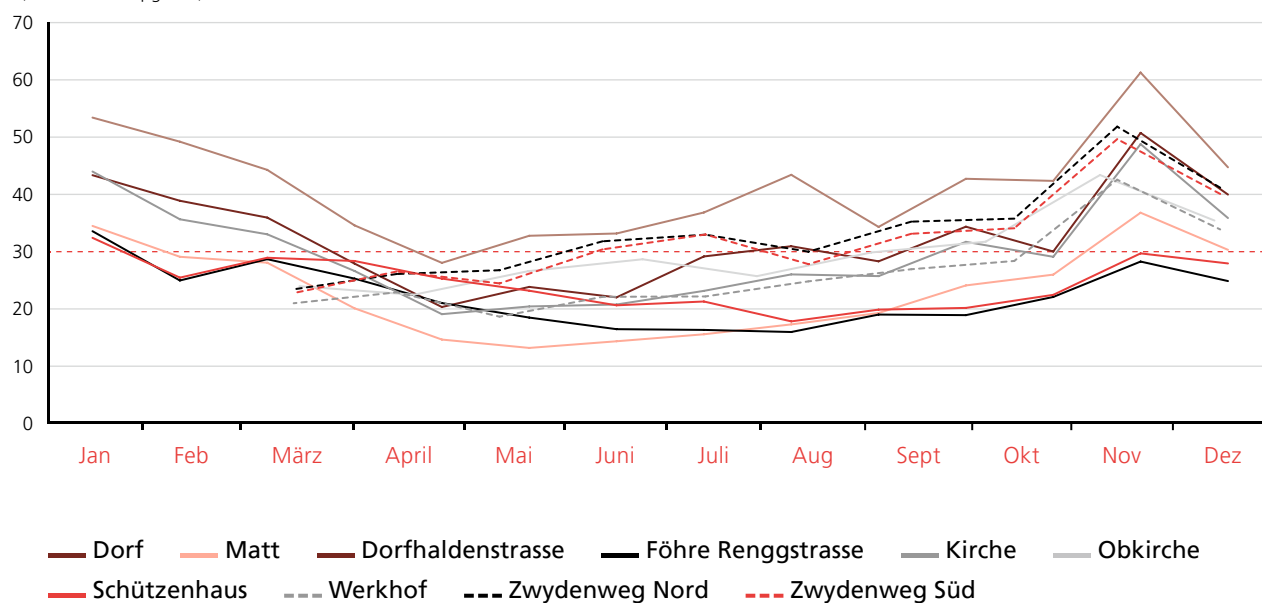


Kantonsbeiträge an öffentliche Abwasseranlagen seit 1966

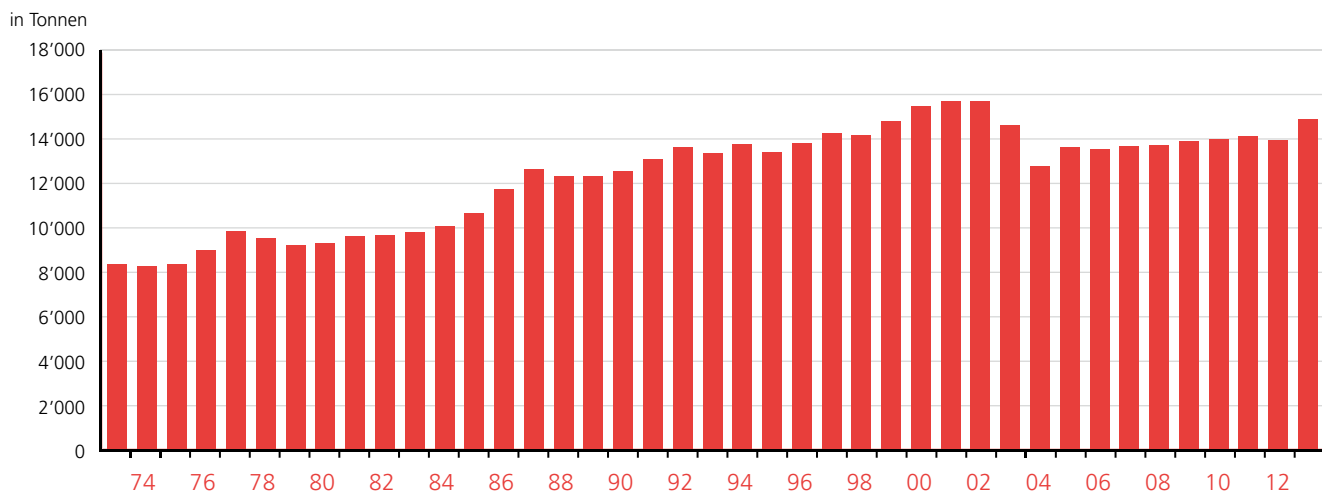


Entwicklung der Wärmepumpenanlagen in den letzten 12 Jahren

	Total bewilligte Erdsonden-Wärme- pumpen (EWP)	Total bewilligte Wasserwärmepumpen (WWP)	Wasserentnahmen für WWP (in m³)	Elektrische Antriebs- energie EWP und WWP (in MWh)	Total Substitution Heizöl (in m³)
2002	65	173	5'543'500	9'441	4'150
2003	74	174	5'100'444	8'844	3'880
2004	92	177	6'308'621	10'933	4'797
2005	112	176	6'285'205	11'067	4'847
2006	142	189	6'760'654	12'065	5'276
2007	164	202	7'236'103	13'064	5'706
2008	197	219	7'612'832	13'953	6'092
2009	240	253	8'414'456	15'532	6'890
2010	270	274	9'813'160	17'939	7'824
2011	291	288	9'877'455	18'296	7'969
2012	334	306	11'785'554	21'708	9'461
2013	373	321	12'583'685	24'922	10'443

Entwicklung der Stickstoffdioxid (NO₂)-Belastung anhand der Jahresmittelwerte $\mu\text{g} / \text{m}^3$ (Grenzwert $30 \mu\text{g} / \text{m}^3$)Hergiswil: Entwicklung der Stickstoffdioxid (NO₂)-Belastung im Jahr 2013 $\mu\text{g} / \text{m}^3$ (Grenzwert $30 \mu\text{g} / \text{m}^3$)

Entwicklung der jährlichen Abfallmengen aus der öffentlichen Kehrtafufuhr



3.6 Gesundheits- und Sozialdirektion

3.6.1 Direktionssekretariat: Controlling

Ausserkantonale Hospitalisationen 2013	Umsatz		Pflegetage		Rechnungen	
	abs.	Abw. VJ	abs.	Abw. VJ	abs.	Abw. VJ
Leistungserbringer						
Luzerner Kantonsspital	6'121'371.05	27.3 %	7'890	33.1 %	926	31.3 %
Klinik St. Anna, Luzern	2'121'431.10	23.0 %	2'779	8.4 %	409	16.9 %
Unispital Zürich	547'627.15	170.6 %	337	106.7 %	38	72.7 %
Privatklinik Meiringen	526'777.50	81.9 %	1'912	18.6 %	94	59.3 %
Swissana Clinic AG	453'447.76	20.9 %	468	18.2 %	118	45.7 %
Inselspital Bern	322'933.80	– 8.0 %	181	– 34.2 %	24	4.3 %
Universitätsspital Basel	284'474.05	– 12.4 %	400	94.2 %	24	41.2 %
Rehaklinik Hasliberg	262'237.60	3.6 %	1'375	– 3.6 %	81	– 4.7 %
Kantonsspital Aarau	219'522.40	36.8 %	169	22.5 %	14	– 6.7 %
Luzerner Höhenklinik Montana	213'418.60	14.6 %	747	10.8 %	35	25.0 %
Diverse (Umsatzanteil < 1.5 %)	2'871'018.29	15.8 %	6'982	– 7.6 %	499	5.5 %
Total	13'944'259.30	25.0 %	23'240	11.0 %	2'262	21.7 %

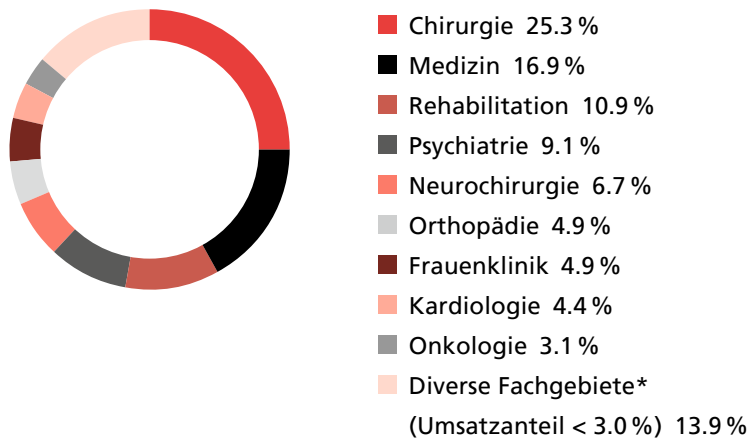
	Umsatz		Pflegetage		Rechnungen	
	abs.	Abw. VJ ¹⁾	abs.	Abw. VJ ¹⁾	abs.	Abw. VJ ¹⁾
Fachgebiete:						
Chirurgie ¹⁾	3'524'817.92	50.7 %	3'925	54.8 %	494	52.0 %
Medizin	2'360'216.24	109.4 %	2'713	87.1 %	348	90.2 %
Rehabilitation ²⁾	1'515'567.32	63.3 %	5'306	39.8 %	241	31.7 %
Psychiatrie ³⁾	1'273'434.94	14.7 %	5'132	– 8.9 %	229	21.2 %
Neurochirurgie	929'712.70	0.3 %	946	2.9 %	115	0.9 %
Orthopädie	686'765.15	– 16.7 %	654	– 58.9 %	120	– 17.2 %
Frauenklinik	678'069.60	17.6 %	1'161	14.8 %	185	9.5 %
Kardiologie	618'832.30	– 39.6 %	322	– 61.8 %	51	– 51.4 %
Onkologie	425'482.00	37.0 %	457	9.1 %	64	73.0 %
Div. (Umsatzanteil < 3.0 %)	1'931'361.13	– 2.7 %	2'624	– 4.2 %	415	1.7 %
Total	13'944'259.30	25.0 %	23'240	11.0 %	2'262	21.7 %

1) inkl. plastische, viszerale, Gefäss- und Handchirurgie, Unfallchirurgie

2) inkl. Schlaflabor

3) inkl. Suchttherapie und Essstörungen

Ausserkantonale Hospitalisationen nach Fachgebieten



* Diverse Fachgebiete: z.B. Nephrologie, HNO und Augenklinik.
Der Umsatzanteil dieser Fachgebiete ist im Jahr 2013 kleiner 3.0 %.

Prämienverbilligung 2013

Verteilung der angemeldeten Versicherten auf die Gemeinden

Gemeinden	Anzahl Versicherte
Beckenried	1587
Buochs	2808
Dallenwil	1095
Emmetten	552
Ennetbürgen	1861
Ennetmoos	1078
Hergiswil	1845
Oberdorf	1758
Stans	3903
Stansstad	1828
Wolfenschiessen	1343
autom. Anmeldung EL-Bezüger	876
Total	20'534

Art der Erledigung und Anzahl Fälle

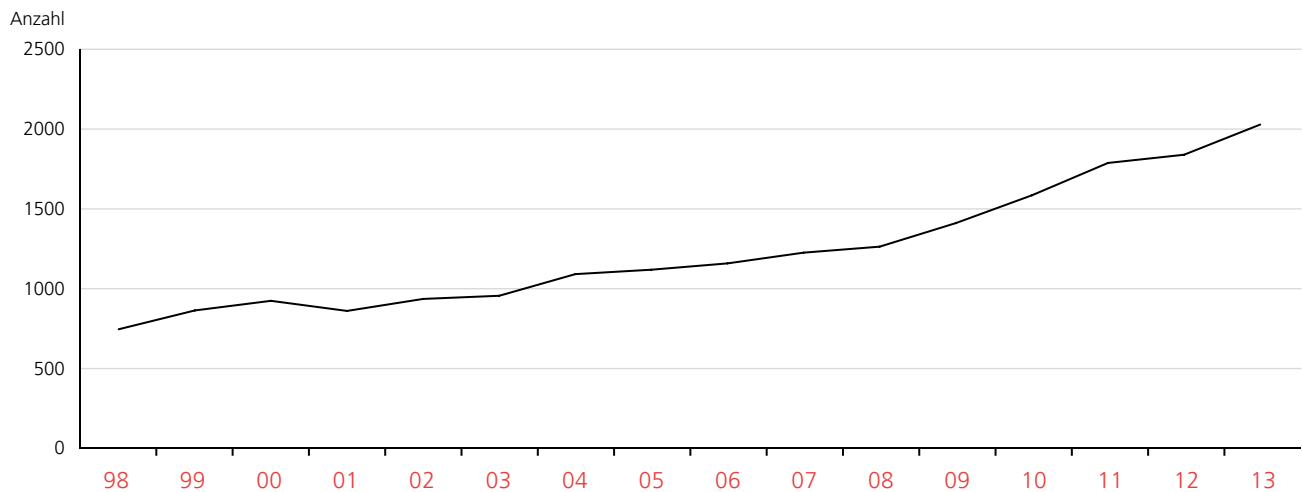
Art der Erledigung	Anzahl Fälle	In %
Negativ, da Frist verpasst	7	0.06
Negativ, da kein Wohnsitz in Nidwalden	28	0.24
Positive EL-Fälle	876	7.68
Sistierungen	274	2.4
Negativ, da zu kleiner Auszahlungsbetrag	97	0.85
Negativ, da zu hohe Steuerwerte	563	4.94
andere Gründe	–	–
Positive Fälle (ohne EL)	9'571	83.83
Total	11'416	100.00

Ausbezahlter Jahresbetrag und Anzahl Haushalte

Ausbezahlter Jahresbetrag	Anzahl Haushalte nach Grösse: Personen pro Haushalt						Total Haushalte
	1	2	3	4	5	6	
1 – 600	867	197	257	496	6	–	1'849
601 – 1'200	1'209	42	399	89	582	124	2'469
1 201 – 2'400	1886	61	507	151	259	131	3'192
2 401 – 3'600	1181	35	279	71	153	87	1'506
3 601 – 4'800	7	32	93	30	54	40	237
4 801 – 6'000	–	0	23	2	10	11	35
6 001 – 12'000	–	0	16	10	20	15	55
> 12'000	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	5'150	367	1'574	850	1'084	408	9'433

3.6.2 Sozialamt

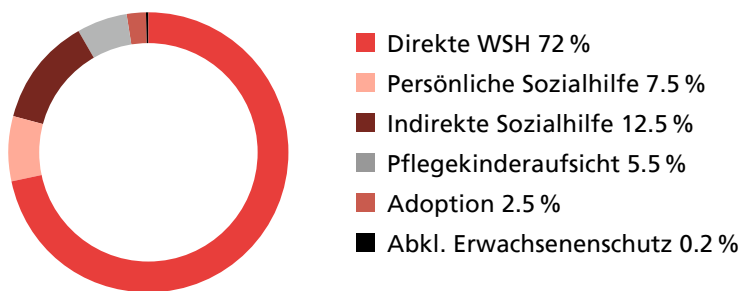
Fallzahlen Sozialamt



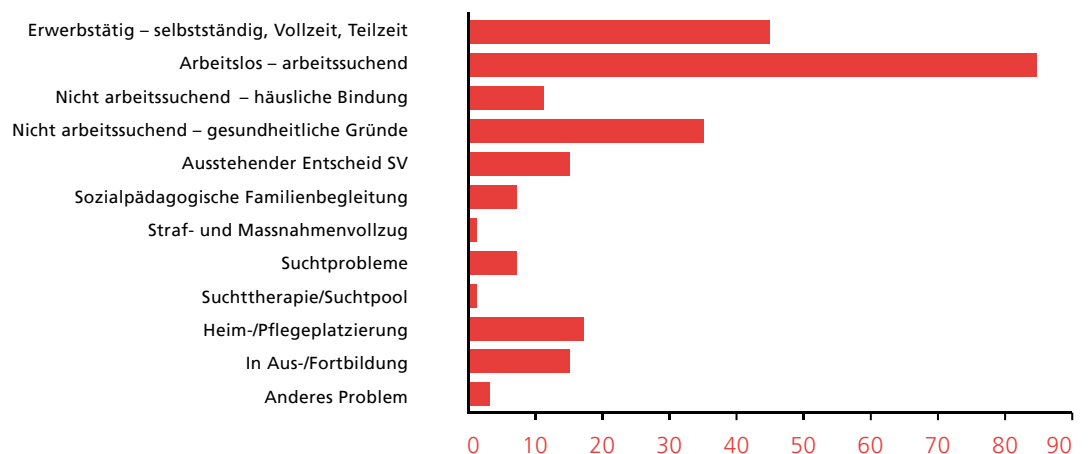
Sozialdienst

Fallzahlen Sozialdienst

	2009	2010	2011	2012	2013
Dossiers am 1. Januar	241	291	310	309	343
Neuaufnahmen (Zugänge)	264	293	284	255	259
Kumulierte Fallzahl	505	584	594	564	602
Fallabschlüsse (Abgänge)	214	274	285	221	277
Dossiers am 31. Dezember	291	310	309	343	325



Direkte Wirtschaftliche Sozialhilfe nach Unterstützungsgrund



Nettoaufwand Wirtschaftliche Sozialhilfe 1998–2013

in Mio. CHF

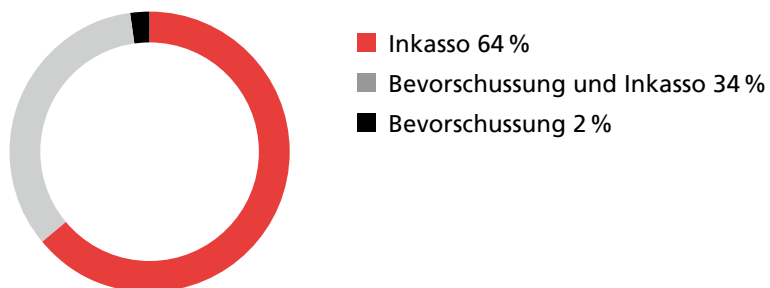


Alimenteninkasso

Fallzahlen Alimenteninkasso

	2009	2010	2011	2012	2013
Dossiers per 01.01.	156	173	171	174	184
Neuaufnahmen (Zugänge)	45	31	29	36	39
Kumulierte Fallzahl	201	204	200	210	223
Fallabschlüsse (Abgänge)	28	33	26	26	28
Dossiers per 31.12.	173	171	174	184	195

Fallzahlen (kumuliert) nach Dienstleistungen



Berufsbeistandschaft

Fallzahlen Berufsbeistandschaft

	2009	2010	2011	2012	2013
Mandate per 1. Januar	247	278	311	345	309
Eingänge	111	129	141	98	126
Total betreute Mandate	358	407	452	443	435
Entlassungen aus Massnahme	65	80	81	114	81
Weiterführung ausserhalb Kanton NW	11	10	11	6	1
Todesfälle	4	6	15	14	9
Mandate per 31. Dezember	278	311	345	309	344

Bewährungshilfe

Fallzahlen Bewährungshilfe

	2009	2010	2011	2012	2013
Dossiers per 01.01.	25	23	31	20	17
Neuaufnahmen (Zugänge)	23	27	19	15	5
Kumulierte Fallzahl	48	50	50	35	22
Fallabschlüsse (Abgänge)	25	19	30	18	9
Dossiers per 31.12.	23	31	20	17	13

Fallzahlen (kumuliert) nach Dienstleistungen

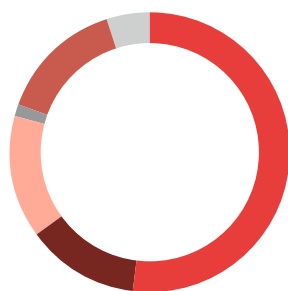


Jugend- und Familienberatung

Fallzahlen Jugend- und Familienberatung

	2009	2010	2011	2012	2013
Dossiers per 01.01.	78	94	70	90	67
Neuaufnahmen (Zugänge)	137	108	116	104	87
Kumulierte Fallzahl	215	202	186	194	154
Fallabschlüsse (Abgänge)	121	132	96	127	91
Dossiers per 31.12.	94	70	90	67	67

Jugend- und Familienberatung nach Unterstützungsgrund



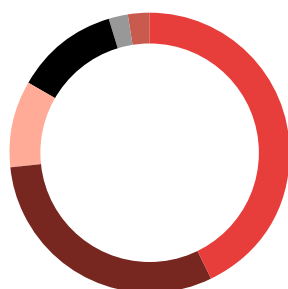
- Beziehungsprobleme Familie/Partnerschaft 52 %
- Erziehungsfragen 13 %
- Erziehungsfragen Vorschulalter 1 %
- Beziehungsprobleme Schule/Arbeit/Dritte 14.5 %
- Budgetprobleme/Budgetberatung 1.5 %
- Besuchsrecht 14.5 %
- Gesundheitliche Gründe 5 %

Suchtberatung

Fallzahlen Suchtberatung

	2009	2010	2011	2012	2013
Dossiers per 01.01.	84	68	81	80	85
Neuaufnahmen (Zugänge)	41	46	28	36	29
Kumulierte Fallzahl	125	114	109	116	114
Fallabschlüsse (Abgänge)	57	33	29	31	32
Dossiers per 31.12.	68	81	80	85	82

Suchtberatung nach Substanz



- Heroin/Kokain 43 %
- Alkohol 30.5 %
- Polytoxikomanie 10 %
- Cannabis 12 %
- Spiel 2 %
- Andere Suchtmittel 2.5 %

3.7 Volkswirtschaftsdirektion

3.7.1 Arbeitsamt

Entwicklung der Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen

Monate	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Januar	477	438	457	311	261	326	457	282	214	242
Februar	422	412	412	290	270	353	471	257	242	256
März	418	148	380	280	214	361	461	228	205	244
April	380	39	360	254	218	306	393	236	194	219
Mai	387	387	340	235	263	318	351	174	187	230
Juni	368	383	301	220	239	375	337	177	170	219
Juli	371	401	307	205	206	387	326	183	173	225
August	387	385	313	198	208	397	304	177	174	237
September	379	378	307	212	226	417	277	176	184	231
Oktober	410	409	319	221	246	439	286	190	235	216
November	432	453	324	255	302	472	287	203	251	234
Dezember	460	464	323	272	340	446	305	216	285	271

3.7.2 Betreibungs- und Konkursamt

Entwicklung der Betreuungsvorgänge

Jahr	Zahlungsbefehle	Pfändungsvollzüge	Verwertungen
2004	6'547	3'364	1'901
2005	6'568	3'615	2'065
2006	6'191	3'486	2'061
2007	5'904	3'062	1)
2008	6'012	3'357	1)
2009	6'476	3'591	1)
2010	6'446	3'198	1'965
2011	6'589	3'660	1'834
2012	6'713	3'474	1'865
2013	6'322	3'706	2'051

1) = keine Angaben

Entwicklung der Konkursverfahren

Jahr	Konkurseröffnungen	Konkurserledigungen	Verluste in CHF *
2004	39	72	20'383'757.47
2005	36	44	28'989'086.70
2006	43	45	¹⁾
2007	33	36	7'669'692.00
2008	38	37	9'750'358.00
2009	49	43	6'669'139.00
2010	49	48	36'547'889.93
2011	49	57	29'553'999.30
2012	56	43	5'095'815.20
2013	143	108	23'280'488.00

* aus ordentlichen und summarischen Verfahren.

1) = keine Angaben

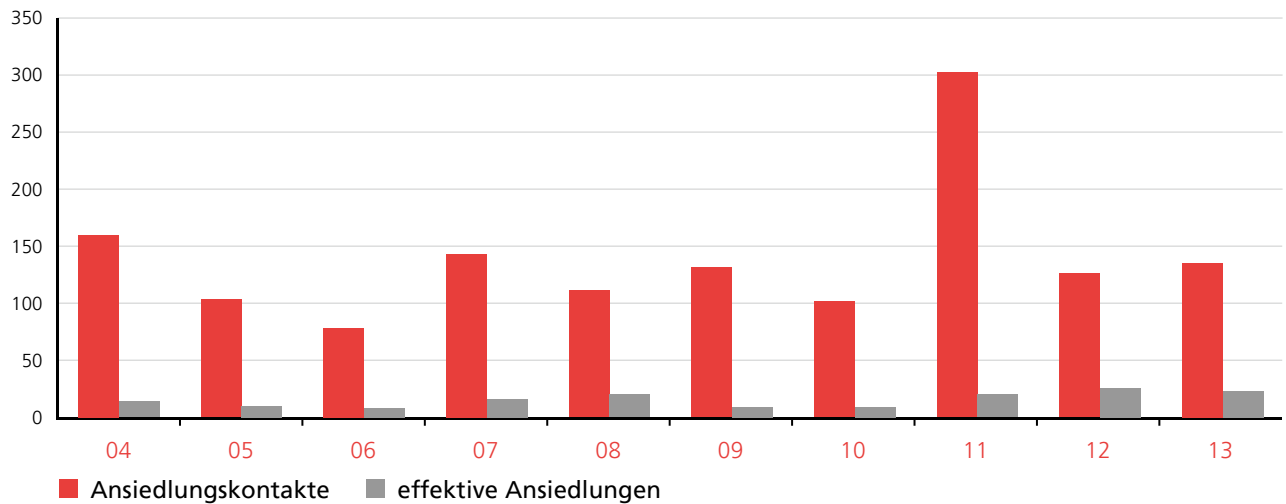
3.7.3 Handelsregisteramt

Entwicklung der Eintragungen im Handelsregister

Jahr	Einzel-firma	Kollektiv-Gesellschaft	Kommandit-Gesellschaft	AG	Vereine	GmbH	Genos-senschaft	Stiftung	Zweignieder-lassung	Andere	Total
2004	752	79	37	2053	–	710	55	109	94	–	3889
2005	786	79	38	2072	–	776	54	107	99	–	4011
2006	787	80	39	2105	–	843	59	104	103	–	4120
2007	799	67	33	2134	–	919	57	106	107	–	4222
2008	804	65	38	2140	–	982	57	102	110	–	4298
2009	812	62	38	2164	–	1022	58	106	109	–	4371
2010	817	60	35	2199	–	1080	57	105	106	–	4459
2011	846	55	33	2271	–	1151	59	106	101	–	4622
2012	809	57	32	2334	8	1208	58	108	115	4	4733
2013	776	60	29	2358	7	1200	53	108	119	4	4714

3.7.4 Wirtschaftsförderung

Entwicklung der Kontakte und effektive Ansiedlungen (Ansiedlungsförderung)



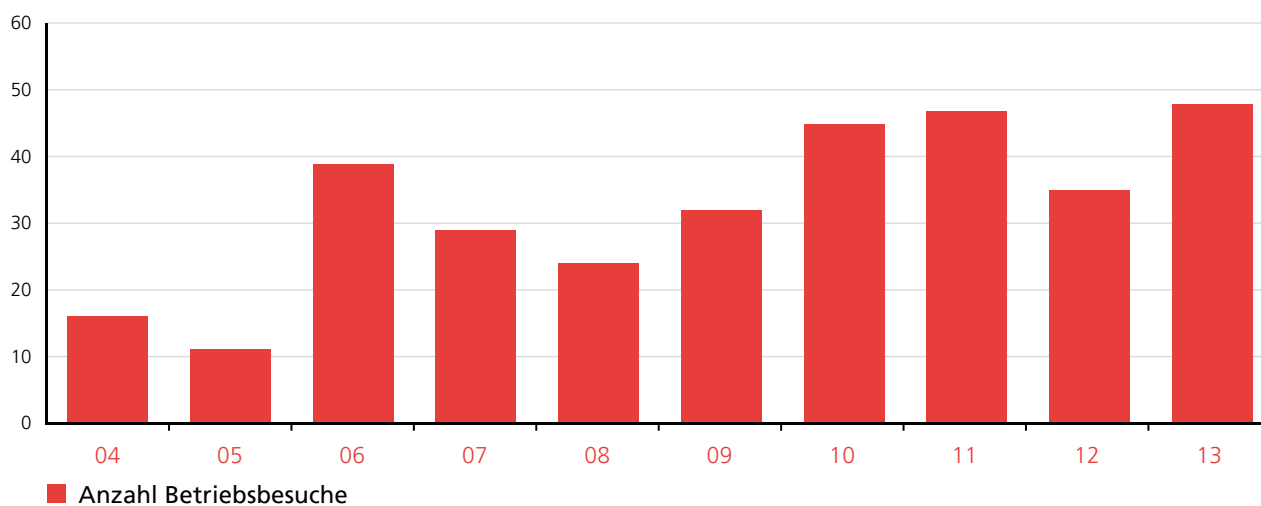
Ansiedlungen und geschaffene Arbeitsplätze in Nidwalden

Jahre	Ansiedlungen	davon nicht mehr aktiv	Aktuelle Anzahl Arbeitsplätze ¹⁾
2004	14	3	37
2005	10	2	27
2006	8	²⁾	10
2007	16	²⁾	24
2008	20	²⁾	²⁾
2009	9	²⁾	12
2010	9	²⁾	9
2011	20	²⁾	²⁾
2012	26	²⁾	²⁾
2013	34	²⁾	²⁾
Total	166	5	119

1) obige Zahlen basieren auf einer jährlich durchgeführten Umfrage bei den angesiedelten Unternehmen.

2) Angaben liegen nicht vor.

Entwicklung der Betriebsbesuche bei Unternehmen (Bestandespflege)



Übersicht der Beiträge Neue Regionalpolitik (NRP) in CHF

Kantonale Beiträge

Jahr	Projekte	à-fonds-perdu Beiträge	Darlehen	Bund und Kanton
2012	Bogenpark Nidwalden	32'500.00	–	65'000.00
2012	Luftseilbahn Niederbauen AG	–	225'000.00	450'000.00
2012	Space Biology Group	150'000.00	–	300'000.00
2015	Betriebsbeitrag REV Nidwalden & Engelberg	150'000.00	–	300'000.00
2013	Maria Rickenbach – «Altes Wissen neu beleben»	15'000.00	–	30'000.00
2013	Konzessionserneuerung Pendelbahn Beckenried-Klewenalp	–	500'000.00	1'000'000.00
2013	Speichersee Klewenalp	–	100'000.00	200'000.00
2013	Wassersportzentrum Nidwalden	–	100'000.00	200'000.00
Total		347'500.00	925'000.00	2'545'000.00

Interkantonale Beiträge

Jahr	Projekte	à-fonds-perdu Beiträge	Darlehen	Bund und Kanton
2012	200 Jahre Gastfreundschaft	40'000.00	–	1'000'000.00
2012	Sakrallandschaft Innerschweiz	20'000.00	–	250'000.00
2013	Interkantonale Kooperation	1'500.00	–	15'000.00
Total		61'500.00	0.00	1'265'000.00

Ausstehende NRP-Darlehen ¹⁾

	Projekte	à-fonds-perdu Beiträge	Darlehen Kantone ²⁾	Bund und Kantone
	Stanserhorn CabriO-Bahn	–	3'000'000.00	6'000'000.00
	Luftseilbahn Fell-Chrüzhütte AG	–	105'000.00	210'000.00
	Light Wing AG	–	400'000.00	800'000.00
	Nidwalden AirPark AG	–	150'000.00	300'000.00
	Klewenalp Zutritt-System	–	225'000.00	450'000.00
	Erneuerung Luftseilbahn Niederbauen AG	–	225'000.00	450'000.00
	Konzessionserneuerung Pendelbahn Beckenried-Klewenalp	–	150'000.00	300'000.00
		0.00	4'217'500.00	8'435'000.00

1) keine ausstehenden Amortisationen

2) Bei einem allfälligen Verlust haftet der Kanton zusätzlich für 50 % des Bundesdarlehens, insgesamt somit für 75 % des gesamten Darlehensbetrages.

Entwicklung der Tourismusbeiträge des Kantons

Jahr	Tourismus NW ³⁾	Tourismus LT AG ¹⁾	Tourismus CH ²⁾	Total
2004	180'000.00	29'000.00	2'898.00	211'898.00
2005	180'000.00	29'000.00	2'898.00	211'898.00
2006	180'000.00	29'000.00	2'898.00	211'898.00
2007	180'000.00	31'690.00	2'898.00	214'588.00
2008	180'000.00	31'780.00	2'898.00	214'678.00
2009	180'000.00	31'690.00	3'048.00	214'738.00
2010	240'000.00	31'690.00	3'048.00	274'738.00
2011	180'000.00	35'700.00	3'048.00	218'748.00
2012	187'700.00	33'000.00	1'298.00	221'998.00
2013	120'000.00	29'000.00	3'078.00	152'078.00

1) Zentralschweiz-Tourismus (ab 1998: Leistungsvereinbarung mit LT AG)

2) Schweiz Tourismus und Schweizerischer Tourismus-Verband

3) Ab 2013 Nidwalden Tourismus

3.8 Staatskanzlei

3.8.1 Kanzleisekretariat Staatskanzlei

Abstimmungen (eidgenössisch und kantonal)

Eidgenössische Volksabstimmung vom 3. März 2013	Nidwalden		Schweiz	
	Ja	Nein	Ja	Nein
– Bundesbeschluss über die Familienpolitik	41 %	59 %	54 %	49 %
– Volksinitiative gegen Abzockerei	58 %	42 %	68 %	56 %
– Änderung Raumplanungsgesetz	59 %	41 %	63 %	37 %
Stimmbeteiligung	49 %		47 %	

Kantonale Volksabstimmung vom 3. März 2013	Nidwalden	
	Ja	Nein
– Volksinitiative Abschaffung Pauschalsteuer	31 %	69 %
Stimmbeteiligung	49 %	

Eidgenössische Volksabstimmung vom 9. Juni 2013	Nidwalden		Schweiz	
	Ja	Nein	Ja	Nein
– Volkswahl des Bundesrates	26 %	74 %	24 %	76 %
– Änderung Asylgesetz	49 %	51 %	78 %	22 %
Stimmbeteiligung	43 %		40 %	

Kantonale Volksabstimmung vom 9. Juni 2013	Nidwalden	
	Ja	Nein
– Änderung kant. Krankenversicherungsgesetz	58 %	42 %
Stimmbeteiligung	42 %	

Eidgenössische Volksabstimmung vom 22. September 2013	Nidwalden		Schweiz	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht	16 %	84 %	27 %	73 %
Epidemiengesetz	56 %	44 %	59 %	41 %
Öffnungszeiten Tankstellenshops	63 %	37 %	57 %	43 %
Stimmbeteiligung	50 %		47 %	

Kantonale Volksabstimmung vom 22. September 2013	Nidwalden	
	Ja	Nein
Wahlsystem:		
– Antrag des Landrates	60 %	40 %
– Gegenvorschlag SVP	29 %	71 %
– Gegenvorschlag Majorzverfahren	22 %	78 %
Stimmbeteiligung	45 %	

Eidgenössische Volksabstimmung vom 24. November 2013	Nidwalden		Schweiz	
	Ja	Nein	Ja	Nein
– «1:12 – Für gerechte Löhne»	25 %	75 %	35 %	65 %
– Familieninitiative Kinderbetreuung	44 %	56 %	42 %	58 %
– Änderung Nationalstrassenabgabegesetz	39 %	61 %	40 %	60 %
Stimmbeteiligung	59 %		53 %	

3.8.2 Parlamentsdienst

Parlamentarische Vorstösse

Art / Wer / Zeitpunkt	Inhalt (Kurzform)	Antrag RR / Zeitpunkt	Behandlung im LR / Zeitpunkt
Parlamentarische Initiativen			
keine			
Motionen			
09.05.2012: Rochus Odermatt, Stans	Adoptions- und Geburtszulagen	Nr. 782 vom 30.10.2012: Antrag auf Ablehnung	30.01.2013: Ablehnung
23.05.2012: Joseph Niederberger, Oberdorf	Änderung des Spielgesetzes	Nr. 766 vom 23.10.2012: Antrag auf Gutheissung	30.01.2013: Gutheissung
31.07.2012: Karl Tschopp, Stans	Änderung Anstellungsinstanzen Polizei	Nr. 922 vom 18.12.2012: Antrag auf Ablehnung Nr. 865 vom 10.12.2013: Position des Regierungsrates	29.08.2012: Rückzug der Dringlichkeit durch Motionär 18.12.2013: Ablehnung
27.08.2012: Karl Tschopp, Stans	Änderung Aufsicht Staatsanwaltschaft Änderung Anzahl Laienrichter Kantonsgericht	Nr. 118 vom 26.02.2013: Antrag auf teilweise Gutheissung	26.06.2013: Gutheissung
14.11.2012: Martin Zimmermann, Ennetbürgen	Standesinitiative Nationaler Finanzausgleich NFA	Nr. 203 vom 26.03.2013 Nr. 781 vom 12.11.2013: – LR-Beschluss – Entwurf Standesinitiative	29.05.2013: Gutheissung gemäss Antrag des Regierungsrates 18.12.2013: Genehmigung des Landratsbeschlusses und der Standesinitiative
06.03.2013: Monika Lüthi-Wyss, Ennetbürgen	Einführung der Grund- oder Basisstufe in der Volksschule	Nr. 584 vom 03.09.2013: Antrag auf Ablehnung	27.11.2013: Gutheissung
26.06.2013: Bruno Duss, Buochs, Mitunterzeichnende	Anpassung des Gebührengesetzes und weiterer Gesetze und Verordnungen (Gebührenkatalog)	Nr. 887 vom 17.12.2013: Antrag auf Ablehnung	
09.12.2013: Bruno Duss, Buochs	Änderung Hilfsfondsgesetz		

Art / Wer / Zeitpunkt	Inhalt (Kurzform)	Antrag RR / Zeitpunkt	Behandlung im LR / Zeitpunkt
Postulate			
19.12.2012: Christian Landolt, Beckenried, Armin Odermatt, Büren, Mitunterzeichnende	Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule	Nr. 379 vom 04.06.2013: Antrag auf Ablehnung	25.09.2013: Gutheissung
19.04.2013: Leo Amstutz, Beckenried, Mitunterzeichnende	Überprüfung der Reduzierung des Flugplatzperimeters. Revision SIL-Objektblatt Flugplatz Buochs vom 1.7.2009	Nr. 753 vom 05.11.2013: Antrag auf Ablehnung	29.05.2013: Ablehnung der Dringlichkeit 18.12.2013: Ablehnung
23.05.2013: Toni Niederberger, Oberdorf, Josef Barmettler, Buochs, Mitunterzeichnende	Linienführung Rad-/Gehweg Stans/Oberdorf, Abschnitt Sport- platz – St. Heinrich	Nr. 488 vom 09.07.2013	23.10.2013: Gutheissung in ergän- ter Form (Planung des Ausbaus der Variante «Winkelriedhaus»)
11.06.2013: Philippe Banz, Hergiswil, Walter Odermatt, Stans	Neubau eines Verwaltungs- gebäudes		
19.06.2013: Urs Amstad, Beckenried, Mitunterzeichnende	Eintreiben von Bussengeldern	Nr. 886 vom 17.12.2013: Antrag auf Ablehnung	
04.09.2013: Alice Zimmermann, Emmetten, Urs Müller, Emmetten, Mitunterzeichnende	Bikesport Nidwalden		
Interpellationen			
20.09.2012: Maurus Adam, Hergiswil, Mitunterzeichnende	Mitwirkung zum Fahrplan 2014 der zb	Nr. 152 vom 12.03.2013: Beantwortung	29.05.2013: Kenntnisnahme
26.09.2012: Jörg Genhart, Stans, Mitunterzeichnende	Ausschaffungspraxis in Nidwalden	Nr. 88 vom 19.02.2013: Beantwortung	27.03.2013: Kenntnisnahme
24.09.2012: Regula Wyss, Stans	Ärztemangel in Nidwalden	Nr. 151 vom 12.03.2013: Beantwortung	29.05.2013: Kenntnisnahme
19.10.2012: Werner Küttel, Buochs	Überprüfen und revidieren der Stundentafel	Nr. 255 vom 23.04.2013: Beantwortung	29.05.2013: Kenntnisnahme
20.11.2012: Urs Amstad, Beckenried	Anstellung des Kriпочefs	Nr. 89 vom 19.02.2013: Beantwortung	27.03.2013: Kenntnisnahme
03.05.2013: Toni Niederberger, Oberdorf Walter Odermatt, Stans	Mehr Technologie und Innovation Nidwalden	Nr. 686 vom 15.10.2013: Beantwortung	27.11.2013: Kenntnisnahme
22.05.2013: Hans-Peter Zimmermann, Stans Klaus Waser, Buochs	Veränderungen in der Bildungs- politik des Kantons Nidwalden	Nr. 782 vom 12.11.2013: Beantwortung	18.12.2013: Kenntnisnahme
18.06.2013: Marianne Blättler-Meile, Hergiswil	Zweite Tunnelröhre am Gotthard	Nr. 888 vom 17.12.2013: Beantwortung	19.02.2014: Kenntnisnahme
24.06.2013: Viktor Baumgartner, Beckenried	Umsetzung der Steuerstrategie 2011 durch die Wirtschafts- förderung	Nr. 685 vom 15.10.2013: Beantwortung	27.11.2013: Kenntnisnahme
27.06.2013: Martin Zimmermann, Ennetbürgen	Innovationspark Zentralschweiz	Nr. 890 vom 17.12.2013: Beantwortung	19.02.2014: Kenntnisnahme
10.10.2013: Martin Zimmermann, Ennetbürgen	Innerkantonaler Finanzausgleich		
29.10.2013: Alice Zimmermann, Emmetten Marianne Blättler-Meile, Hergiswil	Pflegeheimplätze im Kanton Nidwalden		27.11.2013: Ablehnung der Dringlichkeit

Art / Wer / Zeitpunkt	Inhalt (Kurzform)	Antrag RR / Zeitpunkt	Behandlung im LR / Zeitpunkt
Kleine Anfragen			
22.02.2013: Urs Amstad, Beckenried	Ausschaffungspraxis für abgewiesene Asylbewerber	Nr. 302 vom 07.05.2013	29.05.2013: Feststellung der Beantwortung
07.09.2013: Armin Odermatt, Büren	Wohnortwechsel von Familien mit schulpflichtigen Kindern	Nr. 689 vom 15.10.2013	27.11.2013: Feststellung der Beantwortung
24.09.2013: Bruno Duss, Buochs	Nidwaldner Hilfsfonds	Nr. 752 vom 05.11.2013	27.11.2013: Feststellung der Beantwortung
14.10.2013: Leo Amstutz, Beckenried	Radweg Buochs-Beckenried, Bereich Alte Kantonsstrasse – Fähre Beckenried	Nr. 862 vom 10.12.2013	19.02.2014: Feststellung der Beantwortung
Einfaches Auskunftsbegehren			
06.03.2013: Eduard Christen, Wolfenschiessen	Jagdbanngbiet Huetstock	Nr. 204 vom 26.03.2013	27.03.2013: mündliche Beantwortung
12.03.2013: Leo Amstutz, Beckenried	Vernehmlassung zur Teilrevision Volksschulgesetz	Nr. 205 vom 26.03.2013	27.03.2013: mündliche Beantwortung
14.03.2013: Michèle Blöchliger, Hergiswil	Wahlverfahren Landrat / Proporzgesetz	Nr. 207 vom 26.03.2013	27.03.2013: mündliche Beantwortung
15.03.2013: Rochus Odermatt, Stans	Gesundheitskosten steigen stärker	Nr. 208 vom 26.03.2013	27.03.2013: mündliche Beantwortung
27.08.2013: Ruedi Waser, Hergiswil	Abstimmung vom 22.09.2013; Wahlverfahren / Abstimmungszettel		04.09.2013: Ablehnung der Traktandierung (10-Tages-Frist)
14.09.2013: Toni Niederberger, Oberdorf	Therapien im Strafvollzug Nidwalden	keine Überweisung an RR	
10.10.2013: Susann Trüssel, Büren	Bahnübergang Büren	Nr. 802 vom 19.11.2013	27.11.2013: mündliche Beantwortung
10.10.2013: Toni Niederberger, Oberdorf	Therapien im Strafvollzug Nidwalden	Nr. 724 vom 22.10.2013	23.10.2013: mündliche Beantwortung
28.10.2013: Walter Odermatt, Stans	Verkehrssicherheit im Bereich der Pilatus Flugzeugwerke AG, Stans	Nr. 823 vom 26.11.2013	27.11.2013: mündliche Beantwortung
29.10.2013: Toni Niederberger, Oberdorf	Massnahmenvollzug im Kanton Nidwalden	Nr. 824 vom 26.11.2013	27.11.2013: mündliche Beantwortung
28.11.2013: Martin Zimmermann, Ennetbürgen	Schwanenpopulation auf der Allmend Buochs / Ennetbürgen	Nr. 892 vom 17.12.2013	18.12.2013: mündliche Beantwortung
29.11.2013: Urs Amstad, Beckenried	Einbrüche im Kanton Nidwalden	Nr. 891 vom 17.12.2013	18.12.2013: mündliche Beantwortung
02.12.2013: Joseph Niederberger	Fahrzeugbeschaffungspraxis der kantonalen Verwaltung	Nr. 983 vom 17.12.2013	18.12.2013: mündliche Beantwortung

Impressum

Herausgeber

Regierungsrat des Kantons Nidwalden

Redaktion

Staatskanzlei, Informationsdienst

Konzept / Gestaltung

Ristretto Kommunikation ASW, Stans

Titelbild

Urs Flüeler, Stans

Bilder

Kanton Nidwalden

Druck

Engelberger Druck AG, Stans

Auflage

200 Exemplare

Internet

www.nidwalden.ch

E-Mail

staatskanzlei@nw.ch